



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Zehn Jahre Leipzig-Charta

Die Bedeutung integrierter
Stadtentwicklung in Europa



Zehn Jahre Leipzig-Charta

Die Bedeutung integrierter Stadtentwicklung in Europa

Impressum

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Referat I 2 – Stadtentwicklung
Dr. Marion Klemme
marion.klemme@bbr.bund.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Referat SW I 1 – Grundsatzfragen der Stadtentwicklungspolitik, BBSR
Tilman Buchholz

Auftragnehmer

European Urban Knowledge Network (EUKN), Den Haag
Projektleitung: Mart Grisel, Dr. Sjoerdje van Heerden
Bearbeitung: Dr. Sjoerdje van Heerden, Lea Scheurer

Übersetzung

Christiane Koschinski

Stand

Mai 2017

Satz und Layout

Sander Pinkse Boekproductie, Amsterdam

Produktion

Warden Press/Wardy Poelstra, Amsterdam

Druck

Printforce, Alphen a/d Rijn

Bezugsquelle

silvia.wicharz@bbr.bund.de
Stichwort: Zehn Jahre Leipzig-Charta

Bildnachweis

Titelbild: Mart Grisel
Bundesregierung/Sandra Steins: S. 3; mapchart.net: S. 22, 30, 63; Stuart Acker Holt: S. 23, 63; Gijs Wilbers: S. 31; Mario Roberto Durán Ortiz: S. 72; Pexels/@little boy: S. 74; commons.wikimedia.org/
Palava City: S. 76; commons.wikimedia.org/Andres de Wet: S. 77; Mart Grisel: S. 79, 86

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der des Herausgebers identisch.

Grußwort

Vor zehn Jahren haben die EU-Mitgliedstaaten mit der Leipzig-Charta ein grundlegendes Dokument zur integrierten Stadtentwicklung beschlossen. Seitdem sind die Herausforderungen für unsere Städte und Gesellschaften weiter gewachsen. Überall in Europa stehen wir Herausforderungen gegenüber, wie dem Klimawandel, der Digitalisierung, der Globalisierung, der Integration zugewanderter Menschen und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, braucht es nicht nur konsistente und aufeinander abgestimmte Lösungen über alle staatlichen Ebenen hinweg. Es braucht auch die Partizipation und Beteiligung aller Gruppen in der Stadt. Mit dieser Forderung nahm die Leipzig-Charta bereits im Jahr 2007 sozial und wirtschaftlich benachteiligte Stadtteile in den Fokus.

Der vorliegende Bericht „Zehn Jahre Leipzig-Charta“ geht der Frage nach, inwiefern Stadtpolitik in verschiedenen europäischen und außereuropäischen Ländern integrativ und ganzheitlich gestaltet wurde. Mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 dient die Studie auch dazu, über die Zukunft der integrierten Stadtentwicklung in Europa nachzudenken.

Die Ergebnisse dieses Berichts zeigen, dass eine integrierte und partizipative Stadtentwicklungspolitik im Sinne der Leipzig-Charta inzwischen überall in Europa und insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene weit verbreitet ist. Der Bericht verleiht der im Mai 2016 mit dem Pakt von Amsterdam begründeten Debatte um die Städteagenda für die EU neue Impulse. Für die europäische Strukturpolitik nach 2020 wird es von großer Bedeutung sein, auf dem Erbe der Leipzig-Charta aufzubauen.



Bild: Bundesregierung/Sandra Steins

Die Studie soll den Leserinnen und Lesern bereichernde Einsichten eröffnen und dazu beitragen, die Städte Europas als gedeihende, integrative und lebenswerte Orte zu pflegen.

Dr. Barbara Hendricks
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau
und Reaktorsicherheit

Inhalt

Einleitung	8
1 Die Leipzig-Charta	9
2 Ein ganzheitlicher Ansatz für eine nachhaltige urbane Zukunft.....	11
3 Zehn Jahre nach der Leipzig-Charta – politische Entwicklungen auf europäischer Ebene	13
4 Aktuelle städtische Herausforderungen	15
5 Methodischer Ansatz.....	18
6 Integrierte Stadtentwicklung in der nationalen Praxis	20
7 Integrierte Stadtentwicklung in Brasilien, China, Indien, Südafrika und den USA.....	73
8 Diskussion und Fazit.....	84
Literaturverzeichnis	89

Einleitung

Im Jahr 2007 lenkte die Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt große Aufmerksamkeit auf integrierte Stadtentwicklungsansätze. Im Jahr 2012 kam die Studie „5 Jahre LEIPZIG-CHARTA – Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt“ zu dem Schluss, dass integrierte, gebietsbezogene Strategien der Stadtentwicklung in Westeuropa weiterhin eine große Rolle spielen und in Mittel- und Osteuropa an Bedeutung gewinnen. Im Jahr 2017 und zum zehnten Jahrestag der Leipzig-Charta ist es an der Zeit, den Zustand der integrierten Stadtentwicklung in Europa neu zu analysieren und zu beurteilen.

Die vorliegende Studie, die vom European Urban Knowledge Network (EUKN) durchgeführt und vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) in Auftrag gegeben wurde, untersucht, inwieweit die Prinzipien der Leipzig-Charta im Zeitraum 2012 bis 2016 Anwendung gefunden haben. Zu diesem Zweck wurden 35 europäische Länder untersucht. Darüber hinaus binden Analysen der nationalen Stadtpolitik von fünf Ländern außerhalb Europas – Brasilien, China, Indien, Südafrika und den Vereinigten Staaten von Amerika – die Ideen der Leipzig-Charta in einen breiteren geografischen Kontext ein. Zuletzt wurden drei Fallstudien durchgeführt, die die praktische Umsetzung eines integrierten Ansatzes für Stadtentwicklung in den Städten Brunn (Tschechische Republik), Brüssel (Belgien) und Vantaa (Finnland) veranschaulichen.

Das übergeordnete Ziel der Studie ist es, die Bedeutung integrierter Stadtentwicklungspolitik und die begleitenden Governance-Ansätze, Koordina-

tionsmechanismen und Finanzierungsinstrumente im Hinblick auf aktuelle stadtpolitische Herausforderungen und die jüngsten politischen Entwicklungen in Europa erneut zu sichten. Das Hauptinstrument der Datenerfassung war eine für die Studie entworfene Expertenbefragung. Diese Befragung richtete sich an öffentliche Bedienstete, die in den für Stadtpolitik zuständigen nationalen Ministerien und Abteilungen tätig sind. Zusätzliche Analysen wurden auf der Grundlage von Sekundärforschung durchgeführt.

Der Inhalt des Berichts gliedert sich wie folgt: Das erste Kapitel behandelt die nach wie vor bedeutsamen Schlüsselaspekte der Leipzig-Charta. In Kapitel 2 wird der integrierte Ansatz näher erläutert, der das Kernthema der Leipzig-Charta ist. Das dritte Kapitel führt die Ergebnisse der EU-Ratspräsidentenschaft bezüglich integrierter und nachhaltiger Stadtentwicklung, die zuletzt in der Städteagenda für die EU aus dem Jahr 2016 mündeten, auf. Einer Diskussion über dringliche stadtpolitische Probleme in Kapitel 4 folgt in Kapitel 5 die Beschreibung des methodischen Ansatzes der Studie. Anschließend analysiert das Kapitel 6 den Zustand der integrierten Stadtentwicklung in europäischen Ländern, veranschaulicht durch drei Fallstudien. Dem folgt in Kapitel 7 eine Kontextualisierung der europäischen Ansätze durch eine Darstellung stadtpolitischer Herausforderungen und Vorgehensweisen in Brasilien, China, Indien, Südafrika und den Vereinigten Staaten von Amerika. Schließlich fasst das Schlusskapitel 8 die wichtigsten Erkenntnisse des Berichts im Überblick zusammen.

1 Die Leipzig-Charta

„Das Leben in Städten wird immer beliebter. Dies ist eine positive Entwicklung, die wir fördern müssen. Familien kehren vom Stadtrand und dem ländlichen Hinterland in die Innenstädte zurück. Urbanität ist ein Qualitätsmerkmal geworden. ... Europas Städte erleben derzeit eine Renaissance, die die Politiker zu gestalten haben. Dies ist der Auftakt zu einer neuen Phase der Stadtentwicklung.“

Wolfgang Tiefensee, deutscher EU-Ratspräsident, 2007

Am 24. und 25. Mai 2007 versammelten sich die für Stadtentwicklung zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten in Leipzig zum Informellen Ministertreffen zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt. Das Ergebnis dieses Treffens war die Unterzeichnung der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Dieses politische Dokument verpflichtet alle Mitgliedstaaten dazu, einen integrierten Ansatz in der Stadtentwicklung zu verfolgen und voranzubringen, was eine neue Ära in der EU-Stadtpolitik kennzeichnet. Die Charta stellt zwei Schlüsselprinzipien für politische Entscheidungsträger vor, um nachhaltige Stadtentwicklung zu fördern: 1) die vermehrte Anwendung von Ansätzen einer integrierten Stadtentwicklungspolitik und 2) eine besondere Aufmerksamkeit für benachteiligte Stadtteile im gesamtstädtischen Kontext.

Eine ganzheitliche Stadtentwicklungspolitik meint, dass die räumlichen, sektoralen und zeitlichen Aspekte der Schlüsselbereiche der Stadtpolitik aufeinander abgestimmt werden. Die Leipzig-Charta erkennt die besondere Verantwortung aller Regierungsebenen für die Zukunft unserer Städte und Regionen an. Für den effektiven Umgang mit solch parallelen Verantwortlichkeiten sollte die Koordination zwischen den verschiedenen Politikbereichen im Bewusstsein der zeitlichen und räumlichen Aspekte von Stadtentwicklungspolitik verbessert werden. In Anerkennung der Tatsache, dass es keine isolierten Strategien zur Förderung nachhaltiger europäischer Städte mit wettbewerbsfähigen Unternehmen und hoher Lebensqualität für die Menschen geben kann, erhält die Koordinierung der einzelnen Politiken und Strategien auf verschiedenen Regierungsebenen wesentliche Bedeutung (BBSR 2012; BMVBS/BBR 2007; Eltges 2009).

Weiterhin stellt die Leipzig-Charta fest, dass Stadtentwicklungspolitik und die Suche nach innovativen Lösungen bessere Erfolgchancen haben, wenn sie die Unterstützung der höchsten staatlichen Institutionen genießen. Eine Beteiligung hoher Regierungsebenen an der Entwicklung der Stadtpolitik kann Städte in der Umsetzung nationaler, regionaler und lokaler Zielsetzungen stärken. Um eine solide finanzielle Basis für die Auf-

gaben von Städten zu gewährleisten, müssen die Mitgliedstaaten auch die Möglichkeit haben, Mittel aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) für die Implementierung von bedeutenden nationalen, regionalen bzw. lokalen Programmen zu verwenden.* Darüber hinaus sollte integrierte Stadtentwicklung auf ein breites Spektrum an Fachwissen zurückgreifen können. Ein systematischer und strukturierter Erfahrungsaustausch über geografische und fachliche Grenzen hinweg kann zur Entwicklung des notwendigen Know-Hows zur Umsetzung integrierter Stadtentwicklungsstrategien auf allen Ebenen und besonders auf lokaler Ebene beitragen (ebd.).

Die Leipzig-Charta betont ausdrücklich, dass ein integrierter Ansatz in der Lage ist, die unterschiedlichen Interessen der beteiligten Parteien auszugleichen. Die Schaffung eines Konsenses zwischen Verwaltungsebenen, Bürgern und Unternehmen ist ein weiterer Schritt in Richtung einer erfolgreichen Politik. Diese Koordination sollte auch bezüglich der Finanzierungsmöglichkeiten genutzt werden. In einer Zeit der Haushaltszwänge und Sparmaßnahmen in Europa wird die Möglichkeit öffentlich-privater Partnerschaften noch wichtiger, obschon diese Partnerschaften mit besonderen Herausforderungen einhergehen. Darüber hinaus ermöglichen innovative öffentliche Beteiligungsprozesse es den Bürgern, an einzelnen Stadtentwicklungsprozessen teilzunehmen, diese zu beeinflussen und eine aktive Rolle in der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes zu übernehmen (ebd.).

Die besondere Aufmerksamkeit für benachteiligte Stadtteile kann aus zwei unterschiedlichen Perspektiven angegangen werden. Sowohl ethische als auch praktische Gründe sprechen dafür, Bemühungen auf stark benachteiligte Gebiete zu konzentrieren. Die Annahme der europäischen Stadt als ein von Werten geleitetes Modell des Zusammenlebens ist ein Ausgangspunkt des Wunsches, europäische Städte in faire und gleichberechtigte Lebensräume zu verwandeln. Alle Bewohner müssen demnach Zugang zu den gleichen Dienstleistungen und Möglichkeiten haben, z. B. eine sichere und gesunde Umwelt oder gute Bildungsmöglich-

* Die wichtigsten Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen der ESI-Fonds sind in dieser Hinsicht der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dessen gültige Verordnung in Artikel 7 einen Mindestanteil von fünf Prozent für Stadtentwicklung vorsieht, der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Kohäsionsfonds. Instrumente, die eigens Investitionen in städtische Gebiete ermöglichen, sind das EFRE-finanzierte *Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas (JESSICA)*-Instrument zum Aufbau revolutionärer Fonds aus dem Programmierungszeitraum 2007-2013 sowie die in der Programmperiode 2014-2020 eingeführte so genannten Integrierten Territorialen Investitionen (ITI). ITI ermöglichen eine Kombination von Strukturfondsmitteln in definierten Gebieten.

keiten. Gleichzeitig wird die Fokussierung auf diejenigen Stadtteile mit den größten Problemen als der effektivste Weg gesehen, um die Lebensqualität Aller in der Stadt zu verbessern. Gravierende Unterschiede in Bezug auf wirtschaftliche und soziale Chancen, das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung und den sozialen Status der Bewohner in den einzelnen Stadtgebieten kann das soziale Gefüge der Stadt destabilisieren. Eine Politik der sozialen Integration, die zur Verringerung von Ungleichheiten beiträgt und soziale Ausgrenzung verhindert, kann dazu beitragen, die Sicherheit und den Zusammenhalt in Städten zu erhalten. Die Leipzig-Charta betont, dass nur eine Stadt, die als Ganzes sozial stabil ist, ihr volles Wachstumspotenzial

entfalten kann. Des Weiteren erwähnt die Charta Bildung als Schlüssel für Chancengleichheit, wobei Bildungsangebote auf die Bedürfnisse von Kindern und jungen Erwachsenen zugeschnitten sein sollten (ebd.).

Insgesamt fordert die Leipzig-Charta eine ganzheitliche und integrierte Politik zur Entwicklung und Förderung nachhaltiger Gemeinschaften, in denen – laut Definition des Bristol Accord – „Menschen leben und arbeiten wollen, [die] sicher und inklusiv sind, gut geplant, gebaut und regiert werden und Chancengleichheit und gute Dienstleistungen für alle bieten“ (UK Presidency 2005: 6; Übers. d. A.).

2 Ein ganzheitlicher Ansatz für eine nachhaltige urbane Zukunft

Die Leipzig-Charta wurde von allen EU-Mitgliedstaaten, europäischen Institutionen, Beitrittskandidaten und weiteren wichtigen Partnern unterzeichnet. Die politische Einigung auf die Kerninhalte der Charta und deren umfassende Anerkennung formen eine wichtige Ausgangsbasis für weitere Aktivitäten der nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung in Europa. Dabei geht die Leipzig-Charta über rein politische Verpflichtungen hinaus. Sie empfiehlt auch konkrete Schritte und Instrumente für die Verwirklichung ihrer Ziele. Um nachhaltige Gemeinschaften und ein nachhaltiges europäisches Städtenetzwerk aufzubauen, schlägt die Charta einen ganzheitlichen Ansatz für die Stadt- und Regionalpolitik, basierend auf umsetzungsorientierten Planungsinstrumenten, vor (Eltges 2009). Im folgenden Abschnitt werden drei Schlüsselinstrumente der Leipzig-Charta vorgestellt. Zur besseren Veranschaulichung der Herausforderungen wird zu jedem Schlüsselinstrument eine aktuelle städtische Herausforderung skizziert.

Eine räumliche Perspektive und gebietsbezogene Maßnahmen

Ein gebietsbezogener Ansatz oder eine räumliche Perspektive wird dazu verwendet, städtische Probleme unter Erfassung all ihrer Eigenschaften räumlich darzustellen. Ausgehend von einer räumlichen Perspektive sollten wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte als Ganzes und nicht getrennt voneinander analysiert werden, da die komplexen wechselseitigen Beziehungen zu beachten sind. Um ein geografisches Gebiet nachhaltig zu verbessern, sollte also sein gesamtes Ursache-Wirkungs-Netz berücksichtigt werden (EUROCITIES 2004: 8). Darüber hinaus kann eine räumliche Perspektive bzw. ein gebietsbezogener Ansatz die Überwindung sektoraler Politiken ermöglichen.

Städtische Armut, soziale Ausgrenzung, hohe Arbeitslosigkeit, gesundheitliche Ungleichheiten, sich intensivierende Migrationsbewegungen und die damit verbundenen Folgen sind einige der wichtigsten Schwerpunkte der Stadtentwicklungspolitik. In Anbetracht ihrer räumlichen Konzentration spielt die räumliche bzw. gebietsbezogene Perspektive offenkundig eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung dieser Probleme. Mehrere Studien zeigen, dass Benachteiligung in besser entwickelten Mitgliedstaaten seltener vorkommt und

sich vor allem in Städten konzentriert, während es in weniger entwickelten EU-Ländern zu mehr Benachteiligung kommt, die sich vor allem auf ländliche Gebiete, kleinere Städte und Vorstädte erstreckt (EUKN 2014; URBACT 2015). Somit kann eine detaillierte geografische Aufgliederung der vorherrschenden Situation und ihrer wichtigsten Faktoren zu Strategien gegen Benachteiligung beitragen. Gebietsbezogene Maßnahmen konzentrieren sich nicht auf Einzelpersonen, sondern auf eine bestimmte geografische Einheit. Üblicherweise verbinden sie so genannte harte Maßnahmen wie Abriss und Erneuerung von Wohnraum mit weichen Maßnahmen wie Aufbau von Sozialkapital und Arbeitsmarktintegration (ebd.). Ein gebietsbezogener Ansatz ist besonders dazu geeignet, die Transformation von Stadtteilen mit Regenerationspotential anzugehen, anstatt sich ausschließlich auf den Bau und die Entwicklung neuer Stadtteile festzulegen (Rio Fernandes 2011). Da städtische Armut in der Regel auf bestimmte Stadtteile und Regionen konzentriert ist, kann diese nur durch einen gebietsbezogenen Ansatz effizient bekämpft werden.

Mehrebenen-Governance

Während Fragen zur nachhaltigen Entwicklung mit globalen Interessen verknüpft sind, liegt die Stadtplanung traditionsgemäß bei nachgeordneten staatlichen Ebenen. Daher sollte die Verfolgung umsetzbarer nachhaltiger Entwicklungsprogramme mittels Dialog, multidisziplinären Kooperationen und Partnerschaften zwischen den zahlreichen Akteuren aus verschiedenen Bereichen und Regierungsebenen (EU, national, regional, lokal) erreicht werden. Das Ziel eines solchen ganzheitlichen Ansatzes ist es, den gemeinsamen Interessen aller Beteiligten bestmöglich nachzukommen. Durch die Verlagerung der Befugnisse nach oben, nach unten und zur Seite besteht die Möglichkeit, Ressourcen optimal zu bündeln – sowohl finanziell als auch im Hinblick auf interdisziplinäre Expertise (EUROCITIES 2004). Zum Beispiel können die lokalen Budgets mit nationalen oder EU-Förderprogrammen kombiniert werden oder mit zusätzlichen Mitteln von Nichtregierungsakteuren wie Stiftungen oder privaten Unternehmen. Die Stärkung der Zusammenarbeit und die Streuung von Befugnissen unter allen relevanten Partnern kann eine bedeutende Rolle für den Erfolg einer bestimmten Politik spielen. Üblicherweise sorgt Mehrebenen-Governance für breitere Unterstützung und mehr

Legitimität. Darüber hinaus ist eine koordinierte Beteiligung verschiedener Regierungspartner angesichts der aktuellen Dezentralisierungsprozesse in vielen europäischen Ländern unentbehrlich geworden, während der Ruf nach einer städtischen Dimension in europäischen und nationalen Strategien lauter wird (EUKN 2011b).

Die Bedrohung durch den Klimawandel ist eines der größten Probleme unserer Zeit und hilft, die Notwendigkeit von Mehrebenen-Governance zu veranschaulichen. Der Kampf dagegen schließt eine enorme Bandbreite von Partnern auf mehreren staatlichen Ebenen, von der lokalen bis zur globalen Ebene, ein. Wegen der globalen Natur des Problems liegt die Aufmerksamkeit vor allem auf den internationalen Verhandlungen in Kopenhagen, Cancún oder Paris. Die wesentlichen Entscheidungen hinsichtlich der Emission von Kohlendioxid und der Förderung nachhaltiger Entwicklung werden jedoch täglich von lokalen, regionalen und nationalen Behörden sowie von Industrie und weiteren institutionellen Akteuren getroffen (McEwen/Swenden/Bolleyer 2010). Es ist eindeutig, dass die nationalen Regierungen nicht in der Lage sein werden, ihren internationalen Verpflichtungen zur Bewältigung des Klimawandels nachzukommen, solange eine ausdrücklichere Einbeziehung subnationaler Partner fehlt. So liegen Flächennutzungsplanung und Abfallwirtschaft in der Regel in den Händen der lokalen Regierungen bzw. der Kommunalverwaltungen und spielen eine entscheidende Rolle in Fragen zu Energieverbrauch und Transport (Betsill/Bulkeley 2006). Daher ist es entscheidend, alle Regierungsebenen einzubeziehen und ein Netzwerk zwischen Verwaltung und Stadtvierteln aufzubauen, um die Klimaprobleme effizient zu bewältigen und dabei eng mit der EU und den Partnern auf internationaler Ebene in Fragen der technischen Unterstützung und Verwaltung zusammenzuarbeiten.

Bottom-up-Ansatz und Ermächtigung

Viele städtische Planungsansätze sind in erster Linie top-down angelegt, wobei Planer und Behörden je nach Kontext und Aufgabenstellung die lokalen Gemeinschaften in der Umsetzungsphase einbeziehen. Allerdings stößt dieser Ansatz oftmals auf Kritik, da er die Gefahr birgt, an den Belangen der loka-

len Akteure vor Ort vorbeizuplanen (Dias/Curwell/Bichard 2014). Ein gut konzipierter Bottom-up-Ansatz unter der effektiven Beteiligung der betroffenen Akteure und der lokalen Bevölkerung ermöglicht den Entscheidungsträgern ein umfassenderes Verständnis eines bestimmten Gebiets. Die aktive Beteiligung lokaler Gemeinschaften an der Planung von Stadtvierteln kann Gebiete nicht nur physisch verbessern. Beteiligungsprozesse können zudem als Ermächtigungsinstrument vor allem in benachteiligten Gebieten verwendet werden, in denen die am stärksten gefährdeten Gruppen der Stadtbevölkerung (wie Familien mit niedrigem Einkommen und Einwohner mit Migrationshintergrund) leben. Ein partizipativer Prozess ermöglicht es ihnen, Stadtentwicklungsprozesse mitzugestalten, da sie eine Chance zur Konzeption und Umsetzung von Politik erhalten (El-Asmar/Ebohon/Taki 2012). Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements erfordert die strukturelle Einbindung verschiedener Partner auf politischer, administrativer und auch auf kommunaler Ebene, eingeschlossen Verbände, Interessengruppen, lokale Initiativen und vor allem Selbsthilfeorganisationen von Armen und anderen Minderheiten (EUKN 2014).

In letzter Zeit haben die Verteilung von Migranten und Geflüchteten über die Länder Europas sowie nationale Politikstrategien und nachgeordnete Programme zur Integrationsförderung besondere Aufmerksamkeit erhalten. Ungeachtet dieser Fokussierung auf (zwischen-)staatliche Maßnahmen kann man das Argument anbringen, dass die aktuellen Migrationsbewegungen und ihre Effekte ein bedeutsames lokales Ausmaß erreicht haben, vor allem in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt. Der soziale Zusammenhalt umfasst verschiedene Dimensionen, darunter staatsbürgerliche Kultur, gemeinsame Werte, Solidarität, die Verringerung zwischen Reich und Arm, Sozialkapital und soziale Netzwerke (Kearns/Forrest 2000). Bottom-up-Prozesse, die ein erhebliches Maß an Bürgerbeteiligung und Dialog zwischen den verschiedenen Interessenvertretern beinhalten, können den sozialen Zusammenhalt fördern. Diese Prozesse schaffen Vertrauen und Anerkennung unter den lokalen Einwohnern, darunter Neuankömmlinge wie Migranten und Geflüchteten. Sie können auf diese Weise zur Verringerung städtischer Armut und sozialer Ungleichheiten beitragen.

3 Zehn Jahre nach der Leipzig-Charta – politische Entwicklungen auf europäischer Ebene

Seit 2007 wurde die Leipzig-Charta durch Dokumente von EU-Ratspräsidentschaften und verschiedene Umsetzungsinstrumente weiter entwickelt. Die Studie „5 Jahre LEIPZIG-CHARTA – Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt“ (BBSR 2012) bietet einen Überblick über diese Entwicklung bis zur Erklärung von Toledo während der spanischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2010. Die Erklärung von Toledo betont erneut die Bedeutung ganzheitlicher Konzepte für Stadtentwicklung sowie die wichtigsten Elemente der Leipzig-Charta: integrierte Ansätze, horizontale Vernetzung innerhalb und vertikale Vernetzung zwischen allen beteiligten Ebenen, strategische Planung auf gesamtstädtischer Ebene mittels eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts, Verknüpfung des integrierten Ansatzes mit einer gebietsbezogenen bzw. räumlichen Perspektive und Verknüpfung des integrierten Ansatzes mit dem Ziel der Inklusion (ebd.).

Unter Hinweis auf diese Elemente zeigt die Erklärung von Toledo (2010), wie gut sich die Leipzig-Charta in die drei Prioritäten der Strategie Europa 2020 einfügt. Diese wurde im Jahr 2010 ins Leben gerufen und steht für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum (ebd.). Um dieses dreifache Ziel zu erreichen, hat sich die Strategie Europa 2020 fünf Kernziele in den Bereichen Beschäftigung, Innovation, Bildung, Armutsbekämpfung und Klima/Energie gesetzt (EK 2010).

Die von 2010 bis zum ersten Halbjahr 2011 aktive Präsidentschaftstroika Spanien, Belgien und Ungarn hat die Europa-2020-Strategie mit einer überarbeiteten Version der ursprünglich unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft beschlossenen Territorialen Agenda (TA 2020) aufgegriffen. Am 19. Mai 2011 nahmen die für Raumplanung und Raumentwicklung zuständigen Minister die TA 2020 in Gödöllő, Ungarn, an. Ziel der Territorialen Agenda ist der Aufbau eines integrativen, intelligenten und nachhaltigen Europas der vielfältigen Regionen. Sie fördert eine gebietsbezogene Politik, die integriertes Arbeiten und den Dialog auf allen Ebenen berücksichtigt anstelle von Einzelsektor- und Top-down-Ansätzen. Die TA 2020 führt an, dass nur unter Anerkennung der territorialen Dimension die Europa-2020-Ziele erreicht werden können. Sie betont, dass die in der Leipzig-Charta und den Erklärungen von Marseille (2008) und Toledo genannten Ziele und Bedenken hinsichtlich territorialer Politikgestaltung auf allen Ebenen berücksichtigt werden sollten.

Im Oktober 2011 hat die Generaldirektion der Europäischen Kommission für Regionalpolitik und Stadtentwicklung (GD REGIO) den Bericht „Städte von morgen“ veröffentlicht, einen Entwurf über eine gemeinsame Vision der europäischen Stadt von morgen (EC 2011). Der Bericht unterstreicht die Bedeutung von ganzheitlichen Ansätzen für die Schaffung einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Er betont ferner die Notwendigkeit eines Governance-Systems, in dem Regierungsstrukturen angemessen ausgestattet sind, um den Herausforderungen in einem mehrstufigen Governance-System zu begegnen. Der Bericht „Städte von morgen“ diente sowohl der Europäischen Kommission als auch den Mitgliedstaaten als Ausgangspunkt, um auf eine Städteagenda für die EU hin zu arbeiten (EUKN 2015).

Im Juli 2014 hat die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit der bevorstehenden niederländischen Präsidentschaft ein öffentliches Konsultationsverfahren über die Städteagenda für die EU ins Leben gerufen. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass die EU ihre Städte bei der Bewältigung städtischer Herausforderungen unterstützen sollte, während wiederum die Städte dazu beitragen können, die Prioritäten der EU zu erfüllen. Auch wurde festgestellt, dass die Städteagenda für die EU kein Rechtsdokument sein soll, sondern eher „ein Rahmendokument für die Verbesserung und Koordinierung bestehender Initiativen, zur Zusammentragung und Überwachung von Daten bezüglich der Auswirkungen und zur Bewältigung von Engpässen“ (EUKN 2015: 12; Übers. d. A.).

Am 10. Juni 2015 fand das Informelle Treffen der Minister für territorialen Zusammenhalt und Stadtentwicklung in Riga statt. In dieser unter dem Vorsitz der lettischen EU-Ratspräsidentschaft vorbereiteten Sitzung einigten sich alle Teilnehmer auf die „Erklärung von Riga – Auf dem Weg zu einer Städteagenda für die EU“. Es war das erste Mal, dass die zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten sich zur gemeinsam mit Städten, der Europäischen Kommission und anderen Interessengruppen umzusetzenden Entwicklung einer Städteagenda für die EU verpflichteten (Latvian Presidency 2015).

Im Oktober 2015 wurden unter dem Vorsitz von Luxemburg zwölf Kernthemen der Städteagenda für die EU offiziell vorgestellt. Diese Themen ergaben sich aus Umfragen und Workshops, die gemeinsam mit Städten, Nichtregierungsorganisationen, Mitgliedstaaten, insbesondere der bevorstehenden

niederländischen Präsidentschaft und der Europäischen Kommission stattfanden. Die Schwerpunktthemen sind: Arbeitsplätze und Qualifikationen in der lokalen Wirtschaft, Städtische Armut, Wohnungswesen, Integration von Migranten und Geflüchteten, Nachhaltige Flächennutzung und naturbasierte Lösungen, Kreislaufwirtschaft, Anpassung an den Klimawandel, Energiewende, Städtische Mobilität, Luftqualität, Digitaler Wandel sowie Innovatives und sozialverantwortliches öffentliches Beschaffungswesen (eine ausführlichere Beschreibung erfolgt im nächsten Kapitel).

Am 30. Mai 2016 wurde mit dem Pakt von Amsterdam, der während des Informellen Treffens der Minister für Stadtentwicklung auf Einladung des niederländischen Vorsizes vereinbart wurde, ein wichtiger Meilenstein erreicht. Der Pakt von Amsterdam enthält den operativen Rahmen der Städteagenda für die EU und arbeitet deren Ziele weiter aus. Die oben genannten Schwerpunktthemen werden anhand der Felder bessere Rechtsetzung, bessere Finanzierung und besserem Wissensaustausch bearbeitet.

Neben den zwölf vorläufigen Schwerpunktthemen nennt der Pakt elf Querschnittsthemen. Diese sind:

- Effektives Stadtmanagement, einschließlich Bürgerbeteiligung und neuer Stadtmanagementmodelle;
 - Stadtmanagement über administrative Grenzen hinweg und interkommunale Zusammenarbeit;
 - Solide und strategische Stadtplanung (Verbindung zur Regionalplanung, einschließlich Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3) und ausgewogene territoriale Entwicklung) mit einem ortsbezogenen und zielgruppenorientierten Ansatz;
 - Integrativer und partizipativer Ansatz;
 - Innovative Ansätze, einschließlich Smart Cities;
 - Auswirkungen auf gesellschaftliche Veränderungen, einschließlich Verhaltensänderungen, Förderung unter anderem von gleichberechtigtem Zugang zu Informationen und der Geschlechtergleichstellung sowie Stärkung von Frauen;
 - Herausforderungen und Chancen kleiner und mittlerer Städte und polyzentrische Entwicklung;
- Stadterneuerung, einschließlich sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer, räumlicher und kultureller Aspekte, auch in Verbindung mit der Neuerschließung brachliegender Flächen zur Einschränkung des Flächenverbrauchs;
 - Anpassung an den demografischen Wandel und Zu- und Abwanderung;
 - Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, die dem allgemeinen Interesse entsprechen (im Sinne des Artikels 14 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) in Verbindung mit Protokoll Nummer 26);
 - Ein abschließendes übergreifendes Thema legt den Schwerpunkt auf die internationale Dimension einer Städteagenda für die EU und die Beziehung zur *New Urban Agenda* (Habitat III), den Zielen für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals/SDGs*, Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung) der Vereinten Nationen und dem Klimaschutz-Übereinkommen von Paris vom Dezember 2015. In diesem Zusammenhang kann die Städteagenda für die EU als wichtiger Baustein der *New Urban Agenda* gesehen werden. Das entspricht der Zielsetzung der EU, ein stärkerer globaler Partner zu sein und der Notwendigkeit, die Kohärenz zwischen ihrer Innen- und Außenpolitik zu erhöhen.

Der Pakt von Amsterdam bezieht sich ausdrücklich auf die Leipzig-Charta, indem er betont: „Ein ausgewogener, nachhaltiger und integrierter Ansatz für städtische Herausforderungen sollte sich, im Einklang mit der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, auf alle wichtigen Aspekte der Stadtentwicklung [...] konzentrieren, um eine solide Stadtverwaltung und -politik zu gewährleisten“ (The Netherlands Presidency 2016: 4; Übers. d. A.). In ähnlicher Weise führte die Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen „Konkrete Schritte zur Umsetzung der EU-Städteagenda“ (2016) an, dass die Leipzig-Charta bereits 2007 die Bedeutung von ganzheitlichen Ansätzen für Städte betont und eine Mehrebenen-Governance als Lösung für komplexe Probleme genannt hat. In dieser Hinsicht beweist die Leipzig-Charta ihre fortdauernde Relevanz, indem sie den Grundstein für die Entwicklung einer Städteagenda für die EU gelegt und die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen den städtischen Behörden auf lokaler, regionaler, nationaler, supranationaler und sogar globaler Ebene intensiviert und gefördert hat.

4 Aktuelle städtische Herausforderungen

Politische Entscheidungsträger haben die Bedeutung der Städte weltweit anerkannt – entsprechend dem Trend zur Urbanisierung. In der EU leben 72 Prozent der Bevölkerung in städtischen Gebieten. Die meisten Stadtbewohner leben in mittelgroßen Städten (250.000 bis 500.000 Einwohner). Im Vergleich zu anderen Kontinenten weist Europa einen geringen Anteil sowohl an Klein- als auch an Großstädten auf. Derzeit wächst die Bevölkerung in europäischen Städten noch, was in vielen anderen Gebieten zu Bevölkerungsverlusten führt. Hauptstädte verzeichnen auf Grund von Zuwanderung das schnellste Wachstum. In einigen Städten wurde mehr als 20 Prozent der Bevölkerung im Ausland geboren. Darüber hinaus zeigen eine alternde Bevölkerung und niedrige Geburtenzahlen Auswirkungen auf den gesamten europäischen Kontinent. In ganz Europa sind städtische Gebiete die wichtigsten Produzenten von Wissen und Innovation. Städte stellen unbestreitbar Motoren für wirtschaftliches Wachstum dar, wobei der Dienstleistungssektor die wichtigste Quelle für Beschäftigung ist. Allerdings kennen die meisten Städte ein Beschäftigungsparadox, das darin besteht, dass Städte einerseits eine hohe Konzentration von Arbeitsplätzen aufweisen, während andererseits die Beschäftigungsquote der Stadtbevölkerung niedriger ist als der Landesdurchschnitt (EC/UN-Habitat 2016).

Offenkundig birgt die aktuelle Situation europäischer Städte viele Herausforderungen. Momentan werden diese durch die zwölf Schwerpunktthemen der Städteagenda für die EU erfasst, die der im Mai 2016 veröffentlichte Pakt von Amsterdam (The Netherlands Presidency 2016) vorstellt und näher beschreibt. Im Folgenden wird jedes Schwerpunktthema einzeln vorgestellt und gezeigt, warum integrierte Maßnahmen auf EU-Ebene und die Mehrebenenzusammenarbeit erforderlich sind, um die zentralen Ziele zu erreichen. Während sich diese Themen besonders auf die großen europäischen städtischen Probleme beziehen, überschneiden sie sich wesentlich mit globalen urbanen Herausforderungen. Die Liste und die (willkürliche) Abfolge der Schwerpunktthemen sind dem Pakt von Amsterdam entnommen.

1. Integration von Migranten und Geflüchteten

Migration ist derzeit eine sehr große Herausforderung für die EU. Die wachsende Zahl von Migranten und Geflüchteten haben die Notwendigkeit einer gemeinsamen Strategie verschärft. Städte sollten bei der Entwicklung von Strategien stärker einbezogen werden, da sie wichtige Partner bei

der Aufnahme von Geflüchteten und für die Bereitstellung von Dienstleistungen für Neuankömmlinge sind. Die Auseinandersetzung mit dieser aktuellen Situation – neue Geflüchtetengruppen, neue Zielorte, höhere Zahlen – erfordert Koordination und ein auf EU-Ebene abgestimmtes Vorgehen. Außerdem besteht ein Bedarf an Wissensaustausch zwischen allen städtischen Akteuren in der EU in Bezug auf Aufnahme, Unterbringung und Integration von Geflüchteten sowie auf die (flexible) Verwendung von EU-Mitteln. Ziel ist die gelingende Integration der einreisenden Migranten und Geflüchteten und die Schaffung von Rahmenbedingungen für ihre Inklusion.

2. Luftqualität

Luftverschmutzung ist seit den späten 1970-Jahren in vielen Städten zu einem drängenden Problem geworden. Städte leiden unter den negativen Auswirkungen der städtischen Mobilität und des Verkehrs auf Umwelt und menschliche Gesundheit. Eine stärkere Beteiligung lokaler Partner beim Aufspüren möglicher Engpässe in bestehendem (europäischem) Recht ist daher vonnöten. Ziel ist es, Systeme und Strategien zu schaffen, die eine für die menschliche Gesundheit vorteilhafte Luftqualität gewährleisten. Dies erfordert die Verknüpfung von gesetzlichen und technischen Aspekten mit einer Reihe an Emittenten wie dem motorisierten Verkehr, Industrie und Landwirtschaft.

3. Städtische Armut

Vielschichtigkeit und räumliche Konzentration machen den Kampf gegen städtische Armut zu einer komplexen Aufgabe, die einen sektorenübergreifenden Ansatz, Koordination zwischen mehreren Ebenen und eine gebietsbezogene Perspektive erfordert. Die Stärkung der Koordination auf EU-Ebene in Bezug auf Instrumente der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, des gegenseitigen Lernens und des Wissensaustausches kann es städtischen Entscheidungsträgern ermöglichen, maßgeschneiderte Ansätze zu entwickeln und zu implementieren. Städtische Armut bezieht sich auf Fragen im Zusammenhang mit einer strukturellen Konzentration von Armut in benachteiligten Stadtteilen. Lösungen, die mittels eines ganzheitlichen Ansatzes entwickelt und umgesetzt werden, sind gebietsbezogene Lösungen (Erneuerung benachteiligter Stadtteile) und zielgruppenbezogene Lösungen (sozioökonomische Integration von Menschen in benachteiligten Stadtteilen).

4. Wohnungswesen

Viele städtische Herausforderungen wie der Kampf gegen städtische Armut und die Förderung von Energieeffizienz stehen im Zusammenhang mit dem Wohnungswesen. Bezahlbarer Wohnraum und bauliche Erneuerung in benachteiligten Gebieten sind von wesentlicher Bedeutung für die EU-Ziele bezüglich sozialer Inklusion. Das übergeordnete Ziel ist die Schaffung von qualitativ gutem, bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für die Bedürftigsten.

5. Kreislaufwirtschaft

Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft erfordert einen systemischen Ansatz auf mehreren Ebenen, der die Vielzahl von Verflechtungen innerhalb und zwischen Sektoren, entlang von Wertschöpfungsketten und zwischen den Akteuren berücksichtigt. Lokale Initiativen können von einer angemessenen Unterstützung durch übergeordnete, sowohl nationale als auch europäische, Regierungsebenen profitieren. Ein Rahmen für diese Unterstützung wird durch das von der Europäischen Kommission vorgelegte Paket zur Kreislaufwirtschaft (2015) zur Verfügung gestellt, das Legislativvorschläge und einen neuen Aktionsplan umfasst. Der Erfolg dieses Aktionsplans wird von der Zusammenarbeit zwischen allen Regierungsebenen abhängig sein. Sein Ziel ist es, Mehrfachnutzung, Reparatur, Sanierung und Recycling von bestehenden Materialien und Produkten zu erhöhen sowie nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Abfallwirtschaft, Sharing Economy und Rohstoffeffizienz.

6. Arbeitsplätze und Qualifikationen in der lokalen Wirtschaft

Die Stärkung von Europas Wettbewerbsfähigkeit und die Förderung von Investitionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen ist eine der höchsten Prioritäten der Mitgliedstaaten und der Juncker-Kommission. Zur Förderung des Beschäftigungswachstums in Städten und zur Erreichung der Europa-2020-Ziele in Bezug auf Beschäftigung und Bildung besteht ein Bedarf an verbesserter Mehrebenenzusammenarbeit. Ein vereinfachter Zugang zu EU-Mitteln und der Austausch von Wissen und Erfahrung können helfen, Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Insbesondere liegt der Schwerpunkt auf der Ansiedlung und dem Halten von Unternehmen, der Gründung neuer Unternehmen, lokaler Produktion und lokalem Konsum, der Unterstützung neuer Arbeitsmethoden und der Sicherstellung einer Abstimmung von Fähigkeiten auf Bedarfe.

7. Anpassung an den Klimawandel

Klimaanpassung ist eines der wichtigsten Ziele der Europa-2020-Strategie. Dieses Ziel kann nur

erreicht werden, wenn Städte und andere wichtige Interessenvertreter in vollem Umfang mit einbezogen werden. EU-Verordnungen haben einen wichtigen Einfluss auf lokale Strategien und eine bessere Koordinierung ist für die Gewährleistung maßgeschneiderter Lösungen notwendig. Klimaanpassung erfordert wirksame Partnerschaften zur Verringerung von Vulnerabilitäten und zum größtmöglichen Nutzen für städtische Gemeinden. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der Austausch von Wissen und Erfahrungen sind erforderlich, um innovative Ansätze zugunsten der städtischen Klimaresilienz zu steigern. Ziel ist es, die negativen Auswirkungen des Klimawandels vorzusehen und entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung oder Verringerung von Schäden zu ergreifen, die Städte bedrohen können.

8. Energiewende

Eine rechtzeitige Umsetzung der Initiativen zur Energiewende erfordert mehrere parallele Ansätze und die Einbindung von verschiedenen Regierungsebenen. Ein verbesserter und strukturierter Erfahrungsaustausch kann in diesen Bereichen zu neuen Ansätzen führen, zum Beispiel im Hinblick auf integrierte Strategien auf Stadtteilebene für Energieeffizienz und Gebäudesanierung. Eine Darstellung möglicher Synergien und Wissensaustausch zwischen bestehenden EU-Programmen sind ebenso notwendig wie die Entwicklung von sektorenübergreifenden Finanzierungsinstrumenten und konkreten Maßnahmen. Ziel ist es, durch die Umstellung auf erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz einen langfristigen Strukturwandel der Energiesysteme zu erreichen.

9. Nachhaltige Landnutzung und naturbasierte Lösungen

Eine stärkere Integration von Projekten und Methoden zur Förderung städtischer grüner Infrastruktur in ganz Europa kann dazu beitragen, europäische Städte nachhaltiger, lebenswerter, gesünder und attraktiver zu gestalten. Die nachhaltige Landnutzung betrifft Themen wie Zersiedelung, Stadterneuerung, Entwicklung von Brachflächen und die Anpassung an den demografischen Wandel. Es bestehen bereits einige EU-finanzierte Programme, doch die Politik kann noch effektiver agieren, wenn Synergien und potentielle Bereiche der Zusammenarbeit gefunden und für konkrete Maßnahmen genutzt werden. Es ist sicherzustellen, dass Wachstums- und Schrumpfungsprozesse in den Städten die Belange der Umwelt berücksichtigen.

10. Städtische Mobilität

Die Entwicklung und erfolgreiche Umsetzung von Strategien zur Förderung von nachhaltigen (und sanften) Mobilitäts- und intelligenten Stadtlogistiksystemen ist derzeit eine wichtige Aufgabe für

Städte und Stadtregionen. Die Verbesserung der Vernetzung innerhalb der Städte (z. B. zur Anbindung benachteiligter Gebiete) und regional (Außenbezirke) ist wichtig für den Zugang zu Dienstleistungen und die Stimulierung wirtschaftlicher Entwicklung. Es gibt bereits viele EU-Initiativen und Fördermöglichkeiten in diesem Bereich. Jedoch könnte eine stärkere Koordinierung dazu beitragen, die Ergebnisse dieser Initiativen zu optimieren und gegenseitiges Lernen zu verbessern. Das Ziel ist die Schaffung nachhaltiger und effizienter städtischer Mobilität, die sich auf den öffentlichen Verkehr, die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und die Förderung so genannter sanfter Mobilität (Gehen, Radfahren), auf Zugänglichkeit (Gestaltung des öffentlichen Raumes für Behinderte, ältere Menschen, Kleinkinder etc.) und auf einen effizienten Verkehr mit guten internen (lokalen) und externen (regionalen) Anbindungen konzentriert.

11. Digitaler Wandel

Die digitale Binnenmarktpriorität der Europäischen Kommission und die damit verbundene digitale Agenda überschreiten viele sektorale Strategien und wirken sich auf Stadtentwicklung aus. Es gibt eine Reihe von verschiedenen Strängen an EU-Aktivitäten, Finanzierungsmöglichkeiten und Richtlinien für so genannte Smart Cities. Diese könnten besser miteinander koordiniert werden, um ihre Effizienz zu steigern, Prozesse zu vereinfachen, Dopplungen zu vermeiden, Lücken und Mängel bestehender Initiativen aufzudecken, die gemeinsame Datennutzung zu fördern und die Einbindung von Städten zu verstärken. Letztlich wird das die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen und privatwirtschaftlichen Aktivitäten erheblich verbessern. Ferner besteht die Notwendigkeit, offen zugängliche Innovationen und Daten zu unterstützen.

12. Innovatives und sozialverantwortliches öffentliches Beschaffungswesen

Die strategische Nutzung der öffentlichen Auftragsvergabe kann Städten helfen, soziale und ökologische Ziele zu verfolgen. Deshalb benötigen Städte Kenntnisse über innovative Ansätze, Richtlinien und technische Unterstützung. Für kleine und mittelgroße Städte ist das zusätzlich problematisch, denn für sie kann die öffentliche Auftragsvergabe zu komplex sein, weswegen sie Unterstützung und Hinweise zur Standardisierung benötigen.

Das Besondere an der Städteagenda für die EU ist die Entwicklung einer Reihe europäischer Partnerschaften. Jede Partnerschaft konzentriert sich auf eines der zwölf Kernthemen. Innerhalb dieser Partnerschaften arbeiten Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und andere europäische Institutionen, Städte, Nichtregierungsorganisationen und Verbände zusammen, um die städtische

Dimension in der EU-Politik zu stärken, wobei die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit berücksichtigt werden. Im Prinzip sind die Partnerschaften auf drei Jahre angelegt. Jedes Thema soll durch einen Aktionsplan umgesetzt werden, mit konkreten Maßnahmen auf EU-, nationaler und lokaler Ebene. Dieser Aktionsplan soll ein Dokument sein, das jederzeit aktualisiert werden kann.

Hier muss der Hinweis angebracht werden, dass die vorrangig thematische und sektorale Anlage der Partnerschaften das Risiko einer unzureichenden Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Themen und eines integrierten Ansatzes im Sinne der Leipzig-Charta birgt. Die oben beschriebenen komplexen aktuellen städtischen Herausforderungen erfordern einen integrierten Ansatz, der auf Zielkonflikte zwischen einzelnen Herausforderungen reagiert und versucht, diese miteinander in Einklang zu bringen. Derartige Konflikte können bei mehreren Themen auftreten, wie im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Ressourceneffizienz oder zwischen Wohnraumbedarf und dem Kampf gegen Zersiedelung oder der Erhaltung von Grünflächen.

5 Methodischer Ansatz

Bevor die Länderanalysen vorgestellt werden, folgt ein kurzer Einblick in den methodischen Ansatz der Studie. Als zentrale Forschungsfrage steht im Mittelpunkt dieser Studie: Inwieweit wurden die Grundsätze der Leipzig-Charta in allen EU-Mitgliedstaaten, den EU-Beitrittskandidaten und Norwegen und der Schweiz in den vergangenen fünf Jahren (2012–2016) angewandt? Um Datenmaterial zu generieren, wurde ein Expertenfragebogen entworfen, wobei die Leipzig-Charta selbst sowie die Fünf-Jahres-Evaluierungsstudie der Leipzig-Charta (BBSR 2012) als Inspiration für die Fragen dienten. Die Umfrage enthielt mehrere zumeist offene Fragen, die sich in vier theoretische Hauptabschnitte untergliederten.

Im ersten Abschnitt wurde ermittelt, inwieweit die Stadtpolitik eines Landes in den vergangenen fünf Jahren auf integrierte Weise geplant und durchgeführt wurde. Diese Frage konzentrierte sich speziell auf die aktuelle Governance-Struktur, die zuständigen Behörden, die hierarchische Struktur und die Beteiligung anderer wichtiger städtischer Akteure. Im zweiten Teil wurde gefragt, wie integrierte Stadtentwicklung in den vergangenen fünf Jahren koordiniert wurde. Der Fokus lag hier auf der Entwicklung und Umsetzung städtischer und territorialer Strategien und auf der entsprechenden Kooperation der verschiedenen Regierungsebenen. In dieser Hinsicht wurden auch die Rollen gesonderter koordinierender Gremien oder Institutionen sowie die Koordination mit EU-Programmen oder EU-Netzwerken und anderen wichtigen Akteuren auf lokaler Ebene, der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen berücksichtigt. Der dritte Abschnitt untersuchte den finanziellen Aspekt von Stadtentwicklungspolitik und stellte die Frage, wie die Kompetenz über EU-Mittelzuweisungen und -ausgaben zwischen den Verwaltungsebenen aufgeteilt bzw. delegiert wurde. Im letzten Abschnitt wurde eruiert, inwieweit ein integrierter Ansatz für benachteiligte Stadtteile besteht und wie dieser umgesetzt wird.

Anfang 2016 wurde in einer Testphase die Umfrage auf Klarheit und Qualität geprüft. Ab Mai 2016 wurde die endgültige Umfrage unter öffentlichen Bediensteten der nationalen Ministerien und Abteilungen der Stadtentwicklungspolitik in den jeweiligen Ländern verteilt. Die meisten Befragten füllten die Umfrage aus und lieferten somit wertvolle Beiträge für die Länderanalysen. In den seltenen Fällen von nicht beantworteten Umfragen mussten die Analysen auf Sekundärforschung statt auf Expertenwissen basieren. Darüber hinaus wurden in

einigen Fällen zusätzliche Informationen in Ergänzung zu den Umfragedaten im Rahmen von Sekundärforschungen eingeholt. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass alle Analysen, die zusätzliche Referenzen enthalten, nicht ausschließlich die Umfrageantworten der nationalen Experten wiedergeben, sondern sich zusätzlich aus anderen Quellen speisen. Darüber hinaus haben die Experten, wenn möglich, einen Vorentwurf der jeweiligen Länderanalyse zur sachlichen Prüfung erhalten. Auch die auf Sekundärforschung basierenden Analysen wurden zur Überprüfung an Spezialisten gesendet. Generell ist der Hinweis wichtig, dass die Länderanalysen aufgrund der institutionellen Zugehörigkeit der befragten Experten eine behördliche, staatliche Sichtweise repräsentieren.

Die Fragebogenerstellung und jegliche mit der Umfrage in Verbindung stehende Kommunikation wurden in englischer Sprache durchgeführt; ebenso wurden alle Fragebogenantworten in englischer Sprache gegeben. Auch die Länderanalysen wurden auf Englisch geschrieben und für die Endversion des Berichts auf Deutsch und Französisch übersetzt.

Basierend auf der Struktur des Fragebogens deckt jede Länderanalyse die wichtigsten Erkenntnisse aus jedem Abschnitt ab. Im Allgemeinen werden die thematischen Abschnitte in einer einheitlichen Reihenfolge behandelt: Die Analysen enthalten eine Beschreibung der Stadtpolitik des Landes, der politischen Koordination, der Finanzierung/Förderung und der Politiken für benachteiligte Stadtteile. Themen wurden kombiniert, wenn dies zur Klarheit beitrug. Auch zusätzliche Informationen wie der geografische Kontext wurde den Analysen hinzugefügt, wenn diese als relevant eingeschätzt und explizit in der Umfrageantwort thematisiert wurden.

Um Ergebnisse für die Fallstudienauswahl zusammenzutragen, konnten die Befragten bis zu drei praktische Beispiele eines integrierten Stadtentwicklungsprojekts in der Umfrage auflisten. Weniger als die Hälfte der Länder reagierten auf diese Anfrage. Ausgehend von diesen Informationen wurden die Fallstudien anhand mehrerer Kriterien ausgewählt. In erster Linie hatten die Fallstudien aktuell zu sein, bestenfalls sollten sie im Untersuchungszeitraum für diesen Bericht liegen. Durch dieses Ausschlusskriterium wurden die Beispiele drastisch reduziert. Zweitens wurde auf Basis der begrenzten Anzahl an Beispielen die geografische Verbreitung der Fallstudien innerhalb Europas ebenso berücksichtigt wie Veränderungen in

der Entwicklungsphase des Projekts und in dessen Zielen. Dabei lag der Schwerpunkt nicht ausschließlich auf der Sanierung von sozioökonomisch benachteiligten Stadtgebieten. Vielmehr sollten die Beispiele verschiedene mögliche Formen der Umsetzung einer integrierten Stadtentwicklungspolitik verdeutlichen.

Abschließend wurde auch die Stadtentwicklungspolitik in fünf Staaten außerhalb Europas in den Blick genommen. So fließt in die Betrachtung noch eine globale Perspektive ein. Diese Länder sind Brasilien, China, Indien, Südafrika und die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Länderanalysen folgen weitgehend der gleichen Analysestruktur wie die europäischen Länder, basieren allerdings vollständig auf Sekundärrecherche in englischer Sprache, da keine Umfrage versandt wurde. Auch hier wurden Entwürfe durch nationale Sachverständige ergänzt. Diese sind am Ende der Analysen namentlich genannt.

6 Integrierte Stadtentwicklung in der nationalen Praxis

Im folgenden Kapitel werden die Befunde zur integrierten Stadtentwicklung in den 28 Mitgliedstaaten der EU, ihren Beitrittskandidaten sowie in Norwegen und der Schweiz dargestellt. Die Präsentation erfolgt in alphabetischer Reihenfolge; auf eine explizite Kategorisierung wurde aufgrund der Heterogenität der Länderkontexte und Ansätze verzichtet. Die Leitfragen für die Analyse, die im Methodenkapitel näher beschrieben sind, gliedern sich auf in vier thematische Hauptaspekte:

- Governance-Strukturen in der Stadtentwicklungspolitik;
- Institutionelle Koordinierungsmechanismen inklusive europäischer Netzwerke;
- Architektur und Verantwortungszuweisung bezüglich der Stadtentwicklungsfinanzierung;
- Herangehensweise in Bezug auf benachteiligte Stadtviertel.

Die Antworten auf diese Fragen, die die nationalen Experten in den zuständigen Behörden in schriftlicher Form gegeben haben, sind in den Länderanalysen zu einem Fließtext zusammengefasst, der die vier Aspekte bestmöglich abdeckt. Die Abfrage von Governance-Strukturen, Koordinierungsmechanismen, Finanzierungsmöglichkeiten und -arrangements und des Vorgehens bezüglich benachteiligter Stadtviertel soll eine zusammengefasste und dennoch umfassende Darstellung der Mehrdimensionalität eines integrierten Ansatzes in der Stadt(teil)entwicklungspolitik in den jeweiligen nationalen Zusammenhängen ermöglichen.

Drei Fallstudien veranschaulichen die praktische Umsetzung eines integrierten Ansatzes für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Die erste betrifft

die Sanierung eines sozioökonomisch benachteiligten innerstädtischen Quartiers in Brünn in der Tschechischen Republik (Projektdauer 2009–2015). Die zweite Fallstudie betrifft den Kanalplan in Brüssel, Belgien. Dieses 2011 begonnene Projekt umfasst die Sanierung von Gebäuden, die Aufwertung des öffentlichen Raums sowie die Modernisierung von Infrastruktur und Anlagen entlang des Kanalbereichs. Die dritte Fallstudie betrifft das Entwicklungsprogramm Aviapolis in Vantaa, Finnland. Der Plan wurde im Jahr 2014 genehmigt und umfasst die Entwicklung eines multifunktionalen Stadtgebietes rund um den Flughafen von Vantaa. Das Projekt hat das Ziel, zwei Stadtviertel miteinander zu verbinden, die bislang durch die Brachflächen des Flughafengebiets voneinander getrennt wurden. Jeder Fallstudie lag die Frage zugrunde, inwieweit der Ansatz einer integrierten Logik folgte. Die deskriptiven Analysen zeigen, dass vertikale und horizontale Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Verwaltungen und Zusammenarbeit mit privaten Akteuren zu allen Projekten gehörte, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Darüber hinaus erkennen die meisten Projekte die Bedeutung sektorenübergreifender Integration an. Sie suchen unterschiedliche städtische Herausforderungen (z. B. Wohnen, städtische Armut, nachhaltige Flächennutzung, Arbeitslosigkeit, Klimaanpassung, Kreislaufwirtschaft und Mobilität) zu verbinden. Allerdings kann aus den vorliegenden Fallstudien die Lehre gezogen werden, dass die Beteiligung der Bürger und der Zivilgesellschaft in allen Phasen des Projekts noch immer entwicklungsfähig ist. Diese Beobachtung gilt weniger für den Fall von Brünn.

Albanien

Die albanische Stadtentwicklungspolitik wird hauptsächlich entlang nationaler und lokaler Strukturen organisiert. Die regionalen Verwaltungseinheiten, genannt *Qarks*, haben bislang keine wichtige Rolle in der territorialen Entwicklung gespielt, allerdings sind Strukturreformen zu erwarten. Die abgeschlossene Territorialverwaltungsreform des Jahres 2015 hat die Zahl der Gemeinden von 284 auf 61 reduziert. Drängende Probleme wie die Entwicklung von inoffiziellen Siedlungen, gleichzeitige Schrumpfung und Zersiedelung sowie das generelle Fehlen einer Stadtentwicklungspolitik während des Übergangs vom Kommunismus zur Marktwirtschaft brachten die nationale Regierung dazu, im Jahr 2013 ein gesondertes Ministerium für Stadt-

entwicklung zu schaffen. Dieses Ministerium ist für die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen in den Bereichen Stadtplanung, Landwirtschaft, Wohnungswesen, Legalisierung und Integration inoffizieller Siedlungen und städtischer Abfallwirtschaft zuständig. Innerhalb des Ministeriums wurde 2013 eine Abteilung für Feststoffabfälle geschaffen. Diese erarbeitet einen Masterplan, der regionale Lösungen für die Abfallwirtschaft und die Bodensanierung aufzeigt.

Dem Ministerium angehörende Exekutivagenturen wie die Staatliche Raumplanungsagentur, die Agentur für Territoriale Entwicklung, die Nationale Wohnungsagentur und die Agentur für Legalisie-

rung, Urbanisierung und Integration von illegalen Gebäuden und Geländen erfüllen stadt- und planungsbezogene Aufgaben. Der Nationale Gebietsrat, ein Ministerausschuss unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten und Ko-Vorsitz des Ministers für Stadtentwicklung, genehmigt Raumplanungsdokumente für alle Regierungsebenen. Die Koordination zwischen nationalen und lokalen Behörden obliegt der Staatlichen Raumplanungsagentur. Jede Gemeinde verabschiedet einen Generellen Lokalen Plan und integriert dabei die Leitlinien der nationalen und regionalen Pläne in einem Zehn-Jahres-Planungsdokument.

Im Jahr 2016 wurden der erste Allgemeine Staatliche Raumordnungsplan und zwei integrierte sektorenübergreifende Pläne für das Küstengebiet und für die Wirtschaftszone Tirana-Durres verabschiedet. Diese strategischen Pläne haben zum Ziel, einen rechtlichen Rahmen für nachhaltige städtische, ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung zu schaffen und strategische In- und Auslandsinvestitionen zu fördern. Der Allgemeine Staatliche Raumordnungsplan stellt eine rechtliche Notwendigkeit auf Albaniens Weg der EU-Integration dar und repräsentiert die erste umfassende Initiative zur territorialen Regulierung, einschließlich sektorenübergreifender Planung.

Im Jahr 2016 wurde eine neue Wohnungsstrategie genehmigt, die sowohl Wohnraumbedarf als auch Obdachlosigkeit behandelt und sich auf gefährdete Personengruppen konzentriert. Neben einer Verbesserung des Rechtsrahmens sieht diese Strategie die Erstellung eines verlässlichen Datensystems über die Situation obdachloser Familien vor. Die Staatliche Wohnungsbaubehörde bildet ein Bindeglied zwischen dem Ministerium für Stadtentwicklung und lokalen Behörden und hat einen besonderen Auftrag zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum.

Die Koordination zwischen nationalen und lokalen Behörden liegt in der Verantwortung der Staatlichen Territorialen Planungsagentur, die an das Ministerium für Stadtentwicklung berichtet. Jede Gemeinde genehmigt einen Allgemeinen Lokalen Plan, basierend auf den Richtlinien, die sich aus nationalen und regionalen Plänen ergeben. Dieser Allgemeine Lokale Plan besteht aus einem 10 Jahre abdeckenden ganzheitlichen Raumplanungsdokument für das Gebiet. Von staatlicher Seite betriebene Initiativen zur Förderung öffentlich-privater Aktivität zur Bereitstellung von Sozialwohnungen haben in der Vergangenheit nicht zum Erfolg geführt.

Der Bürgerbeauftragte, der unter anderem für Wohnen und Menschenrechte zuständig ist, spricht

Empfehlungen aus. Unter Nichtregierungsorganisationen gibt es Vereine, die sich für die Rechte von Minderheiten in Bezug auf bezahlbare und angemessene Wohnungen einsetzen. Diese Interessengruppen können sich im Rahmen von mit Gesetzgebungsvorschlägen einhergehenden Konsultationsverfahren beteiligen.

Das Ministerium für Stadtentwicklung hat im Jahr 2013 den Regionalentwicklungsfonds umgestaltet. Für dessen Mittel können sich alle Gemeinden mit Projekten in den Bereichen Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung, Urbanisierung und Stadterneuerung bewerben. Der Masterplan zur integrierten Abfallwirtschaft wird von der KfW Entwicklungsbank finanziert. EU-Instrumente wie das Instrument für Heranführungshilfe, Experten für technische Unterstützung und Informationsaustausch sowie Partnerschaftsprojekte werden intensiv genutzt. Im Allgemeinen beobachten die Behörden Raumentwicklungsprioritäten, die von internationalen Organisationen wie der EU, der *Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)*, der Vereinten Nationen und dem Europarat definiert werden, genau.

Das Ministerium für Soziale Sicherheit und Jugend und die Gemeinden selbst legen die Indikatoren für benachteiligte städtische Gebiete fest. Benachteiligte Stadtviertel werden vielfach von Roma und Angehörigen der Minderheit der so genannten Balkan-Ägypter bewohnt. Um die Lebensbedingungen zu verbessern, wurde 2014 ein Fonds für den Wiederaufbau von Häusern für diese Gemeinschaften eingerichtet. Darüber hinaus wurde 2016 der Nationale Aktionsplan für die Integration von Roma und Ägyptern in der Republik Albanien 2016–2020 mit Unterstützung des *Support to Social Inclusion of Roma and Egyptian Communities (SSIREC)*-Projekts des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen verabschiedet. Anders als die Roma haben die so genannten Ägypter keinen offiziellen Minderheitenstatus, da sie keine eigene Sprache aufrechterhalten haben, allerdings werden beide Gruppen als marginalisiert und sozial ausgegrenzt betrachtet (Ministry of Social Welfare and Youth 2015: 12). Die genaue Herkunft der ägyptischen Gemeinschaft ist umstritten, wobei unterschiedliche Hypothesen ihre Wurzeln tatsächlich im Alten Ägypten, in Spanien oder in Nordwestindien sehen (CESS 2012: 16).

In Anerkennung der Notwendigkeit, raum-, bereichs- und zeitbezogene Aspekte der Stadtentwicklungspolitik mit einzubeziehen haben die nationalen Behörden in Zusammenarbeit mit der Lokalverwaltung drei Pilotprojekte in nichtoffiziellen Siedlungen in Höhe von 3,1 Mio. US-Dollar durchgeführt, wodurch rund 25.000 Menschen

einen besseren Zugang zu Straßeninfrastruktur, Sanitärversorgung und allgemeinen öffentlichen Diensten erhielten. Weitere Projekte wurden in

Partnerschaft mit internationalen Organisationen und ihren Finanzinstituten durchgeführt.

Zusätzliche Quellen

CESS – Center for Economic and Social Studies, 2012: A Needs Assessment Study on Roma and Egyptian Communities in Albania. Zugriff: <http://www.undp.org/content/dam/albania/docs/Roma%20Needs%20Assessment.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Ministry of Social Welfare and Youth, 2015: National Action Plan for Integration of Roma and Egyptians in Albania. 2016–2020. Zugriff: <http://www.al.undp.org/content/dam/albania/docs/misc/Plani%20i%20Veprimit%20ENG.PDF?download>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Belgien

Die Entscheidungsbefugnisse in Belgien werden zwischen der Bundesebene, den drei Gemeinschaften (flämisch, französisch und deutsch) und den drei Regionen (Flandern, Brüssel-Hauptstadt und Wallonien) aufgeteilt. Alle Ebenen haben ihre eigene Gesetzgebung, ihr eigenes Parlament und ihre eigene Regierung und genießen in vielen Politikbereichen große Autonomie. Die sechste Staatsreform aus dem Jahr 2011 (fortdauernd) hat die Rolle der Regionen weiter gestärkt. Demzufolge fällt Stadtpolitik hauptsächlich unter die Verantwortlichkeit der Regionen. Ein Bundes-Staatssekretär, der für die Großstadtpolitik (*Politique des grandes villes/Grootstedenbeleid*) mit dem Schwerpunkt soziale Integration und Armutsbekämpfung zuständig ist, besteht allerdings weiterhin. Das zuständige Ministerium ist der Föderale Öffentliche Dienst für soziale Integration, Armutsbekämpfung und Stadtpolitik (*POD Maatschappelijke Integratie/SPP Intégration Sociale*).

Die drei Regionen sind Gebietskörperschaften und üben ihre Befugnisse über Wirtschaft, Beschäftigung, Wohnen, öffentliche Arbeiten, Energie, Verkehr, Umwelt, Stadterneuerung und -planung, Armutsreduktion, Wohlfahrt, öffentliche Gesundheit, Bildung sowie internationale Angelegenheiten in ihrem Hoheitsgebiet aus. Die Regionen haben ihre eigene Stadtpolitik mit spezifischen Förderprogrammen entwickelt.

In Flandern ist die Stadtpolitik Teil eines übergreifenden Ansatzes, der eine Reihe von Ministerien umfasst. In der Agentur für Innere Verwaltung (*Binnenlands Bestuur*) erarbeitet eine gesonderte Abteilung (*Stedenbeleid Vlaanderen*) die flämische Stadtpolitik. Es existieren spezialisierte Institute wie *Ruimte Vlaanderen* und die Flämische Vereinigung für Raumplanung (*Vlaamse Vereniging voor Ruimte en Planning*) sowie wissenschaftliche Institute wie das Wissenszentrum für Flämische Städte (*Kenniscentrum Vlaamse Steden*) und der Verband der Flämischen Städte und Gemeinden (*Vereniging van Vlaamse Steden en Gemeenten*). Gemäß den regionalen Leitprinzipien liegt die Umsetzung der

Stadtpolitik weitgehend bei den kommunalen Gemeinschaften.

In Wallonien gibt es einen speziell für Stadtpolitik zuständigen Minister. Der aktuelle Minister ist außerdem für Kommunalbehörden, Wohnen, Energie und Sport verantwortlich. Das Dezernat für Territoriale Entwicklung und Stadtplanung (*Département de l'Aménagement du Territoire et de l'Urbanisme*) ist die hauptsächliche Verwaltungskordinierungsstelle und befasst sich mit Stadterneuerung, Stadt-sanierung und benachteiligten Gebieten. Der Verband der wallonischen Städte und Gemeinden (*Union des Villes et Communes de Wallonie*) ist ein wichtiger Akteur in der Mitgestaltung der Stadtentwicklungspolitik. Im Jahr 2016 hat das wallonische Parlament einen neuen Raumentwicklungskodex (*Code du Développement Territorial*) verabschiedet, der die Zersiedelung verringern und die regionale Wirtschaftsentwicklung stimulieren soll (ab Juni 2017 in Kraft).

Stadtverträge (2000–2014) formten das Hauptprogramm des Bundes für einen Mehrebenen-Ansatz in der Stadtentwicklung mit einem jährlichen Budget zwischen 53 und 70 Mio. Euro. Siebzehn belgische Städte, in denen unterprivilegierte Stadtviertel identifiziert worden waren, schlossen solche Verträge. Hauptziele der Stadtverträge waren die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks und die Erhöhung der Attraktivität von Städten. Nach 2014 wurden keine neuen Stadtverträge oder äquivalente Programme auf Bundesebene entwickelt.

Das flämische Koalitionsprogramm 2014–2019 integrierte sektorale Subventionen in die Städtefonds (*Stedenfonds*), um Städten und Gemeinden mehr finanzielle Autonomie einzuräumen. Die flämische Stadtpolitik sieht eine Reihe von Subventionsregelungen vor, wie z. B. die strukturelle Finanzierung durch den Städtefonds und die Finanzierung von Stadtviertel-Paten für Neuankömmlinge in der Gemeinschaft. Die flämische Regierung stellt Projektzuschüsse in einer Höhe von etwa drei Mio.

Euro pro Projekt an Städte für innovative Stadterneuerungsprojekte zur Verfügung, um neue Dynamiken in Stadtvierteln zu erzeugen. Projekte müssen in Kooperation mit einem oder mehreren privaten Partnern realisiert werden. Stadterneuerungsprojekte werden in Abstimmung mit der lokalen Bevölkerung und Zivilgesellschaft entworfen. Ausgewählte Städte erhalten nicht nur finanzielle Zuschüsse, sondern auch Beratung und Empfehlungen von Stadtextperten verschiedener Disziplinen (Architektur, Planung, Wirtschaft, Wohnen, Soziale Inklusion, Gesundheitswesen, Urbanistik etc.), wodurch ein fachübergreifender Ansatz sichergestellt wird. Zusätzlich hat die flämische Regierung ein *Smart Flanders*-Programm zur Unterstützung von offenen und agilen intelligenten Städten und zur Einrichtung von Pilotprojekten in Bezug auf städtische Herausforderungen aufgestellt. Die flämische Stadtpolitik unterstützt auch Kontaktstellen für die Integration von Roma-Bürgern und Antiradikalisierungsprogramme für junge Menschen, die sich vom Islamismus angezogen fühlen. In Bezug auf die Unterstützung durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sind städtische Gebiete Fokusgebiete für die Reduktion von Treibhausgasemissionen aus den Bereichen Wohnen und Verkehr. In den Jahren 2014–2020 werden in Antwerpen und Gent 20 Mio. Euro an spezifische Nachhaltigkeitsprogramme gehen. Der Stadt Antwerpen wurde ein Zuschuss in Höhe von fünf Mio. Euro im Rahmen des Programms *Urban Innovative Actions* für ein Wohnungsintegrationsprojekt genehmigt. Vor kurzem hat eine sektorenübergreifende städtische Arbeitsgruppe damit begonnen, ein besser abgestimmtes europäisches Finanzierungskonzept zu entwickeln.

Das wichtigste Finanzierungsinstrument der regionalen Entwicklung in Wallonien ist der *Plan Marshall 4.0*, ein 2015 verabschiedetes Großinvestitionsprogramm. Der Plan fördert Investitionen in die folgenden Schwerpunkte: Humankapitalentwicklung, unternehmerische Innovation, territoriale Entwicklung, Kreislaufwirtschaft und digitale Innovation. Stadtpolitik wird auch mittels der EU-Fonds unterstützt, insbesondere durch den EFRE. Zwei der sechs Hauptachsen des operationellen Programms 2014–2020 sind städtischen Gebieten gewidmet, insbesondere städtischer Umwelt und städtischen öffentlichen Räumen sowie integrierter Stadtentwicklung. Spezifische wallonische Instrumente der Stadtpolitik sind Stadterneuerungs- und Stadtsanierungsmaßnahmen, die beide auf Partnerschaften zwischen der Region und den jeweiligen Kommunen beruhen. Maßnahmen der Stadterneuerung (*Révitilisation urbaine*) basieren auf einem integrierten sektorenübergreifenden Ansatz, getragen von öffentlichen Behörden. Die Privatwirtschaft ist finanziell an Maßnahmen der Stadt-

sanierung (*Rénovation urbaine*) beteiligt und der Schwerpunkt liegt hier auf der gebauten Umwelt. Der Anteil regionaler finanzieller Unterstützung hängt von der Art der Intervention und des Gebietes ab (insbesondere Gebiete Bevorzugter Initiativen). Die Region unterstützt ebenfalls die Rückumwandlung und Wiederherstellung brachgefallener Gebiete in städtischen und anderen Kontexten, insbesondere industrielle Altstandorte.

Im Jahr 2016 präsentierte die Bundesregierung ihren Dritten Föderalen Plan zur Armutsbekämpfung 2016–2019 (*Derde Federaal Plan Armoedebestrijding/Troisième Plan fédéral de lutte contre la pauvreté*). Dieser Plan basiert auf strategischen Zielen wie Bekämpfung von Kinderarmut, Stärkung des Zugangs zum Arbeitsmarkt, Bekämpfung von Obdachlosigkeit und schlechten Wohnbedingungen sowie Schaffung des Zugangs zu Gesundheitsdiensten. Es gibt mehrere Foren und institutionelle Vereinbarungen, die die Lebensqualität in benachteiligten Stadtvierteln thematisieren. Ferner koordiniert Belgien (gemeinsam mit Frankreich) die Partnerschaft zu Städtischer Armut im Rahmen der Städteagenda für die EU. Weitere an Städte gerichtete Bundespolitiken beziehen sich auf städtische Sicherheit. Städte können finanzielle Zuschüsse zum Aufbau einer lokalen Sicherheits- und Präventionsstrategie, für die sie einen Strategischen Sicherheits- und Präventionsplan aufstellen müssen, erhalten. Die Umsetzung dieses Plans basiert auf einer Diagnose lokaler Sicherheit, mittels derer die Stärken und Schwächen bezüglich Sicherheit und Prävention auf der lokalen Ebene analysiert werden können. Eine neuere Politikmaßnahme zur Bekämpfung von Kleinkriminalität und subversivem Verhalten sind die so genannten Kommunalen Ordnungsstrafen. Städte und Gemeinderäte können eine Ordnungsgebühr für Handlungen wie illegale Müllentsorgung, illegales Graffiti oder Belästigung auf Straßen und Plätzen, die zur Verunsicherung der lokalen Bevölkerung führen können, verhängen. Der Gesetzgeber sieht außerdem die Möglichkeit eines Mediationsverfahrens zwischen Täter und Opfer vor. Für junge Menschen unter 16 ist eine Mediation verpflichtend. 30 Mediatoren wurden durch den Föderalen Öffentlichen Dienst für soziale Integration, Armutsbekämpfung und Stadtpolitik landesweit für 30 Städte bereitgestellt.

In Flandern gibt es keine spezifische Politik für benachteiligte Stadtviertel, aber viele Projekte wurden in benachteiligten Stadtgebieten eingerichtet. Ein Stadt-Monitor (*Stadsmonitor*) bietet eine Übersicht über die Lebensqualität in Städten und enthält über 200 Indikatoren.

Der wallonische Umgang mit benachteiligten Stadtteilen beruht auf einer langjährigen Katego-

risierung von Gebieten Bevorzugter Initiativen (*Zones d'initiatives privilégiées*). Ziel ist es, diese durch personen- und ortsbezogene Kriterien identifizierten Gebiete durch die Zuweisung entsprechender Finanzmittel zu unterstützen. Im Jahr 2015 sprach die wallonische Regierung eine Aufforderung zur Einreichung von Projekten zur Schaffung von Neuen Stadtvierteln (*Quartiers Nouveaux*) aus, die von Gemeinden und dem Wohnungssektor entwickelt werden sollten. Zehn Projekte, die ein besseres Wohnen ermöglichen sollen, werden realisiert (CREAT-UCL 2016).

Die Region Brüssel-Hauptstadt arbeitet seit 1994 mit Verträgen zu Nachhaltigen Stadtvierteln (*Con-*

trats de Quartiers Durables), die Wohnraumsanierung oder Wohnraumherstellung, die Sanierung öffentlicher Räume oder soziale und partizipative Initiativen zum Thema haben. Diese vier bis sechs Jahre laufenden Verträge werden durch unterschiedliche Gruppen lokaler Akteure wie Kommunen, Öffentliche Zentren für Soziale Wohlfahrt oder Nichtregierungsorganisationen umgesetzt (Ville de Bruxelles o.J.). Ende 2016 hat das Brüsseler Parlament eine neue Gesetzgebung für Stadterneuerung beschlossen. Sie bietet einen umfangreichen Regelrahmen für drei Kernprogramme, nämlich die Verträge zu Nachhaltigen Stadtvierteln, Stadterneuerungsverträge und die Brüssel betreffenden früheren föderalen Stadtverträge.

Zusätzliche Quellen

CREAT-UCL – Centre de recherches et d'études pour l'action territoriale de l'Université catholique de Louvain, 2016: Quartiers Nouveaux. Zugriff: <https://www.ciu2016quartiersnouveaux.be/index.html#WINNER>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Ville de Bruxelles, o.J.: Contrats de quartier. Zugriff: <https://www.bruxelles.be/contrats-de-quartier>. [abgerufen am 10. 05. 2017].

Fallbeispiel: Brüssel

Im Herzen von Brüssel liegt der Brüsseler Kanal, der ursprünglich aus dem Willebroekkanal und dem Charleroi-Kanal bestand. Der Willebroekkanal, der

nach Norden führt, wurde zwischen 1551 und 1561 angelegt, um Brüssel mittels eines 30 Kilometer langen Wasserweges mit Antwerpen zu verbinden. Der Kanal wurde zur Verschiffung von Waren wie Tapisseries, Spitzen und Gardinstoffen verwendet. Der Charleroi-Kanal, der nach Süden führt, wurde zwischen 1830 und 1870 gebaut und verband die Stadt mit Charleroi und dem Bergbauggebiet von Hainaut. Diese neue Wasserstraße ermöglichte es Brüssel, große Kohletransporte aufzunehmen und damit den industriellen, demografischen und städtischen Boom der Stadt in Gang zu setzen. Anfang des 20. Jahrhunderts wurden umfangreichere und tiefere Hafenanlagen gebaut, um Brüssel zu einem Seehafen zu machen. Die Eröffnung des Seehafens setzte eine erneute Entwicklung in Gang und neue Industrien (Chemikalien, Petrochemie, Baumaterialien, Zementwerke etc.) entstanden im Norden und Süden der Kanalachse.

Doch wie viele andere Städte erlebte Brüssel in den 1970-Jahren einen Bevölkerungsrückgang. Zudem traf der Deindustrialisierungsprozess die Stadt besonders stark. Entlang des Kanals entstanden zahlreiche brachliegende Industriegebiete, in denen sich die Bausubstanz verschlechterte. Gleichzeitig siedelten sich zahlreiche Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen in dem Gebiet an.

Vor allem seit der Gründung der Hauptstadtregion Brüssel im Jahr 1989 haben die Behörden Investitionen zugunsten der Gebäuderenovierung, der Sanierung von öffentlichen Räumen und der Modernisierung von Infrastrukturen entlang des Kanalbereichs getätigt.





Bild: Stuart Acker Holt – Brüsseler Kanal

Ein Instrument zur Stimulierung und Förderung dieser Entwicklung ist der im Jahr 2011 erarbeitete Kanalplan. Auf der Grundlage einer interdisziplinären Planung zielt der Kanalplan darauf ab, die Wirtschaftskraft zu stärken, Wohnungen für alle Haushaltgruppen zu schaffen, den öffentlichen Raum aufzuwerten und die funktionale Vielfalt zu fördern. Die Hauptstadtregion Brüssel schrieb einen internationalen Wettbewerb für die Planung des gesamten Gebiets aus.

Die Methodik des Kanalplans besteht aus drei Hauptelementen: Innovation, Flexibilität und Nachhaltigkeit. Teil des innovativen Elements ist die Governance-Struktur. Der Kanalplan ist ein Projekt der Hauptstadtregion Brüssel, das unter der Aufsicht des Ministerpräsidenten umgesetzt wird. Die Implementierung obliegt einem Kernteam, das sich folgendermaßen zusammensetzt: der Brüsseler Chefarchitekt, einem Team für Forschung durch Design, der Brüsseler Planungsagentur *perspective.brussels*, die für die Planung, Ausarbeitung und Überwachung des Regulierungsrahmens zuständig ist, ein für die Bewertung aller Anträge und Genehmigungen verantwortliches Kanalplan-Team innerhalb des Regionalplanungsdirektoriums sowie ein Team von Projektleitern der Gesellschaft für Stadtentwicklung (*Société d'Aménagement Urbain*), das für die operative Umsetzung des Kanalplans verantwortlich ist. Darüber hinaus sind alle betroffenen Gemeinden und regionalen Dienste an der Festlegung aller Projekte beteiligt. Auch die Anwohner und die Zivilgesellschaft werden im Rahmen von Veranstaltungen in den Dialog integriert.

Der innovative Aspekt der Governance-Struktur wird vor allem durch ein engagiertes, interdisziplinäres Team gewährleistet, das in verschiedenen regionalen Verwaltungen verankert ist. Durch die Anwendung dieser transversalen Governance wird sichergestellt, dass in jeder Projektphase Experteninput durch bestimmte Institutionen gegeben wird, von der Planung über die Erteilung von Genehmigungen bis hin zur Betriebsphase. Ein weiterer innovativer Aspekt liegt in der Art und Weise, wie die gesamten 2.509 Hektar des Kanalbereichs im Projekt angegangen werden. Die Konzentration von Maßnahmen und Ressourcen ist nämlich auf eine Zone von 313 Hektar beschränkt, in denen sich vor allem Gebiete in öffentlichem Besitz befinden (Gemeinden, Region, Hafenbehörde, öffentliche Unternehmen usw.). Durch diese öffentlichen Impulse wird ein positiver Überlauf-Effekt für private Immobilieninvestoren, die sich dem Kanalplan-Prozess anschließen, erzeugt.

Die Flexibilität des Ansatzes drückt sich in einem von Projekt zu Projekt fortzuentwickelnden Leitbild aus. Ein weiterer Aspekt ist die gemeinsame Konstruktion von Projekten durch öffentliche und private Akteure. Diese Kooperation sichert die Durchführbarkeit der Projekte, während gleichzeitig die regionalen und lokalen Behörden die Durchsetzung der wichtigsten allgemeinen Planungs- und Landschaftsprinzipien gewährleisten.

Die nachhaltige Zukunft des Gebietes wird durch die Verknüpfung mit relevanten sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen gewährleistet. Dazu zählen öffentlich geförderter Wohnungsbau ebenso wie Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, z. B. Inkubatoren für Unternehmensgründer. Darüber hinaus sind Finanzhilfen zur Schadstoffentsorgung, für nachhaltiges Bau-

linäres Team gewährleistet, das in verschiedenen regionalen Verwaltungen verankert ist. Durch die Anwendung dieser transversalen Governance wird sichergestellt, dass in jeder Projektphase Experteninput durch bestimmte Institutionen gegeben wird, von der Planung über die Erteilung von Genehmigungen bis hin zur Betriebsphase. Ein weiterer innovativer Aspekt liegt in der Art und Weise, wie die gesamten 2.509 Hektar des Kanalbereichs im Projekt angegangen werden. Die Konzentration von Maßnahmen und Ressourcen ist nämlich auf eine Zone von 313 Hektar beschränkt, in denen sich vor allem Gebiete in öffentlichem Besitz befinden (Gemeinden, Region, Hafenbehörde, öffentliche Unternehmen usw.). Durch diese öffentlichen Impulse wird ein positiver Überlauf-Effekt für private Immobilieninvestoren, die sich dem Kanalplan-Prozess anschließen, erzeugt.

en sowie für erneuerbare Energieproduktion Teil des Gesamtplanes. Auch soziale Entwicklungen in Form von sozialen, kulturellen und gemeinschaftlichen Infrastrukturen werden berücksichtigt. So ist der Kanalplan Teil einer integrierten Stadtentwicklungspolitik, die alle für die nachhaltige Entwicklung des Kanalbereichs benötigten Aspekte umfasst und auf diese Weise ein sozial und wirt-

schaftlich benachteiligtes Stadtquartier aufwertet. Besonderes Kennzeichen des Kanalplans ist die vertikale und horizontale Kooperation innerhalb der Verwaltungen und die Zusammenarbeit mit privaten Akteuren und (in geringerem Maße) mit Anwohnern und Zivilgesellschaft. Die Regionalregierung verfolgt das Ziel, den Kanalplan bis 2025 zu implementieren.

Bulgarien

In Bulgarien legt der Ministerrat Prinzipien, politische Grundsätze und den Finanzrahmen für Raumplanung auf nationaler Ebene fest. Das Ministerium für regionale Entwicklung und öffentliche Arbeiten leitet die Umsetzung der Raumplanungspolitik und koordiniert die Aktivitäten der zentralen und lokalen Exekutivbehörden und der Kommunalverwaltung. Darüber hinaus bietet es methodologische Beratung und überwacht alle Raumplanungsaktivitäten.

Gemeinderäte und Bürgermeister bestimmen die lokale Politik für ihre jeweiligen Gebiete. An diesem Prozess sind keine anderen regionalen Behörden beteiligt. Den nationalen Leitlinien folgend entwickeln und implementieren städtische Behörden Stadtentwicklungsstrategien. Der Fokus auf nachhaltiger und integrierter Entwicklung in Einklang mit Artikel 7 der Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) stellt jedoch ein Novum für die lokalen städtischen Behörden dar. Der Mangel an Erfahrung bezüglich des Managements solcher integrierter Stadtentwicklungsstrategien und der Mangel an ausreichenden öffentlichen Ressourcen konstituieren die größten Herausforderungen für alle beteiligten Behörden.

Das Nationale Raumentwicklungskonzept für den Zeitraum 2013–2025 wird im Rahmen des operationellen Programms für Regionalentwicklung 2007–2013 für Bulgarien finanziert und legt die wichtigsten Prioritäten für die territoriale Entwicklung fest. Es nennt 39 große und mittelgroße Städte, die das Potential haben, Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung gemäß Artikel 7 der EFRE-Verordnung durchzuführen. Basierend auf dem Nationalen Raumentwicklungskonzept und dem bulgarischen Regionalentwicklungsgesetz haben diese 39 Städte Integrierte Pläne für Stadterneuerung und -entwicklung entwickelt. Diese Pläne bilden die Grundlage für die Umsetzung nachhaltiger Stadtentwicklungsaktivitäten.

Bei der Vorbereitung und Umsetzung der Integrierten Pläne für Stadterneuerung und -entwicklung organisieren städtische Behörden öffentliche Anhörungen, Umfragen, Fokusgruppen und Interviews. Hiermit folgen sie Weisungen des Ministeriums für

Regionalentwicklung und öffentliche Arbeiten. Lokale Gemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen spielen eine aktive Rolle bei der Diskussion lokaler Entwicklungsprioritäten, aber die Entwicklung von Stadtentwicklungsstrategien wird oft bei externen Experten in Auftrag gegeben. Dennoch werden alle amtlichen Dokumente (Gesetze, Verordnungen, nationale Strategien, methodologische Leitlinien, Anwendungsrichtlinien etc.) zwecks öffentlicher Konsultation in Umlauf gebracht, sodass verschiedene Akteure die Möglichkeit bekommen, Anregungen oder Kommentare beizusteuern.

Nationale städtische und territoriale Strategien werden intensiv mit EU-Programmen, -Netzwerken und -Strategien koordiniert und thematisch mit ihnen verknüpft. Die operationellen Programme der EU-Strukturfonds gestalten die allgemeine Finanzierung von Stadtentwicklungsprojekten und sind daher für deren Verwirklichung und Umsetzung von entscheidender Bedeutung. Der Programmierungszeitraum 2007–2013 führte das Konzept der nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung in Bulgarien ein. Der Programmierungszeitraum 2014–2020 initiierte komplexere Implementierungsmaßnahmen. Von 2007 bis 2013 nutzten bulgarische Lokalbehörden die bestehenden städtischen Masterpläne und kommunalen Entwicklungspläne als Basis für die Umsetzung integrierter Stadtentwicklungsmaßnahmen. Im Programmzeitraum 2014 bis 2020 setzen sie spezielle Integrierte Pläne für Stadterneuerung und -entwicklung um, die mit den Anforderungen des Artikels 7 der EFRE-Verordnung übereinstimmen. Die operationellen Programme des EFRE finanzieren auch die Integrierten Pläne für Stadterneuerung und -entwicklung, koordiniert von der Verwaltungsbehörde im Ministerium für regionale Entwicklung und öffentliche Arbeiten. Bulgarien nutzt auch das Fondsinstrument *Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas (JESSICA)* und hat im Zeitraum 2007–2013 zwei derartige Stadtentwicklungsfonds für die Finanzierung von 35 Projekten eingerichtet.

Die Integrierten Pläne für Stadterneuerung und -entwicklung legen die für Stadterneuerung aus-

gewählten Interventionsgebiete fest, die der Definition benachteiligter Stadtteile entsprechen. Diese Zonen werden entlang grundlegender Funktionen, ähnlicher Eigenschaften und Bedingungen der physischen Umgebung, sozialer und ethnischer Bevölkerungsstruktur sowie der Struktur der wichtigsten Fonds unterschieden. Drei Arten von Zonen existieren: Zonen mit überwiegend sozialen Funktionen, Zonen mit Potenzial für wirtschaftliche Entwicklung und Zonen mit sehr wichtigen öffentlichen Funktionen. Jede Art von Zone weist spezifische Eigenschaften und Kriterien auf. Zonen mit überwiegend sozialen Funktionen sind städtische Gebiete mit vorwiegend Wohnfunktion, Zonen mit Potenzial für wirtschaftliche Entwicklung sind städtische Gebiete mit dem vorwiegenden Zweck industrieller und anderer wirtschaftlicher Aktivitäten und Zonen mit sehr wichtigen öffentlichen Funktionen beziehen sich auf Stadtzentren, zentrale Fußgängerbereiche und weitere Gebiete mit einer Konzentration öffentlicher Funktionen. In Bezug auf die Definition der Zonen werden einige Kriterien angewandt. So müssen soziale Zonen Kriterien wie schlechte

technische Infrastruktur, hohe Armutsquoten, soziale Ausgrenzung, Langzeitarbeitslosigkeit, Kriminalität, Prädominanz ethnischer Minderheiten, schlechten Wohnbedingungen etc. erfüllen.

Gemäß den einschlägigen EU-Strukturfondsbestimmungen werden in jeder einzelnen Zone integrierte Instrumente eingesetzt. Dabei werden sowohl die Gebietseigenschaften als auch die Auswirkungen dieser Aspekte auf die Stadtbevölkerung bezüglich Lebensqualität, ökologischer und ästhetischer Qualität des Lebensraums, städtischer Attraktivität und wirtschaftlichem Wachstumspotenzial berücksichtigt. Die Integrierten Pläne enthalten eine Kombination zeitlich sowie räumlich verbundener Projektideen, Aktivitäten und Investitionserfordernissen, die in bestimmten Interventionszonen in Städten Anwendung finden. Diese wurden durch von lokalen Behörden organisierte Arbeitsgruppen, die Vertreter unterschiedlicher Stakeholder, Unternehmen, öffentlicher Behörden, Nichtregierungsorganisationen etc. beinhalteten, erdacht.

Dänemark

Das dänische Planungsgesetz von 1992, zuletzt 2016 geändert, legt den Rahmen für die Raumplanung fest, indem es dem Minister für Wirtschaft, den fünf Regionalräten und den 98 Gemeinden die Verantwortung für die Raumplanung überträgt. Seit 2015 ist die dänische Wirtschaftsbehörde für Raumplanung verantwortlich. Der Minister für Wirtschaft präsentiert in jeder neuen Amtsperiode einen nationalen Planungsbericht für Gemeinden und Regionen mit langfristigen Planungsaspekten. Die vorherige dänische Regierung veröffentlichte 2015 eine stadtpolitische Strategie. Der Plan mit dem Titel „Nachhaltige Städte – eine soziale und grüne nachhaltige Stadtpolitik“ (*Bæredygtige byer – en social og grøn bæredygtig bypolitik*) definierte sieben so genannte nachhaltige Wege mit fachübergreifendem Potential in Bezug auf professionelle Kompetenzen und Sektoren. Diese sieben Wege zeigen, wie Stadtentwicklung und Raumplanung zu nachhaltiger Entwicklung beitragen können.

Während der Staat Richtlinien für die Gesamtplanung festlegt, übersetzen die Gemeinden diese in kommunale Pläne (*Kommuneplan*) und umsetzungsorientierte lokale Entwicklungspläne. Die Regionalräte erarbeiten regionale Wachstums- und Entwicklungspläne, die Ziele in den Bereichen Infrastruktur, Geschäftsentwicklung, Bildung, Beschäftigung, Stadtentwicklung, Natur und Umwelt und Kultur festlegen. Das Ballungsgebiet Kopenhagen unterliegt einer eigenen Strategie, dem sogenannten Finger-Plan, der sich auf die handähnli-

che Form des Großraums Kopenhagen bezieht. Der Finger-Plan wird durch das dänische Planungsgesetz reguliert.

Das Stadterneuerungsgesetz wurde erstmals 2004 verabschiedet und zuletzt im Jahr 2016 unter der Leitung des Ministeriums für Verkehr, Bauen und Wohnen geändert. Es soll den dänischen Gemeinden als Instrument dienen, um gezielte Maßnahmen in der Stadt- und Wohnungspolitik zu ergreifen. Es befördert die Entwicklung der ärmsten Stadtgebiete, insbesondere in Gebieten mit vernachlässigtem Wohnraum. Um diese Ziele zu erreichen, stehen den Gemeinden vier Arten von lokalen Entscheidungen zur Verfügung: Gebäudesanierung, Enteignung, Erholungsgebiete und Stadtteilsanierung. Diese unterschiedlichen Herangehensweisen setzen staatliche Ressourcen zielgerichtet für bestimmte Herausforderungen, wie heruntergekommene Stadträume, veraltete Wohnungsstandards oder gesundheitsschädliche Gebäude ein.

Innerhalb des Ministeriums für Verkehr, Bauen und Wohnen unterstützt das selbstverwaltete Zentrum für die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus (*Center for Boligsocial Udvikling*) Sozialwohnungsinitiativen in benachteiligten Gebieten durch Sammeln von Wissen und Beurteilen der Auswirkungen aktueller Initiativen. Auf dieser Basis berät das Zentrum Entscheidungsträger und Praktiker zu effektiven Interventionen. Darüber hinaus verwaltet das Ministerium eine digitale Datenbank für Stadt-

erneuerung (*Byfornyelses Databasen*), die dem Wissensaustausch, u. a. in Bezug auf alle staatlich geförderten Stadteilerneuerungsprogramme und Pilotprojekte, dient.

Es besteht eine lange Tradition des informellen Austauschs zwischen den verschiedenen Regierungsebenen, während die Koordination zwischen diesen Ebenen meist über formalisierte Kanäle erfolgt. Die Gemeindepläne sowie alle neuen oder überarbeiteten Rechtssetzungsakte sind pflichtgemäß öffentlichen Anhörungen unterworfen. Zudem müssen Kommunen, die ein Stadtentwicklungsprogramm im Rahmen des Stadterneuerungsgesetzes initiieren, Bürger beteiligen. In der Regionalentwicklung reguliert das Gesetz für Wirtschaftsförderung regionale Wachstumsforen, die Interessenvertreter aus Wirtschaft, Forschung und Bildung, Arbeitsmarktakteure und lokale und regionale Gebietskörperschaften miteinander in Kontakt bringen, um Wissen über regionale Wachstumsbedingungen auszutauschen.

Dänemark erhält im Vergleich zu anderen Ländern relativ geringe finanzielle Unterstützung über die EU-Strukturfonds und nutzt lediglich fünf Prozent dieser Fonds für Stadtentwicklung.

In den vergangenen Jahren hat die dänische Regierung gebietsbezogene Maßnahmen zur Bekämpfung von vernachlässigten Stadtgebieten ergriffen. Diese Maßnahmen konzentrieren sich auf physische Eingriffe, die soziale Mischung von Mietern, Arbeitsmarktintegration und Kriminalitätsbekämpfung. Die dänische Definition von benachteiligten Stadtteilen steht im Zusammenhang mit dem Sozialwohnungsgesetz, das die rund 600.000 Sozial-

wohnungen reguliert. Um soziale Wohnungsmöglichkeiten für gefährdete Bevölkerungsgruppen zu schaffen, verfügen die Kommunen über 25 Prozent aller freien Sozialwohnungen. Einige dieser Wohneinheiten werden durch soziale Probleme und einen schlechten Ruf in Mitleidenschaft gezogen.

In Dänemark wird ein benachteiligtes Stadtviertel als soziales Wohngebiet mit mehr als 1.000 Einwohnern, das drei der fünf folgenden Kriterien erfüllt, definiert: mehr als 40 Prozent der Einwohner sind arbeitslos, mehr als 2,7 Prozent sind aufgrund eines Verbrechens verurteilt worden, mehr als 50 Prozent sind nicht-westlicher Herkunft, mehr als 50 Prozent der erwachsenen Bewohner besitzen keinen über das Grundschulniveau hinausgehenden Bildungsabschluss und das durchschnittliche Einkommen beträgt weniger als 55 Prozent des durchschnittlichen Einkommens in der Region. Das für Wohnen zuständige Ministerium veröffentlicht jedes Jahr eine Liste der kritischen Stadtgebiete. Im Dezember 2015 galten 25 Stadtgebiete als benachteiligt.

Die Strategien zur Linderung der Benachteiligung in sozialen Wohneinheiten werden auf zahlreiche Arten organisiert. Es gibt nationale Förderprogramme, die in erster Linie die Sozialarbeit unterstützen (z. B. Gewaltprävention). Der selbstverwaltete Staatliche Bauförderungsfonds führt von 2015 bis 2018 ein Sozialprogramm mit einem Volumen von 1,9 Mrd. Dänischen Kronen (ca. 255 Mio. Euro) durch. Das Sozialwohnungsgesetz regelt das Infrastrukturprogramm des Staatlichen Bauförderungsfonds, der für vier Jahre 640 Mio. Dänische Kronen (ca. 86 Mio. Euro) zur Verbesserung der Infrastruktur in benachteiligten Gebieten zur Verfügung stellt.

Deutschland

In Deutschland finden sich vielfältige Formen integrierter Stadtentwicklung sowohl im Kontext unterschiedlicher Programme von Bund, Ländern und Kommunen, als auch im Zuge eigenständiger Strategien vieler Städte und Gemeinden.

Einen übergeordneten Rahmen bildet die im Jahr 2007 vom damaligen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (heute Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, BMUB), der Bauministerkonferenz, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Städtetag ins Leben gerufene Nationale Stadtentwicklungspolitik. Sie hat im Sinne der Leipzig-Charta das Ziel, Handelnde und Interessierte zum Thema Stadt zusammenzubringen, dient der vertikalen und horizontalen Koordination in der Stadtentwicklung, versteht sich als Kommu-

nikationsplattform, greift beispielhafte Handlungs- und Lösungsansätze auf und fokussiert insgesamt auf einen breiten Erfahrungsaustausch. Dazu wurden und werden beispielsweise Pilotprojekte in den Themenbereichen Zivilgesellschaft, soziale und innovative Stadt, Klimaschutz, Baukultur und Regionalisierung durchgeführt (rund 140 Projekte in ca. 90 Kommunen). Zahlreiche unterschiedliche Formate wie Think Tanks oder Wettbewerbe dienen dem Dialog mit einer breiten Vielfalt von Akteuren der Stadtentwicklung. So wird beispielsweise der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik veranstaltet, um das Potenzial der breiten Bildungs- und Forschungslandschaft in Deutschland für die Stadtentwicklung zu nutzen. Er bietet Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen, Wissenschaft und Forschung die Gelegenheit für den Austausch über aktuelle Forschungsfragen

zur Stadtentwicklung. Die zentrale bundesweite Austauschplattform für aktuelle Fragen der Stadtentwicklungspolitik ist der einmal im Jahr veranstaltete Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik.

Wichtiges Instrument der konkreten Umsetzung der Leipzig-Charta in Deutschland ist die Städtebauförderung des Bundes und der Länder. Dabei stellt der Bund im Rahmen eines mit den Ländern jährlich zu schließenden Vertrages Finanzhilfen für investive Zwecke in verschiedenen Programmen der Städtebauförderung zur Verfügung, die durch Mittel der Länder und Kommunen ergänzt werden. Insgesamt stellt der Bund dafür 790 Mio. Euro im Jahr 2017 zur Verfügung, die von Ländern und Kommunen komplementiert werden, so dass insgesamt mehr als 2,2 Mrd. Euro eingesetzt werden können. Zum Vergleich: Noch vor fünf Jahren belief sich die Städtebauförderung auf insgesamt knapp 1,4 Mrd. Euro. Dies unterstreicht ihre (politische) Bedeutungszunahme in den letzten Jahren.

Eine wichtige Rolle innerhalb der Städtebauförderung nimmt das 1999 gestartete Bund-Länder-Programm Soziale Stadt ein. Es hat das Ziel, die Lebenssituation und den sozialen Zusammenhalt in benachteiligten Quartieren mit einem integrierten Ansatz zu verbessern. Erreicht werden soll dies durch innovative Formen eines vernetzungs- und raumorientierten Managements, die Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung und anderer lokaler Akteure in der Konzeption und Umsetzung des Programms sowie die Bündelung von Finanzierungsmöglichkeiten aus unterschiedlichen Quellen (EU-, Bundes- und Landesprogramme, kommunale Regelfinanzierung, Mittel Dritter, beispielsweise von Stiftungen). Basis der Programmumsetzung sind integrierte Entwicklungskonzepte, die von Kommunen und Gebietsakteuren gemeinsam erarbeitet werden. Bis heute wurde das Programm in mehr als 720 Fördergebieten in über 420 Städten und Gemeinden umgesetzt. Dabei handelt es sich um Stadtteile, die im Hinblick auf Sozialstruktur, Arbeitsplatzangebot, Ausbildungsniveau, soziale Infrastruktur, Nahversorgung sowie die Qualität von Gebäuden, Wohnungen, Wohnumfeld und Umwelt Defizite aufweisen. Im Wesentlichen sind dies innerstädtische bzw. innenstadtnahe (oft gründerzeitliche) Quartiere oder Großwohnsiedlungen aus der Nachkriegszeit.

Die Bundesregierung entwickelte den integrierten Ansatz des Programms Soziale Stadt, der bereits in

wesentlichem Maße Pate für die Leipzig-Charta gestanden hatte, zu einem Leitprogramm für die ressortübergreifende Zusammenarbeit weiter. Dazu sollen unter anderem Ressortprogramme mit einer eher zielgruppenbezogenen Ausrichtung sowie solche mit einer integrativ-sozialräumlichen Orientierung stärker zusammengeführt werden.

Zusätzliches Gewicht erhält dieser Ansatz durch die Herausforderung, seit dem Jahr 2015 eine große Zahl von Geflüchteten integrieren zu wollen und zu müssen. Dafür hat der Bund im Jahr 2017 den neuen Investitionspakt Soziale Integration im Quartier gestartet, für den er in den Jahren 2017 bis 2020 jährlich 200 Mio. Euro zur Verfügung stellt. Ziel sind der Erhalt und Ausbau von sozialen Einrichtungen wie Schulen, Bibliotheken und Kindergärten oder Quartierstreffe und deren Qualifizierung zu Orten der Integration im Quartier für alle Bevölkerungsgruppen.

Die Soziale Stadt wird durch Partnerprogramme des BMUB und anderer Ressorts unterstützt. Dazu gehören die vom Europäischen Sozialfonds geförderten Programme Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) des BMUB und Jugend stärken im Quartier (JUSTIQ) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Schließlich werden insbesondere in benachteiligten Quartieren auch Mittel nach Artikel 7 der Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) eingesetzt. Dabei übertraf Deutschland die Maßgabe, mindestens fünf Prozent der EFRE-Mittel auf nationaler Ebene für integrierte Maßnahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu verwenden, in der vergangenen Förderperiode mit rund acht Prozent deutlich. Angestrebt wird eine weitere Erhöhung auf bis zu 14 Prozent in der Förderperiode 2014 bis 2020, was die besondere Bedeutung des integrierten Ansatzes in der deutschen Stadtentwicklung abermals unterstreicht. In Deutschland sind die Länder verantwortlich für die Erarbeitung und Umsetzung der operationellen Programme der Strukturfonds.

Wenngleich viele Kommunen, deren Handlungsautonomie im deutschen Grundgesetz rechtlich verankert ist, entsprechend eigenständige Leitbilder und Programme zur integrierten Stadt(teil)entwicklung aufgestellt haben, zeigt sich, dass die genannten Förderprogramme dennoch ein starker Motor für die Verbreitung integrierter Handlungsansätze auf der kommunalen Ebene in Deutschland sind.

Anmerkung

Diese Analyse wurde vom Deutschen Institut für Urbanistik (Thomas Franke und Wolf-Christian Strauss) in Zusammenarbeit mit dem BMUB erstellt.

Estland

Das estnische Finanzministerium und der Minister für Öffentliche Verwaltung sind verantwortlich für Planung, Koordination und Überwachung der Regionalentwicklungspolitik, einschließlich Stadtgebietsentwicklung. Das Finanzministerium ist auch verantwortlich für Raumplanung und territoriale Verwaltung, was die Grundsätze des Finanzmanagements für die lokalen Behörden beinhaltet. Andere Ministerien befassen sich bereichsbezogen mit städtischen Themen. So bearbeitet das Ministerium für Wirtschaft und Kommunikation die Bereiche Digitale Gesellschaft, Städtische Mobilität, Wohnen und Smart-City-Projekte. Die Vereinigung estnischer Städte (*Eesti Linnade Liit*) vertritt Kommunen in Haushaltsverhandlungen, stellt internationale Verbindungen zwischen ihnen her und hilft bei der Bildung von Kooperationsstrukturen zwischen Lokalverwaltungen.

Im Jahr 2014 bildete eine neue nationale Regionalentwicklungsstrategie (2014–2020) einen Rahmen für Regional- und Stadtpolitik. Die Strategie umfasst einen Umsetzungsplan, unter anderem für die effiziente Nutzung von Europäischen Struktur- und Investitionsfonds für regionale Entwicklung. Die spezifischen Ziele dieser Strategie in Bezug auf Stadtentwicklung sind:

- Verbesserung des Lebensumfeldes der fünf größten städtischen Gebiete, um eine international wettbewerbsfähige Entwicklung zu ermöglichen – durch Förderung nachhaltiger Entwicklung in Bezug auf Mobilitätssysteme, öffentliche Räume, Kinderbetreuung, Entwicklung untergenutzter Stadtteile sowie gesellschaftliche und Arbeitsmarktintegration von ausländischen Spezialisten;
- Förderung der Entwicklung anderer Landkreiszentren als Motoren für ihr weiteres Umland – hauptsächlich mittels Schaffung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen, Investitionen in öffentliche Infrastruktur und Entwicklung des öffentlichen Raums;
- Erleichterung von Transportverbindungen, Zusammenarbeit und gemeinsamer Planung innerhalb funktionaler städtischer Gebiete.

Der Nationale Raumordnungsplan Estland 2030+ (*Eesti 2030+*) aus dem Jahr 2012 zielt darauf ab, die Qualität der Umwelt in Städten und dünn besiedelten Gebieten zu verbessern. Er legt Ziele in den Bereichen Siedlungsentwicklung, Verkehr und Mobilität sowie Energieinfrastruktur unter der Beibehaltung von grünen Netzwerken fest.

Da die kommunale Ebene die einzige subnationale Regierungsebene in Estland ist, ist der Austausch

über Stadtentwicklung zwischen der lokalen und der zentralen Regierungsebene entscheidend. So hat sich das Netzwerk von Stadtentwicklungsspezialisten in den letzten Jahren zu einer informellen Kooperationsplattform entwickelt. Diese Plattform vereint Vertreter des Finanzministeriums, der Vereinigung estnischer Städte sowie Vertreter von Stadtverwaltungen der 20 größten estnischen Städte. Das Netzwerk berät und fungiert als Austauschforum für bewährte Verfahren zwischen den estnischen Städten und darüber hinaus. Die meisten Kooperationen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen in Estland laufen über informelle Kanäle.

Ein Begleitausschuss verfolgt die Implementierung der Regionalentwicklungsstrategie und überwacht die Raumverträglichkeitsprüfungen für die von ESF-Fonds unterstützten Maßnahmen. Der Ausschuss setzt sich aus Ministerien und Vertretern lokaler Behörden zusammen. Vor der Genehmigung der Strategie stellte ein breites Spektrum von nicht-staatlichen Akteuren (Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Wirtschaftsverbände und Forscher) seinen Input zur Verfügung. Ein wichtiger Nicht-Regierungspartner ist das Stadtlabor (*Linnalabor*), eine NGO, die gemeindebasierte Initiativen für Stadtentwicklung und für die Beteiligung von Bürgern an Stadtplanung und -entwicklung fördert.

Das Finanzministerium entwickelt und koordiniert die politischen Rahmenbedingungen und Förderprogramme für die Stadtentwicklung, aber Akteure wie der Verband der estnischen Städte, Kreisverwaltungen, andere Ministerien und *Enterprise Estonia* (*Ettevõtluse Arendamise Sihtasutus*) sind ebenfalls aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten. *Enterprise Estonia* ist als wichtigste zwischengeschaltete Stelle verantwortlich für die Umsetzung der operationellen Programme für Regional- und Stadtentwicklung.

EU-Strukturfonds, insbesondere der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), liefern einen großen Beitrag zu den Zuweisungen für die gesamte nationale Regionalpolitik. Das operationelle Programm für die Programmperiode 2014–2020 umfasst eine spezifische Prioritätsachse für nachhaltige Stadtentwicklung (in Übereinstimmung mit Artikel 7 der EFRE-Verordnung). Innerhalb dieser Achse sieht die EFRE-Förderung fast 100 Mio. Euro für nachhaltige Entwicklung der fünf größeren städtischen Gebiete in Estland vor. Die Förderprogramme zielen auf eine Zusammenarbeit zwischen Stadt und Umland ab. Die Aufstellung von gemeinsamen Investitionsplänen geht dem Förderantrag voraus. Die allgemeine Umsetzungsstruktur

umfasst das Finanzministerium als leitende Behörde, *Enterprise Estonia* als implementierende Behörde und die Kommunen als implementierende und mit der Projektauswahl beauftragte Instanzen. Es gibt kein spezifisches Instrument für benachteiligte Stadtteile in Estland. Allerdings zielt eine der

Prioritäten für Investitionen im Rahmen der Prioritätsachse für nachhaltige Stadtentwicklung im operationellen Programm des EFRE speziell auf die Entwicklung von zwei größeren städtischen Gebieten des Ida-Viru-Landkreises (EC 2017a).

Zusätzliche Quellen

EC – European Commission, 2017a: Operational Programme for Cohesion Policy Funds 2014–2020. Zugriff: http://ec.europa.eu/regional_policy/en/atlas/programmes/2014–2020/estonia/2014ee16m3op001. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Finnland

Aufgrund der relativ geringen Größe der meisten finnischen Städte sind Stadt- und Regionalpolitik eng miteinander verflochten. Was regionale Entwicklung anbelangt, so unternimmt Finnland umfangreiche Reformbemühungen. Zum ersten Mal in seiner Geschichte wird es eine direkt gewählte regionale Regierungsebene geben. Diese Regierungsebene wird von den Gemeinden die Verantwortung für das Gesundheitssystem und die Sozialpflege übernehmen. Außerdem wird sie die Verantwortung für regionale Entwicklung und Raumplanung tragen. Diese Aufgaben wurden zuvor von so genannten Regionalräten ausgeführt, die mit der anstehenden Reform abgeschafft werden (Ministry of Social Affairs and Health 2016). Aufgrund dieser Entwicklungen ist die künftige Rolle der Städte und Stadtregionen als Faktoren in der Stadtpolitik zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar. Die wichtigsten Herausforderungen, die durch die derzeitige Regierung definiert werden, betreffen unter anderem den Strukturwandel, die Energiewende, den digitalen Übergang, die Integration von Migranten und Kreislaufwirtschaft. Auf nationaler Ebene wird die Verantwortung für die Stadtentwicklung zwischen dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und dem Ministerium für Umwelt aufgeteilt.

Seit 2007 besteht eine hauptsächlich durch das Umweltministerium koordinierte gesonderte Metropolenpolitik für die Stadtregion Helsinki. Darüber hinaus haben Städte und Stadtregionen Wachstumsvereinbarungen mit dem finnischen Staat unterzeichnet (Ministry of Economic Affairs and Employment 2016). Für Helsinki, Tampere, Turku und Oulu bestehen zusätzlich Abkommen über Landnutzung, Wohnungsbau und Verkehr (Ministry of the Environment 2016). Die Sechs-Städte-Strategie (*6Aika*) stellt eine Partnerschaft zwischen den sechs größten finnischen Städten dar. Diese Strategie zielt darauf ab, „gemeinsame Projekte, Plattformen, Mitgestaltungsmodelle, Standards und Open Data“ (6Aika 2016; Übers. d. A.) zu schaffen, die es der ganzen städtischen Gemeinschaft ermöglichen, an der Stadtentwicklung teilzunehmen.

Die Prioritäten der regionalen Entwicklung werden von der nationalen Regierung, verschiedenen Verwaltungsbereichen und den – bald wegfallenden – Regionalräten vereinbart.

Das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit übernimmt auf nationaler Ebene die Führung in Sachen Stadtpolitik, gemeinsam mit dem Ministerium für Umwelt. Das 2007 gegründete Komitee für Stadtpolitik ist die zentrale Koordinations- und Beratungsstelle für Stadtpolitik. In ihm befinden sich Vertreter von Ministerien, Städten und des Verbandes der finnischen Gemeinden und Regionen. Zu seinen Aufgaben zählen die Koordination der Akteure in der Stadtpolitik und die Ausarbeitung der nationalen Stadtpolitik.

Die Wachstumsvereinbarungen ermöglichen direkte Kanäle für den Austausch über Stadtentwicklung zwischen Stadt- und Landesebene. Die Sechs-Städte-Strategie ist insofern außergewöhnlich, als sie von den sechs größten Städten autonom verwaltet wird. Innerhalb der Metropolenpolitik für Helsinki arbeiten nationale Ministerien, Städte, andere örtliche Behörden der Stadtregion und die wichtigsten Beteiligten (z. B. Wissenseinrichtungen, Vertreter der Wirtschaft und der regionalen Industrie- und Handelskammern) zusammen, um einen ganzheitlich gestalteten Beitrag zur Entwicklung der Metropole Helsinki zu leisten.

Der Beirat für Regionale Erneuerung unter dem Vorsitz des Ministers für regionale Entwicklung ist ein hochrangiges Kooperationsgremium für regionale Entwicklung. Er bringt Vertreter der nationalen Ministerien, des Verbandes der lokalen und regionalen Behörden Finnlands, der Regionalräte, der Zentren für Wirtschaftliche Entwicklung, Verkehr und Umwelt, der Regionalverwaltungsbehörden und der Großstädte zusammen.

Das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit verwaltet die programmorientierte ESI-Förderung der Stadtentwicklung in Finnland, während die Implementie-

zung der Stadtpolitik bei den Regionalräten, den Zentren für wirtschaftliche Entwicklung, Verkehr und Umwelt und den Städten liegt. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF) spielen eine Rolle in der Finanzierung von städtischen Aktivitäten. Die beiden operationellen EFRE-Programme für West- und Süd-Finnland (2007–2013) haben einen Anteil von vier bis fünf Prozent unmittelbar für städtische Programme aufgewendet. Die Sechs-Städte-Strategie ist mit dem durch die EU geförderten Instrument der Integrierten Territorialen Investitionen verbunden und in der Umsetzung der finnischen Strukturfondsprogramme nach Artikel 7 der EFRE-Verordnung verankert. Die Zuweisung der EU-Mittel wird in der Regel in einem partnerschaftlichen Verfahren vorbereitet, wobei Projekte von überwiegend regionalen Durchführungsstellen umgesetzt und von einer Verwaltungsbehörde beaufsichtigt

werden, in diesem Fall dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

In der Vergangenheit bestanden zwei Stadterneuerungsprogramme, die sich auf vorstädtische Gebiete konzentrierten, ein Vorstadtsanierungsprogramm (2009–2011) und ein Stadtteilsanierungsprogramm (2013–2015). Beide zielten auf die am stärksten benachteiligten Stadtteile in den 14 größten Städten Finnlands. Diese Programme stellten unter Verwendung von Indikatoren wie Einkommen, Bildung, Arbeitslosigkeit, Demografie und der Verteilung des Wohnungsbestands auch Richtlinien für die Definition von benachteiligten Stadtteilen zur Verfügung. Die Programme folgten einem integrierten Ansatz und wurden vom Umweltministerium finanziert. Im Moment bestehen keine verbindlich geltenden Programme speziell für benachteiligte Stadtteile.

Zusätzliche Quellen

6Aika, 2016: Open and Smart Services. Zugriff: <http://6aika.fi/in-english>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Ministry of Economic Affairs and Employment, 2016: Growth agreements. Zugriff: <http://tem.fi/en/growth-agreements>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Ministry of Social Affairs and Health, 2016: Health, Social Services and Regional Government Reform. Zugriff: <http://alueuudistus.fi/en/frontpage>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Ministry of the Environment, 2016: Land use and building. Zugriff: <http://tem.fi/en/growth-agreements> [abgerufen am 21. 04. 2017].



Fallbeispiel: Vantaa

Weniger als eine halbe Stunde Fahrt vom Zentrum Helsinkis liegt Finnlands Hauptflughafen Helsinki-Vantaa, offiziell im Gebiet der Stadt Vantaa gelegen. Gemeinsam mit Helsinki, Espoo und Kauniainen bildet Vantaa den Kern der finnischen Hauptstadtregion. Es hat etwa 215.000 Einwohner und begrenzt Helsinki nach Süden. Vantaa ist derzeit Standort eines ehrgeizigen Entwicklungsprogramms namens Aviapolis. Dieser Plan bezieht sich auf das Aerotropolis-Phänomen und beschreibt eine facettenreiche Stadt, die sich um einen Flughafen entwickelt und den Luftfahrt-Betrieb als Finanzmotor nutzt. Er geht von der Idee aus, dass sich in der Zukunft städtische Zentren um vielgenutzte Flughäfen herum entwickeln werden, genauso wie die modernen Zentren sich rund um wichtige Eisenbahnstrecken entwickelt haben.

Im Jahr 2014 wurde der Aviapolis-Rahmenplan vom Vantaa-Stadtplanungsausschuss genehmigt. Er soll in einem Gebiet umgesetzt werden, das sich über nahezu 3,5 km² erstreckt und in mehrere kleinere Bereiche unterteilt ist, die jeweils eine eigene Funktion haben. Der Großteil des Gebiets befindet sich im Besitz der Gemeinde Vantaa, des Flughafenbetreiber Finavia und des Staates Finnland. Allerdings teilen sich insgesamt über 100 verschie-



Bild: Gijls Wilbers – Vantaa

dene Akteure das Eigentum. Der Plan hat einige Hauptziele: Umwandlung des bestehenden Wohngebiets in ein fußgängerfreundliches Stadtviertel; Aufbau einer ökologischen und nachhaltigen Stadt; Nutzung von intelligenten und nachhaltigen Transportmöglichkeiten; Schaffung von 60.000 Arbeitsplätzen innerhalb des Planungszeitraums; Bereitstellung von Wohnraum für 20.000 Einwohner. Diese Entwicklung wird in den nächsten Jahrzehnten stattfinden, doch die Fertigstellung erster Stadtviertel ist für das Jahr 2020 geplant. Die Bauarbeiten hierfür haben bereits 2015 begonnen.

Zurzeit leben nur etwa 500 Menschen im Planungsgebiet, größtenteils in Wohnungen aus den 1970- und 2010-Jahren. Diese Bewohner haben nur begrenzten Zugang zu Einkaufsmöglichkeiten und tätigen ihre Einkäufe südlich des Planungsgebietes in Finnlands größtem Einkaufszentrum. In Zukunft soll mehr Einzelhandel in unmittelbarer Nähe verfügbar sein. Die Fußgänger- und Radwege in der Gegend sind derzeit ebenfalls unzureichend ausgebaut, der Plan hat sich daher die Schaffung von fußgänger- und fahrradfreundlichen Stadtvierteln zum Ziel gesetzt. Eine Veränderung der Maßstäbe ist hierfür von größter Bedeutung; große Straßenblöcke werden in kleinere Wege und Parks umgewandelt. Das Straßennetz wird durch eine städtische Grünstruktur ergänzt, bestehend aus Wohnblockparks, grünen Innenhöfen und einigen größeren Parks.

Etwa ein Fünftel des Planungsgebiets sind gemischte Stadtviertel, die verschiedene Funktionen wie Arbeitsplätze, Dienstleistungen und andere Aktivitäten sowie Wohnraum umfassen. Diese Bereiche sind insbesondere für den zentralen Teil des Gebiets vorgesehen, wo die Belastung durch Flug- und Straßenverkehrslärm relativ gering ist.

Jobmöglichkeiten werden bewusst in Gebieten mit gemischten städtischen Funktionen geschaffen, während gleichzeitig das gesamte (umliegende) Gebiet gut erreichbare Arbeitsplätze bieten soll. In dieser Hinsicht haben die nahe gelegenen Gebiete die Möglichkeit, charakteristische Geschäftszonen zu entwickeln, die von der Nähe des Flughafens profitieren können. Die bereits vorhandene *Ring Rail Line* wird die Aviapolis mit der umliegenden Großstadtregion verbinden. Dank dieser Zugstrecke können mehr als 150.000 Menschen die Aviapolis innerhalb einer halben Stunde erreichen.

Die Standortplanung umfasst darüber hinaus 43 vom Museum der Stadt Vantaa inventarisierte Standorte kulturellen Erbes. Die herausragenden dieser Kulturgüter werden erhalten bleiben. Für einige dieser Gebäude, wie z. B. mehrere Lagerhäuser in der Nähe des Flughafens, müssen neue Funktionen gefunden werden, da die vormaligen Industrien längst verschwunden sind. Auch wegen seiner langjährigen industriellen Nutzung ist das Gebiet an vielen Stellen kontaminiert. Diese Standorte wurden bereits teilweise dekontaminiert, aber höchstwahrscheinlich wird eine zusätzliche Entgiftung in weiteren Entwicklungsstadien durchgeführt werden.

Für die Schaffung und Aufrechterhaltung einer gemeinsamen Vision unter den vielen Interessenvertretern der Aviapolis (verschiedene Regierungsebenen, private Grundbesitzer, künftige und derzeitige Bewohner, Unternehmen, Umweltorganisationen etc.) ist Zusammenarbeit von grundlegender Bedeutung. Aus diesem Grund hat das Projekt einen ganzheitlichen Ansatz implementiert, bei dem die Kommune von der Staatsregierung unterstützt wird, sektorenübergreifende Partnerschaften eingerichtet wurden und mehrere Interessen-

vertreter (insbesondere private und öffentliche Akteure) zusammenarbeiten. Gleichzeitig wird der Input von (zukünftigen) Anwohnern durch Arbeits-

gruppen aufgenommen, wobei den Wünschen und Bedürfnissen von Jugendlichen eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Frankreich

Die Generalkommission für territoriale Gleichheit (*Commissariat général à l'égalité des territoires, CGET*) berät und unterstützt die Regierung bei der Gestaltung und Umsetzung der französischen Stadtpolitik, der *Politique de la ville*. Die CGET, eine nationale Einrichtung, ist dem Premierminister zugeordnet. Sie wurde 2014 als Folge der Verschmelzung von drei staatlichen Behörden geschaffen: der Staatlichen Verwaltung für Raumplanung, der Staatlichen Verwaltung für Stadtpolitik und der Staatlichen Agentur für sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit. Die CGET beaufsichtigt die Staatliche Agentur für Stadterneuerung (*Agence nationale pour la rénovation urbaine, ANRU*), die die Stadterneuerungsdimension der Stadtpolitik finanziert.

Die Generaldirektion für Entwicklung, Wohnungswesen und Natur im Ministerium für Wohnungsbau und nachhaltigen Lebensraum ist zuständig für die Planung, Umsetzung und Evaluierung der Politik im Bereich Wohnungsbau, Stadtplanung und nachhaltige Städte. Das Referat für Nachhaltige Stadtplanung unterstützt die Umsetzung von Gesetzen im Bereich Wohnungs- und Städtebau, die dem *Grenelle de l'Environnement* im Jahr 2007 entsprungen sind. Dieser Runde Tisch bot ein Austauschforum für die Zivilgesellschaft zum Thema nachhaltige Entwicklung. In Weiterführung dieser Gesetze definiert der Plan Nachhaltige Stadt (*Plan Ville Durable*) aus dem Jahr 2008 nachhaltige Stadtpolitik im Hinblick auf Klimawandel, biologische Vielfalt, Umwelt und Ressourcenschutz, sozialen Zusammenhalt, Solidarität zwischen Gebieten und Generationen und verantwortungsvolle Formen der Produktion und des Konsums.

Die Anwendung des *Loi NOTRe (Nouvelle Organisation territoriale de la République)*, einem umfassenden territorialen Reformpaket, beeinflusste Stadtentwicklungspolitik und Governance-Strukturen in vielfacher Hinsicht. So wurden zum Beispiel die Anzahl der Regionen von 26 auf 18 reduziert. Im Jahr 2014 wurde ein Gesetz zur Modernisierung der Raumordnung und Stärkung von Metropolen verabschiedet. Es beinhaltete die Wiedereinführung der allgemeinen Bestimmungen über die Zuständigkeiten der Räte von Regionen und Departements und schuf neue Befugnisse für Metropolen mit mehr als 400.000 Einwohnern, u. a. zur Unterstützung ökonomischer Entwicklung.

Die CGET überwacht die Koordination der Stadtpolitik durch den Interministeriellen Ausschuss der Städte (*Comité Interministériel des villes, CIV*) und seit 2015 durch den Interministeriellen Ausschuss für Gleichstellung und Bürgerschaft (*Comité Interministériel à l'égalité et à la citoyenneté, CIEC*). Sowohl CIV als auch CIEC entscheiden über Maßnahmen im Zusammenhang mit der städtischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung für Schwerpunktbereiche.

Seit der Aktualisierung der Stadtpolitik im Jahre 2014 entwickeln die Städte Stadtverträge (*Contrats de ville*) mit öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern. Diese Verträge laufen von 2015 bis 2020 und basieren auf integrierten Strategien, die vor allem benachteiligte Viertel und deren Einwohner zum Gegenstand haben. Sie ruhen auf drei Säulen: Entwicklung von Wirtschaftstätigkeit und Beschäftigung, sozialem Zusammenhalt und Lebensbedingungen und Stadterneuerung. Die Stadtverwaltung behält die operative Kontrolle über die Stadtverträge. Bürgerbeiräte überwachen und bewerten den Stadtvertrag und fungieren als Forum für Informationsaustausch und das Einreichen von Vorschlägen.

Der Staat widmet der Stadtpolitik jährlich etwa 400 Mio. Euro (im Jahr 2017 wurden folgende Schwerpunkte gelegt: Bildungserfolg mit 77 Mio. Euro; erwachsene Bezugspersonen und Träger sozialer Bindungen in Schwerpunktvierteln mit 67,2 Mio. Euro; Unterstützung für Verbände mit dem Ziel der sozialen Kohäsion in benachteiligten Stadtvierteln mit 200 Mio. Euro; eine Steuererleichterung für Einzelhandelsgeschäfte mit weniger als 50 Mitarbeitern und einem Umsatz von weniger als 10 Mio. Euro). Die ANRU widmet Stadterneuerungsmaßnahmen mittels ihres Neuen nationalen Programms für Stadterneuerung (*Nouveau programme national de renouvellement urbain*) fünf Mrd. Euro, um das Lebensumfeld in benachteiligten Stadtvierteln umzugestalten. Zur Unterstützung innovativer städtischer Projekte im Zusammenhang mit Energie und ökologischen Herausforderungen implementieren Regionale Arbeitsausschüsse das Investitionsprogramm *Cities of Tomorrow*, ein Projektaufruf des Investitionsprogramms für die Zukunft (*Programme d'investissements d'avenir*), der 668 Mio. Euro beinhaltet und in 31 Städten, den *EcoCities*, Umsetzung findet. Diese Ausschüsse umfassen regionale staatliche Dienste, Agenturen, Vertreter von

lokalen Behörden und die nationale Finanzbehörde *Caisse des Dépôts*.

Die europäische Dimension von Stadtverträgen ergibt sich aus der Anwendung von Artikel 7 der Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Der verwendete integrierte Ansatz beinhaltet einen multisektoralen, strategischen, territorialen und mehrstufigen Koordinierungsansatz. Was die Verwendbarkeit von Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) für die Stadtentwicklung angeht, so lässt sich die Komplementarität der ortsgebundenen (EFRE) und der personengebundenen (Europäischer Sozialfonds, ESF) Logik der Fonds verbessern. Vor allem Themen wie städtische Armut erfordern gemeinsame Anstrengungen und könnten mit besser integrierten Finanzierungsmöglichkeiten effektiver angegangen werden. Seit 2014 sind regionale Behörden für die Verwaltung der ESI-Fonds zuständig. Die CGET koordiniert ihre Anwendung sowie die Überwachung der Partnerschaftsvereinbarung.

Die nationale Stadtpolitik hat die am stärksten benachteiligten Stadtteile sowie die Unterstützung städtischer, sozialer und ökonomischer Entwicklungsstrategien im Rahmen der Stadtverträge zum Gegenstand. Benachteiligte Stadtgebiete, so ge-

nannte Schwerpunktviertel (*quartiers prioritaires de la politique de la ville*) sind für die französische Stadtentwicklungspolitik von zentraler Bedeutung und bilden die Schwerpunkte für Maßnahmen. Gemäß der jüngsten Definition haben vorrangige Gebiete eine Mindestbevölkerungszahl von 1.000, wobei Menschen mit geringem Einkommen die Mehrheit bilden. Im Durchschnitt haben die Schwerpunktgebiete mehr als 10.000 Einwohner und einen Anteil von Personen mit Nicht-EU-Migrationshintergrund von rund 20 Prozent sowie ein jährliches Medianeinkommen von rund 9.000 Euro. Dem integrierten Ansatz für benachteiligte Gebiete wird im Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Kommission und Frankreich Vorrang eingeräumt, das präzisiert, dass mindestens zehn Prozent der staatlichen Zuwendungen von EFRE und ESF für die Unterstützung von integrierten städtischen Strategien aufgewendet werden müssen.

Die Charta Unternehmen und Gebiete (*Charte Entreprises et Quartiers*) aus dem Jahr 2013 zielt auf eine verstärkte Präsenz von Unternehmen in benachteiligten Vierteln ab. Die Unternehmen erhalten einen pauschalen staatlichen Beitrag in Höhe von 5.000 Euro pro Personaleinstellung und können von der Steuerpflicht befreit werden, wenn sie sich in den genannten Schwerpunktgebieten betätigen.

Griechenland

In den letzten Jahren hat die sozioökonomische Krise die Stadtpolitik in Griechenland beeinflusst. Städte verfügen über weniger finanzielle und personelle Ressourcen, um Stadtpolitik auszuarbeiten und umzusetzen. Aus diesem Grund haben sich die Prioritäten der Gemeinden auf den Umgang mit (städtischer) Armut und sozialer Ausgrenzung verlagert. In den letzten Jahren wurden die Städte auch stärker in regionale Arbeitsmarktstimulierungsmaßnahmen eingebunden. Dennoch blieb die übergeordnete Struktur der Zuständigkeiten formal unverändert. Zusätzlich zu diesen aktuellen Herausforderungen hat das Fehlen einer deutlich formulierten Stadtpolitik in Griechenland zu Verzögerungen bei der Gestaltung, öffentlichen Beratung und Umsetzung dieser Politik geführt.

Das Gesetz über räumliche Planung – Nachhaltige Entwicklung (Nr. 4447/2016) legt die derzeitigen Regeln und Bedingungen für die nationale, regionale und städtebauliche Planung in Griechenland fest. Ein spezielles Gesetz, der Neue Regulierungsplan für Attika – Athen und andere Vorschriften (Nr. 4277/2014), bildet die Grundlage für die Entwicklung der Metropolregion Attika mit Athen. Das Ministerium für Umwelt und Energie ist zuständig für die Vorbereitung und Durchsetzung der regulatorischen

Anforderungen bezüglich der Raumordnung und des Umweltschutzes. Innerhalb dieses Ministeriums legt die Direktion für Metropol-, Stadt- und Vorstadtgebiete die Grundprinzipien für die Stadtplanung fest und kontrolliert die Umsetzung des neuen Regulierungsprogramms für die Region Attika. Das Ministerium entwirft auch die Nationale Raum- und Entwicklungsstrategie (*Χωροταξικός Σχεδιασμός – Βιώσιμη Ανάπτυξη*) unter Berücksichtigung der Schwerpunkte anderer Ministerien. Die Strategie beinhaltet die mittel- und langfristigen Ziele räumlicher nationaler Entwicklung und entsprechende Maßnahmen, z. B. in Bezug auf nachhaltige Stadtentwicklung oder Struktur und Zweck des städtischen Netzwerks. Sie bietet die Grundlage für alle Raumpläne und die Investitionspläne der Regierung und lokaler Behörden. Eine Revision findet alle fünf Jahre und aufgrund geprüfter Notwendigkeit statt. Dabei werden die Entwicklungsstrategie und die Prioritäten jedes Programmierungszeitraums der Strukturfonds, fiskalische Ziele, das nationale öffentliche Investitionsprogramm sowie internationale, europäische und nationale Schutz- und Entwicklungspolitiken beachtet.

Die regionalen Behörden konzipieren regionale Raum- und Entwicklungsprogramme, wobei sie die

Nationale Raum- und Entwicklungsstrategie berücksichtigen. Diese Pläne werden vom Ministerium für Umwelt und Energie genehmigt und alle fünf Jahre überarbeitet. Jede der zwölf Regionen außer der Region Attika, deren Plan durch das Ministerium für Umwelt und Energie erarbeitet und vom Parlament verabschiedet wird, hat einen solchen Plan. Die Städte konzipieren und implementieren mittels ihrer Gemeinderäte ihre eigenen Stadtentwicklungspläne, die vom Ministerium für Umwelt und Energie zu prüfen sind. Zusätzlich entwerfen und implementieren Städte nach Beratung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen Fünfjahres-Stadtentwicklungspläne, die vom Innenministerium bewilligt werden. Die Pläne drohen wegen mangelhafter finanzieller sowie personeller Ressourcen unzureichend umgesetzt zu werden, wobei die ungenügende Dezentralisierung zusätzliche Bürokratie und zeitraubende Prozesse mit sich bringt.

Ausgelöst durch die Folgen der Krise wurden Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Bürgerinitiativen verstärkt in die Stadtentwicklungspolitik eingebunden, vor allem mit Blick auf den Schutz von Umwelt, Kulturgut und Stadtvierteln. NGOs und Freiwilligengruppen kooperieren mit den Gemeinden bei der Implementierung von Maßnahmen, die sich mit städtischer Armut und sozialer Integration beschäftigen. In jüngster Zeit konzentrierten sich diese Maßnahmen auch auf die Aufnahme von Migranten und Geflüchteten. Die Kirche hat sich bei der Umsetzung von Maßnahmen gegen Armut als sehr aktiver Partner bewiesen.

Irland

Die Zentralregierung entwickelt die Stadtpolitik und überwacht deren Umsetzung. Stadtpolitik wird durch ein System von 31 lokalen Behörden, 3 Regionalversammlungen und 95 Gemeindebezirken gestaltet. Das Ministerium für Wohnungsbau, Planung, Gemeinde- und Kommunalverwaltung stellt den rechtlichen Rahmen auf und legt die allgemeinen politischen Leitlinien fest. Die Regionalversammlungen koordinieren, fördern und unterstützen die strategische Planung. Die Implementierung der Stadtpolitik obliegt den örtlichen Planungsbehörden.

In den vergangenen Jahren hat Irland eine umfassende Reform der Kommunalverwaltung durchgeführt, wie sie im Aktionsprogramm für effektive Kommunalverwaltung (*Putting People First – An Action Programme for Effective Local Government*) beschrieben wird. Das Gesetz zur Kommunalverwaltungsreform von 2014 stellte die gesetzgeberische Untermauerung dieser Reformen dar und

Stadt- und Raumordnungspolitik wird größtenteils durch die EU-Strukturfonds und die entsprechenden operationellen Programme umgesetzt. Daher werden die wichtigsten Aspekte dieser Strategien vom Nationalen Begleitausschuss des Partnerschaftsabkommens zwischen Griechenland und der Europäischen Kommission erörtert und genehmigt. Als für das Partnerschaftsabkommen zuständige Behörde übernimmt das Ministerium für Wirtschaft und Entwicklung eine aktive Rolle bei der Gestaltung von Stadtentwicklungsmaßnahmen, wobei es Leitlinien für die Implementierung integrierter Stadtentwicklungsprogramme herausgibt. Da nationale Programme sich eher an benachteiligte Menschen als an benachteiligte Stadtteile wenden, z. B. über Minimaleinkommenssysteme, kommt spezifisch gebietsbezogene Förderung meist aus EU-Töpfen. Städtische Behörden wurden von vielen der regionalen Verwaltungsbehörden aufgefordert, integrierte Pläne als Grundlage für die Nutzung des Instruments der Integrierten Territoriale Investitionen einzureichen. Das Instrument der lokalen Entwicklung unter Federführung der Bevölkerung soll auch in städtischen Gebieten implementiert werden, doch fehlende personelle Ressourcen und regulatorische Erfordernisse bei der Gründung lokaler Aktionsgruppen haben zu Prozessverzögerungen geführt. Allgemeine Engpässe bei der Umsetzung der Stadtentwicklungspläne ergeben sich aus übermäßig bürokratischen Verfahren, dem Fehlen technischer Hilfe für Städte, fehlenden Mitteln für Vorbereitung und Ausbau von Projekten sowie mangelhaften Kapazitäten auf lokaler Ebene.

ersetzte die bestehenden acht Regionalbehörden und zwei Regionalversammlungen durch drei neue Regionalversammlungen. Es sorgte außerdem für die Gründung von Stadtbezirken und die Auflösung der Stadträte. Die drei neuen Regionalversammlungen bestehen aus Vertretern der lokalen Behörden aus der Region. Sie erarbeiten regionale räumliche und wirtschaftliche Strategien, die an die Stelle der aktuellen regionalen Planungsrichtlinien treten.

Die 2016 gewählte Zentralregierung hat eine Anzahl an Dokumenten veröffentlicht, die der Stadterneuerung hohen Stellenwert beimisst. Eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Ministers für Wohnen und Stadterneuerung überprüft Vorschläge für eine solche neue Stadtpolitik. Sie soll im zweiten Quartal des Jahres 2017 Bericht erstatten.

Die Nationale Raumordnungsstrategie, verabschiedet im Jahr 2002, wird derzeit von einem Nationalen Rahmenplan (*National Planning Framework*,

NPF) namens „Irland 2040 – Unser Plan“ (*Ireland 2040 – Our Plan*) ersetzt. Der NPF wird einen neuen Planungs- und Entwicklungskontext für Irland und seine Regionen bis 2040 aufstellen. Er stellt ein strategisches hochrangiges Rahmenwerk für die Koordination einer Reihe an Strategien, Aktivitäten, Planung und Investition der nationalen, regionalen und lokalen Behörden dar. Er wird für folgende Themen politische Leitlinien geben:

- Für künftige Trends und Wachstum bezüglich Beschäftigung und Wohnen Vorsorge treffen;
- Alle Regionen Irlands in die Lage versetzen, vollständig ihren Teil zur allgemeinen nationalen Entwicklung beizutragen;
- Die Regionen mit der richtigen Mischung physischer und sozialer Infrastruktur unter Priorisierung der verfügbaren Ressourcen ausstatten;
- Entwicklung nachhaltiger und grüner machen, insbesondere als Reaktion auf den Klimawandel;
- Die Möglichkeiten eines inselweiten Entwicklungsansatzes stärken.

Irlands Zentralregierung kommuniziert Politik durch Informationsrundschriften an die lokalen Behörden und mit Hilfe von Seminaren und Tagungen. Die Regionalversammlungen überwachen Planungskonsistenz zwischen den nationalen, regionalen und lokalen Plänen. Die Reform der Kommunalverwaltung gesteht den örtlichen Behörden eine stärkere Beteiligung an der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Gemeinden zu.

Vertreter von Unternehmen und Wirtschaftsförderungsagenturen sind an der Ausarbeitung der neuen regionalen räumlichen und wirtschaftlichen Strategien beteiligt. Darüber hinaus sieht das regionale Reformprogramm die Einbindung der Bürger, öffentliche Beteiligungsnetzwerke sowie Komitees für die Entwicklung örtlicher Gemeinden vor. Eine Reihe von Workshops wurde im Juni 2016 im Rahmen der Beratungen für den NPF organisiert.

Es gibt kein für Stadtentwicklung vorgesehenes staatliches Budget. Der größte Ausgabenposten des Ministeriums für Wohnungsbau, Planung, Gemeinde- und Kommunalverwaltung ist dem sozialen Wohnungsbau vorbehalten. Zusätzlich zielt das Regenerationsprogramm des Ministeriums auf die am stärksten benachteiligten städtischen Gemeinden ab. Diese werden durch extreme soziale Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit geprägt. Das ganzheitliche Programm umfasst physische, soziale und wirtschaftliche Erneuerung. Der *Pobal HP Deprivation Index* ist eine häufig verwendete Quelle für die Definition benachteiligter Stadtviertel. Pobal, ein Non-Profit-Unternehmen, wurde von der irischen Regierung als Mittler für die Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung

gegründet. Der Index erfasst den relativen Wohlstand oder die Benachteiligung eines bestimmten geografischen Gebiets unter Verwendung von Daten aus verschiedenen Volkszählungen. Der Umfang der Benachteiligung wird mittels eines hochentwickelten Modells unter Berücksichtigung der drei Grunddimensionen sozialer Benachteiligung zugewiesen: Bevölkerungsrückgang, soziale Benachteiligung und Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt.

Die zuständige Stelle für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds und insbesondere für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ist das Ministerium für öffentliche Ausgaben und Reform. Irland hat eine Förderkulisse für ausgewählte Stadtzentren für 25 kommunale Großprojekte ins Leben gerufen, um die fünf Prozent EFRE-Mittel für nachhaltige Stadtentwicklung zu nutzen. Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) werden vom Ministerium für Bildung und Qualifikationen verwaltet.

Das Programm für soziale Eingliederung und Aktivierung von Gemeinschaften (*Social Inclusion and Community Activation Programme, SICAP*) ist das vorrangige soziale Eingliederungsprogramm der Regierung mit erheblichen Auswirkungen auf städtische Gebiete. Es wird durch die Zentralregierung und den ESF finanziert und erhält eine Sonderzuweisung aus der Irischen Jugendbeschäftigungsinitiative. Das Ziel ist es, Armut zu verringern und soziale Eingliederung durch lokale, regionale und nationale Zusammenarbeit zu fördern. SICAP wird von kommunalen Entwicklungsausschüssen, die einen koordinierten Entwicklungsansatz in ihrem Gebiet verwalten, überwacht. Zielgruppen von SICAP sind: Kinder und Familien in benachteiligten Gebieten, Alleinerziehende, neue Gemeinschaften (einschließlich Geflüchteter und Asylbewerber), Menschen in benachteiligten Gemeinden, Menschen mit Behinderungen, Roma, Arbeitslose, Arbeitnehmer und Haushalte mit niedrigem Einkommen, Nichtsesshafte (abwertend als Zigeuner bezeichnet), arbeitslose Jugendliche aus benachteiligten Gebieten sowie junge Menschen ohne Beschäftigungs-, Aus- oder Fortbildungsverhältnis. Die Verantwortlichen für die Umsetzung der Programme haben einen Zielwert bezüglich der geförderten Personen, die aus benachteiligten Gebieten gemäß der Definition des *Pobal HP Deprivation Index* kommen müssen.

Italien

In Italien teilen sich Landesregierung und Regionen, Provinzen und lokale Regierungen die Zuständigkeit für die Stadtentwicklungspolitik, wobei die Staatsregierung die strategischen Prioritäten festlegt. Unterschiedliche nationale Ministerien, z. B. das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr, befassen sich mit stadtentwicklungsbezogener Politik je nach sektoraler Verantwortung. Für mehrere Gemeinden relevante Politiken innerhalb einer Provinz können von der Provinz-Ebene oder, im Falle einer regionalen Dimension, durch die Regionen behandelt werden. In der Regel übernehmen die örtlichen Gemeinden die Entwicklungspolitik, im Einklang mit der von der italienischen Verfassung zugestandenen Autonomie. Allerdings machen die Besonderheiten der italienischen Geografie und Politik und den über 8.000 Gemeinden Stadtpolitik besonders kompliziert, was besonders für Maßnahmen zur Verbesserung von benachteiligten Stadtvierteln gilt.

Auf der Grundlage des Gesetzes über Sofortmaßnahmen für das Wachstum des Landes von 2012 hat die Regierung die Stadtentwicklungsstrategie Nationaler Plan für die Städte (*Piano Nazionale per le Città*) verabschiedet. Im Jahr 2014 unterzeichnete das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr Abkommen mit jeder der 28 Städte, die finanzielle Unterstützung erhalten haben. Ziel dieser Politik ist es, unter besonderer Berücksichtigung von unterprivilegierten und heruntergekommenen Gebieten Stadtgebiete zu verbessern. Der Nationale Kontrollraum (*Cabina nazionale di regia*) hat aus den durch Stadträte eingereichten Bauvorhaben 28 Projekte für eine Finanzierung vorgeschlagen. Das Volumen der Finanzierung unterscheidet sich von Stadt zu Stadt, von vier Mio. bis hin zu 24 Mio. Euro. Die Vereinbarungen haben keine feste Laufzeit, sondern das Ministerium stellt die nationale Förderung je nach Stand des Projekts zur Verfügung. Der Nationale Plan für die Städte finanziert Infrastrukturfonds, Neubauten, Sanierung von Gebäuden und alle Maßnahmen im Zusammenhang mit Stadterneuerung.

Es besteht eine Reihe von institutionalisierten Mehrebenen-Kooperationsforen. Der Austausch zwischen der nationalen Regierung und den Regierungen von Trient und Bozen finden normalerweise mittels der Konferenz Staat-Regionen und autonome Provinzen (*Conferenza Stato-Regioni e Provincie autonome*) statt. Der Staat und die Stadträte kooperieren über die Konferenz Staat-Städte und lokale Behörden (*Conferenza Stato-Città ed Autonomie locali*). Das Forum für die Verknüpfung aller staatlichen Ebenen ist die Vereinigte Konfe-

renz (*Conferenza Unificata*). Abgesehen von diesen Gremien kann die nationale Regierung mit einzelnen Regionen oder Kommunen Kooperationsvereinbarungen eingehen. Es gibt keine formalisierte öffentliche Konsultation von Interessengruppen für nationale Stadt- und Raumordnungspolitik, doch lokale Gemeinschaften wie Wohnerverbände, lokale Interessengruppen oder der private Sektor beteiligen sich an Projekten in Übereinstimmung mit den Gesetzen vor Ort.

Die EU-Mittelvergabe ist zwischen der Landesregierung und den regionalen Regierungen aufgeteilt. Die Hauptschwierigkeit für eine volle Ausschöpfung der zur Verfügung gestellten Finanzierung aus u. a. Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ist dem Fehlen von passenden Projekten geschuldet, die durch die Städte eingereicht werden.

Italien hat einige vom Nationalen Institut für Statistik erarbeitete Indikatoren entwickelt, um vernachlässigte Stadtviertel zu definieren. Diese beziehen sich auf die Bevölkerungsdichte, das Vorhandensein und die Zugänglichkeit von Dienstleistungen und Infrastrukturen, auf Beschäftigung und auf die Höhe der Jugendarbeitslosigkeit. Um europäische, nationale oder regionale Finanzierung für Politik zugunsten benachteiligter Stadtgebiete erhalten zu können, nutzt Italien integrierte Ansätze. Die verschiedenen Behörden (national, regional, lokal) nehmen an der Umsetzung des Nationalen Plans für die Städte teil. Dies folgt auf die Unterzeichnung stadtspezifischer Vereinbarungen, die den Gesamtbetrag der Finanzierung, die Kosten für jede Maßnahme, einen Zeitplan sowie die Rolle und den Finanzierungsanteil jeder Behörde festlegen. Lokale Behörden entscheiden über den Umfang der Ressourcenzuteilung für solche Stadtgebiete oder für Teile ihres städtischen Umfelds. Der Nationale Plan für die Städte wird erfüllt sein, wenn alle in den Vereinbarungen enthaltenen Aufgaben erfüllt worden sind. Die 28 von 2014 bis Anfang 2017 geförderten Projekte befassten sich mit der Erneuerung benachteiligter Stadtteile (z. B. dem westlichen Gebiet der Stadt Lecce, den Stadtgebieten Mestre und Marghera in Venedig und des Pietralata-Viertels in Rom). In der Zwischenzeit wurde mit dem Programm Vernachlässigte Randgebiete (*Periferie degradate*) ein weiteres Programm entwickelt, das sich jedoch noch in der Anlaufphase befindet.

Kroatien

Das kroatische Gesetz über lokale und regionale Selbstverwaltung regelt die Organisation und die Zuständigkeiten der Landkreise, Gemeinden und Städte. Laut diesem Gesetz führen Gemeinden und Städte Aktivitäten im Rahmen ihrer Selbstverwaltungskompetenzen wie Siedlungs- und Raumentwicklung sowie Stadtplanung durch. Das Ministerium für Bauwesen und Raumplanung, das Ministerium für Regionalentwicklung und EU-Mittel und das Ministerium für Öffentliche Verwaltung sind für die Stadtentwicklungspolitik auf nationaler Ebene verantwortlich. Das Kroatische Institut für Raumentwicklung (*Hrvatski zavod za prostorni razvoj*) und 21 regionale Raumentwicklungsinstitute sind die wichtigsten Instanzen für die Erstellung nationaler und regionaler Raumentwicklungspläne. Eine neue Raumentwicklungsstrategie, entwickelt vom Kroatischen Institut für Raumentwicklung, wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 2017 verabschiedet werden. Diese Strategie legt Grundprinzipien und Prioritäten der Raumentwicklung sowie strategische Weisungen gemäß dem Umsetzungsrahmenwerk fest.

Im Jahr 2014 wurden drei Gesetze zur Raumentwicklungsplanung verabschiedet: das Raumplanungsgesetz, das Baugesetz und das Bauaufsichtsgesetz. Ihr Hauptziel ist es, die Planungsordnung zu verbessern. Das ebenfalls 2014 in Kraft getretene Regionalentwicklungsgesetz liefert eine eindeutige Definition von städtischen Gebieten (Ballungszentren, größere und kleinere städtische Gebiete). Es führte die Verpflichtung ein, Strategien für die Entwicklung städtischer Gebiete als Basis für Planungsprojekte zu schaffen. Das Ziel war es, eine Grundlage für die bessere Planung und Vorbereitung von Entwicklungsprojekten zu schaffen und eine effektivere Nutzung von EU-Mitteln für Stadtentwicklung zu ermöglichen.

Im Gegensatz zur vertikalen interinstitutionellen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Regierungsebenen sind horizontale Verbindungen und sich überschneidende Zuständigkeiten in Bezug auf Stadtentwicklungspolitik in Kroatien nicht vollständig gefestigt. Im Gegensatz zu Umweltverträglichkeitsprüfungen gibt es noch keine territorialen Folgenabschätzungen. Dennoch wurden im Bereich der strategischen Planung, Programmierung und Implementierung Verbesserungen erreicht. Eine bewusste Schwerpunktsetzung gilt der Implementierung von Stadtentwicklungsprojekten in den größten Stadtgebieten mit den größten UmsetzungsKapazitäten.

Auch wenn die Reform der lokalen und regionalen Selbstverwaltung und der regionalen Entwicklung derzeit große politische Aufmerksamkeit genießt, ist der Dezentralisierungsprozess bislang nicht auf umfassende und integrierte Weise ausgearbeitet worden. Dennoch sind Interessenvertreter über die Teilnahme an Arbeitsgruppen und öffentlichen Konsultationen in die Entwicklung nationaler Politiken einbezogen. Öffentliche Verwaltungsbehörden verschiedener Sektoren geben Input für die Raumentwicklungspläne. Öffentliche Diskussionen auf kommunaler Ebene machen den Prozess für die Öffentlichkeit zugänglich.

Der Wirtschaftssektor übt durch seine enge Verbindung mit den lokalen Behörden einen starken Einfluss auf die Stadtentwicklungspolitik aus, was auf lokaler Ebene durch öffentlich-private Partnerschaften für öffentliche Infrastrukturprojekte zum Ausdruck kommt. Nichtregierungsorganisationen und Fachorganisationen prägen die Debatten mittels Kapazitätsaufbau und Agenda-Setting. Alles in allem ist die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und nichtstaatlichen Akteuren weiterhin entwicklungsfähig, da Interessenvertreter noch nicht systematisch in die Anfangsphase der Strategiebildung eingebunden sind. Die neue Raumentwicklungsstrategie zielt darauf ab, die wichtigsten Interessenvertreter so früh wie möglich zu integrieren. Sie stimuliert außerdem einen sektorenübergreifenden Ansatz und bessere Kooperation unter Interessenvertretern auf allen Ebenen.

Das Regionalentwicklungsgesetz steht mit den Kernelementen der EU-Kohäsionspolitik 2014–2020 in Einklang. Kroatien, erst EU-Mitgliedstaat seit 2013, hat einige Schwierigkeiten mit Engpässen bezüglich der Verwaltungskapazitäten, der Vorbereitung ausgereifter Projekte für die Finanzierung im Verkehrssektor (Schienenverkehr) und dem öffentlichen Auftragswesen erfahren. Die größten Stadtentwicklungsprojekte sollen durch EU-Zuschüsse in Form von Integrierten Territorialen Investitionen (ITI) kofinanziert werden. Die ITI konzentrieren sich auf die Agglomerationen Zagreb, Rijeka, Split und Osijek und auf die Städte Zadar, Slavonski Brod und Pula. Diese städtischen Gebiete haben sich auf eine öffentliche Ausschreibung für die Umsetzung der ITI beworben. Sie bereiten Projekte und Aktivitäten zur Erreichung der folgenden Ziele vor:

- Städte als Treiber künftiger Entwicklung;
- Saubere und widerstandsfähige Städte, insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel;
- Inklusive Städte und Lösungen für städtische Armut.

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung, der Kohäsionsfonds und der Europäische Sozialfonds stellen insgesamt etwa 345,4 Mio. Euro für diese Zwecke zur Verfügung. Maßnahmen können Infrastrukturprojekte sowie unterschiedliche so genannte weiche Aktivitäten kombinieren.

Eine der größten städtischen Herausforderungen ist die illegale Bautätigkeit. Geltendes Recht sieht Bereiche illegalen Bauens für die städtische Sanierung vor. Die am stärksten gefährdeten Gebiete liegen am Rande der größten Ballungszentren, im gesamten Küstengebiet und auf den Inseln. Diese Gebiete können als funktionales Äquivalent von benachteiligten Stadtteilen verstanden werden.

Letland

In Lettland existiert zwar keine gesonderte Stadtpolitik, aber dieser Politikbereich spielt eine bedeutende Rolle in der nationalen Regionalpolitik. Für die Entwicklung, Umsetzungs koordinierung, Überprüfung sowie Auswertung der Regionalpolitik, die Stadtpolitik einschließt, ist hauptsächlich das Ministerium für Umweltschutz und Regionalentwicklung zuständig. Die staatliche Behörde für Regionalentwicklung, eine staatliche Regulierungsbehörde, verwaltet die regionalen Entwicklungsprogramme nationaler, europäischer und anderer Fonds.

Fünf Planungsregionen sind für die Gebietsentwicklungsplanung auf regionaler Ebene und für die Umsetzung verfügbarer Unterstützungsmaßnahmen zuständig. Ihre Rolle wurde in den letzten fünf Jahren gestärkt. Sie erhielten die Verantwortung für die Förderung unternehmerischer Initiativen, was mit der Gründung von fünf regionalen Wirtschaftszentren einherging. Gemeinden kümmern sich um die Planung und Umsetzung von lokalen Entwicklungsstrategien. Verbände, die die lokale Ebene vertreten, sind an der Entwicklung, Implementierung und Überwachung der Regional- inklusive der Stadtpolitik beteiligt. Das gleiche gilt für Organisationen wie den Arbeitgeberverband Lettland oder die Lettische Industrie- und Handelskammer.

Im Jahr 2013 wurden die Regionalpolitischen Leitlinien auf nationaler Ebene aktualisiert, wodurch das operationelle Rahmenwerk für Regionalpolitik definiert und ein neuer Ansatz bezüglich Planung und Umsetzung nachhaltiger Regionalentwicklung eingeführt wurde. Die Neufassung leitete eine aktivere Rolle für Planungsregionen und Kommunen in der Regionalentwicklungsförderung, eine breitere Anwendung integrierter und ortsbasierter Ansätze bei der Bereitstellung öffentlicher Investitionen,

Die Lebensqualität und Wohnsituation der Roma sind besonders unbefriedigend, vor allem in den Roma-Siedlungen. Daher hat Kroatien das Nationale Roma-Programm, das Aktionsprogramm zum Jahrzehnt der Roma-Integration 2005–2015 sowie die Nationale Strategie zur Roma-Integration 2013–2020 verabschiedet. Letztere soll den Mitgliedern der Roma-Minderheit dabei helfen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern sowie ihre Einbeziehung in das soziale Leben und in Entscheidungsfindungsprozesse in der lokalen und darüber hinaus gehenden Gemeinschaft zu fördern. Die Strategie konzentriert sich außerdem auf eine Verhaltensänderung der Bevölkerungsmehrheit, indem sie Antidiskriminierungs- und Desegregationsprinzipien fördert.

eine bessere Koordinierung regionaler und sektoraler Politiken sowie eine breitere Beteiligung der Interessenvertreter ein. Dokumente wie die Leipzig-Charta und die Territoriale Agenda der EU haben die Entwicklung des staatlichen regionalpolitischen Rahmens entscheidend beeinflusst. Lettland ist auch in der Städteagenda für die EU aktiv und beteiligt sich an drei ihrer Partnerschaften, nämlich zu den Themen Wohnungswesen (mit der Stadt Riga und dem Wirtschaftsministerium), städtische Armut (mit der Stadt Daugavpils) sowie Arbeitsplätze und Qualifikationen in der lokalen Wirtschaft (mit der Stadt Jelgava als einem der Koordinatoren). Das langfristige Entwicklungskonzept wird in der nachhaltigen Entwicklungsstrategie Lettlands *Latvija2030* dargestellt, die wiederum den Nationalen Entwicklungsplan Lettlands für 2014–2020 entscheidend prägt.

Trotz anhaltender Notwendigkeit einer noch effizienteren vertikalen und horizontalen Zusammenarbeit zur Erreichung eines tatsächlich integrierten politischen Ansatzes bestehen bereits mehrere Koordinationsinstrumente. Das Entwicklungsplanungsgesetz (2008) legt die hierarchische Planungsstruktur fest, indem es Planungsdokumententypen, ihre Hierarchie und die Beziehungen untereinander definiert. Außerdem bestimmt es die Organisation, Koordination und Verwaltung des Planungssystems.

Das Regionalentwicklungsgesetz (2002) legt die institutionellen Kompetenzen, Koordinierungsmechanismen, regionalpolitische Ziele, finanzielle Mittel für die Regionalpolitik und das Mittelzuweisungsverfahren fest. Die fünf Planungsregionen koordinieren die Förderinstrumente und die Zusammenarbeit zwischen der lokalen und der nationalen Ebene.

Seit 2011 ist ein sektorenübergreifendes Koordinierungszentrum in Betrieb, das mit dem Ministerkabinett verbunden ist. Es erstellt die wichtigsten lang- und mittelfristigen Entwicklungsplanungsdokumente und stellt sektorale Übereinstimmung mit den hierarchisch höchsten Planungsdokumenten sicher. Das Netzwerk der Entwicklungszentren, bestehend aus den 30 größten Städten, ist das wichtigste Rückgrat der polyzentrischen Siedlungsstruktur Lettlands. Methodologische Leitlinien für die Ausarbeitung regionaler und lokaler Entwicklungsprogramme und für die Förderung horizontaler und vertikaler Koordination und Kooperation, Kapazitätsaufbau-seminare sowie Netzwerkveranstaltungen für alle Interessensvertreter fördern den Wissensaustausch.

Die lokalen Behörden sind die Hauptnutznießer von nationalen territorialen Unterstützungsmaßnahmen. Integrierte lokale Entwicklungsprogramme stellen die Vorbedingung für finanzielle Unterstützung dar. Dennoch sind EU-Fördermittel die wichtigste Quelle für die Umsetzung der Regionalpolitik. Das Netzwerk der Entwicklungszentren hat in den Jahren 2007–2013 und 2014–2020 erheblich von EU-Fördermitteln profitiert. Im laufenden Programmzyklus 2014–2020 wenden die neun größten Städte Lettlands das Instrument der Integrierten Territorialen Investitionen an.

Der Rat zur Regionalentwicklungskoordination koordiniert EU-finanzierte territoriale Investitionen

Litauen

In Litauen ist die Stadtentwicklungspolitik eine gemeinsame Aufgabe der nationalen und lokalen Gebietskörperschaften. Der im Jahr 2002 verabschiedete Umfassende Gebietsplan der Republik Litauen (*Lietuvos Respublikos teritorijos bendrasis planas*) legt die generelle Richtung bezüglich der Raumstruktur und der Funktion städtischer Netze fest. Dieser Plan ist für alle staatlichen Regierungsstellen, die Entscheidungen über Nutzung, Verwaltung und Schutz von Gebieten treffen, verpflichtend. Darüber hinaus enthält er Planungsvoraussetzungen für thematische Sonderpläne (z. B. für Transport, Energie, Landschaft) auf nationaler oder lokaler Ebene und ist das obligatorische Referenzdokument für langfristige Programme und sektorale Entwicklungsstrategien. Der Umfassende Gebietsplan beeinflusst außerdem Wirtschaftsentwicklungsstrategien und andere strategische Pläne.

Das Umweltministerium ist die wichtigste staatliche Behörde für die Erarbeitung von Stadtentwicklungspolitik. Das Ministerium koordiniert deren Implementierung im Rahmen von nachhaltiger Entwicklung, Bereitstellung von Wohnraum und

auf Projektebene. Der Rat besteht aus Vertretern von Ministerien, Planungsregionen, Lokalverwaltungen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Lokale Aktionsgruppen, die von lokalen Gemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmern und örtlichen Bewohnern gegründet wurden, fördern die Entwicklung von Gebieten in ländlichen Regionen und Kleinstädten nach dem EU-LEADER-Ansatz (*Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale*).

Das Landwirtschaftsgesetz (2014) definiert benachteiligte Gebiete verschiedentlich: als Flächen mit beschädigter oder mangelhafter Landoberfläche, als brachliegende Bau- und Bergbaugebiete oder als brachliegende oder untergenutzte ehemals wirtschaftlich und militärisch genutzte Gebiete mit einem negativen Einfluss auf die umliegenden Gebiete, auf die Natur und die lokale Bevölkerung. Darüber hinaus definieren auch die Implementierungsbestimmungen der entsprechenden EU-geförderten Maßnahmen den Begriff. Es gibt kein spezifisches staatliches Budget für benachteiligte Stadtgebiete. Integrierte Ansätze bilden jedoch die Grundlage für Investitionsanreize auf regionaler oder lokaler Ebene, wozu auch die Entwicklung benachteiligter Gebiete gehören kann. Es bestehen einige durch die Gemeindebehörden nutzbare EU-Mittel, die benachteiligte Gebiete zu unternehmensfreundlichen Orten machen und die auf einem integrierten Ansatz basieren.

Umweltschutz. Litauen umfasst 10 statistische Regionen und 60 Gemeinden. Im Jahr 2010 wurde die Regionalverwaltung infolge einer Verwaltungsreform abgeschafft. Kommunale Selbstverwaltung ist in der Verfassung festgeschrieben. Sie sieht unabhängige staatliche und kommunale Budgets und das Recht der Gemeinden auf die Erhebung von örtlichen Steuern vor. Die kommunalen Behörden sind für die territoriale Planung und die Entwicklung ihres Gebietes verantwortlich. Sie setzen staatliche Stadtentwicklungspolitik und die damit verbundenen Gesetze innerhalb ihrer Zuständigkeit um.

Die aktuellste Version des Territorialplanungsgesetzes stammt aus dem Jahr 2014. Es soll die Anforderungen und Bedingungen der Gebietsplanung insbesondere auf lokaler Ebene verbessern und die Implementierung beschleunigen. Das Gesetz sieht vor, dass ein Implementierungsprogramm der Genehmigung des Gesamtplans folgen soll. Die Nationale Umweltschutzstrategie von 2015 (*Nacionalinė aplinkos apsaugos strategija*) legt vorrangige Bereiche der Umweltschutzpolitik und langfristige Ziele fest, die auch die städtische Um-

welt betreffen. Die wichtigsten Leitlinien für ihre Implementierung sind:

- Förderung nachhaltiger Planung von Städten und Stadtrandgebieten;
- Förderung der Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger städtischer Verkehrsentwicklungspläne;
- Entwicklung und Nutzung von Forschung, Innovation und Lösungen zu urbanen Fragen.

Dem Umweltministerium obliegt die Hauptverantwortung für die Koordination zwischen den Regierungsebenen. Die verschiedenen Verwaltungseinheiten koordinieren ihre Aktivitäten auf Grundlage der ihnen zugewiesenen Kompetenzen.

Die Architektenvereinigung Litauens setzt sich für eine hohe Qualität der gebauten Umwelt ein, schärft das öffentliche Bewusstsein für städtebauliche Fragen und unterstützt die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren wie Staat, Städten, Berufsgruppen und der Zivilgesellschaft. Weitere Berufsorganisationen wie der litauische Verband der Bauingenieure und der litauische Verband der Immobilienentwickler beteiligen sich an der Planung und Umsetzung verschiedener Programme und Strategien im Zusammenhang mit ihren jeweiligen Bereichen in Zusammenarbeit mit Regierungsstellen, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen.

Juristische und natürliche Personen haben das Recht, am Territorialplanungsprozess teilzunehmen und auf Planungsunterlagen zuzugreifen. Seit 2014 sind Territorialplanungsdokumente für die breitere Öffentlichkeit über das Digitale Überwachungsinformationssystem zur Bearbeitung von Territorialplanungsdokumenten (*Teritorijų Planavimo Dokumentų Rengimo ir teritorijų planavimo proceso valstybinės priežiūros Informacinė Sistema, TPDRIS*) zugänglich. Themen der litauischen Regional- und Stadtpolitik werden auch im Litauischen Städteforum, einer seit 2007 jährlich stattfindenden Veranstaltung, öffentlich diskutiert.

Das Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Kohäsionsfonds 2007–

2013 für Litauen umfasste unter anderem lokale und städtische Entwicklung. Litauen nimmt ferner an den Programmen Interreg, ESPON und URBACT teil. Im aktuellen Programmplanungszeitraum sind die Regionalentwicklungsräte für die Projektauswahl und -genehmigung zuständig. Sie bestehen aus Bürgermeistern, delegierten Mitgliedern der Gemeinderäte und einem von der Regierung ernannten Vertreter. Ihre Beteiligung sichert die partnerschaftliche Beteiligung der Kommunen in der Durchführung gemeinsamer Aktionen. Auf regionaler Ebene werden integrierte Investitionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Regenerierung von Gebieten und Steigerung der Attraktivität des Wohn- und Investitionsumfeldes eingesetzt. Integrierte Gebietsentwicklungsprogramme definieren Maßnahmen für die Zielgebiete. Das *Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas (JESSICA)*-Instrument hat von 2007 bis 2015 in allen 60 litauischen Gemeinden zu Investitionen in die Renovierung von Mehrfamilienhäusern beigetragen.

Der litauische Ansatz bezüglich benachteiligter Stadtviertel ist mit den Programmzeiträumen der EU-Strukturfonds verknüpft. So genannte bevorzugte Zielgebiete (*Target Territories, TT*) werden durch die nationale Regierung gemeinsam mit Vertretern weiterer Regierungsebenen für Sanierungsmaßnahmen ausgewählt. Manche dieser TT, die hohe Arbeitslosenraten und hohe Sozialleistungsempfängerraten aufweisen, werden als problematische Gebiete (*probleminė teritorija*) verstanden. Die Vermeidung von Gebietsdeprivation und die Reduzierung sozio-ökonomischer Disparitäten dienen als Leitprinzip der Programme. Die Maßnahmen für TT umfassen Investitionen in städtische Infrastrukturentwicklung, sozialen Wohnungsbau und Sanierung des öffentlichen Raums. Während der 2014–2020-Periode zielen Maßnahmen auf 23 TT in den fünf großen Städten ab. Um auf die Unterstützung für TT zugreifen zu können, müssen die Investitionen innerhalb eines bestimmten Gebiets konzentriert werden, sie müssen das wesentliche Problem des Standortes lösen und sie müssen mit anderen gebietsbezogenen Investitionen abgestimmt sein.

Luxemburg

Da auf nationaler Ebene bislang kein integriertes Programm angewendet wurde, verfügt Luxemburg überwiegend über lokale Ansätze für integrierte Stadtentwicklung. Die derzeitige Stadtpolitik basiert auf dem Konzept der Mehr-Ebenen-Governance in einem Einheitsstaat. Während auf nationaler Ebene die Abteilung für Raumplanung und -entwicklung im Ministerium für nachhaltige Ent-

wicklung und Infrastruktur die Stadtpolitik definiert und implementiert, gibt es einen intensiven Austausch mit der lokalen Ebene – entweder direkt mit den Gemeinden und mit sogenannten Konventionsgebieten oder indirekt über die Vereinigung der luxemburgischen Städte und Gemeinden (*Syndicat des Villes et Communes Luxembourgeoises*). Weitere auf nationaler Ebene beteiligte Behörden sind

das Ministerium für Inneres, das Ministerium für Wohnungswesen, das Ministerium für Wirtschaft, die Abteilung Verkehr im Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur sowie die Abteilung für öffentliche Bauten und die Autobahnagentur.

Das zentrale Instrument nationaler Raumplanung, das Nationale Programm für Räumliche Entwicklung (*Programme Directeur d'Aménagement du Territoire, PDAT*), wurde 2003 verabschiedet. Das PDAT ist ein Strategierahmen, der die Koordinierung von sektoralen Programmen anstrebt, um räumliche Planungsziele zu verwirklichen. Es legt 13 Ziele fest in drei übergeordneten Interventionsbereichen: städtische und ländliche Entwicklung; Verkehr und Telekommunikation; Umwelt und natürliche Ressourcen. Zurzeit werden vier sektorale Masterpläne entwickelt, die für die lokale Ebene relevant sind. Diese Masterpläne schaffen eine Verbindung zu anderen Instrumenten und Programmen wie dem Wohnungspakt.

Die Governance-Gestaltung der Stadtpolitik beinhaltet formale und informelle Elemente, die durch das Gesetz für Raumordnung von 2013 und durch das PDAT festgelegt werden. Das Gesetz für Raumordnung führte eine Reihe von Instrumenten und Mechanismen ein und nahm eine Neudefinition von bestimmten Rollen der Abteilung für Raumplanung und -entwicklung vor.

Darüber hinaus hat das Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur mehrere integrierte Stadtplanungsprozesse initiiert, ähnlich wie von der Leipzig-Charta vorgeschlagen. Konventionsgebiete, die auf Abkommen über territoriale Entwicklungen zwischen Staat und Gemeinden (*conventions de coopération territoriale Etat-communes*) basieren, wurden in den frühen 2000-Jahren eingeführt, um soziale, ökonomische und ökologische Fragen von Stadtgebieten zu erörtern. Sie bringen technische und politische Vertreter des Ministeriums, der Städte und ihrer angrenzenden Gemeinden an einen Tisch.

Es stehen mehrere Koordinierungsmechanismen zur Verfügung. Der Hohe Rat für Raumplanung und -entwicklung (*Conseil Supérieur de l'Aménagement du Territoire*) hat eine beratende Funktion und bringt die nationalen Behörden mit verschiedenen Interessenvertretern in Kontakt. Auch finden regelmäßig Konsultationen zwischen den Konventionsgebieten und den zuständigen Behörden auf nationaler Ebene statt.

Die von der Abteilung für Raumplanung und -entwicklung geleitete nationale Informationszelle für Stadtpolitik (*Cellule Nationale d'Information pour la*

Politique Urbaine, CIPU) ist ein Instrument, das in Koordination mit regionalen und lokalen Behörden die effiziente Entwicklung und Umsetzung nationaler städtebaulicher und territorialer Maßnahmen sicherstellt. Die CIPU funktioniert als Plattform, um Erfahrungen in der Stadtentwicklung auszutauschen und auf deren zukünftige Gestaltung Einfluss zu nehmen. Das erste Übereinkommen über die Gründung der CIPU wurde 2007 von drei der größten Städte des Landes und der Abteilung für Raumplanung und -entwicklung, der Abteilung für Verkehr im Ministerium für Nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur, sowie den Ministerien für Wohnungswesen, Wirtschaft und Inneres unterzeichnet. Ein zweites Abkommen über die Umstrukturierung der CIPU wurde 2016 unterzeichnet.

Bei Gesetzesinitiativen und Großprojekten zieht das Ministerium für Raumplanung und -entwicklung wichtige Akteure wie Nichtregierungsorganisationen, Privatwirtschaft, Verbände und Interessensgruppen im Einzelfall hinzu.

Was den finanziellen Aspekt angeht, so verfügt Luxemburg über keinen staatlichen Fonds, der speziell für Stadtentwicklung oder Stadtpolitik im Allgemeinen bestimmt ist. Das Ministerium des Innern ist die Aufsichtsbehörde für Städte und Gemeinden. Gemeinden erhalten pro Trimester eine Blockzuteilung aus der Mittelvergabe der Gemeindekasse. Hierbei wird eine Reihe von Kriterien berücksichtigt, um die endgültige Zuweisung pro Gemeinde zu bestimmen.

Stadtentwicklung besaß für das luxemburgische Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 2007–2013 keine hohe Priorität. Jenes konzentrierte sich auf die Förderung von Wirtschaftsaktivitäten sowie Forschung und Innovation. Für die Jahre 2014–2020 gilt jedoch eine der festgelegten Investitionsprioritäten der kohlenstoffarmen Wirtschaft mit Schwerpunkt auf städtischen Gebieten und dem nachhaltigen multimodalen Stadtverkehr.

Luxemburg verfügt noch nicht über eine spezielle nationale Politik oder ein Programm, das sich auf die Entwicklung benachteiligter Stadtviertel konzentriert. Auf lokaler Ebene präsentiert die Stadt Luxemburg jedoch eine Reihe ganzheitlicher Stadtentwicklungsansätze im Rahmen des mittelfristigen Integrativen Stadtentwicklungskonzepts Luxemburg 2020 und der 24 Vorort-Rahmenprogramme. Diese beruhen auf der lokalen Beteiligung in Bezug auf sieben Hauptfunktionalitäten: Wohnraum, Wirtschaft, Verkehr, Grünflächen, Freizeit und Tourismus sowie Luxemburg als internationales, nationales und regionales Zentrum (EUKN 2011a).

Zusätzliche Quellen

EUKN – European Urban Knowledge Network, 2011a: Urban Development in Europe: A Survey of National Approaches to Urban Policy in 15 EU Member States. Zugriff: <http://www.eukn.eu/fileadmin/Lib/files/EUKN/2012/EUKN%20key%20publication%20urban%20development%20in%20Europe.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Malta

Derzeit steht Malta vor komplexen städtischen Herausforderungen in Bezug auf Wohnraum, Verkehr, Beschäftigung und mit der geografischen Randposition einhergehenden Problemen. Die geringe Größe des Archipels, die hohe Bevölkerungsdichte und der hohe Urbanisierungsgrad verschärfen diese Herausforderungen zusätzlich.

Stadtentwicklungspolitik liegt in Malta in der Verantwortung der Planungsbehörde, der staatlichen Planungsabteilung im Büro des Premierministers. Rechtlich orientiert sich das Planungssystem am Entwicklungsplanungsgesetz von 2016. Dieses Gesetz trat an die Stelle des Umwelt- und Entwicklungsplanungsgesetzes von 2010, das zuvor die Umwelt- und Planungsbereiche in der maltesischen Umwelt- und Planungsbehörde vereint hatte. Durch das Gesetz von 2016 wurden die Behörden wieder voneinander getrennt, wodurch die Planungsbehörde und die Umweltressourcenbehörde entstanden.

Das höchstrangige Raumordnungsdokument für die Inseln stellt der 2015 verabschiedete Strategische Plan für Umwelt und Entwicklung (*Strategic Plan for Environment and Development, SPED*) dar. Er legt die Governance-Struktur für Stadtentwicklungspolitik fest. Er dient als nationale Stadtplanungsstrategie für die Entwicklung städtischer und ländlicher Gebiete, der Küstenregion und des Seegebiets. Er regelt außerdem das nachhaltige Land- und Meeresressourcenmanagement. Der Plan hat zum Ziel, Stadtentwicklung auf ganzheitliche Weise zu steuern, u. a. durch die Festlegung der Rollenverteilung aller in der Politikumsetzung relevanten Einrichtungen.

Der SPED fordert horizontale und vertikale Konsultationen zwischen den wichtigsten Regierungsstellen, die für städtische Fragen, Wohnungswesen, Verkehr und Kommunikation, Industrie und Handel, Gesundheit, Umwelt und Landwirtschaft und Fischerei zuständig sind. Diese Konsultationen werden im Rahmen des Entwicklungsplanungsgesetzes durchgeführt. Das Gesetz legt einen hierarchisch organisierten Entscheidungsprozess fest, in dem der für die Planung verantwortliche Minister und der Ständige Ausschuss für Umwelt und Entwicklungsplanung des Parlaments die höchste Stellung einnehmen. Der Ständige Ausschuss prüft alle städtebaulichen und territorialen Pläne und Po-

litiken und koordiniert sowohl Politikentwicklung als auch ihre Implementierung.

Zugleich koordiniert der Exekutivrat der Planungsbehörde die Konsultation mit anderen Regierungsstellen wie den 68 Gemeinderäten für Malta und Gozo. Diese Gemeinderäte vertreten die ansässigen Bewohner und werden bei sie direkt betreffenden Entwicklungsvorschlägen konsultiert. Der Exekutivrat konsultiert auch andere Akteure wie Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Interessengruppen, Unternehmer, Projektentwickler und die breite Öffentlichkeit. Die Kammer der Architekten und Bauingenieure und die Maltesische Kammer der Planer sind zugelassene Sachverständige. Andere Fachverbände wie *Malta Enterprise*, der maltesische Verband der Projektentwickler und NGOs wie der *National Trust of Malta (Din l-Art Helwa)* und der *Malta Heritage Trust (Fondazzjoni Wirt Artna)* spielen in Beratungen eine gesonderte Rolle. Das Hauptmedium für Informationsbereitstellung und Beteiligung der Planungsbehörde ist ihre Website.

Der Interministerielle Koordinierungsausschuss (*Inter-Ministerial Coordination Committee, IMCC*) bietet einen Rahmen für die Koordinierung zwischen den ESI-Fonds und anderen EU- und nationalen Förderinstrumenten. Der IMCC besteht aus Vertretern von Verwaltungsbehörden, zwischen-geschalteten Stellen, Nationalen Kontaktstellen für Programme Europäischer Territorialer Zusammenarbeit, für Migrations- und Asylprogramme zuständigen Behörden und anderen. Er hat zum Ziel, Förderressourcen zu maximieren und gleichzeitig das Risiko von Überschneidungen und Dopplungen zu vermindern.

Eine Prioritätsachse des operationellen Programms des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Kohäsionsfonds für 2014–2020 ist die Schaffung eines integrierten Stadtentwicklungsansatzes, der die spezifischen Bedürfnisse von Gemeinschaften in bestimmten Stadtgebieten berücksichtigt. Die thematischen Ziele dieser Prioritätsachse umfassen die Erhaltung und Entwicklung des natürlichen und kulturellen Erbes sowie die Unterstützung der physischen, wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung benachteiligter Gemeinschaften in städtischen und ländlichen Gebieten. Das Ministerium für europäische Angelegenhei-

ten soll eine Umsetzungsstrategie für diese Maßnahmen entwickeln. Während des Zeitraums 2007–2013 entfielen 7,6 Mio. Euro aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds auf ein integriertes Sanierungsprojekt zur Förderung der Mobilität, des Sozial- und des Wohnungswesens im Cottonera-Gebiet, das die drei Städte Birgu, Senglea und Cospicua umfasste.

Das Programm des Europäischen Sozialfonds für den Zeitraum 2014–2020 befasst sich mit den spezifischen Bedürfnissen von am stärksten von Armut betroffenen geografischen Gebieten und von Personen mit der höchsten Anfälligkeit für Diskriminierung oder soziale Ausgrenzung. Das vom Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (*Fund for European Aid to the Most Deprived*) geförderte operationelle Programm für Nahrungsmittelhilfe und/oder materielle Basisunterstützung 2014–2020 versorgt die am stärksten benachteiligten Haushalte regelmäßig mit Nahrungsmitteln. In dieser Hinsicht kennzeichnet das operationelle EFRE-Programm das Hafengebiet Maltas als das Stadtgebiet, in dem integrierte Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung

am nötigsten sind. Dieser Bereich weist die höchste Anzahl an von Armut bedrohten Personen, Arbeitslosigkeit, Schulverweigerung, Verbrechen und Vandalismus auf.

Die interministerielle Nationale Strategie für Armutsbekämpfung und soziale Eingliederung Malta 2014–2024 befasst sich mit den mehrdimensionalen Aspekten von Armut und sozialer Ausgrenzung und bietet einen integrierten Ansatz zur Verwirklichung der staatlichen Prioritäten im Sozialwesen. Diese Politik wirkte sich auch auf den Haushaltsplan für das Jahr 2014 aus, der die Mittel für mehrere Ministerien zur Finanzierung von Maßnahmen in den Bereichen soziale Ausgrenzung, Rentenreform, Gesundheit und Langzeitpflege aufgestockt hat.

Gemäß der Logik der Strategie sind benachteiligte Stadtviertel bestimmte städtische Gebiete, in denen der Anteil der in Armut lebenden Personen höher ist als im Rest des Landes. Zur Unterstützung dieser Eingliederungsstrategie befasst sich eines der thematischen Ziele des SPED mit den räumlichen Dimensionen von Benachteiligung.

Mazedonien

Mazedonien, eine der ehemaligen jugoslawischen Republiken mit dem Status eines EU-Beitrittskandidaten, befindet sich in einem Prozess des wirtschaftlichen und politischen Übergangs. Die komplizierte politische Situation, die sich in den Bürgerprotesten der Jahre 2015 und 2016 niederschlug, gefolgt von einer monatelangen Übergangsregierung, beeinträchtigt diesen Prozess. Die Entwicklungen in der nationalen Stadtpolitik müssen im größeren Kontext staatlicher Dezentralisierung und der Stärkung der lokalen Regierungsebene beurteilt werden. Mazedonien hat keine eigene nationale Stadtentwicklungspolitik, hat jedoch Institutionen geschaffen, die einen stufenweisen Dezentralisierungsprozess fördern.

Dieser Vorgang läuft seit fast zwei Jahrzehnten. Es begann mit Mazedoniens Unterzeichnung der Europäischen Charta der Kommunalen Selbstverwaltung im Jahr 1997 und kam mit der ersten Reformstrategie der öffentlichen Verwaltung im Jahr 1999 und ihren Folgestrategien, deren jüngste den Zeitraum 2010–2015 abdeckt, in Gang (Sejdini 2016). Unter anderem haben die Vereinbarungen mit der EU im Zuge der Beitrittsverhandlungen nach Erlangung des Kandidatenstatus von Mazedonien im Jahr 2005 die Übertragung von Kompetenzen auf die lokale Ebene gefördert (ebd.). Institutionell hat sich der Prozess in der Gründung eines eigenen Ministeriums für Kommunale Selbstverwaltung im

Jahr 1999 und im Gesetz über die Lokale Selbstverwaltung im Jahr 2002 widerspiegelt. Der Grad an Dezentralisierung hat seit 2005 mit der Schaffung eines umfassenderen Rechtsrahmens zugenommen. Kompetenzen wie Stadtplanung, Umweltschutz, lokale Wirtschaftsentwicklung, Kultur, soziale Sicherung, Bildung und Gesundheitsversorgung wurden von der Zentral- an die Kommunalverwaltung übertragen, unterstützt durch eine stärkere finanzielle Basis für Kommunen (Sejdini 2016). Im Bereich der Stadtplanung verabschieden die Kommunen unter anderem Stadtentwicklungspläne und erteilen Baugenehmigungen (Ministry of Local Self-Government 2014).

Derzeit ist das Ministerium für Kommunale Selbstverwaltung als wichtigstes Organ zuständig für Stadtpolitik und -planung auf nationaler Ebene. Die 84 mazedonischen Gemeinden sind trotz großer Unterschiede qua Größe und Kapazitäten gleichberechtigt. Die Vereinigung der Einheiten der Kommunalen Selbstverwaltung, auch Mitglied des europäischen Dachverbandes, dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas, vertritt die Gemeinden seit 1972. Die interkommunale Zusammenarbeit wurde durch ein besonderes Gesetz aus dem Jahr 2009 gefördert. Die gemeinsame Arbeit wird durch Institutionen wie gemeinsame Arbeitsgremien und Ausschüsse, gemeinsame Verwaltungsorgane oder gemeinsame öffentliche Unternehmen ermög-

licht und umgesetzt (Ministry of Local Self-Government 2016). Finanzielle Unterstützung wird von der Zentralregierung für Bereiche von herausragender Bedeutung bereitgestellt und basiert auf administrativen und finanziellen Kapazitäten und dem zu erwartenden Nutzen der Zusammenarbeit (ebd.). Angesichts des Mangels an Ressourcen einiger, meist kleinerer Kommunen ist die interkommunale Zusammenarbeit von besonderer Bedeutung für die Bereitstellung von Dienstleistungen und kritischen Ressourcen für Kernaufgaben wie Strategieplanung. Die Integrativen Netzwerke für Entwicklung, die in den Planungsgebieten Vardar, Nordost und Pelagonija gegründet wurden, gehören zu den Ergebnissen dieses Prozesses (ebd.).

Einige der größten städtischen Herausforderungen in Mazedonien sind mit dem anhaltend hohen Niveau von Armut und Arbeitslosigkeit verbunden (World Bank, et al. 2014). Dies steht wiederum in Zusammenhang mit den unbefriedigenden Wohnverhältnissen, die sich aus einem überwiegend privat organisierten Wohnungsbestand ergeben, der

für große Teile der Bevölkerung unerschwinglich und oftmals in einem schlechten Zustand ist (Bouzarovski/Salukvadze/Gentileits 2011). Die Nationale Strategie zur Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung im Zeitraum 2010–2020 umfasst 14 Bereiche, vom Arbeitsmarkt über Bildung, Wohnungswesen und Gleichstellung der Geschlechter. Sie enthält Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Internationale Organisationen spielen im Allgemeinen für den sozioökonomischen Entwicklungsprozess eine wichtige Rolle, wobei der größte Anteil an Fördermitteln aus der Heranführungshilfe der EU stammt (World Bank et al. 2014). Mazedonien nimmt auch an der Strategie des Regionalen Kooperationsrates Südosteuropas 2020 aus dem Jahr 2013 teil, die die Wachstumsstrategie der EU, Europa 2020, mit der von Südosteuropa verknüpfen will (Regional Cooperation Council 2013). Die Strategie adressiert städtische Gebiete und Themen im Hinblick auf nachhaltigen Verkehr und bezüglich der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips.

Quellen

Bouzarovski, Stephan; Salukvadze, Joseph; Gentileits, Michael, 2011: A Socially Resilient Urban Transition? The Contested Landscapes of Apartment Building Extensions in Two Post-communist Cities. *Urban Studies*, 48 Jg.(13), S. 2689–2714.

Ministry of Local Self-Government, 2014: Citizens & the Municipality. Zugriff: <http://mls.gov.mk/en/publications/local-self-government/210-citizens-and-the-municipality>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Ministry of Local Self-Government, 2016: Inter-Municipal Cooperation in the Republic of Macedonia. From Norms to Practice. Zugriff: <http://mls.gov.mk/en/publications/local-self-government/774-inter-municipal-cooperation-in-the-republic-of-macedonia-from-norms-to-practice>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Regional Cooperation Council, 2013: South East Europe 2020 strategy. Zugriff: <http://www.rcc.int/pubs/20/south-east-europe-2020-strategy>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Sejdini, Mirjana K., 2016: An Overview of the Reformed Local Government in Macedonia. *Macrothink Institute Business and Economic Research*, 6 Jg.(1), S. 440–463.

World Bank – International Bank for Reconstruction and Development; IFC – International Finance Corporation; MIGA – Multilateral Investment Guarantee Agency, 2014: Country Partnership Strategy for the Former Yugoslav Republic of Macedonia for the Period of FY2015 - FY2018. Zugriff: <http://documents.worldbank.org/curated/en/870671468053680320/pdf/895560CPSOP147020Box385310B000U0090.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Montenegro

Die Governance-Struktur für Stadtpolitik in Montenegro umfasst das Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Tourismus auf nationaler Ebene sowie Sekretariate für Städtebau in den 23 Gemeinden. Eine regionale Verwaltungsebene existiert nicht. Die Abteilungen für Raumplanung und für Bauen im Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Tourismus nehmen Aufgaben im Rahmen des Gesetzes über Raumentwicklung und Bauen wahr. Die Abteilung für Raumplanung ist für die Entwicklung, Überwachung und Umsetzung aller nationalen Planungsdokumente, aber auch für die Genehmigung der lokalen Planungsdokumente zuständig.

Das Nationalparlament entscheidet über den Raumordnungsplan für Montenegro (letzte Version von 2008) und über Raumordnungspläne für besondere Zwecke wie Nationalparks oder Küstengebiete, während die Regierung eher technische Flächennutzungspläne annimmt. Die Stadträte beschließen mit vorheriger Genehmigung des Ministeriums für nachhaltige Entwicklung und Tourismus lokale Planungsunterlagen. Nationale Dokumente werden als ranghöher betrachtet. Die intersektorale Hierarchie verlangt eine Übereinstimmung zwischen räumlicher Entwicklung und anderen Politiken.

Bei den Planungsverfahren erfolgt die Kommunikation zwischen allen Beteiligten (Ministerien, Gemeinden, Institutionen, interessierten Kreisen) in der Regel über formalisierte schriftliche Verfahren mit strengen Fristen und dies gilt auch für öffentliche Konsultationen. Experten auf den Gebieten Raumordnungsplanung, Geologie, Ingenieurwesen und Architektur trugen zur Ausarbeitung des Raumplans von Montenegro bei, dem zentralen Strategiepapier zur Stadtplanung des Landes. Dieses Dokument legt die Schlüsselfaktoren zur Landnutzung und -organisation fest (natürliche Bedingungen, Bevölkerung, Siedlungen, wirtschaftliche Entwicklung, soziale und technische Infrastruktur, Umwelt und kulturelles Erbe). Sie schlägt ferner Raumentwicklungskonzepte vor, die im Zusammenspiel mit Umsetzungsrichtlinien alle diese Herausforderungen angehen. Die vom Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Tourismus erstellten und von der Regierung verabschiedeten Jahresberichte zur Raumentwicklung analysieren jährlich den Implementierungsprozess. Einige wichtige Dokumente der EU für die sozioökonomische, ökologische und territoriale Entwicklung wie die Leipzig-Charta waren von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des Raumordnungsplanes für Montenegro.

Zwei nationale Strategien, nämlich die Nationale Strategie für Nachhaltige Entwicklung bis 2030 (angenommen 2016, aufbauend auf einer früheren Strategie aus dem Jahr 2007) und die Nationale Strategie für das integrierte Küstenzonenmanagement (angenommen 2015) haben nachhaltige Auswirkungen auf die Raumplanung. Die Nationale Strategie für Nachhaltige Entwicklung definiert die strategischen Ziele und Maßnahmen für nachhaltige Entwicklung und für die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Die Küstengebietsmanagementstrategie, die mit dem Küsten-Raumordnungsplan in Einklang steht, legt Leitlinien für die Flächennutzung fest, die die Verlegung von Baumaßnahmen an die am wenigsten gefährdeten Gebiete vorsieht. Sie schlägt außerdem wichtige Implementierungskriterien und einen Koordinierungsmechanismus vor, um die Konvergenz des sektoralen Managements mit der Entwicklung der Küstengebiete zu verbessern. Die wichtigste Institution, die für die Evaluierung und Überprüfung der Nationalen Strategie für Nachhaltige Entwicklung zuständig ist, ist die Abteilung für nachhaltige Entwicklung und integriertes Küstenzonenmanagement im Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Tourismus.

Der Nationale Rat für Nachhaltige Entwicklung, 2002 als sektorenübergreifendes Beratungsgremium gegründet, wird vom Präsidenten Montenegros geleitet und besteht aus verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen. Seit einer

Reihe von Reformen, die eine Erweiterung seines Mandats und seiner Arbeitsmethoden einführten, konzentriert sich der reformierte Rat (umbenannt in Nationaler Rat für Nachhaltige Entwicklung, Klimaveränderungen und Integriertes Küstenmanagement) stärker auf Ressourceneffizienz, Klimawandel und integriertes Küstenzonenmanagement. Er berät über die Umsetzungsberichte der Nationalen Strategie für Nachhaltige Entwicklung und gibt Empfehlungen vor Beschlussfassung der Regierung.

Der Übergang zur Marktwirtschaft geht mit einer Ausweitung von städtischen Gebieten und insbesondere von inoffiziellen Siedlungen einher. Solche informellen Strukturen sind zu einem Synonym für benachteiligte Viertel in Montenegro geworden. Eine Legalisierungsstrategie aus dem Jahr 2010 verweist auf rund 100.000 illegal erstellte Gebäude, deren Schwerpunkt in Podgorica und an der Adriaküste liegt. Viele dieser Siedlungen haben begrenzten oder keinen Zugang zu grundlegenden Infrastrukturen und öffentlichen Dienstleistungen wie Wasser, Abwasserkanalisation, Straßen, Abfallwirtschaft oder Strom. Das Ausmaß dieses Problems hat zur Suche nach einer nationalen Lösung geführt. Im Jahr 2016 wurde ein Gesetz über die Regulierung informeller Strukturen verabschiedet, das von einem Pilotprojekt der Vereinten Nationen im Jahr 2012 inspiriert wurde. Es schlägt einen zweistufigen Regulierungsprozess vor, der zunächst die Klärung von Eigentumsfragen vorsieht und anschließend die Verbesserung der Lebensqualität in informellen Siedlungen durch Investitionen in Infrastruktur (unter Verwendung jährlicher Gebühren für die Nutzung temporärer informeller Gebäude, Wohnbaulandgebühren für inoffizielle Strukturen und Legalisierungsgebühren) und durch den Umbau bestehender Gebäude.

Die größte Steuerungsherausforderung besteht heute darin, den rechtlichen Rahmen weiter zu verbessern und einheitliche steuerliche und finanzielle Maßnahmen für die Legalisierung und Durchsetzung einzuführen. Darüber hinaus werden die Verabschiedung von partizipativen Planungsansätzen, Machbarkeitsstudien, Steuer- und Umweltverträglichkeitsprüfungen, Ergebnisüberwachung und -bewertung sowie der Schwerpunkt auf Kapazitätsaufbauprogrammen für öffentliche Bedienstete als wichtige Elemente zur Stabilisierung der Governance-Architektur in Bezug auf die Stadtentwicklung betrachtet.

Niederlande

Die Niederlande haben eine lange Tradition der Anwendung integrierter Ansätze in der Stadtentwicklung. In der Vergangenheit bestand der wichtigste nationale Strategieansatz aus der Politik für die Großstädte (*Grotestedenbeleid*, 1994–2009) und dem 40-Stärke-Gemeinden-Plan (*Actieplan Krachtwijken*, 2007–2011). Es besteht ein wachsendes Bewusstsein für die Notwendigkeit, den immer komplizierter werdenden urbanen Herausforderungen durch integrierte und flexible Ansätze zu begegnen. Die Erfahrungen mit nationaler Stadtentwicklungspolitik in den Niederlanden in den vergangenen 20 Jahren hat gezeigt, dass eine Hauptaufgabe für die Zusammenarbeit zwischen nationalen und lokalen Behörden darin besteht, gegenseitiges Verständnis hinsichtlich der Definition und Behandlung städtischer Herausforderungen zu entwickeln.

Seit 2014 gilt eine neue nationale städtische Agenda (*Agenda Stad*), die die Förderung von Innovation, Lebensqualität und wirtschaftlichem Wachstum in niederländischen Stadtregionen anstrebt. Die nationale Regierung und die EU stellen Rechtsinstrumente, Finanzierung und Gestaltungsstrukturen zur Verfügung, während spezielle thematische städtische Abkommen (*City Deals*) innovative Lösungen auf Stadtebene ermöglichen. *City Deals* sind Partnerschaften zwischen Städten und nationalen Ministerien sowie Unternehmen und Vertretern der Zivilgesellschaft, Bürgern und wissenschaftlichen Institutionen. In diesen *City Deals* arbeiten Städte, Ministerien und weitere relevante Interessensvertreter gemeinsam an strategischen Experimenten und *Living Labs*, die ausgeweitet werden und so institutionelle Veränderungen hervorrufen können. Das Ministerium für Inneres und Königsbeziehungen ist verantwortlich für die städtische Agenda und koordiniert die *City Deals*.

Das Ministerium für Umwelt und Infrastruktur ist zuständig für die nationale Infrastruktur- und Raumentwicklungsvoraussicht (*structuurvisie*) und das Mehrjahresprogramm für Infrastruktur, Raumentwicklung und Verkehr, die u. a. Auswirkungen auf städtische Gebiete haben. Zudem besteht eine nationale Strategie für den Umgang mit Bevölkerungsrückgang in sowohl ländlichen als auch städtischen Regionen, koordiniert durch das Ministerium für Inneres und Königsbeziehungen und ausgeführt in Zusammenarbeit mit lokalen Provinzialbehörden. Die *City Deals* haben die Zusammenführung unterschiedlicher Sektoren auf verschiedenen Regierungsebenen zum Ziel, um den besonderen lokalen Anforderungen Rechnung zu tragen. Allerdings sind die lokalen Behörden und Interessenvertreter die wichtigsten Partner der

City Deals, in Abhängigkeit von Art und Thema des *City Deals*.

Die lokalen Behörden spielen eine weniger direkte Rolle in der nationalen Infrastruktur- und Raumentwicklungsvoraussicht und im Mehrjahresprogramm für Infrastruktur, Raumentwicklung und Verkehr. Vorwiegend sind regionale Behörden (Provinzen und Metropolregionbehörden) in diese beiden stärker territorial orientierten Strategien involviert, wobei auch private Akteure und die Zivilgesellschaft konsultiert werden.

Im Jahr 2011 wurde ein auf den Süden Rotterdams konzentriertes nationales Programm entwickelt, das die besonderen Probleme dieser Gegend im Zusammenhang mit Wohnqualität, Beschäftigung und Bildung sowie Sicherheit mit Hilfe eines integrierten Ansatzes zu bewältigen sucht. Örtliche Behörden, Akteure aus der Zivilgesellschaft, Arbeitgeber, der Bildungs- und Wissenseinrichtungen sowie Wohnungsunternehmen teilen die Zuständigkeiten und die Nationalregierung unterstützt wo nötig.

Die EU stellt eine Reihe von Programmen und Netzwerken zur Verfügung, die in der niederländischen Städtepolitik verwendet werden. Zum Beispiel können die an den *City Deals* beteiligten Akteure in das URBACT-Netzwerk eingebunden werden, wenn es sich anbietet. Auch thematisiert die nationale städtische Agenda dank der *City Deals* die meisten der in der EU-Städteagenda genannten Hauptthemen. Wo nötig, werden Verbindungen zwischen den *City Deals* und den thematischen Partnerschaften der EU-Städteagenda aktiv gesucht.

Es gibt zwar keinen zweckbestimmten Anteil des Staatshaushalts für Stadtentwicklung oder benachteiligte Gebiete, allerdings erfüllen verschiedene Fonds diesen Zweck. In letzter Zeit hat die Dezentralisierung von Zuständigkeiten und Budgets im sozialen Bereich die Finanzierung und Organisation der Stadtpolitik beeinflusst. Die Gemeinden haben mehr Verantwortung hinsichtlich der Politikumsetzung erhalten, während einige nationale Programme beendet wurden. Daher gibt es kein spezielles nationales Budget mehr für Stadterneuerung. Aufgrund der Dezentralisierung ist die Beziehung zwischen Städten und nationalen Ministerien weniger hierarchisch geworden; die Entwicklung und die Implementierung von Strategien sind weiter zusammengewachsen. Das Ministerium für Inneres und Königsbeziehungen koordiniert die Dezentralisierungsprogramme des Ministeriums für Gesundheit, Gemeinwohl und Sport,

des Ministeriums für Sicherheit und Recht und des Ministeriums für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung.

Die *Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas (JESSICA)*-Initiative, die die Gründung von revolving Fonds für Investitionen in die Stadtentwicklung beinhaltet, hat im Planungszeitraum 2007–2013 mit Hilfe von 3 Fonds 30 Projekte finanziert. Folgemittel sind für den Zeitraum 2014–2020 vorgesehen. Die *City Deals* können für die Projektfinanzierung von EU-Strukturfonds (inkl. sog. *Urban Innovative Actions*) Gebrauch machen. Darüber hinaus verwendet das Nationale Programm Rotterdam-Süd das Instrument der Integrierten Territorialen Investitionen.

Das Wirtschaftsministerium koordiniert die Programme des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und das Ministerium für soziale Angelegenheiten ist für das Programm des Europäischen Sozialfonds verantwortlich. Vier regionale

Verwaltungsbehörden kontrollieren die Implementierung der regionalen Operationellen EFRE-Programme. Die Überwachungsausschüsse bestehen aus Vertretern der zuständigen städtischen, kommunalen und anderen Behörden, aus Wirtschafts- und Sozialpartnern und gegebenenfalls aus Vertretern der Zivilgesellschaft wie Umweltpartner, Nichtregierungsorganisationen und Behörden, die mit Inklusion, Geschlechtergleichstellung und Antidiskriminierung befasst sind.

Die Definition eines benachteiligten Stadtteils bleibt den jeweiligen Städten überlassen. Ein nationales Kontrollinstrument namens *leefbarometer* misst anhand von 100 Indikatoren die Lebensqualität bis hinunter auf die Bezirksebene. Seit dem Ende des 40-Stärke-Gemeinden-Plans gibt es keine nationale Politik für benachteiligte Stadtteile mehr in den Niederlanden. Eine Ausnahme bildet das nationale Programm für Rotterdam Süd, das das einzige nationale Programm in den Niederlanden ist, das benachteiligte Stadtteile zum Gegenstand hat.

Norwegen

In Norwegen herrscht ein großes Bewusstsein für die mit der schnellen und umfangreichen Urbanisierung einhergehenden Herausforderungen, die besonders relevant für die größten Ballungsräume sind. Die norwegische Stadtentwicklungspolitik basiert auf diesen Herausforderungen – starkes Bevölkerungswachstum, Wohnraummangel in den am schnellsten wachsenden Städten, Landnutzungsdruck, Verkehrsbelastung und Umweltverschmutzung und Auswirkungen des Klimawandels – und deren Einfluss auf städtische Gebiete. Die Politik soll zur Erreichung des Ziels der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung namens „Städte inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ beitragen.

Eingebettet in eine relativ dezentralisierte Staatsstruktur wird die Stadtentwicklungspolitik durch alle drei Regierungsebenen – national, regional und lokal – ausgeführt. Das Planungs- und Baugesetz (2008) ist das wichtigste Instrument für die Umsetzung von Stadtentwicklungspolitik. Im Rahmen eines ganzheitlichen stadtpolitischen Ansatzes sind alle Ministerien dafür zuständig, aber die ausführende Macht liegt beim Ministerium für Kommunalverwaltung und Modernisierung. Dieses Ministerium übernimmt die Verantwortung für das Kommunalverwaltungsgesetz, das Planungs- und Baugesetz, die Wohnungspolitik und die örtliche Verwaltung.

Auf der nationalen Ebene arbeiten alle Ministerien bei der Erstellung der Nationalen Erwartungen

der Regierung über Regionale und Lokale Planung (letzte Version aus dem Jahr 2015) zusammen. Alle vier Jahre überprüfen diese Erwartungen die nationale Verkehrs-, Infrastruktur- und insbesondere die Stadtentwicklungspolitik. Ebenfalls kooperierten alle Ministerien bei der Vorbereitung der Nationalen Leitlinien für Wohnungswesen, Landnutzung und Verkehrsplanung (2014). Diese Leitlinien fordern die nachhaltige Planung von Gebäuden, Landnutzung und Verkehr auf allen drei Regierungsebenen. Darüber hinaus stellt die Regierung Leitlinien und Weißbücher u. a. zu Planungsthemen und zur Konfliktlösung bereit.

Auf der regionalen Ebene kümmern sich Bezirksräte um Regionalpolitik und die damit verbundenen Strategien. Sie behandeln Kernfragen wie Zersiedelung und öffentliche Verkehrsmittel. Auf lokaler Ebene handhaben Gemeinderäte die lokale Stadtentwicklungspolitik. Die Gemeinden legen ihre eigenen Master- und Landnutzungspläne fest und sind für die soziale und physische Infrastruktur zuständig. Private Investoren und der Bausektor spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Umsetzung von Stadtentwicklungspolitik. Alle privaten Nutzungspläne müssen vor der Umsetzung durch die lokalen Behörden politisch bewilligt werden. Im Allgemeinen basieren Planungsprozesse auf breiter Beteiligung unter besonderer Einbeziehung der lokalen Bevölkerung. Gemäß dem Planungs- und Baugesetz muss jeder Akteur, der einen Plan festlegt, die aktive Beteiligung sicherstellen.

Es bestehen zwei nationale stadtbezogene Programme. Das Programm für Planung in den Größten Städten (2013–2017) zielt darauf ab, das Planungs- und Baugesetz in den Städten Oslo, Bergen, Stavanger und Trondheim intelligenter nutzen. Zum zweiten beabsichtigt das Entwicklungsprogramm für Stadtregionen (2013–2018), die interkommunale Kooperation zugunsten einer positiven demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu fördern. Zusätzlich leistet die Regierung jährlich Zahlungen an Kommunen in Abhängigkeit von der Alterszusammensetzung der Bevölkerung, um die Ausgaben für Kindergärten, Schulen, Gesundheitsversorgung und generelle Altenversorgung zu unterstützen. Die Regierung stellt außerdem jährliche so genannte Großstadtzuschüsse für die vier größten Städte zur Verfügung. Eine mit der schnellen Urbanisierung verknüpfte Förderung ist der so genannte Wachstumzuschuss. Seit 2015 hat die Regierung diese Beihilfen für mehr Kommunen zugänglich gemacht, indem sie den Schwellenwert von 1,7 Prozent auf 1,6 Prozent Bevölkerungswachstum über die vergangenen drei Jahre absenkte. Für das Jahr 2017 betragen die Gesamtausgaben für die Großstadt- und Wachstumzuschüsse fast 900 Mio. Norwegische Kronen (etwa 127 Mio. Euro). Zusätzlich bietet die Staatliche Wohnbaubank, die *Husbanken*, lokalen Behörden finanzielle Unterstützung für Aktivitäten der Stadterneuerung.

Benachteiligte Stadtviertel werden nicht als besonders zentrales Thema betrachtet, da die Sa-

nerung bestehender benachteiligter Viertel bereits in den 1990-Jahren stattfand. Mehrere Gebiete in den größeren Städten bedürfen jedoch integrierter Stadtentwicklungsmaßnahmen, die auf sozioökonomische Herausforderungen wie niedrige Einkommen, hohe Arbeitslosigkeit, schlechte Gesundheitswerte, hohe Schulabbrecherquoten und soziale Segregation mit ethnischen und kulturellen Aspekten reagieren. Generell übernehmen die lokalen Behörden die Verantwortung für Stadterneuerung, doch in einigen Bereichen bestehen Formen der Zusammenarbeit zwischen der staatlichen Regierung und der lokalen Ebene. Eines dieser integrierten Stadtentwicklungsprogramme, das *Grovdalssatsingen*, besteht in der Hauptstadt Oslo seit 2007. Vier Ministerien und einige ihrer Abteilungen waren und sind einbezogen, genau wie mehrere kommunale Abteilungen (wie für Gesundheit, Soziales, Bildung, Hauspflagedienste, Kindergärten und Instandhaltung). Das Programm hat institutionelle Foren für vertikale und horizontale Zusammenarbeit. Ein Programmbüro koordiniert das Programm innerhalb der Stadt Oslo und das Ministerium für Kommunalverwaltung und Modernisierung koordiniert auf nationaler Ebene sowie zwischen dem Staat und der Gemeinde. Die Auswertung ergab verbesserte Gesundheitsbedingungen, niedrigere Schulabbrecherquoten, bessere Lebensbedingungen und höhere Grade an Identifikation der Bewohner mit ihrem Viertel in den vier teilnehmenden Stadtteilen. Aufgrund dieses Erfolgs wird das Programm ab 2017 weitere zehn Jahre fortgeführt.

Österreich

In Österreich besteht keine nationale Stadtentwicklungspolitik. Eingebettet in den größeren raumplanerischen Kontext wird jedoch die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung der wichtigsten städtischen Herausforderungen diskutiert. Die politische Debatte konzentriert sich dabei inhaltlich auf die Themen Sicherung von Grün- und Freiräumen, nachhaltige Mobilität, nachhaltige Siedlungsentwicklung und sozialen Zusammenhalt im Rahmen stadtreionaler Governancelösungen.

Das Bundeskanzleramt übernimmt eine koordinierende Rolle in Fragen der Stadtentwicklung und der regionalen Entwicklung. Nationale, regionale und lokale Behörden befassen sich mit städtischen Themen gemäß ihren verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten und Befugnissen. Der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund vertreten die Interessen von städtischen Gebieten.

Die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) bietet ein nationales Koordinationsforum für raumplanerische Angelegenheiten. Alle Bun-

desministerien, Landesregierungen, Stadt- und Gemeindeverbände und die sozialen und wirtschaftlichen Akteure (Arbeiter- und Wirtschaftskammer) nehmen an dieser Konferenz teil. Die ÖROK entscheidet über das Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK), das den strategischen Rahmen für die langfristige Raumentwicklung bildet. Das jüngste ÖREK (2011) befasst sich auch mit der Notwendigkeit, eine Agglomerationspolitik für Österreich zu schaffen. Ziel ist es dabei, effektivere Koordinationsstrukturen für funktionale Stadtregionen zu schaffen. Die Agenda Stadtregionen in Österreich, angenommen durch die ÖROK im Jahr 2015, verdeutlicht diese Bemühungen. Dieser Agenda wird sich ein Strategieplan anschließen.

Die ÖROK und ihre Arbeitsgruppen und Unterausschüsse spielen eine Schlüsselrolle in der Mehrebenen-Zusammenarbeit für die Stadtentwicklung, einschließlich der Koordinierung von EU-Programmen und EU-Netzwerken. Ferner wurde im Jahr 2012 in Anlehnung an die Idee einer österreichischen Agglomerationspolitik gemäß dem ÖREK

von 2011 die Kooperationsplattform Stadregion gegründet. Diese Partnerschaft umfasst verschiedene Vertreter wie Bundeskanzleramt, Länder, Städte, Planer und regionale Verwaltungsbehörden und wird vom Österreichischen Städtebund koordiniert. Gemeinsam mit Forschern der Technischen Universität Wien und einem Beratungsunternehmen hat diese Partnerschaft den größten Beitrag zur im Jahr 2015 angenommenen Agenda Stadregionen geleistet.

Im Allgemeinen zeigen die unterschiedlichen regionalen Planungs- und Bau-Kodizes ein Verständnis für die Bedeutung von integrierten Ansätzen für die Stadtentwicklung. Allerdings folgt die Einbeziehung von lokalen Gemeinden und Akteuren der Zivilgesellschaft in bestimmte Stadtentwicklungsprojekte nicht einem allgemeinen Ansatz, sondern gestaltet sich unterschiedlich je nach Fall und nach Bundesland.

In Österreich stehen auf nationaler Ebene keine Finanzmittel für Stadtentwicklungspolitik zur Verfügung. EU-Strukturfonds wirken teilweise an der Finanzierung städtischer Maßnahmen in Österreich mit, abhängig von den in den operationellen Programmen festgelegten Bestimmungen und von den Aktivitäten in einzelnen Städten und Regionen. Im Planungszeitraum 2007–2013 existierten neun regionale Programme des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), unter anderem für Wien. Im Zeitraum 2014–2020 wurden diese Programme zu einem einzigen für das ganze Land zusammengefasst. Die Stadt Wien und einige Städte in Oberösterreich werden im Programm gesondert im Rahmen der Bestimmungen über integrierte Stadtentwicklungsmaßnahmen gemäß Artikel 7 der EFRE-Verordnung ausgewiesen. Hier fließen beispielsweise EU-Mittel in die Umsetzung der Smart City Wien Rahmenstrategie, in Maßnahmen

für benachteiligte Gebiete in Wien und in Stadterneuerungsprogramme in Stadregionen. Darüber hinaus ermöglicht das Programm für 2014–2020, mittels des Instruments der Lokalen Entwicklung unter Federführung der Bevölkerung (*Community-led Local Development, CLLD*) die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Umland zu intensivieren. Hier fungiert Tirol als Pilotregion.

Die regionale Regierungsebene (Länder) ist in der Praxis zuständig für die EU-Fondsverwaltung. Bezüglich der Verwendung der EFRE-Mittel für Wien wählt die Stadt entsprechende Projekte auf Grundlage eines Bewertungskatalogs aus. Um EFRE-Mittel für Projekte im Rahmen der Prioritätsachse zur nachhaltigen Stadtentwicklung gemäß Artikel 7 der EFRE-Verordnung zu erhalten, müssen die Begünstigten in Oberösterreich ein sogenanntes Stadtregionales Forum einrichten. Das Land Steiermark hat informell einen Teil seines EFRE-Budgets für Artikel-7-Maßnahmen bereitgestellt, ohne sich ausdrücklich auf den Artikel zu beziehen. Bewerbungen für CLLD in Tirol müssen vor allem lokale und regionale Akteure einbeziehen.

Abgesehen von den größeren Landeshauptstädten stellen Maßnahmen für benachteiligte städtische Gebiete eher eine nachgeordnete Praxis in der österreichischen Politik dar. Das nationale Stadterneuerungsgesetz aus dem Jahr 1974 legt Indikatoren zur Definition von benachteiligten Gebieten fest. Zu diesen Indikatoren gehören Wohnungsstandard, Hygieneaspekte und Umwelteinflüsse. Die regionale Ebene ist verantwortlich für die Umsetzung dieses Gesetzes. In den vergangenen Jahren hat es jedoch keine Anwendung gefunden. Im Rahmen des operationellen Programms für den EFRE hat die Stadt Wien einen eigenen Indikatorenkatalog festgelegt, um ihre benachteiligten Gebiete zu definieren.

Polen

Die staatliche Politik Polens konzentriert sich zunehmend auf Maßnahmen, die Städte in ihrer ganzen Vielfalt betreffen. Im Jahr 2015 schuf Polen eine Nationale Stadtpolitik 2023 (*Krajowa Polityka Miejska*). Diese Politik legt die stadtpolitischen Aktivitäten der Regierung im Rahmen der nationalen Strategie für Verantwortungsvolle Entwicklung aus dem Jahr 2017 (*Strategia na Rzecz Odpowiedzialnego Rozwoju*), der Nationalen Strategie für Regionale Entwicklung 2010–2020: Regionen, Städte, ländliche Gebiete (*Krajowa Strategia Rozwoju Regionalnego 2010–2020: region, miasta, obszary wiejskie*) sowie des Nationalen Raumentwicklungskonzepts 2030 (*Koncepcja Przestrzennego Zagospodarowania Kraju 2030*) fest. Die Nationale Stadtpolitik richtet sich

direkt an staatliche Ministerien und andere staatliche Institutionen und indirekt an Regionen, Städte, Bürger, Nichtregierungsorganisationen und Experten. Sie zielt auf eine Stärkung der Kapazitäten städtischer Gebiete für nachhaltige Entwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Schaffung einer hohen Lebensqualität ab. Fünf Ziele – die effiziente, die kompakte und nachhaltige, die kohärente, die wettbewerbsfähige und die starke Stadt – motivieren diese Politik. Diese Ziele sind thematisch mit einer Vielzahl von Bereichen wie Flächenmanagement, Beteiligung der Öffentlichkeit, städtischer Mobilität, Energieeffizienz, Erneuerung, Investitionspolitik, wirtschaftliche Entwicklung, Klimaanpassung, Demografie und Stadt-Governance verbunden.

Das Ministerium für Wirtschaftliche Entwicklung ist hauptsächlich für die Nationale Stadtpolitik verantwortlich. Der für Regionalentwicklung zuständige Minister zeichnet sich als Hauptkoordinator der Nationalen Stadtpolitik aus. Die regionalen und lokalen Behörden spielen eine wichtige Rolle bei der Implementierung der Stadtpolitik. Die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen der Kommunalverwaltungen ist eines der Hauptziele der Nationalen Stadtpolitik. Dazu gehören die Kooperation der Städte untereinander und die Integration von Städten in funktionale Stadtgebiete. Auf regionaler Ebene ist die Umsetzung der Ziele der Nationalen Stadtpolitik abhängig von den Regierungen der Woiwodschaften, die für die Vorbereitung und Durchführung regionaler Entwicklungsstrategien und entsprechender Flächennutzungspläne zuständig sind.

Die Nationale Stadtpolitik erwähnt explizit die Leipzig-Charta als Teil eines Rahmens, der den neuen Ansatz Polens für Stadtpolitik festlegt. Ein Aspekt des integrierten Ansatzes der Regionalpolitik besteht in der Beteiligung verschiedener Regierungsebenen, Sozialpartnern und Unternehmen. Neben informellen Stellen gibt es in Polen mehrere institutionalisierte Foren zur Koordinierung von Stadt- und Regionalpolitik. Dazu gehören das Nationale Territoriale Forum (*Krajowe Forum Terytorialne*), die Gemeinsame Kommission für Regierungs- und Kommunalverwaltung (*Wspólna Rząd i Samorządu Terytorialnego*), das Marschall-Abkommen (*Konwent Marszałków*) und Institutionen wie der Verband der polnischen Metropolen (*Unia Metropolii Polskich*) und der Verband der polnischen Städte (*Związek Miast Polskich*). Das Nationale Territoriale Forum besteht aus Vertretern der Regierung, lokaler Behörden und sozi-ökonomischen Partnern. Gebietsverträge sind Abkommen zwischen Zentral- und Regionalregierung, die Entwicklungsprioritäten definieren. Sie bilden eines der am meisten genutzten Koordinierungsinstrumente bei der Durchführung von Großprojekten. Die 16 Abkommen (eines pro Region) werden von Zentral- und Regionalbehörden verwaltet, doch lokale Behörden und Empfänger nehmen am Umsetzungsprozess teil. Die Vorbereitungen der Nationalen Stadtpolitik fielen mit der dynamischen Entwicklung von sogenannten urbanen Bewegungen (*ruchy miejskie*) zusammen. Seit 2011 bewerben diese zivilgesellschaftlichen Gruppen ihre Ideen und Visionen bezüglich des öffentlichen Raums und des urbanen Lebens in Polen.

Die Strukturfonds der EU haben einen umfassenden Beitrag zur territorialen und städtischen Entwicklung Polens geleistet. Im Programmplanungszeitraum 2007–2013 wurde die *Joint European Support for Sustainable Investment in City*

Areas (JESSICA)-Initiative in Polen in fünf Regionen implementiert. Zudem wurden in diesem Zeitraum etwa 170 Vereinbarungen mit Stadtentwicklungsfonds für kommunale Projekte unterzeichnet. In der jetzigen Programmperiode wird die Unterstützung für nachhaltige Stadtentwicklung gemäß Artikel 7 der Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung vollständig über das Instrument der Integrierten Territorialen Investitionen ausgeschüttet. Die Gesamtallokation hierfür beträgt 3,8 Mrd. Euro, vermehrt durch Beiträge aus den nationalen operationellen Programmen in Höhe von etwa zwei Mrd. Euro. Die operationellen Programme der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds kofinanzieren außerdem städtische Revitalisierungsmaßnahmen im Kontext eines vom Ministerium für Wirtschaftliche Entwicklung erstellten Rahmenwerks. Diese Richtlinien betonen die Notwendigkeit einer (die sozialen, wirtschaftlichen, infrastrukturellen und umweltbezogenen Dimensionen verbindenden) umfassenden Vorbereitung von Revitalisierungsmaßnahmen sowie koordinierter Aktivitäten in Bezug auf degradierte Gebiete. Etwa 40 Mio. Euro sind den Kommunen durch die nationale Regierung zur Unterstützung bei der Programmierung von Revitalisierungsmaßnahmen zugewiesen worden.

Das im Jahr 2015 verabschiedete Gesetz zur Revitalisierung ist der erste Rechtsakt, der sich ganz der Regeneration benachteiligter Viertel widmet – nicht ausschließlich, aber auch in Städten. Es stellt ganzheitliche Lösungen zur Organisation von Stadterneuerungsprozessen unter Berücksichtigung sozialer, ökonomischer, räumlicher und technischer Aspekte in begrenzten Regenerationsgebieten vor. Das Revitalisierungsgesetz berücksichtigt verschiedene Phänomene als Beispiele für Herausforderungen in benachteiligten Vierteln, darunter Arbeitslosigkeit, Armut, Kriminalität, Bildungsprobleme, niedriges soziales Kapital, schlechte Wirtschaftsbedingungen vor Ort, schlechte Umweltqualität, unzureichende Bereitstellung technischer und sozialer Infrastrukturen sowie mangelhafte öffentliche Räume. Die lokalen Behörden sind für die Auswahl von Deprivationsindikatoren und für die Festlegung von Interventionsgebieten verantwortlich. Das wichtigste Instrument ist das Revitalisierungsprogramm, ein von den Gemeinden erstelltes Mehrjahresprogramm, das Regenerationsaktivitäten im sozialen, wirtschaftlichen, räumlichen, funktionalen, technischen und ökologischen Bereich vorsieht. Weiterhin besteht die Notwendigkeit vergleichbarer Rahmenbedingungen auf regionaler und nationaler Ebene, die Regulierungen, Finanzierungsinstrumente und Informations- und Bildungsmechanismen einschließen, um Revitalisierung als Teil einer umfassenderen Vision der Stadt zu etablieren.

Portugal

Der Großteil der Koordination langfristiger lokaler und sektoraler Strategien erfolgt auf regionaler Ebene durch die Koordinierungs- und Entwicklungskommissionen (*Comissões de Coordenação e Desenvolvimento Regional, CCDR*) der fünf Regionen und der beiden autonomen Regionen Madeira und Azoren. Die CCDR sind nationale Körperschaften, die als regionale Planungsbehörden fungieren. Die Kommunalregierungen steuern die städtische Entwicklung auf lokaler Ebene basierend auf dem jeweiligen städtischen Masterplan (*Plano Director Municipal, PDM*). Alle Gemeinden sind verpflichtet, einen PDM zu besitzen. Dieser legt die Flächennutzungsregelung fest und bietet den ordnungspolitischen Rahmen für die öffentlich und privat gesteuerte Entwicklung innerhalb der Gemeindegrenzen. Der Umweltminister überwacht die nationalen und regionalen Raumplanungs- und Stadtpolitikbehörden.

Die PDM waren viele Jahre lang der Grundstein portugiesischer Raumplanung. Dies lag an ihrer regulierenden Rolle in der Flächennutzung, die durch fehlende bzw. lückenhafte nationale und regionale strategische Raumplanung und unzulängliche detaillierte Stadtplanung noch verstärkt wurde. Das 2014 reformierte Raumplanungs- und Stadtentwicklungsrahmengesetz hat diese Rolle untermauert, da es die Integration aller verbindlichen Flächennutzungsvorschriften in die PDM beschloss.

Im Jahr 2008 entstand eine neue administrative Ebene, bestehend aus zwei Metropolregionen und 21 Gemeindeverbänden. Ein neuer Rechtsrahmen wurde 2013 beschlossen; dieser enthielt die Dezentralisierung einiger Aktivitäten von der Zentralregierung an diese neuen Institutionen. Eine territoriale Verwaltungsreform, die im Laufe der Jahre 2016/2017 implementiert wird, führt die indirekte Wahl der CCDR-Exekutivorgane ein. Sie wird außerdem die Dezentralisierung einiger Kernbereiche wie Verkehr, Seehäfen, Gesundheitsversorgung, Bildung und Zivilschutz an Gemeinden mit sich bringen.

Einige nationale Stadtentwicklungsstrategien operieren eher auf Ad-hoc-Basis, hauptsächlich POLIS XXI (2007–2014), Nachhaltige Städte 2020 (*Cidades Sustentáveis 2020*, seit 2015) und sektorielle Programme. POLIS XXI war die nationale Stadtentwicklungspolitik, gefördert vom Staatssekretär für territoriale Planung und Städte. Heute dient „Nachhaltige Städte 2020“ als nationales strategisches Rahmenwerk für nachhaltige Stadtentwicklung. Es enthält Grundsätze für städtische Behörden und einen Fahrplan für die Entwicklung von Stadt-

entwicklungsmöglichkeiten, unterstützt durch EU-Strukturfonds.

In den letzten zehn Jahren war die Stadtentwicklungspolitik einem kontinuierlichen Dezentralisierungsprozess unterworfen. Diese Reformen versuchten, eine klarere Trennung zwischen Politikentwicklung und -umsetzung zu erreichen. Dennoch fehlt es der Koordination zwischen den verschiedenen Regierungsebenen an einer effektiven Konfliktmanagementstruktur. Außerdem können sich überschneidende institutionelle Arrangements beeinträchtigen. Der von der Regierung gesteuerte und für 2016 und 2017 geplante Reformprozess in der Gebietsverwaltung zielt auf die Lösung einiger dieser Probleme ab.

Die Nationale Gebietskommission (*Comissão Nacional do Território*), gegründet im Jahr 2015, entwickelt, koordiniert und implementiert die nationale Raumordnungspolitik. Sie setzt sich aus Vertretern staatlicher Agenturen, dem Bund der portugiesischen Gemeinden, den fünf CCDR und einer Nichtregierungsorganisation zusammen. Mit Blick auf die horizontale territoriale Steuerung sind hauptsächlich die fünf CCDR für sektorenübergreifende Koordination zuständig.

Die Gestaltung, Kontrolle und Bewertung der Stadtplanung wird stark von einer kleinen Gruppe privater Berater und Wissenschaftler beeinflusst. Darüber hinaus gestalten professionelle und wissenschaftliche Organisationen und Nichtregierungsorganisationen Prozesse mittels Monitoring oder Beratungsgremien, Arbeitsgruppen oder öffentlichen Umfragen. In den vergangenen vier Jahrzehnten waren die Immobilien- und Bauindustrie zentrale städtische Akteure. Eine wachsende Gemeinschaft professioneller Akteure des öffentlichen, privaten und Tertiärsektors ist direkt an der Programmdurchführung beteiligt.

Viele portugiesische Städte und Gemeinden haben sich an Partnerschaften für Stadterneuerung, Projekte der lokalen Entwicklung unter Federführung der Bevölkerung (*Community-led Local Development, CLLD*) oder URBACT-Aktionsplänen beteiligt. Insgesamt finanzierten rund neun Prozent der vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für den Programmplanungszeitraum 2007–2013 genehmigten Ausgaben Stadtentwicklungsprojekte. Auch während der laufenden Periode unterstützt der EFRE Instrumente für die Stadtentwicklung in Portugal wie z. B. städtische Partnerschaften, CLLD, Integrierte Territoriale Investitionen sowie Integrierte Pläne für nachhaltige

Stadtentwicklung (*Integrated Actions for Sustainable Urban Development*). Sie alle erfordern einen ganzheitlichen Ansatz. Viele dieser Instrumente haben eines der zwölf Hauptthemen der Städteagenda für die EU zum Gegenstand. Tatsächlich sind die Strukturfonds der EU die wichtigsten Finanzierungsinstrumente für benachteiligte Stadtgebiete in Portugal, da sie die Integrierten Aktionspläne für Benachteiligte Gebiete (*Planos de Ação Integrada para Comunidades Desfavorecidas*) finanzieren. Die CCDR kontrollieren die regionalen operationellen Programme in ihrer Funktion als Verwaltungsbehörden.

Portugal hat in den vergangenen Jahren verschiedene Ansätze für benachteiligte Stadtviertel angewandt. Der Begriff Kritische Stadtviertel (*Bairros Críticos*) war das Kernkonzept in der *Iniciativa*

Bairros Críticos (IBC) 2005–2013 und der Partnerschaften zur Stadterneuerung 2007–2013 unter POLIS XXI. Die Stadt Lissabon hat seit 2012 das Konzept der Stadtviertel und -Gebiete der Hauptinterventionen (*Bairros e zonas de intervenção prioritária, BIP/ZIP*) verwendet. Sowohl die IBC- als auch die BIP/ZIP-Programme legen ebenso wie die Leipzig-Charta den Schwerpunkt auf benachteiligte Stadtgebiete und ganzheitliche Ansätze. So werden zum Beispiel die vom BIP/ZIP-Programm beschriebenen Stadtgebiete im PDM abgebildet, um ihnen Zugang zu kommunalen Mitteln für Bottom-up-Lösungen zu ermöglichen. Kirchenvorstände und Non-Profit-Organisationen können Fördermittel beantragen. Beurteilungskriterien hierfür sind die Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachhaltigkeit, Innovation sowie Relevanz und Komplementarität hinsichtlich der festgestellten Probleme.

Rumänien

Rumänien hat drei territoriale Verwaltungsebenen: die staatliche, die regionale und die lokale Ebene. Alle Ebenen übernehmen unterschiedliche Rollen und Kompetenzen für die Stadtentwicklung. Die staatliche Ebene stellt den staatlichen Gesetzgebungs-, Politik- und Finanzrahmen sicher; die regionale Ebene (über den Kreisrat) erstellt Richtlinien für Raumplanung und städtische Entwicklung im Zusammenhang mit den Prioritäten der Kreisverwaltung; die lokale Ebene implementiert die entsprechenden Strategien, wobei sie sie an lokale Gegebenheiten anpasst.

Das Ministerium für Regionalentwicklung, öffentliche Verwaltung und europäische Fonds ist auf nationaler Ebene mit Aufgaben der Stadtentwicklung betraut. Das Gesetz über Raum- und Stadtplanung schreibt vor, dass das Ministerium allgemeine Regeln zur Stadtplanung entwickelt. Die nationale Stadtentwicklungspolitik wird über diese zwei Dokumente umgesetzt. Das Gesetz über Raum- und Stadtplanung wurde in letzter Zeit umfassend geändert (zuletzt 2016), um sich an sozioökonomische Notwendigkeiten, Herausforderungen und Trends anzupassen. Die Änderungen fördern die Umsetzung städtischer Regenerationsprojekte und sollen die Stadtentwicklung ganzheitlicher und partizipativer machen. Der Regierungsbeschluss zur Verabschiedung der allgemeinen Regeln zur Stadtplanung befindet sich im Anpassungsprozess.

Planungsinstrumente auf nationaler, zentraler, Kreis- und lokaler Ebene gewährleisten die Koordination der Verwaltungsebenen, wie im Gesetz über Raum- und Stadtplanung festgelegt. Diese beinhalten: die Raumentwicklungsstrategie Rumäniens und den Nationalen Raumordnungsplan (auf na-

tionaler Ebene), regionale Zonen-Raumpläne und zonale Pläne für Zwischen-Kreis-, interkommunale sowie stadtnahe Gebiete (auf zentraler Ebene), Landkreispläne (auf Kreisebene) sowie generelle, zonale und detaillierte städtische Pläne (auf lokaler Ebene). Vertikale und horizontale Abstimmung zwischen den Regierungsebenen und öffentliche Konsultationen geschehen durch verpflichtende Beratungen während des Beschlussprozesses für Planungsdokumente.

Der private Wohnungssektor spielt eine wichtige Rolle für die Umsetzung von Wohnungspolitik, da er 97 Prozent der Wohnungen in Rumänien besitzt. Der Kampf gegen städtische Armut stellt eine nationale Priorität dar. In dieser Hinsicht werden Maßnahmen der Wohnungspolitik als sehr wichtig eingeschätzt und richten sich an die Verbesserung der Öffnung des Wohnungsmarktes für benachteiligte Gruppen. Akteure wie die staatliche Behörde für Wohnungswesen (*Agentia Nationala de Locuinte*), die Staatliche Investitionsgesellschaft (*Compania Nationala de Investitii*), der Rumänische Gemeindeverband (*Asociatia Municipiilor din Romania*) und der Städteverband (*Asociatia Oraselor din Romania*) spielen eine Rolle, indem sie zur Umsetzung städtischer Investitionen beitragen und lokale Institutionen vertreten.

Das Ministerium für Regionalentwicklung, öffentliche Verwaltung und europäische Fonds koordiniert nationale wie europäische Finanzierung von Stadtentwicklung. Das regionale operationelle Programm bildet den Hauptrahmen und Umsetzungsinstrument für Stadtentwicklung. Die Implementierung des Programms liegt bei acht regionalen Entwicklungsagenturen. Das Ministerium für

Regionalentwicklung, öffentliche Verwaltung und europäische Fonds und der aus Kreisratsvertretern bestehende Regionalentwicklungsrat koordinieren diese Agenturen gemeinsam. Die regionalen Entwicklungsagenturen unterstützen die lokalen Behörden bei der Entwicklung und Implementierung der integrierten Stadtentwicklungspläne.

Die Erstellung der integrierten Stadtentwicklungspläne ist im Rahmen der operationellen Programme für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) verpflichtend. Für die größeren Städte werden die Pläne auf der Ebene der Metropolregion entwickelt. Schwerpunktthemen für den Zeitraum 2014–2020 sind Ballungsgebiete, Energieeffizienz, wirtschaftliche Entwicklung und Unterstützung des privaten Sektors, Stadterneuerung in Gebieten mit Sozialprogrammen und städtische Mobilität. Über drei Mrd. Euro sind im laufenden Programm für Stadtentwicklung vorgesehen und etwa 100 Mio. Euro für die Prioritätsachse zur Sanierung benachteiligter Stadtgebiete.

Das Ministerium für Regionalentwicklung, öffentliche Verwaltung und europäische Fonds bietet gemäß der Erklärung von Riga auch kleineren Städten mit weniger als 50.000 Einwohnern Unterstützung an. Das Ziel ist es, deren Kapazitäten zur Entwicklung und Umsetzung integrierter Stadtpolitik zu stärken und die Bedingungen für nachhaltige Raumentwicklung zu sichern. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde in den vergangenen Jahren ein

Schweden

Die Stadtentwicklungspolitik unterliegt hauptsächlich dem Ministerium für Umwelt und Energie, aber auch andere Ministerien tragen hierfür Verantwortung – wie das Ministerium für Unternehmen und Innovation hinsichtlich Planung und Bau und das Kulturministerium bezüglich Architektur. Das Zentralamt für Wohnungswesen, Bauwesen und Raumordnung (*Boverket*) und die schwedische Umweltschutzbehörde (*Naturvårdsverket*) befassen sich in ihren jeweiligen Sektoren mit Stadtentwicklung.

Die offizielle Zuständigkeit für Raumplanung und Bauwesen ist den kommunalen und lokalen Gebietskörperschaften gesetzlich zugewiesen, da es in Schweden keine bereichsübergreifende Raumplanung auf der nationalen Ebene gibt (Boverket 2017b). Nichtsdestotrotz legt der Staat nationale Ziele in Bezug auf geografische Gebiete fest (Boverket 2016). Das Planungs- und Baugesetz legt fest, dass die Kreisverwaltungsbehörden für die Koordination, Kontrolle und Sicherung nationaler Interessen in Planungsprozessen verantwortlich sind. Kommunen legen umfassende Planungsdo-

Projekt namens Plattform für integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung (*Platformă pentru dezvoltare urbană durabilă și integrată*) gefördert. Es sprach drei integrierte Konzepte an: Stadtplanung und Entwicklungsinstrumente, Schulung lokaler öffentlicher Bediensteter in Städten unter 50.000 Einwohnern sowie Pilotprojekte integrierter Stadtentwicklung in fünf Pilotstädten. Das Projekt hatte ein Budget von etwa einer Mio. Euro und ergab u. a. die Erstellung integrierter Stadtentwicklungsstrategien in den Städten Brad, Caracal, Murfatlar, Rosiorii de Vede und Gherla. In Vorbereitung auf den Programmzeitraum 2014–2020 wurden zahlreiche Projekte mit technischer Unterstützung der Weltbank umgesetzt. Diese zielten auf die Verbesserung der Verwaltungskapazitäten auf nationaler Ebene ab und standen in Bezug zur wirtschaftlichen Entwicklung in rumänischen Städten, zum Kampf gegen informelles Wohnen sowie zur Priorisierung von Investitionen.

Für die Erreichbarkeit von Stadtvierteln, zur Verbesserung der städtischen Struktur und zur Verhinderung von Segregation können rumänische Städte gemäß den rechtlichen Bestimmungen städtische Mobilitätspläne entwickeln und diese mittels europäischer Fonds umsetzen. Zwei Achsen des regionalen operationellen Programms stellen ein Budget von etwa zwei Mrd. Euro hierfür bereit. Diese Pläne sollen den öffentlichen Nahverkehr verbessern und die Nutzung nicht-verschmutzender Formen von Verkehr erleichtern.

kumente vor, die benennen müssen, wie nationale Ziele der nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt werden (Boverket 2017b). Regionale Planungsprozesse, die mindestens zwei Kommunen einschließen, sind eher begrenzt. Deren Umsetzung findet in Kommunen auf freiwilliger Basis statt, außer im Kreis Stockholm, wo Regionalplanung verpflichtend ist (ebd.).

Die Partizipationsprozesse der Gemeinden sind weitgehend abhängig von der jeweiligen Agenda und den Bestrebungen der jeweiligen Kommune. Hinsichtlich der Flächennutzungsplanentwicklung ist die Beteiligung überwiegend gesetzlich geregelt. Viele Nichtregierungsorganisationen engagieren sich in der Stadtentwicklung und private Unternehmen wie Architektur- und Beratungsfirmen nehmen ebenfalls teil. Neben den Zuständigkeits- und Rollendefinitionen innerhalb der Gesetzgebung zu Raumordnung und Bauwesen sind die Beziehungen zwischen diesen Akteuren weitgehend unreguliert.

Im Jahr 2014 startete die Regierung eine Plattform für nachhaltige Stadtentwicklung (*Plattform för hållbar stadsutveckling*), die sich die Verbesserung der Koordinierung zwischen fünf nationalen Behörden zum Ziel gesetzt hat: zwischen *Boverket*, der schwedischen Energieagentur, *Naturvårdsverket*, der schwedischen Agentur für wirtschaftliches und regionales Wachstum und der schwedischen Verkehrsverwaltung. Die Plattform will die Entwicklung von Wissen sowie ihre Verbreitung und ihren Austausch auf nationaler Ebene fördern (*Boverket* 2017a) sowie ein langfristiges und fachübergreifendes Konzept nachhaltiger Stadtentwicklung entwickeln (*Boverket* o.J.). Schwerpunkte der Plattform sind die menschliche Dimension von nachhaltiger Entwicklung, der Aufbau von Kapazitäten, Kooperation und ein finanzieller Rahmen (*Boverket* o.J.). Die Plattform baut auf den Erfahrungen der Delegation für nachhaltige Städte (*Delegationen för hållbara städer*) auf, die für die Legislaturperiode von 2008 bis 2012 ernannt worden war. Die Delegation stellte finanzielle Unterstützung für 98 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 357 Mio. Schwedischen Kronen (etwa 37,5 Mio. Euro) zur Verfügung (*The Delegation for Sustainable Cities* o.J.). Die erklärte Notwendigkeit eines umfassenden und integrierten Engagements auf der nationalen Ebene für die Stimulation nachhaltiger Stadtentwicklung führte zur Bildung der Plattform für nachhaltige Stadtentwicklung (ebd.). Ein weiteres Forum, in dem Stadtentwicklung auf nationaler Ebene angesprochen wird, ist das Programm Innovationspartnerschaft (*Strategiska samverkansprogram*), das sich mit so genannten Smart Cities befasst.

Das Gesamtbudget Schwedens für Stadtentwicklung ist schwer schätzbar, da es keine exakte

Trennlinie zwischen Stadtentwicklung und anderen Politikbereichen gibt. Innerhalb des jährlichen Gesamtbudgets für Wohnungsbau von rund sechs Mrd. Schwedischen Kronen (etwa 635 Mio. Euro) soll etwa ein Sechstel zur Förderung von Sanierungen und energieeffizienten Lösungen in benachteiligten Stadtvierteln eingesetzt werden. So genannte Städtische Umweltübereinkünfte (*Stadsmiljöavtal*) zielen auf Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel und Radverkehrsinfrastrukturen. Diese seit 2015 bestehenden (*Regeringskansliet* 2015) Übereinkünfte erhalten im Zeitraum 2015 bis 2018 etwa 2,75 Mrd. Schwedische Kronen (rund 289 Mio. Euro) (*Boverket* 2017c).

Eine Reihe von eher informellen Definitionen zu benachteiligten Vierteln wurde in den vergangenen Jahren angewandt, insbesondere um bestimmte Gebiete hervorzuheben, die die Regierung mittels verschiedener Initiativen ins Visier genommen hatte. Momentan gibt es solche Initiativen nicht. Allerdings definieren zwei Zuschusssysteme für Sanierung und Energieeffizienz benachteiligte Gebiete als Viertel mit sozioökonomischen Herausforderungen, was bedeutet, dass mehr als 50 Prozent der in diesem Gebiet lebenden Haushalte eine niedrige Kaufkraft aufweisen (kombiniert mit z. B. geringer Wahlbeteiligung).

Eine der aktuellen Hauptherausforderungen bezüglich der Umsetzung effektiver Politiken für nachhaltige Stadtentwicklung besteht in Schweden u. a. in der Verbesserung der Koordinierung zwischen und innerhalb der Regierungsebenen (*URBACT* 2017). Schweden ist dies durch die Gründung der Plattform für nachhaltige Stadtentwicklung angegangen (ebd.).

Zusätzliche Quellen

Boverket, 2016: Riksstressen är nationellt betydelsefulla områden. Zugriff: <http://www.boverket.se/sv/samhallsplanering/sa-planeras-sverige/rikststressen-ar-betydelsefulla-omraden>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Boverket, 2017a: Cooperation for a better life in the cities. Zugriff: <http://www.boverket.se/en/start-in-english/planning/platform-for-sustainable-cities>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Boverket, 2017b: How Sweden is planned. Zugriff: <http://www.boverket.se/en/start-in-english/planning/how-sweden-is-planned>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Boverket, 2017c: Stadsmiljöavtal 2.0. Zugriff: <http://www.boverket.se/sv/samhallsplanering/sa-planeras-sverige/nationella-mal-for-planering/miljomalsarbete/regeringsuppdrag-att-na-miljomalen/stadsmiljoavtal-2.0>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Boverket, o.J.: Four focus areas, Platform for Sustainable Cities. Zugriff: <http://www.boverket.se/contentassets/b70dc5ef8b9f456fac54ad82fc135448/focus-areas.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Regeringskansliet, 2015: New urban environment agreements for Swedish cities. Zugriff: <http://www.regeringen.se/debattartiklar/2015/10/nya-stadsmiljoavtal-lyfter-sveriges-stader>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

The Delegation for Sustainable Cities, o.J.: Take action now! The Delegation for Sustainable Cities. Conclusions from the government assignment September 2008 – December 2012. Zugriff: <http://www.hallbarastader.gov.se/Uploads/Files/806.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

URBACT, 2017: URBACT in Sweden. Zugriff: <http://urbact.eu/sweden>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Schweiz

Schweizer Kantone und Gemeinden besitzen eine beträchtliche Freiheit in der Konzeption ihrer Stadtentwicklungspläne. Das Raumplanungsgesetz verpflichtet die Kantone jedoch zu einem Richtplan, der als Steuerungsinstrument fungiert und von der Eidgenossenschaft geprüft und gebilligt wird. Außerdem ist jede Gemeinde dazu verpflichtet, ihren eigenen Flächennutzungsplan zu haben. Diese Pläne werden auf regionaler (kantonal) Ebene geprüft und genehmigt.

Die für die Stadtentwicklungspolitik wichtigsten Institutionen auf nationaler Ebene sind das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und das Bundesamt für Wohnungswesen (BWO). Das ARE überprüft die Kantone hinsichtlich deren Einhaltung der nationalen Raumplanungsgesetze. Das Raumplanungsgesetz schreibt Leitprinzipien fest, während die Kantone die eigentlichen Planungsaufgaben durchführen.

Die aktuelle Version der Schweizer Agglomerationspolitik ist die so genannte Agglomerationspolitik des Bundes 2016+. Sie konsolidiert und entwickelt die zeitlich begrenzte Version der Strategie von 2001 fort, um den aktuellen Herausforderungen der Raumentwicklung zu begegnen. Die Strategie legt die folgenden vorrangigen Themen fest: politische Steuerung im funktionalen Raum, Abstimmung von Siedlung und Verkehr, nachhaltiger Städtebau und Freiraumentwicklung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Wettbewerbsfähigkeit sowie Finanzierung und Ausgleich von Sonder- und Zentrumslasten. Um diese Prioritäten zu erreichen, schlägt die Agglomerationspolitik eine Reihe von Instrumenten und Programmen vor, die in Ballungsräumen, Metropolregionen und strategischen Teilräumen eingesetzt werden.

Vorschläge für neue Stadtentwicklungsgesetze setzen in der Regel einen Konsultationsprozess in Gang. Auf nationaler Ebene führen die Bundesämter zuerst eine interne Konsultation durch, gefolgt von einer offenen Konsultation. In dieser Hinsicht können sich Kantone, Städte, Vereine oder Privatpersonen zu Vorschlägen äußern, bevor sie dem Parlament vorgelegt werden. Neue Planungsdokumente beinhalten häufig ebenfalls öffentliche Konsultationen, sodass alle Interessenvertreter, einschließlich Nichtregierungsorganisationen und Gruppierungen aus der Zivilgesellschaft, beteiligt werden können. Im Allgemeinen spielen der Verkehrs- und der Bausektor eine wichtige Rolle in der Schweizer Stadtentwicklungspolitik.

Neben den traditionellen Verwaltungs- und Justizverfahren hat die Schweiz Formen der direkten Demokratie institutionalisiert. Zum Beispiel können die Bürger Initiativen oder Referenden auf kommunaler Ebene initiieren. Viele Gemeinden haben beratende Planungsausschüsse geschaffen, die ausführende und gesetzgebende Organe, politische Parteien und andere relevante Verbände vertreten. In vielen kleinen Gemeinden werden Entscheidungen von einer Bürgerversammlung anstelle eines gewählten Gemeinderats getroffen.

Als wichtigster Koordinationsmechanismus für die Eidgenossenschaft, Kantone, Städte und Gemeinden fungiert die 2001 vom Bundesrat, der Konferenz der Kantonsregierungen, dem Schweizerischen Städteverband und dem Schweizerischen Gemeindeverband gegründete bisherige Tripartite Agglomerationskonferenz. Im Dezember 2016 wurde beschlossen, die Zusammenarbeit unter Einbeziehung ländlicher Räume im Rahmen der Tripartiten Konferenz weiterzuführen.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit über EU-Netzwerke und -Programme beteiligt sich die Schweiz an URBACT, an Interreg-Programmen zur grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit und an ESPON im Rahmen der so genannten Neuen Regionalpolitik. Die Schweizer Eidgenossenschaft unterstützt Projekte im Rahmen dieser Programme unter der Bedingung, dass die Projektziele mit der Neuen Regionalpolitik übereinstimmen.

Die meisten Mittel für die Stadtentwicklung in der Schweiz auf nationaler Ebene stammen aus dem Agglomerationsprogramm, das einen koordinierten und integrierten Ansatz für Verkehrs-, Siedlungs- und Raumplanung fördert. Es wird von einem Fonds unterhalten, der sich aus Benzinsteuern und Autobahngebühren finanziert (Fischer 2014). Die verantwortlichen Instanzen in Ballungsräumen können sich für Fördermittel des Bundes bewerben, um ihre Verkehrsinfrastruktur weiter zu entwickeln. Darüber hinaus unterstützt das Förderprogramm Nachhaltige Entwicklung Projekte, die die Implementierung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene vorantreiben. Im Jahr 2016 lag der thematische Schwerpunkt auf nachhaltiger Ernährung (ARE o.J.a).

Von 2007 bis 2015 gab es mit den sogenannten *Projets urbains* ein soziales Integrationsprogramm, das die Entwicklung von Stadtteilen in 16 kleinen und mittleren Gemeinden anstrebte. *Projets urbains* wurde von fünf staatlichen Behörden verwal-

tet: ARE, BWO, dem Staatssekretariat für Migration, der Fachstelle für Rassismusbekämpfung und der Eidgenössischen Migrationskommission. Mittels Anwendung eines interdisziplinären und partizipativen Ansatzes zielte das Programm auf eine Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner in allen teilnehmenden Stadtteilen ab (ARE o.J.b). Darüber hinaus hat das Programm eine Plattform für den Erfahrungsaustausch zwischen Projektpartnern und eine nationale Konferenz zum sozialen

Zusammenhalt in Stadtgebieten begründet (ARE 2016). Die verschiedenen Projektphasen wurden mit überwiegend positiven Ergebnissen evaluiert; eine umfassende Bewertung des gesamten Projekts wurde auf den Weg gebracht (ebd.). Das Bundesamt für Raumentwicklung hat vom Bundesrat einen Auftrag für die Entwicklung eines neuen Programms im Rahmen der Agglomerationspolitik 2016+ erhalten, aber die konkrete Ausgestaltung ist noch nicht bekannt (ebd.).

Zusätzliche Quellen

ARE – Bundesamt für Raumentwicklung, o.J.a: Förderprogramm Nachhaltige Entwicklung 2016. Zugriff: <https://www.are.admin.ch/are/de/home/nachhaltige-entwicklung/programme-und-projekte/foerderprogramm-nachhaltige-entwicklung/2016.html>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

ARE – Bundesamt für Raumentwicklung, o.J.b: Projets urbains – Gesellschaftliche Integration in Wohngebieten. Zugriff: <https://www.bwo.admin.ch/bwo/de/home/wie-wir-wohnen/integration/projets-urbains.html>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

ARE – Bundesamt für Raumentwicklung, 2016: Infobrief Programm Projets urbains. Zugriff: https://www.are.admin.ch/dam/are/de/dokumente/agglomerationspolitik/dokumente/bericht/infobrief_programmprojetsurbainsjuni2016.pdf.download.pdf/infobrief_programmprojetsurbainsjuni2016.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Fischer, Susanne, 2014: Agglomerationsprogramm Schweiz: Integrierte Planung durch Balance zwischen Verkehr und Stadtentwicklung. IFHP Congress in Singapur. Zugriff: http://www.ifhp.org/sites/default/files/field/files_news/Susanne%20Fischer_0.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Serbien

In Serbien ist Stadtentwicklungspolitik hauptsächlich Aufgabe der Kommunalverwaltungen, während die nationale Ebene das grundlegende Rahmenwerk bereitstellt. Trotz delegierter Kompetenzen in manchen Bereichen besitzt die lokale Ebene nach wie vor recht eingeschränkte Kapazitäten (EC 2014). Da die Regionalisierung noch nicht umgesetzt worden ist, ist die regionale Regierungsebene asymmetrisch und unvollständig. Die existierenden statistischen Regionen sind gemäß der *Nomenclature des Unités territoriales statistiques (NUTS)*-Klassifikation installiert worden.

Stadtentwicklung in Serbien findet zudem vor dem Hintergrund sozioökonomischer und demografischer Herausforderungen infolge des Übergangsprozesses nach dem Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der mit den Jugoslawienkriegen der 1990-Jahre einhergehenden Isolierung statt. Zusätzlich zum rückläufigen natürlichen Bevölkerungswachstum, der hohen Arbeitslosigkeit und großen regionalen Disparitäten verstärken die Auswirkungen der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise die Situation. Eine besondere Herausforderung sind die im Grundsatz nicht nachhaltigen öffentlichen Finanzen (EC 2014; World Bank Group 2015).

Das Ministerium für Bau, Verkehr und Infrastruktur ist die zuständige staatliche Institution für Raumordnung und Stadtentwicklung. Die zentra-

le Rechtsgrundlage ist das Gesetz über Planung und Bau aus dem Jahr 2009, das 2014 umfassend ergänzt wurde. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) soll im Jahr 2017 ein spezifisches Dokument zur Stadtpolitik entwickelt werden. Bis dahin bleibt der Raumordnungsplan für die Republik Serbien 2010–2020 das einzige nationale Rahmenwerk für diesen Bereich und Entscheidungsträger konzentrieren sich auf die Harmonisierung von Raum- und Stadtplanungsdokumenten.

Das momentane Planungsregime umfasst einen nationalen Raumordnungsplan, 9 regionale Raumordnungspläne, 164 lokale Raumordnungspläne sowie Pläne für Sondergebiete. Den nationalen und regionalen Raumordnungsplänen folgen Fünf-Jahres-Implementierungspläne, die vorrangige Projekte, Indikatoren und territoriale Informationssysteme benennen. Sekretariate für Stadtplanung auf den Ebenen der Autonomen Provinz Vojvodina und der Stadt Belgrad sind für Stadtentwicklung innerhalb ihrer Gebietsgrenzen verantwortlich. Kommunalbehörden gründen je nach ihrem Status, ihrer Größe, ihren Bedürfnissen und ihren verfügbaren personellen und finanziellen Möglichkeiten entsprechende Einheiten. In der Vorbereitung des nationalen Raumordnungsplans wurden die Autonome Provinz Vojvodina und Belgrad über festgeschriebene Planungsprozesse wie Datensammlung und öffentliche Beteiligung mit einbezogen. In Erman-

gelung weiterer Regionalregierungen kooperiert der Staat mit regionalen Entwicklungsagenturen, Landkreisen und Lokalverwaltungen, die von den regionalen Plänen abgedeckt werden.

EU-Programme, die Serbien als Beitrittskandidat offen stehen, werden in der Vorbereitung der strategischen Planungsdokumente mitbedacht. Diese Pläne bilden die Grundlage für die Einreichung EU-finanzierter Projekte, doch EU-Projekte können auch zur Realisierung verschiedener Planungslösungen führen. Die für Serbien relevantesten Programme sind das Transnationale Interreg VB Donau-Programm, das Transnationale Interreg VB Adriatisch-Ionische Programm und Interreg-IPA *Cross-border Co-operation (CBC)*-Programme. Die EU-Heranzuführungshilfe (*Instrument for Pre-accession Assistance, IPA II*) stellt ein umfassendes System zur Förderung der Entwicklung Serbiens dar. Das Serbische Amt für Europäische Integration ist für die Planung der IPA-II-Förderung zuständig, während dezentralisiertes (Finanz-)Management unter die Zuständigkeit der Abteilung für die Vergabe und Finanzierung von EU-geförderten Programmen im Finanzministerium oder einer beauftragten internationalen Organisation fällt. Regionale und lokale Behörden sowie Nichtregierungsorganisationen sind förderungsberechtigt. Das Ministerium für Bau, Verkehr und Infrastruktur stellt Kofinanzierung für die Entwicklung städtischer Pläne zur Verfügung und kooperiert mit Geldgebern, internationalen Organisationen, staatlichen Behörden und Kommunalverwaltungen in der Vorbereitung und Durchführung von Projekten und Strategien, die in städtischen Gebieten zur Anwendung kommen. Ein Beispiel ist die Erarbeitung integrierter Stadtentwicklungsstrategien für 13 Städte und Ge-

meinden innerhalb eines GIZ-finanzierten Projekts namens „Stärkung lokalen Bodenmanagements in Serbien“ (*Strengthening of Local Land Management in Serbia*).

Benachteiligte Stadtviertel in Serbien werden als informelle oder minderwertige Siedlungen bezeichnet, wobei Letztere grundlegende Hygienestandards verfehlen und oft von Roma bewohnt werden. Das Gesetz zur Gebäudelegalisierung aus dem Jahr 2015 stellt ein erstes Rahmenwerk für die Regulierung zur Verfügung. Es gibt keine spezifische Strategie oder Programme, die sich an benachteiligte Gebiete richten. Allerdings setzen insbesondere EU-Fonds als Bedingung zur Nutzung von Fonds, die die Verbesserung von Verwaltungs- und anderer Kapazitäten serbischer Institutionen auf ihrem Weg der EU-Integration anstreben, integrierte Ansätze voraus. Solche EU-geförderten Projekte haben Strategien und Maßnahmen zur Förderung der Lebensbedingungen in minderwertigen Siedlungen unterstützt, wie z. B. das Projekt „Wir sind hier gemeinsam – europäische Hilfe für die Inklusion der Roma“ (*We are here together – European support for the inclusion of Roma*; 2013–2015; mit einem Budget von 4,8 Mio. Euro). Das Projekt, das die nationale Wohnungsstrategie aus dem Jahr 2009 umsetzt, hat regulatorische städtische Pläne für unter der Norm liegende Roma-Siedlungen initiiert und hat die Bautätigkeit für städtische Infrastruktur und Sozialwohnungen unterstützt. Ferner hat es ein geografisches Informationssystem zur Überwachung erstellt. Eine Summe von 9,5 Mio. Euro aus der IPA-II-Förderung für 2017 und 2018 soll für die Aufwertung minderwertiger Roma-Siedlungen verwendet werden.

Zusätzliche Quellen

EC – European Commission, 2014: Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA II): Indicative Strategy Paper for Serbia (2014–2020). Zugriff: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2014/20140919-csp-serbia.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].

World Bank Group, 2015: Republic of Serbia. Public Finance Review 2015: Toward a Sustainable and Efficient Fiscal Policy. Zugriff: <http://pubdocs.worldbank.org/pubdocs/publicdoc/2015/11/776271446462342355/PFR-eng-web-final.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Slowakei

Die lokale und regionale Verwaltung in der Slowakischen Republik folgt einer dualen Struktur, die aus einer dezentralen Staatsverwaltung und einer autonomen regionalen und lokalen Selbstverwaltung besteht. Letztere erfolgt über 8 selbstverwaltete Regionen und 2.928 Gemeinden. Das Gemeindegesezt (aus dem Jahr 1990, zuletzt 2016 ergänzt) legt fest, dass Gemeinden jeder Größe Kompetenzen in den Bereichen Verkehr, öffentliche Räume, Natur und Umweltschutz, Raumplanung, Wohnen und Kultur besitzen. Dieses umfangreiche Portfo-

lio an Planungsaufgaben kann kleinen Städten mit weniger Kapazitäten Schwierigkeiten bereiten. Neben diesen Kompetenzen erstellen die Gemeinden verbindliche Vorschriften im Rahmen ihrer Zuständigkeit, verwalten Zuwendungen und sorgen für den funktionierenden Betrieb der Gebietskörperschaft.

Die nationalen Ministerien sorgen für den gesetzlichen und steuerlichen Rahmen für Stadtentwicklungspolitik. Das Ministerium für Verkehr und Bau

ist verantwortlich für Stadtentwicklungspolitik entsprechend dem Gesetz über die Organisation der Regierungstätigkeit und die Organisation der Zentralstaatverwaltung (aus dem Jahr 2001, zuletzt 2016 ergänzt). Raumplanung wird durch verbindliche Raumordnungspläne auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene wirksam. Regionale und kommunale sozioökonomische Entwicklungsprogramme ergänzen diese Pläne.

Eine eigenständige Stadtentwicklungspolitik für die Slowakische Republik befindet sich derzeit in der Entwicklung und wird vor Ende des Jahres 2017 durch die Regierung beschlossen werden. Diese Politik zielt darauf ab, verschiedene sektorale Strategien miteinander zu verbinden und fördert einen integrierten Ansatz für Stadtentwicklungspolitik durch die Verbindung personenbezogener und physischer Interventionen. Ferner soll sie strategische Entscheidungsfindung auf Grundlage korrekter Daten und dauerhafter Überprüfung und Begutachtung ermöglichen sowie zur Entwicklung größerer städtischer Gebiete beitragen. Eine im Jahr 2014 eigens eingerichtete Arbeitsgruppe, bestehend aus Interessenvertretern wie regionalen und lokalen Behörden, Ministerien, Forschern, Unternehmern, NGOs und der Zivilgesellschaft, hat die Prinzipien dieser Politik erarbeitet. Das gemeinsame strategische Ziel ist die Schaffung produktiver Städte, die eine hohe Lebensqualität bieten.

Die vertikalen Regierungsebenen kooperieren partnerschaftlich in der regionalen und sozioökonomischen Planung zur Erreichung von Kohäsion, nachhaltiger Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen, wie im Gesetz zur Unterstützung der Regionalentwicklung von 2008, zuletzt 2014 ergänzt, festgelegt. Regionalregierungen und Kommunen sind für die Ausarbeitung und Implementierung von Entwicklungsplänen zuständig. Entsprechend der aktuellsten Ergänzungen müssen diese Pläne in Partnerschaften zwischen öffentlicher Verwaltung, Unternehmen sowie der Zivilgesellschaft vorbereitet werden. Zudem können mehrere Kommunen gemeinsame sozioökonomische Entwicklungspläne entwerfen. Dennoch befindet sich die integrierte Lokal- und Regionalentwicklungsplanung noch in der Entstehung.

Eine neu eingeführte Entwicklungsgebühr (Gesetz über die Lokale Entwicklungsgebühr aus dem Jahr 2017) soll Kommunen dabei helfen, neue physische und soziale Infrastruktur zu finanzieren. Sie bezieht sich auf vor dem 1. November 2016 genehmigte Gebäude und kann durch eine allgemein verbindliche Vorschrift der Kommune, die die Gebühr für ihren Etat nutzen kann, erhoben werden. Diese zusätzlichen Kosten führen allerdings auch zu finanziellen und administrativen Zusatzbelastungen, die die Ge-

samtkosten für Bauunternehmen und für Endverbraucher erhöhen.

Das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung ist für die integrierten regionalen operationellen Programme und die Mittelzuweisung gemäß Artikel 7 der Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zuständig. Städte sollen in ihrem weiteren Umland integrierte Strategien entwickeln. Diese umfassen unter anderem sicheren und umweltfreundlichen Verkehr, öffentliche Dienstleistungen und die regionale Lebensqualität. Das *Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas (JESSICA)*-Instrument wurde innerhalb eines bestehenden Finanzinstituts, dem Staatlichen Wohnungsfonds, implementiert. Dieser Fonds wurde dazu verwendet, die Energieeffizienz des Wohnungsbestands in Städten zu verbessern. In den Jahren 2014–2020 wird diese Investition über ein ähnliches Finanzierungsinstrument fortgesetzt.

Auf kommunaler oder Stadtviertel-Ebene existieren keine verlässlichen statistischen Daten für eine Analyse spezifischer gebietsbezogener Probleme und deren Verflechtungen. Es besteht ein gesondertes Budget für so genannte am wenigsten entwickelte Distrikte. Das Gesetz zur Unterstützung der am wenigsten entwickelten Distrikte aus dem Jahr 2016 erlaubt die Mittelkonzentration und Förderung in Gebieten mit einer definierten überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote. Momentan sind 12 der 79 slowakischen Distrikte förderungswürdig. Das Gesetz legt Unterstützung für lokale Initiativen und gemeinsame Aktivitäten von Städten und Dörfern innerhalb eines Distrikts in Verbindung mit Maßnahmen auf Kreis- und Zentralebene fest. Finanzielle Unterstützung wird auf Grundlage distriktspezifischer Aktionspläne gewährt, die aus Lokalregierungen, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Schulen sowie anderen Interessenvertretern bestehende Regionalräte erstellen. Diese Räte wählen Prioritäten, Projekte und Maßnahmen aus. Die Aktionspläne widmen marginalisierten Roma-Gemeinschaften besondere Aufmerksamkeit. Sie werden im Zeitraum 2016–2020 umgesetzt und aus dem nationalen Etat, Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, Budgets der lokalen Kommunen und aus privaten Quellen finanziert. Das Hauptziel aller auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene verabschiedeten Projekte und Maßnahmen ist die Senkung von Arbeitslosigkeit in rückständigen Regionen und die Belebung wirtschaftlichen Wachstums durch Förderung der Infrastruktur, der Erreichbarkeit peripherer Regionen, der Arbeitsmobilität, der Bildung und Ausbildung und der lokalen Unternehmer.

Slowenien

In Slowenien ist die Stadtentwicklungspolitik ein integraler Bestandteil der Raumentwicklungspolitik, die überwiegend auf nationaler und lokaler Ebene umgesetzt wird. Der Staat bereitet Gesetze, Strategien und Instrumente vor, die die räumlichen Entwicklungsziele und Rahmenbedingungen für die Planung auf regionaler und lokaler Ebene festlegen. Das Ministerium für Umwelt und Raumplanung ist zuständig für organisatorische Aspekte der Raumordnung. Es entwickelt derzeit eine neue Raumentwicklungsstrategie (*Strategija Prostorskega Razvoja Slovenije*). Bis zur Fertigstellung der neuen Version dient die Version von 2004 als wichtigstes Raumentwicklungsdokument.

Das Staatliche Wohnungsprogramm 2015–2025 (*Resolucija o nacionalnem stanovanjskem programu 2015–2025*) legt eine aktive Wohnungspolitik fest, die Entwicklungsziele in der Raum- und Sozialplanung und Wohnungsmarktregulierung verfolgt. Das Programm definiert vier Ziele als Voraussetzung für eine effektive Wohnungspolitik: ausgewogene Versorgung mit adäquaten Wohnungen, einfacherer Zugang zu Wohnraum, Schaffung von hochwertigem und funktionellem Wohnraum sowie größere Wohnmobilität der Bevölkerung.

Die slowenische Verwaltungsstruktur umfasst keine institutionalisierte regionale Ebene, obwohl der derzeitige Rechtsrahmen interkommunale Planung ermöglicht. Zwölf Regionalagenturen wirken als öffentliche Gremien mit an der Ausarbeitung regionaler Entwicklungsprogramme, die von den Regionalentwicklungsräten verabschiedet werden. Jeder dieser Räte besteht aus Stadtvertretern, Wirtschaftsakteuren und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Der Regionale Raumordnungsplan (im Raumplanungsgesetz von 2007 festgelegt) ist ein umsetzungsorientiertes Dokument, das hauptsächlich interkommunale Angelegenheiten regelt. Die Gemeinderäte der teilnehmenden Kommunen sind angehalten, Regionale Raumordnungspläne zu verabschieden. In der Praxis wurde regionale Raumordnung bislang nicht umfassend angewendet. Allerdings wurden im Jahr 2014 Regionalentwicklung und Raumentwicklung erstmals auf regionaler Ebene durch die Festlegung von Raumplanungsrichtlinien für alle zwölf regionalen Entwicklungsprogramme integriert.

Die Gemeinden setzen Raumplanung innerhalb ihrer Gebiete um. Ihre Hauptaufgabe ist die Sicherstellung rationaler, vielfältiger und nachhaltiger Landnutzung. In Entscheidungsprozessen sind die Kommunen für die Einbeziehung aller relevanten Parteien zuständig. Ihre Planung darf weder den

nationalen Planungsdokumenten noch den regionalen Raumordnungsplänen zuwiderlaufen. Staatliche Gremien beteiligen sich an den Entwurfs- und Annahmeverfahren von kommunalen Strategien. Die genaue Art der Konsultation in Planungsprozessen hängt von dem zu verabschiedenden Regelwerk ab. Im Allgemeinen funktioniert die Schaffung von Synergien zwischen Entwicklung und Umsetzung noch nicht vollständig. Während die Kommunen eigene Raumplanungsdokumente entwerfen und verabschieden, liegt deren Implementierung häufig bei Privatunternehmen und Investoren. Diese prägen durch ihre Bau- und Investitionstätigkeiten die Stadtentwicklung oft entscheidend.

Koordination zwischen verschiedenen Regierungsebenen findet momentan lediglich in Zusammenhang mit der Vorbereitung spezifischer Raumplanungsdokumente auf staatlichen (Nationale Raumordnungspläne) und lokalen (Kommunale Raumordnungspläne) Ebenen statt. Eine Übereinkunft zur Entwicklung der Regionen sagt Koordination zwischen der nationalen und der regionalen/interkommunalen Ebene zu. Die Abstimmung mittels der Regionalentwicklungsräte hat noch nicht zum erhofften Erfolg geführt. Ein wichtiges NGO-Netzwerk für die interkommunale Zusammenarbeit ist *Mreža za prostor*.

Die Entwicklung von nationalen städtischen und territorialen Strategien wird mit den EU-Programmen und -Netzwerken koordiniert, wobei die staatlichen Akteure die städtebaulichen Entwicklungen auf der EU-Agenda sorgfältig beobachten. Die Stadtentwicklungspolitik in Slowenien ist stark von den EU-Strukturfondszielen geprägt. In den Jahren 2014–2020 wird mittels des Mechanismus der Integrierten Territorialen Investitionen (ITI) in elf Städten eine nachhaltige Stadtentwicklung umgesetzt. ITI kombiniert Investitionsprioritäten für Stadterneuerung, nachhaltige Mobilität und Energieeffizienz. Da eine integrierte territoriale Entwicklungsstrategie eine Voraussetzung für den Zugang zu EU-Mitteln ist, wurden nachhaltige Entwicklungsstrategien auf städtischer Ebene eingerichtet. Diese beziehen wirtschaftliche, ökologische, demografische und gesellschaftliche Herausforderungen ein. Seit 2014 unterstützt das Ministerium für Umwelt und Raumplanung die Vorbereitungsprozesse der Gemeinden mit Hilfe eines territorialen Dialogs.

Der Wohnungsfonds der Republik Slowenien fungiert als die zentrale nationale Institution für die Finanzierung und Umsetzung des Nationalen Wohnungsprogramms sowie für die Förderung von Wohnungsbau, -sanierung und -instandhaltung.

Gemeinden können eigene Wohnungsfonds unterhalten.

Das Raumplanungsgesetz definiert Brachflächen als Flächen mit deutlich verminderten ökonomischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Standards, in denen Revitalisierungsmaßnahmen für notwendig erachtet werden. Darüber hinaus definiert die Raumentwicklungsstrategie benachteiligte Gebiete und benachteiligte städtische Gebiete. Ein integrierter Ansatz der umfassenden Erneuerung zielt darauf ab, solche benachteiligten Gebiete zu revitalisieren. Angemessene Raumplanungsmaßnahmen sollen die funktionalen, technischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Bedingungen in diesen Vierteln verbessern.

Spanien

Alle drei Ebenen der spanischen Regierung – national, regional und lokal – sind an der Gestaltung und Umsetzung von Stadtpolitik und Raumplanung beteiligt. Die Autonomen Gemeinschaften (*Comunidades Autónomas*) sind unter anderem verantwortlich für Wohnungsbau und Raumplanungspolitik. In den meisten Regionen gelten die regionalen Raumordnungspläne für Stadtregerungen verbindlich. Die Kommunen oder Stadträte (*Ayuntamientos*) übernehmen Befugnisse in Planungsfragen, implementieren und verwalten. Dies macht sie zu den wichtigsten Akteuren in der Flächennutzungsplanung.

Die zentrale staatliche Verwaltung entwickelt Strategien und sektorale Programme in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Kommunikation, Energie und Umwelt. Doch nach einer Entscheidung des Verfassungsgerichts ist die Zentralregierung nicht dazu berechtigt, ein allgemeines nationales Raumordnungsprogramm zu erstellen. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten ist zuständig für Wohnungs-, Stadt-, Infrastruktur- und Verkehrspolitik sowie für Investitionspläne in diesen Bereichen auf nationaler Ebene. Innerhalb dieses Ministeriums legt die Generaldirektion für Architektur, Wohnen und Boden die grundlegenden Rechtsvorschriften für Land- und Privatbesitz sowie technische Bauvorschriften fest. Sie gestaltet auch das Staatliche Investitionsprogramm für Wohnungsbau und Sanierung und verwaltet die den Autonomen Gemeinschaften darin zugewiesene Finanzierung für dessen Umsetzung.

In letzter Zeit hat eine grundlegende Änderung in der nationalen Stadtpolitik stattgefunden. Seit Ausbruch der Krise in der Finanz- und Bauwirtschaft im Jahr 2008 verloren neue Bauprojekte zugunsten

Darüber hinaus sollen diese Aktivitäten Funktionalität, Wohnen und Raumgestaltung in bestimmten Gebieten verbessern. Eine der wichtigsten Herausforderungen für eine umfassende Erneuerung ist der Mangel an auf regionaler Ebene verankerten Methoden und Entscheidungsträgern. Im Jahre 2016 hat die Fakultät für Architektur der Universität Ljubljana eine neue Methodik zur Feststellung benachteiligter Gebiete entwickelt, die eine Reihe von Indikatoren für physische, funktionale, ökologische und soziale Degradation nutzt. Da es kein staatliches Budget ausschließlich für benachteiligte Stadtviertel gibt, sind die von den EU-Strukturfonds bereitgestellten Mittel von herausragender Bedeutung, um in diesem Bereich deutliche Veränderung herbeiführen zu können.

der Sanierung des bestehenden städtischen Gefüges an Aufmerksamkeit. Das Ergebnis war ein umfassender Plan für Wohnungs- und Stadtthemen, verbunden mit dem Nationalen Reformprogramm. Dieses bildet einen umfangreichen Rechts- und Investitionsrahmen, der seit 2013 in Kraft ist. Diese umfassenden legislativen und Investitionsmaßnahmen zielen darauf ab, die Bauwirtschaft zu reaktivieren, Arbeitsplätze zu schaffen sowie Energieeinsparung und -effizienz im Bausektor zu verbessern. Die frühere Bauordnung aus dem Jahr 2008 sowie das neue Gesetz zu Stadtsanierung, Regeneration und Erneuerung, das 2013 beschlossen wurde, wurden 2015 in einem Text zusammengefasst und bilden nun den wichtigsten gesetzlichen Rahmen für Stadtentwicklung auf nationaler Ebene. Darüber hinaus hat das Nationale Investitionsprogramm für Wohnungsbau 2013–2016 zum Ziel, Menschen mit geringen wirtschaftlichen Ressourcen den Zugang zu Mietwohnungen zu erleichtern.

Im Hinblick auf die interinstitutionelle Zusammenarbeit schließen Konsultationsverfahren oft die obligatorische Beteiligung der Öffentlichkeit mit ein (z. B. für Städtische Masterpläne). Für Rechtsetzung in Bezug auf aktuelle Themen werden Ad-hoc-Arbeitsgruppen gebildet, in denen häufig Vertreter des Nationalen Verbands der spanischen Städte und Provinzen (*Federación Española de Municipios y Provincias*), der Autonomen Gemeinschaften und verschiedener sektoraler Interessengruppen anzutreffen sind. Das Gesetz zu Stadtsanierung, Regeneration und Erneuerung hat öffentlich-privaten Partnerschaften eine aktivere Rolle in der Stadtentwicklung (z. B. in Management und Umsetzung) gegeben, um private Investitionen zu aktivieren.

Das Netzwerk der Stadtinitiativen (*Red de Iniciativas Urbanas, RIU*) ist eines der bereichsspe-

zifischen Netzwerke innerhalb des Nationalen Strategischen Rahmenplans bzw. Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Kommission und Spanien. Das RIU-Sekretariat wird vom Ministerium für öffentliche Arbeiten und dem Ministerium für Finanzen und Öffentliche Verwaltung geleitet.

Das Staatliche Investitionsprogramm für Wohnungswesen und Sanierung, das Mittel für physische Interventionen in der Stadterneuerung bereitstellt, wird durch das Ministerium für öffentliche Arbeiten finanziert. Das Ministerium für Finanzen und öffentliche Verwaltung ist durch die Generaldirektion der Gemeinschaftsfonds als staatliche Behörde verantwortlich für die Bewertung und die Verwendung der EU-Strukturfonds (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und Kohäsionsfonds im Besonderen).

Im Programmzeitraum 2007–2013 wurden EFRE-Mittel in einer Höhe von 1,1 Mrd. Euro für verschiedene Typen von Gemeinden und Autonomen Gemeinschaften zugewiesen. Im Zeitraum 2014–2020 hatten die für integrierte nachhaltige Stadtentwicklung vorgesehenen EFRE-Mittel eine offene Ausschreibung für integrierte und nachhaltige Stadtentwicklungsstrategien (*Estrategia de Desarrollo Urbano Sostenible e Integrado*) zur Folge. Die Bewerbungen wurden mittels eines vom Ministerium für Finanzen und öffentliche Verwaltung koordinierten Verfahrens ausgewählt. Der Europäische Sozialfonds spielt eine wichtige Rolle in der Stadtentwicklung, da er für Maßnahmen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts, der Wirtschaft und der Beschäftigung verwendet wird, vor allem in den durch städtische Armut und Ausgrenzung am stärksten gefährdeten Stadtgebieten.

In Spanien wird benachteiligten Stadtvierteln eine erhebliche Bedeutung zugemessen. Es existiert ist

eine inoffizielle Definition von benachteiligten Gebieten als städtische Raumeinheiten mit über dem Landesdurchschnitt liegenden Basisindikatoren der Städtischen Gefährdung. Diese Indikatoren decken die soziodemografische, sozioökonomische, wohnungsbezogene und subjektiv wahrgenommene Vulnerabilität ab. Die Beobachtungsstelle für Städtische Vulnerabilität (*Observatorio de la vulnerabilidad urbana*) des Ministeriums für öffentliche Arbeiten stellt Karten und Indizes über städtische Armut und gefährdete Stadtviertel zur Verfügung. Sie umfasst den GIS-basierten Atlas Städtischer Vulnerabilität in Spanien 2001–2011, die Städtische Analyse von Gefährdeten Stadtgebieten (für Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern), die Karte der Roma-Bevölkerung und Wohnbedingungen und das Städte-Audit (für die 16 Städte mit mehr als 250.000 Einwohnern).

Integrierte und Nachhaltige Strategien zur Stadtentwicklung sind obligatorisch, um eine EFRE-Finanzierung erhalten zu können. Auch erwähnt die Präambel des Gesetzes zu Stadtsanierung, Regeneration und Erneuerung ausdrücklich das Prinzip eines integrierten Ansatzes, wie es mit der Leipzig-Charta eingeführt und durch die Erklärung von Toledo weiterentwickelt wurde.

Die Stadterneuerungsgebiete, die sich für eine Finanzierung durch das Staatliche Wohnungsbau- und Sanierungsinvestitionsprogramm 2013–2016 bewerben, müssen einen Gebietsbericht einschließlich einer umfassenden Diagnose der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Situation der Region vorlegen. Diese Beurteilung muss auf der Grundlage von Vergleichsindikatoren wie dem Atlas der Städtischen Vulnerabilität gerechtfertigt sein. Des Weiteren enthalten die Gebietsberichte ein Integriertes Aktionsprogramm, das mit einer Reihe von Überprüfungsmechanismen ausgestattet ist.

Tschechische Republik

Das Ministerium für regionale Entwicklung der Tschechischen Republik ist die wichtigste Instanz für die Entwicklung und Koordinierung von Stadtpolitik. Im Jahr 2010 formulierte das Ministerium sechs Grundsätze der Stadtpolitik (*Zásady urbání politiky*): die regionale Natur der Stadtpolitik, die polyzentrische Entwicklung der Siedlungsstruktur, ein strategischer und integrierter Ansatz in der Stadtentwicklung, Förderung der Entwicklung von Städten als Entwicklungspole von Gebieten, Schutz der städtischen Umwelt sowie Kooperationsvertiefung, Etablieren von Partnerschaften und Erfahrungsaustausch bezüglich nachhaltiger Stadtentwicklung. Die Verabschiedung einer ak-

tualisierten Version dieses Dokuments ist für Frühjahr 2017 geplant.

Darüber hinaus erarbeitet das Ministerium für regionale Entwicklung die Raumentwicklungspolitik (*Politika územního rozvoje*) im Einklang mit dem tschechischen Baugesetz. Dieses strategische Dokument umfasst landesweit Ziele der Raumplanung und grenzt verschiedene Gebietstypen ab. Es bestimmt ferner die Bedingungen für vorgesehene Entwicklungspläne. Die Raumentwicklungspolitik implementiert die Kernziele der Leipzig-Charta insbesondere im Bereich der Raumplanung. Ein weiteres vom Ministerium für regionale Entwick-

lung verwaltetes Dokument ist die Architektur- und Baukulturpolitik (*Politika architektury a stavební kultury*), verabschiedet im Jahr 2015. Ziel dieser Politik ist die Verbesserung der gebauten Umwelt durch das Festlegen von langfristigen Visionen und entsprechenden Maßnahmen. Einige dieser Maßnahmen, wie Bildungsaspekte und Vereinbarungen zur Siedlungsstruktur, werden durch die regionalen Behörden behandelt oder implementiert. Die Leipzig-Charta dient als wichtige Quelle für die Architektur- und Baukulturpolitik und wird darin ausdrücklich erwähnt.

Zusätzlich bildet die Regionalentwicklungsstrategie der Tschechischen Republik 2014–2020 (*Strategie regionálního rozvoje ČR 2014–2020*) das grundlegende Instrument der Regionalpolitik. Sie soll Kohärenz zwischen der nationalen und der EU-Regionalpolitik sowie mit anderen Politikbereichen mit Einfluss auf Regionalentwicklung schaffen. Sie bildet einen Rahmen für regional ausgerichtete Förderprogramme, die aus nationalen Quellen oder durch die EU-Fonds kofinanziert werden. In der Regionalpolitik wird die Zusammenarbeit zwischen den zentralen und lokalen Behörden auf mehreren Ebenen gefördert. Stadtpolitik steht in enger Beziehung zur Regionalpolitik und folgt somit der gleichen Logik. Regionale und lokale Behörden sind durch die Raumentwicklungspolitik in ihrer Definition von Entwicklungsprinzipien, Vergabevorschriften sowie bei Raumordnungs- und Regulierungsplänen gebunden. Gemeinsam aktualisieren die Sekretariate der Ständigen National- und Regionalkonferenzen die Grundsätze der Städtepolitik. Vor der Verabschiedung der Architektur- und Baukulturpolitik äußerten regionale Behörden ihr Feedback zu dem Entwurf.

Auf lokaler Ebene bestehen separate Strukturen und Strategien für Stadtentwicklung. Der Verband der Städte und Gemeinden der Tschechischen Republik (*Svaz měst a obcí České republiky*) ist eine nichtstaatliche politische Körperschaft, die lokale städtische Interessen vertritt. Sie bietet eine Plattform für Stadtentwicklungsaktivitäten von Städten und Gemeinden mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Schaffung von integrierten Stadtentwicklungsplänen.

EU-Programme schaffen einen wichtigen Rahmen für politische Dokumente, z. B. für die Grundsätze der Stadtpolitik. Darüber hinaus wird Output von EU-bezogenen Netzwerken (wie EUKN, EUROCI-

TIES und URBACT) genutzt. Das Ministerium für regionale Entwicklung übernimmt eine koordinierende Rolle und steht in direktem Kontakt mit den genannten Netzwerken.

Tschechische Gemeinden zählen zu den Empfängern von EU-Strukturfonds. Die thematischen nationalen operationellen Programme im Zeitraum 2014–2020 thematisieren eine Vielzahl von städtischen Herausforderungen. Bis Juni 2016 gingen innerhalb der Programmperiode 2007–2013 ungefähr 15,3 Mrd. Euro an Städte und Gemeinden. Die Tschechische Republik hat das Instrument der Integrierten Territorialen Investitionen (ITI) recht umfangreich aufgegriffen und verwendet es parallel zu den Integrierten Gebietsentwicklungsplänen (Binek et al. 2015). Die Integrierten Entwicklungspläne, die einige Gemeinden aufstellen, werden ebenfalls teilweise aus EU-Mitteln finanziert. Die Koordination der Integrierten Entwicklungspläne, ITI und der lokalen Entwicklung unter Federführung der Bevölkerung (*Community-led Local Development, CLLD*) obliegt der Nationalen Ständigen Konferenz (*Národní stálá konference*), deren Aufgaben im Partnerschaftsabkommen der Tschechischen Republik mit der Europäischen Kommission festgelegt sind. Das Nationale Netzwerk Lokaler Aktionsgruppen (*Národní síť Místních akčních skupin*) vertritt lokale ländliche Interessen und fungiert als Dachorganisation für das CLLD-Instrument.

Das tschechische Konzept eines sozial ausgegrenzten Gebietes (*sociálně vyloučená lokalita*) dient zur Identifizierung von benachteiligten Gebieten. Sozial ausgegrenzte Gebiete werden durch Indikatoren wie Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt und von sozialen Kontaktmöglichkeiten, Verfügbarkeit von öffentlichen Diensten und Grad der politischen Anteilnahme abgebildet. Die Abteilung für Soziale Inklusion der Regierung wendet einen so genannten Koordinierten Ansatz für sozial ausgegrenzte Gebiete (*koordinovaný přístup k sociálně vyloučeným lokalitám*) in Gemeinden an, in denen benachteiligte Stadtteile identifiziert worden sind. Dieser Ansatz geht von lokaler strategischer Planung und von Zusammenarbeit und Koordinierung einer Politik der sozialen Eingliederung aus. Die Tschechische Republik verfügt über kein spezifisches Finanzierungsinstrument für nationale Stadtpolitik. Dennoch gehen nationale Mittel an Gemeinden mit sozial ausgegrenzten Gebieten, auch wenn kein festes Budget für diese Gebiete besteht.

Zusätzliche Quellen

Binek, Jan; Opravil, Zdenek; Chmelar, Roman; Svobodova, Hana, 2016: Cooperation and mutual relationships of cities and their hinterlands with regard to the operation of EU integrated development instruments. *Quaestiones Geographicae*, 35 Jg.(2), S. 59–69.

Fallbeispiel: Brunn

Wie viele europäische Städte besitzt auch die Stadt Brunn Stadtviertel mit zahlreichen sozioökonomischen Problemen. Eines dieser Stadtviertel, das für seine schweren sozialen Missstände besonders bekannt ist, ist die im Volksmund so genannte Bronx von Brunn, Teil des Stadtteils Zábřovice. Seit Jahren kämpft dieses Stadtviertel mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit, einem niedrigen Bildungsniveau sowie mit recht vernachlässigten kommunalen Wohnungen und öffentlichen Räumen. Das größtenteils als Wohngebiet genutzte Areal erstreckt sich über fast 21 Hektar, liegt im Stadtteil Brunn-Zentrum und grenzt an den Stadtteil Brunn-Nord. Brunn selbst ist die zweitgrößte Stadt in der Tschechischen Republik und zählt nahezu 400.000 Einwohner.

Um die soziale und wirtschaftliche Benachteiligung des Gebietes zu bekämpfen, schlug die Kommunalverwaltung einen integrierten Stadtentwicklungsplan vor. Ziel des Plans war es, finanzielle Mittel für bestimmte definierte Gebiete des Viertels zu reservieren und damit die schwersten Probleme umfassend zu lösen. Die systematische Unterstützung dieser Sanierung sollte dazu beitragen, die sozialen Risiken, die man seit vielen Jahren mit dem Wohngebiet verbunden hatte, zu reduzieren. 2008 wurde eine Lenkungsgruppe eingerichtet, um mit den Vorbereitungen zu beginnen. Im Jahr 2009 wurde der Plan offiziell genehmigt, nachdem er seine Finanzierung aus zwei EU-finanzierten operationellen Programmen, aus einer Subvention des staat-



Quelle: mapchart.net

lichen Ministeriums für regionale Entwicklung und durch einen Zuschuss aus dem Kommunalhaushalt von Brunn erhalten hatte.

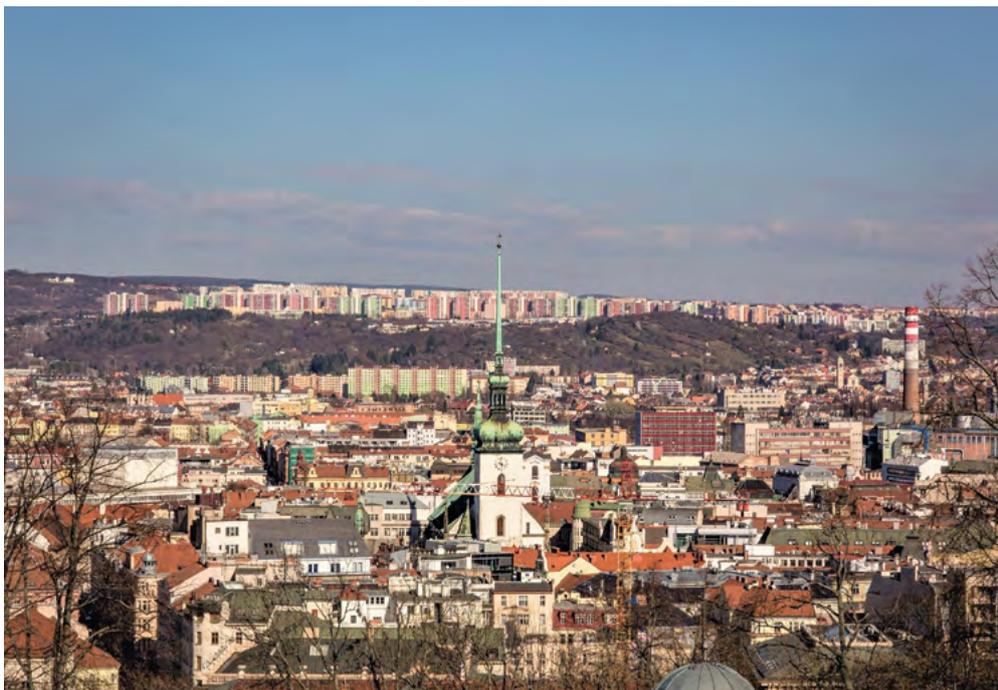


Bild: Stuart Acker Holt – Brunn

Der integrierte Stadtentwicklungsplan umfasste drei Hauptelemente: die Sanierung von Wohnhäusern, die Wiederbelebung des öffentlichen Raums und mehrere so genannte weiche Projekte im Bereich der sozialen Integration. Die Bewohner wurden mittels der Gemeindearbeit der am Projekt beteiligten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eingebunden. Ein lokales Magazin informierte über die Pläne. Eine direktere Form der Beteiligung stellte eine Umfrage unter Schulkindern dar, die ihre Ideen für die Gestaltung des Parks Hvězdíčka einbringen konnten. Zunächst wurde eine Anzahl von Wohngebäuden für die Sanierung ausgewählt. Insgesamt einigte man sich auf 157 Gebäude, darunter 129 Wohngebäude und 28 Gewerbeimmobilien. Von allen Häusern stehen 89 auf dem Gelände des Stadtviertels Brünn-Zentrum und 68 im Stadtteil Brünn-Nord. Die Stadt Brünn besitzt 57 Häuser und 100 Häuser sind in Privatbesitz. Die im 18. und 19. Jahrhundert erbauten Mietwohnungen mit Balkon zum Innenhof und gutbürgerlichen Straßensfassaden bilden einen bedeutenden Teil des definierten Gebietes. Einige dieser Gebäude stehen unter Denkmalschutz, aber der Großteil des Wohnungsbestandes in dieser Gegend wurde seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht instand gehalten und ist daher stark verfallen. Die Sanierung der Gebäude erfolgte zwischen 2010 und 2015 und umfasste nicht nur den technischen (Austausch von Fenstern, Wärmedämmung und Reparaturen), sondern auch den ästhetischen Wiederaufbau (Fassadenerneuerung). Man widmete sich zudem den Innenräumen; jede neu gebaute oder sanierte Sozialwohnung wurde mit Standardbad und Küche ausgestattet.

Darüber hinaus berücksichtigte der integrierte Plan die Wiederbelebung des öffentlichen Raums. Zu die-

sem Zweck wurde eine neue, im Innenhof einiger Wohnblocks anzulegende Grünfläche entworfen. Auf der Grundlage einer öffentlichen Umfrage und dem Input von Sachverständigen und Ausschreibungen einigte man sich auf eine endgültige Gestaltung. Ein zentraler gepflasterter Bereich bildet das Herz des Parks und fungiert als Platz zur Begegnung zwischen den Besuchern. Der Rest des Parks ist in vier Teile unterteilt, von denen jeder eine eigene Funktion besitzt (z. B. Basketball, Volleyball, geschlossene Spielplätze, Rasen, Bänke und Entspannungszonen). Im Park befindet sich ein niedrigschwelliges Jugendzentrum mit zahlreichen Freizeitaktivitäten.

Schließlich ergänzten verschiedene Pilotprojekte die Wohnungssanierung und die Wiederbelebung des öffentlichen Raums mit Sozialprogrammen, die sich vor allem auf die Integration von durch soziale Ausgrenzung bedrohten Roma-Gemeinschaften konzentrierten. Diesbezüglich beteiligten sich verschiedene NGOs aktiv an dem Plan. Die Sozialprogramme betrafen vor allem Familienunterstützung, Bildungsdienstleistungen, Arbeitsvermittlungsdienste sowie Sozial- und Rechtsberatung.

Wie geplant wurde das Programm im Jahr 2015 abgeschlossen. Daher befindet sich das Projekt nun in seiner vielleicht schwierigsten Phase, nämlich in der Schaffung von Nachhaltigkeit. Dementsprechend werden noch mehrere (hauptsächlich weiche) Folgeprojekte erarbeitet, um das verbesserte Lebensumfeld zu erhalten und weiter zu fördern. Zunächst sollte die gegenwärtige Umwandlung eine allmähliche Rückkehr zum Erscheinungsbild des Gebiets in Vorkriegszeiten einleiten, als das Wohngebiet noch ein ruhiger, angenehmer und beliebter Wohnort von Brünn war.

Türkei

Die größte Herausforderung für die türkische Stadtentwicklungspolitik besteht gegenwärtig in der raschen Verstädterung. Diese führt beispielsweise zu Belastungen für die Umwelt, das Wohnungswesen, Sicherheit, den Arbeitsmarkt, Bildung und Mobilität. Eine weitere große Herausforderung für die Türkei ist die allgegenwärtige Bedrohung durch Erdbeben. Die im Jahr 2009 institutionalisierte Katastrophen- und Notfallmanagementverwaltung sowie die Staatliche Erdbebenstrategie und der entsprechende Aktionsplan (ratifiziert 2011) sind Teil der Governance-Struktur, die Naturkatastrophen und ihre Auswirkungen auf das städtische Gefüge bewältigen soll.

Das Raumplanungssystem in der Türkei umfasst vier Verwaltungsebenen: staatlich, regional, pro-

vinziell und kommunal. Im Jahr 2011 erhielt das Ministerium für Umwelt und Urbanisierung die Zuständigkeit für große Teile des Raumplanungssystems einschließlich der Definition von Sanierungsgebieten (Güzey 2016). Darüber hinaus übernehmen das Ministerium für Entwicklung und das Ministerium für Verkehr, Maritime Angelegenheiten und Kommunikation Verantwortung in der Stadtentwicklungspolitik.

Das Ministerium für Umwelt und Urbanisierung bereitet in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Entwicklung die nationalen und regionalen Raumplanungsprogramme vor. Die Nationale Raumplanungsstrategie (*Ülke Mekansal Strateji Planı*) wird derzeit erstellt. Ihr Ziel ist die Entwicklung umfassender nationaler und regionaler Raumplanungs-

strategien unter Berücksichtigung der sozioökonomischen und räumlichen Dynamik auf nationaler und internationaler Ebene.

Mittels regionaler Entwicklungsagenturen bereitet das Ministerium für Entwicklung nationale und regionale Entwicklungspläne vor. Die regionalen Pläne zielen darauf ab, interregionale Disparitäten zu verringern. Territoriale Pläne, die vom Ministerium für Umwelt und Urbanisierung und Großstädten entwickelt werden, legen Entscheidungen über die Bodennutzung in Bezug auf Siedlungen, Wohnungsbau, Industrie, Landwirtschaft, Tourismus und Verkehr fest. Zu ihren Zielen gehört die Vermeidung außerplanmäßiger Urbanisierung. Gemeinden stellen eigene Master- und Umsetzungspläne auf.

Der Staatliche Integrierte Stadtentwicklungsstrategie- und Aktionsplan (*Bütünleşik Kentsel Gelişme Stratejisi ve Eylem Planı, KENTGES*) bietet einen landesweiten Fahrplan für Urbanisierung und Planung bis zum Jahr 2023. Ein Aktionsprogramm verteilt die notwendigen Maßnahmen auf zentraler und lokaler Ebene auf drei thematische Schwerpunkte: Umstrukturierung des Planungssystems, Verbesserung der Raum- und Lebensqualität in Siedlungen und Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in Siedlungen. KENTGES entstand im Rahmen von Konsultationen, die vom Urbanisierungsrat 2009 durchgeführt wurden. Der Rat umfasste 500 Experten, um die mit der Urbanisierung der Türkei verbundenen Probleme zu erörtern.

2013 verlieh das geänderte Landentwicklungsgesetz qualitativ hochwertigen Wohnräumen, der Erhaltung von natürlichen, kulturellen und historischen Werten sowie der innovativen Planung einen höheren Rang auf der politischen Agenda. Die meisten der hochwertigen Wohnräume sind privatisierte Einheiten in geschlossenen Wohnanlagen. Darüber hinaus wurde mit dem Gesetz über die Umwandlung von Gebieten mit Katastrophenrisiken (2012) Stadtumgestaltung zu einem Planungsinstrument, das vor allem in Hochrisikogebieten sichere Lebensräume schaffen soll.

In der Türkei gibt es keine Verwaltungsinstrumente zur Koordinierung verschiedener Regierungsebenen. Stadträte sind ein freiwilliges Leitungsinstrument, das unter Bezugnahme auf die Agenda

21 (ein unverbindlicher Aktionsplan der Vereinten Nationen im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung) eingerichtet wurde. Innerhalb dieser Räte entwickeln zentrale und lokale Behörden, Berufskammern und zivilgesellschaftliche Akteure Lösungen für die Stadtentwicklung. Darüber hinaus regeln gesetzliche Bestimmungen wie das Kommunalgesetz (2005) und die Verordnung über die freiwillige Teilnahme an provinzieller Sonderverwaltung und städtischen Dienstleistungen (2005) Partizipationsprozesse auf lokaler Ebene.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Position der Kommunalverwaltungsbehörden für eine nachhaltige Urbanisierung gestärkt. Eine Reihe von Veränderungen hat ihre Machtbereiche erweitert und ihre Planungshoheit ausgeweitet. Zusätzlich wurden durch eine im Großstadtgesetz 2014 getroffene Änderung die aus dem Zentralbudget und den lokalen Einnahmen gewonnenen Anteile erhöht. Das Gesetz über die Umgestaltung von Gebieten mit Katastrophenrisiken bietet einen staatlichen Rahmen, der Hausbesitzern, deren Häuser in Hochrisikozonen stehen, finanzielle Unterstützung bietet (Turkish Ministry for Environment and Urbanisation 2014).

Derzeit bieten zwei Gesetze Definitionen für benachteiligte Stadtgebiete in der Türkei: das Gesetz über die Umwandlung von Gebieten mit Katastrophenrisiken und das Kommunalgesetz. Gemäß dem Transformationsgesetz sind so genannte riskante Gebiete Areale mit unzureichender öffentlicher Ordnung und Sicherheit, unzureichender Infrastruktur und einem hohen Anteil illegaler Wohnungen. Die türkische Wohnungsbaugesellschaft TOKİ (*Toplu Konut İdaresi Başkanlığı*) spielt eine wichtige Rolle in der Wohnungspolitik, die maßgeblich in *gecekondu bölgeleri*, dem türkischen Ausdruck für Slums, zur Anwendung kommt. Das Ministerium für Umwelt und Urbanisierung bestimmt die Geschicke von TOKİ, wobei es eng mit (privaten) Bauträgern zusammenarbeitet. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden massiven weiteren Verstädterung und des daraus resultierenden Wohnungsbedarfs sind die Eingriffe von TOKİ mit Umsiedlung, Abriss und Wiederaufbau verbunden, was in den Sanierungsgebieten oft zu einer Erhöhung der Immobilienpreise und folglich zu Verdrängung früherer Bewohner führt (Kuyucu/Ünsal 2010).

Zusätzliche Quellen

Güzey, Özlem, 2016: The last round in restructuring the city: Urban regeneration becomes a state policy of disaster prevention in Turkey. *Cities*, 50 Jg.(1), S. 40–53.

Kuyucu, Tuna; Ünsal, Özlem, 2010: 'Urban Transformation' as State-led Property Transfer: An Analysis of Two Cases of Urban Renewal in Istanbul. *Urban Studies*, 47 Jg.(7), S. 1479–1499.

Turkish Ministry of Environment and Urbanisation, 2014: Turkey Habitat III National Report. Zugriff: <https://unhabitat.org/wp-content/uploads/2014/07/Turkey-national-report.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Ungarn

In Ungarn ist die Stadtentwicklungspolitik Teil der regionalen Entwicklungspolitik. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind jedoch in das Bauvorschriftssystem integriert, das vom Büro des Premierministers behandelt wird. Während eine staatliche Stadtpolitik nicht existiert, wirkt sich eine Reihe staatlicher politischer Strategien auf die städtebauliche Entwicklung aus oder adressieren diese ausdrücklich. Diese können ebenfalls mittels Stadtentwicklungsprogrammen direkt durch den Premierminister und die Regierung koordiniert werden.

Das Nationale Entwicklungs- und Territorialentwicklungskonzept (*Nemzeti Fejlesztés 2030: Országos Fejlesztési és Területfejlesztési Konceptió*) (Ministry of National Development 2014) beschreibt die langfristige Vision einer raumorientierten Entwicklung des Landes im Hinblick auf sektorale und territoriale Ziele. Das Konzept legt eindeutig die Notwendigkeit einer stärker polyzentrischen und ausgewogeneren Raumentwicklung zur Verringerung von regionalen Ungleichheiten dar. Darüber hinaus begann die Vorbereitung einer Nationalen Siedlungspolitik im Jahr 2016 unter Berücksichtigung internationaler städtischer Agenden. Weitere wichtige nationale strategische Dokumente mit Bezug zu Stadtentwicklung sind umwelt- und verkehrspolitische Strategien wie die Nationale Rahmenstrategie für Nachhaltige Entwicklung (aus dem Jahr 2013), die Nationale Klimawandel-Strategie (in Revision), das Nationale Umweltschutzprogramm 2015–2020 (aus dem Jahr 2015), die Nationale Wasserstrategie 2030 (in Vorbereitung) und die Nationale Verkehrsstrategie (aus dem Jahr 2014).

Das Nationale Entwicklungs- und Territorialentwicklungskonzept schlägt eine effektivere mehrstufige Raum-Governance vor, während es jedoch generell von einer hoch zentralisierten Staatsstruktur ausgeht. Die Großstadtregion von Budapest übernimmt als makroregionales Zentrum eine besondere Rolle. Im Allgemeinen existieren örtliche Selbstverwaltungseinheiten auf der Ebene von Landkreisen, Bezirken sowie Groß- und Kleinstädten. Mit der Novellierung des Kommunalverwaltungsgesetzes von 2011 und des Raumentwicklungs- und Landnutzungsplanungsgesetzes übernahmen die Kreisverwaltungen Zuständigkeiten hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, der Raumordnung sowie territorialer, ländlicher und städtischer Entwicklung, während die bestehenden Territorialentwicklungsräte auf nationaler, kreisweiter und subregionaler Ebene abgeschafft wurden. Die Novellierungen führten zu einer deutlichen Begrenzung der Pflichten und Zuständigkeiten der Kommunen (Varró/Faragó

2016: 52). Der Erlass der Regierung 314/2012 beschreibt Planungsprozesse und stellt Inhalte für Stadtentwicklungskonzepte und integrierte Siedlungsplanungsstrategien zur Verfügung. Operationelle Programme und nationale Projekte unterstützen Groß- und Kleinstädte bei der Erstellung eigener Konzepte und Strategien. Heute haben alle größeren Städte und viele kleinere Städte solche Dokumente, die die Grundlage städtischer Entwicklung bilden.

Auf nationaler Ebene fungieren das Büro des Premierministers, das Ministerium für nationale Entwicklung und das Ministerium für nationale Wirtschaft als Koordinationsforen. Auf regionaler Ebene koordinieren die Kreisverwaltungen die Siedlungsebene. Auf der lokalen Ebene müssen Beteiligungsprozesse für Interessenvertreter im Rahmen eines lokalen Partnerschaftsabkommens implementiert werden.

Um das Jahr 2010 erlebte Ungarn schwerwiegende wirtschaftliche Schwierigkeiten, die sich aus der untragbaren Höhe an privaten und öffentlichen Schulden des Landes ergeben hatten, was zu Reformen der Arbeitsmarkt-, der Renten- und der Steuerpolitik führte (Government of Hungary 2015). Der Neue Széchenyi-Plan (*Új Széchenyi Terv*) von 2011 bildete die Antwort der Regierung auf diese Schwierigkeiten. Das größte nationale Stadtentwicklungs-Investitionsprogramm ist das Programm für moderne Städte (*Modern városok program*). Neben diesen nationalen Finanzierungsmöglichkeiten wird regionale und städtische Entwicklung durch EU-Fonds gefördert. Im Programmplanungszeitraum 2014–2020 sind große Summen der Kofinanzierung für große Infrastrukturprojekte vorgesehen.

Im Hinblick auf integrierte Ansätze in Stadtgebieten und benachteiligten Gebieten steht Ungarn noch am Anfang der Durchführung solcher Projekte. Der Zeitraum 2007–2013 unterstützte „das erste wirklich integrierte sozialverträgliche Sanierungsprojekt in Ungarn“ (EC 2016: 3; Übers. d. A.). Es hatte zum Ziel, die Wohn- und Lebensbedingungen der Menschen im Magdolna-Viertel in Budapest zu verbessern, indem sowohl die Wohnungsinfrastruktur modernisiert als auch an die Anwohner gerichtete weiche Maßnahmen umgesetzt wurden. Es wurde vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mit mehr als 6,4 Mio. Euro (EC 2013) gefördert. Das regionale operationelle Programm zur territorialen und Siedlungsentwicklung 2014–2020, das den EFRE und den Europäischen Sozialfonds (ESF) einschließt, umfasst die Themen

lokale Wirtschaftsentwicklung (Industrieparks, lokale Ökonomie, nachhaltiger Tourismus, Mobilität), unternehmensfreundliche Stadtentwicklung (grüne Städte und Brachflächen, Infrastruktur für den Umweltschutz), Stadtgebiete für kohlenstoffarme Wirtschaft (städtische Verkehrsentwicklung, Energieeffizienz), lokale soziale Dienste und öffentliche Beteiligung (Gesundheitswesen, soziale Infrastruktur, benachteiligte Stadtgebiete) sowie Personal-

entwicklung und Kooperation. Es sieht rund eine Mrd. Euro für eine integrierte nachhaltige Stadtentwicklung vor (EC 2017). Ungarn verfügt des Weiteren über eine Nationale Soziale Eingliederungsstrategie (Emberi Erőforrások Minisztériuma 2014), die sich mit Fragen zu extremer Armut, Kinderarmut, den Lebensbedingungen der Roma sowie mit gebietsbezogener Ungleichheit und Segregation beschäftigt.

Quellen

EC – European Commission, 2013: Neighbourhood renovation boosts community spirit in Magdolna. Zugriff: http://ec.europa.eu/regional_policy/en/projects/hungary/neighbourhood-renovation-boosts-community-spirit-in-magdolna. [abgerufen am 21. 04. 2017].

EC – European Commission, 2016: European Structural and Investment Funds – Hungary. Zugriff: http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/policy/what/investment-policy/esif-country-factsheet/esif_funds_country_factsheet_hu_en.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].

EC – European Commission, 2017b: Territorial and settlement development OP. Zugriff: http://ec.europa.eu/regional_policy/en/atlas/programmes/2014–2020/hungary/2014hu16m2op001. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Emberi Erőforrások Minisztériuma, 2014: Magyar Nemzeti Társadalmi Felzárkózási Stratégia II. Tartósan Rászoruló – Szegény Családban Élő Gyermek – Romák. Zugriff: http://www.kormany.hu/download/1/9c/20000/Magyar%20NTFS%20II%20_2%20mell%20_NTF%20II.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Government of Hungary, 2015: Convergence Programme of Hungary 2015–2018. Zugriff: http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/csr2015/cp2015_hungary_en.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Ministry of National Development: National Development 2030, 2014: National Development and Territorial Development Concept. Zugriff: regionalispolitika.kormany.hu/download/b/c/9/e0000/OFTK_vegleges_EN.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Varró, Krisztina; Faragó, László, 2015: The Politics of Spatial Policy and Governance in Post-1990 Hungary: The Interplay Between European and National Discourses of Space. *European Planning Studies*, 24 Jg.(1), S. 39–60.

Vereinigtes Königreich

Städtische Gebiete stehen im Vereinigten Königreich, nicht anders als in anderen Ländern, vor einer Reihe von drängenden Fragen. Eine dieser Herausforderungen liegt in den großen regionalen Diskrepanzen zwischen und in den britischen Nationen, die Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Städte erforderlich machen. Darüber hinaus wird die Entscheidung der britischen Wähler vom Juni 2016, die EU zu verlassen, noch unbekannte Auswirkungen auf verschiedene Governance-Themen haben, einschließlich der Stadtpolitik.

Der britische Ansatz zur Stadtentwicklungspolitik folgt in England, Schottland, Wales und Nordirland verschiedenen Mustern. Jeder Landesteil verfügt über eigene Behörden für lokale und gemeinschaftliche Angelegenheiten. Die politischen Rahmenbedingungen unterscheiden sich vielfach voneinander, vor allem aber im Grad der Dezentralisierung der Budgets und Zuständigkeiten. Das britische Parlament verabschiedet für Stadtentwicklung bedeutsame Gesetze, wie das Gesetz zur Dezentralisierung von Stadt- und Kommunalverwaltung von 2016 oder das Stadtgebietsplanungsgesetz von 2016. Die Kompetenzen, die diese Gesetze enthalten, beziehen sich allerdings lediglich auf England. Wachsende Bemühungen, subnationale Gover-

nance-Leistungen zu stärken, bestehen landesweit. In England ist die Dezentralisierung nicht so weitreichend wie in anderen Teilen des Vereinigten Königreichs, wobei die Stadt London und ihr Umland eine Ausnahme bilden (Harding/Nevin 2015). Die Abkommen zur Dezentralisierung (*Devolution Deals*), die im Gesetz zur Dezentralisierung von Stadt- und Kommunalverwaltung festgelegt wurden, decken derzeit zwölf englische Gemeinsame Behörden (*Combined Authorities*) ab. Sie bilden spezifische Rahmenbedingungen für die Verlagerung der Haushaltsverantwortung auf die lokalen Ebenen, sodass diese entscheiden können, wie öffentliche Mittel auf ihrem Gebiet ausgegeben werden sollen (Local Government Association 2016). Diese Gemeinsamen Behörden sind mit dem Ziel gegründet worden, Städte und ihr Umland in metropolregionale Verwaltungsstrukturen zu integrieren. Wie in den Dezentralisierungsabkommen festgelegt, wählen sechs Gemeinsame Behörden Mitte 2017 per Direktwahl Metropolregionen-Bürgermeister (*Metro Mayors*). Diese Bürgermeister sind verantwortlich für Wohnungswesen und Planung, Bildung, Verkehr und in einigen Fällen auch für das Gesundheitswesen (Centre for Cities 2016). Nach der Parlamentswahl 2015 wurden 38 Vorschläge für Dezentralisierungsabkommen durch englische Städte und Kreise eingebracht.

Der Großraum London betreibt einen eigenen Strategieplan, der ein ganzheitliches wirtschafts-, umwelt-, verkehrs- und sozialpolitisches Rahmenkonzept für die Stadtentwicklung in den nächsten zwei Jahrzehnten festlegt (Greater London Authority 2016).

Verschiedene Interessenvertreter tragen zur politischen Debatte bei, wie zum Beispiel der Verband der Lokalverwaltungen (*Local Government Association*) und ihr walisischer Zweig, die Versammlung der schottischen Kommunalbehörden (*Convention of Scottish Local Authorities*), das Netzwerk Kernstädte (*Core Cities*) und das Zentrum für Städte (*Centre for Cities*). Als Teil einer recht neuen Entwicklung in England können sich Bewohner nun an der lokalen Planung beteiligen, indem sie gemeinsam Stadtgebietspläne erstellen, sobald die lokale Planungsbehörde formal ein Stadtviertelforum bestimmt hat (Department for Communities and Local Government 2016).

Öffentlich-private Partnerschaften sind in Großbritannien ein wichtiges Durchführungsinstrument für städtische und lokale (wirtschaftliche) Entwicklungspolitik. Im Jahr 2011 folgten 39 Lokale Unternehmenspartnerschaften (*Local Enterprise Partnerships, LEP*) auf die neun Regionalen Entwicklungsbehörden. Diese LEP sollen „das Wirtschaftswachstum in interkommunalen Gebieten, die als ‚natürliche Wirtschaftsräume‘ verstanden werden“ (Harding/Nevin 2015: 16; Übers. d. A.), ankurbeln.

So genannte *City Deals* und *Growth Deals* ergänzen das Instrumentarium regionaler Initiativen, indem sie die Förderbedingungen für lokale Entwicklung festlegen. *City Deals* für englische Städte begannen bereits 2011. Sie stellen „maßgeschneiderte Bündelungen von zuvor zwischen der Zentralregierung und den Kommunalbehörden bzw. den Lokalen Unternehmenspartnerschaften und anderen lokalen Körperschaften ausgehandelten Finanzierungs- und Entscheidungsfindungskompetenzen“ (Ward 2016: 3; Übers. d. A.) dar. Die erste, 2012 abgeschlossene, Periode deckte die acht größten Städte außer London ab; weitere 20 mittelgroße Städte folgen in der zweiten, 2014 abgeschlossenen, Runde (ebd.). Im Jahr 2016 wurden *City Deals* zwischen den dezentralen Verwaltungsstrukturen und der Regierung des Vereinigten Königreichs in Wales und Schottland beschlossen. Weitere solcher Abkommen sollen folgen. Die *Growth Deals* wurden im Zuge der Dezentralisierungsabkommen auf ländliche und städtische Gebiete ausgeweitet.

Neben privater Finanzierung existieren öffentliche Fördersysteme. Lokale Behörden können Kredite von der Agentur für Kommunalanleihen und von

der Europäischen Investitionsbank erhalten, um lokale Projekte zu finanzieren. Schließlich gibt es eine Vielzahl von themenspezifischen Projekten, die aus verschiedenen Quellen finanziert werden, wie z. B. Programme zur Bekämpfung von Armut oder auf Stadtentwicklung konzentrierte EU-Förderprogramme.

In den vier Landesteilen gibt es verschiedene Programme und Ansätze, die darauf abzielen, lokale Gemeinschaften und besonders benachteiligte Stadtviertel zu unterstützen.

In England werden benachteiligte Gebiete durch eine Vielzahl von Strategien und Finanzierungsinstrumente unterstützt. Ein Index zu verschiedenen Formen von Benachteiligung erfasst die Aspekte der Benachteiligung in den Vierteln englischer Städte und Gemeinden (Department for Communities and Local Government 2015). Das Programm für Familien in Schwierigkeiten (*Troubled Families Programme*) richtet sich speziell an Familien mit einer Vielzahl von Problemen, u. a. Kriminalität, abweichendem Sozialverhalten, Problemen der psychischen Gesundheit, häuslichem Missbrauch und Arbeitslosigkeit. Es wird auf Ebene lokaler Behörden betrieben und basiert auf einem Zahlung-nach-Leistung-Modell.

Schottland hat 2015 das Gemeindestärkungsgesetz verabschiedet, in dem ein Rahmen für die Kommunalplanung, die Beteiligung der Öffentlichkeit und den gemeinschaftlichen Grundbesitz festgelegt wird. Das schottische Konzept für benachteiligte Stadtviertel folgt der Sanierungsstrategie (*Regeneration Strategy*) und definiert Sanierung als einen umfassenden Prozess. Deprivation soll demnach von einer breiten Allianz aus lokalen und staatlichen Akteuren bekämpft werden (Scottish Government 2011).

In Wales bildet das Programm Lebendige und Lebensfähige Orte (*Vibrant and Viable Places Programme*) (Welsh Government 2016) den Rahmen für verschiedene Armutsbekämpfungsmaßnahmen, wie z. B. der Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut (Welsh Government 2012). Der *Communities-First*-Ansatz stellt eine Steuerungsvereinbarung auf Grundlage lokaler Partnerschaften dar, um den am stärksten benachteiligten Menschen in den entsprechenden Gebieten zu helfen.

Das Nordirische Rahmenabkommen für Stadtsanierung und Gemeindeentwicklung (*Urban Regeneration Community Development Framework*) (Department for Social Development 2013) steckt eine mittelfristige Strategie zur Beseitigung von Gebietsbenachteiligung sowie zur Stärkung von lokaler Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaft-

licher Kohäsion ab. Die eigens zu diesem Zweck geschaffenen Partnerschaften zur Stadtsanierung haben lokale Pläne für die 36 am stärksten benach-

teiligten Gebiete erstellt (Department for Communities o.J.).

Quellen

- Centre for Cities, 2016: Everything you need to know about metro mayors: an FAQ. Zugriff: <http://www.centreforcities.org/publication/everything-need-know-metro-mayors/#whois>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Department for Communities, o.J.: Introduction to Neighbourhood Renewal. Zugriff: <https://www.communities-ni.gov.uk/articles/introduction-neighbourhood-renewal>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Department for Communities and Local Government, 2015: The English Indices of Deprivation 2015. Zugriff: https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/465791/English_Indices_of_Deprivation_2015_-_Statistical_Release.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Department for Communities and Local Government, 2016: Neighbourhood planning in a nutshell. Zugriff: <http://www.neighbourhood-planning.org>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Department for Social Development, 2013: Urban Regeneration and Community Development Policy Framework. Zugriff: <https://www.communities-ni.gov.uk/sites/default/files/publications/dsd/urcd-policy-framework.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Greater London Authority, 2016: The London Plan. The Spatial Development Strategy for London Consolidated with Alterations Since 2011. Zugriff: <https://www.london.gov.uk/what-we-do/planning/london-plan/current-london-plan/london-plan-overview-and-introduction>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Harding, Alan; Nevin, Brendan, 2015: Cities and public policy: a review paper. Zugriff: <http://eprints.gla.ac.uk/118170>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Local Government Association, 2016: Devolution deals. Zugriff: <http://www.local.gov.uk/devolution-deals>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Scottish Government, 2011: Achieving a sustainable future: regeneration strategy. Zugriff: <https://beta.gov.scot/publications/achieving-sustainable-future-regeneration-strategy/pages/9>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Ward, Matthew, 2016: City Deals. House of Commons Library Briefing Paper No. 7158. Zugriff: <http://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/SN07158/SN07158.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Welsh Government, 2012: Tackling Poverty Action Plan 2012–2016. Zugriff: <http://gov.wales/topics/people-and-communities/tackling-poverty/taking-forward-tackling-poverty-action-plan/?lang=en>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Welsh Government, 2016: Vibrant and Viable Places. Zugriff: <http://gov.wales/topics/housing-and-regeneration/regeneration/vibrant-and-viable-places/?lang=en>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

Zypern

Das Stadt- und Kreisplanungsgesetz von 1972 legt in Zypern eine dreistufige Hierarchie von Entwicklungsplänen fest: den Inselplan für das ganze Land, lokale Pläne für städtische Ballungsgebiete und Bereiche von außergewöhnlicher Bedeutung sowie Flächenkonzepte auf lokaler Ebene. Seit 1992 schließt eine Erklärung für ländliche Gebiete die Lücke für Gebiete, für die es weder einen lokalen Plan noch ein Flächenkonzept gibt. Eine angemessene Umsetzung des Inselplans wurde durch die Zwangsteilung der Insel behindert und seine Neugestaltung – ein längerfristiger politischer Prozess, der eine komplexe Reorganisation bestehender Zuständigkeiten auf nationaler Ebene einschließt – wird derzeit geprüft. In den vergangenen Jahren hat sich die Raumordnungsgesetzgebung insbesondere hinsichtlich der Zuständigkeiten bei der Erstellung von Raumordnungsplänen und Veränderungen im Überprüfungsverfahren verändert. Dies hat die Beteiligung der Öffentlichkeit und den rechtlichen Rahmen für die Konsultation mit einer Vielzahl von Interessenvertretern gestärkt. Die Planungsbehörden auf nationaler, regionaler

und kommunaler Ebene überwachen die Umsetzung auf der Grundlage der Bestimmungen der Entwicklungspläne.

Die Integration nationaler Sektorpolitiken (z. B. Wohnen, Verkehr, Tourismus, Umwelt etc.) in die Raumplanung und Stadtpolitik wird durch umfangreiche Konsultationen mit den zuständigen Ministerien und Agenturen erreicht. Darüber hinaus verarbeitet der Planungsausschuss (*Πολεοδομικό Συμβούλιο*) alle Entwicklungspläne für städtische Ballungsgebiete und fasst die räumliche Dimension wichtiger Politikbereiche in stadtpolitischen Leitfäden zusammen. Der Planungsausschuss ist eine unabhängige Organisation mit Entscheidungsbeugnissen in weiten Bereichen der Stadtentwicklung und Raumordnung. Er setzt sich aus Vertretern beruflicher, unternehmerischer, akademischer und zivilgesellschaftlicher Netzwerke, aus nationalen Ministerien und Verbänden wie dem Verband der zypriotischen Stadtverwaltungen, dem zypriotischen Gemeindeverband und der zypriotischen Wissenschafts- und Technikkammer zusammen.

Der Planungsausschuss führt auch öffentliche Ausschreibungen für Konsultationen und strukturierte Anhörungen durch.

Die lokalen Behörden sehen sich mit erheblichen Herausforderungen aufgrund der begrenzten Kapazitäten des Lokalverwaltungssystems konfrontiert, die durch die Auswirkungen der Finanzkrise verschlimmert werden. Dennoch haben sie verschiedene Formen der interkommunalen Zusammenarbeit entwickelt, um gemeinsame Herausforderungen zu lösen, wie auch informelle Vereinbarungen für die interkommunale Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden (z. B. im städtischen Ballungsraum rund um Nikosia) und räumliche Formen der Multi-Level-Governance (z. B. für regionale Wasserbehörden) entwickelt. Aufgrund der Unzulänglichkeiten des derzeitigen Lokalverwaltungssystems wurden eine breite Reform und ein neuer gesetzlicher Rahmen für die Ausübung der Lokalverwaltung zuwege gebracht. Durch diese Reform sollen regionale Cluster Kompetenzen in der Entwicklungskontrolle (der Prozess der Genehmigung von Entwicklungen unter den im Planungssystem festgelegten Bedingungen), der Wasserwirtschaft und Abwasserentsorgung sowie der Abfallwirtschaft erwerben. Lokale Cluster würden unter anderem Grünflächen, den öffentlichen Raum und die Abfallentsorgung regeln. Insgesamt ist die Reform darauf ausgerichtet, den Koordinierungs-, Überwachungs- und Regulierungsrahmen des lokalen Regierungssystems zu aktualisieren und zu straffen.

Lokale Verbände und organisierte Interessengruppen sowie lokale Wirtschaftskammern und Wirtschaftsverbände können durch gesetzliche Verfahren und informelle öffentliche Beteiligungsverfahren am Planungsprozess mitwirken. Die größeren Gemeinden führen gelegentliche projektspezifische Konsultationsaufrufe durch. Die Abteilung Stadtplanung und Wohnungswesen hat kürzlich mehrere experimentelle Strukturierte Demokratische Dialogprozesse als Instrument für eine partizipative Bottom-up-Planung durchgeführt. Die Ergebnisse werden in Bezug auf ihre Nützlichkeit als Konsensbildungsinstrument zur Förderung der Beteiligung der Bevölkerung auf Stadtviertelebene evaluiert.

Die Generaldirektion für Europäische Programme, Koordinierung und Entwicklung ist für die Koordinierung mit der EU-Kohäsionspolitik zuständig. Nach den operationellen Programmen des laufenden Programmplanungszeitraums sollen die Ziele der nachhaltigen Stadtentwicklung durch parallele Interventionen in vorrangigen Bereichen wie Klimawandel und Umweltschutz, Beschäftigung und Arbeitsmobilität, soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung sowie nachhaltige städtische Mobilität erreicht werden. Dementsprechend identifiziert eine Reihe von Strategien zur Integrierten Nachhaltigen Stadtentwicklung die grundlegenden Entwicklungsbedürfnisse und Potenziale jedes Interventionsbereichs, insbesondere in Bezug auf benachteiligte Stadtviertel. Die vier größten Kommunen (Nicosia, Limassol, Larnaca und Paphos) haben diese Strategien auf Grundlage der von der Abteilung für Stadtplanung und Wohnungswesen auf nationaler Ebene festgelegten Spezifikationen mitentwickelt. Dazu gehören Leitlinien für ein integriertes Konzept für die Stadtentwicklung und die Festlegung thematischer Prioritäten und Auswahlkriterien mit 135 Indikatoren im Zusammenhang mit demografischen Entwicklungen, der wirtschaftlichen Lage, ökologischer Nachhaltigkeit, Mobilität, kultureller und sozialer Infrastruktur usw.

Die Verwaltung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds erfolgt in Partnerschaft mit nationalen und/oder regionalen Behörden durch ein System der gemeinsamen Verwaltung. Die Verwaltungsbehörden haben bestimmte Funktionen an sogenannte zwischengeschaltete Stellen zugewiesen, so z. B. die Auswahl, die Beobachtung und die Überprüfung von Projekten. Für die Stadtentwicklung wurde das Innenministerium als das für die Beobachtung und Überprüfung von Projekten zuständige zwischengeschaltete Stelle benannt, während die vier lokalen Behörden, die die Strategien zur Integrierten Nachhaltigen Stadtentwicklung vorbereitet haben, für die Auswahl der Projekte in ihrem Hoheitsgebiet verantwortlich sind. Für den Programmplanungszeitraum 2014–2020 machen die Mittel für die Stadtentwicklung 18,5 Prozent des Budgets des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Zypern aus, aber die Projektdurchführung hat sich aufgrund der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die staatlichen und privaten Ausgaben sowie auf den Zugang zu den finanziellen Ressourcen stark verzögert.

7 Integrierte Stadtentwicklung in Brasilien, China, Indien, Südafrika und den USA

Nach den Ausführungen zu europäischer Stadtpolitik soll im folgenden Kapitel der Blick ergänzend auf globale Beispiele gerichtet werden. Die Art und Weise, wie die in diesem Kapitel vorgestellten Länder sich entwickeln und die städtischen Herausforderungen in Angriff nehmen, wird nicht nur aufgrund ihrer Bevölkerungszahlen globale Folgen nach sich ziehen. Aufgrund der schnellen und bisher beispiellosen Verstärkerprozesse in Brasilien, China, Indien und Südafrika sind die Klima- und Umweltauswirkungen dieser Entwicklungen massiv. Sozioökonomische Veränderungen in diesen Ländern und ihren Städten beeinflussen die globalen Ströme von natürlichen Ressourcen, Produkten, Kapital, Technologien, Informationen und Menschen grundlegend.

Brasilien

Brasilien ist eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Mit einem Urbanisierungsgrad von 85 Prozent übertrifft es viele europäische Länder. Brasilien weist außerdem mit den größten wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten auf. Viele Stadtbewohner leben in informellen Siedlungsgebieten, so genannten *Favelas*, unter schlechten Lebensbedingungen in prekären Gebieten.

In Brasilien legen die Bundes- und die Landesregierungen die politischen Leitlinien für Stadtentwicklung fest und stellen die für die städtische Infrastruktur benötigten Finanzmittel bereit. Die Kommunalverwaltungen spielen eine herausragende Rolle in der Dienstleistungserbringung und -implementierung. Darüber hinaus besitzen private Unternehmen eine Konzessionsvereinbarung für die Dienstleistungserbringung. Ab den 1990-Jahren, mit der Rückkehr von Demokratie und öffentlicher Rechenschaftspflicht, hat Brasilien das städtische Wachstum und die damit verbundenen sozialen und ökologischen Probleme ernsthafter in Angriff genommen. Der rechtliche und verfassungsrechtliche Reformprozess führte zu Governance-Vereinbarungen, die den Dialog zur Förderung der Demokratie stimulieren und die soziale Ungleichheit in städtischen Gebieten vermindern sollten. Im Jahr 2001 mündete dieser Prozess in der Verabschiedung des Stadtstatuts, einem Meilenstein in der Anerkennung der sozialen Funktion von Eigentum, für die Bekämpfung sozialer Ungleichheit und für die Umsetzung von Stadtentwicklungspolitik (Barros et al. 2010; Marques 2013).

Umweltzerstörung, Wohnraummangel und Migrationsbewegungen, die durch die Risiken des Klimawandels oder die Suche nach besseren Lebensbedingungen verursacht werden, sind einige der Herausforderungen, die sich auf (städtische) Gesellschaften weltweit auswirken. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen definieren die Schaffung von integrativen, sicheren, resilienten und nachhaltigen Städten als globale Herausforderung. Verlässt man den rein europäischen Blickwinkel, so kann eine Diskussion über globale Trends mit einer ausgeprägten urbanen Dimension dazu beitragen, den breiteren Kontext der europäischen Stadtentwicklung zu verstehen. Auf diese Weise können auch neue Lösungen gefunden werden.

Im Jahr 2003 gründete Präsident Luiz Inácio Lula da Silva das Ministerium für Städte (*Ministério Das Cidades, MCID*). Das Ministerium ist zuständig für: 1) sektorale Politiken für Stadtentwicklung, Wohnungswesen, Umwelthygiene und Stadtverkehr, 2) Zusammenarbeit mit verschiedenen Regierungsebenen, dem privaten Sektor und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Seine Aufgabe ist es, Städte mit Hilfe demokratischer Steuerung und der Integration von öffentlicher Politiken im Bereich Stadtplanung, Wohnungswesen, Sanitärversorgung, städtischer Mobilität, Zugänglichkeit und Transport humaner, sozial und wirtschaftlich gerechter und umweltfreundlicher zu gestalten. Das Ministerium für Städte arbeitet eng mit betroffenen Organisationen und der Zivilgesellschaft zusammen.

Im Jahr 2004 wurde der Nationalrat der Städte gegründet. Die gewählten Mitglieder des Rates vertreten unterschiedliche Bereiche der Gesellschaft, einschließlich Stadtinitiativen, NGOs und Berufsverbänden. Mit dem Ministerium für Städte hat der Rat eine städtebauliche Agenda entwickelt, die sich darauf konzentriert, 1) die demokratische Verwaltung der Städte zu institutionalisieren, 2) öffentliche Regulierung städtischer Flächen und 3) die Prioritäten der städtischen Investitionspolitik zur Förderung von sozial-räumlicher Gerechtigkeit neu festzulegen. Neue städtebauliche Strategien wie der Nationale Umwelt- und Sanitärplan, der Nationale Wohnungsplan, der Nationale Fonds sowie das Nationale System für Sozialwohnungen, die Nationale Strategie für Stadtmobilität und der Nationale Plan für Risiko-



Bild: Mario Roberto Durán Ortiz – Curitiba

management und die Bewältigung nationaler Katastrophen wurden verabschiedet. Die demokratisch gewählten Gemeinderäte der Städte, die verschiedene Teile der Zivilgesellschaft vertreten, machten ihren Einfluss auf die Formulierung und Umsetzung der Stadtentwicklungspolitik geltend. Die Bundesregierung unterstützt die Kommunen mittels Katastrophenrisikoplanung bei der Bekämpfung von Erosionen, Überschwemmungen und Erdbeben.

Partizipative Budgetplanung fördert ein integratives Stadtmanagement. In vielen brasilianischen Städten wird die Zivilgesellschaft aktiv an der Festlegung der kommunalen Budgets sowie an den wichtigsten strategischen Entscheidungen in der Stadtentwicklung beteiligt. Eine der bekanntesten dieser Ansätze verfolgenden Städte ist Porto Alegre (Leubolt/Novy/Becker 2008), eine der vielen schnell wachsenden Städte. Die Stadt hat sich dank innovativer Umweltpolitik ein hochwertiges Lebensumfeld bewahrt. Die Gemeinde unterstützt die Bürgerbeteiligung nachdrücklich, was zu einer hohen staatlichen Rechenschaftspflicht, guten Gesundheitsdaten und einem starken Umweltmanagement beiträgt. Die Umweltindikatoren von Porto Alegre sind mit westeuropäischen Städten vergleichbar.

Das Programm zur Wachstumsbeschleunigung (*Programa de Aceleração do Crescimento, PAC*) aus dem Jahr 2007 unterstützt eine integrierte Bottom-up-Stadtplanung ebenso wie partizipative Entscheidungsfindung. Die Investitionen werden von der Bundesregierung, den Landesregierungen und den Kommunalverwaltungen finanziert. Das Programm hat es sich zum Ziel gemacht, Abwasserkanalisation und Wassernetzwerke, städtische Mobilität, Zugang zu erschwinglichem Wohnraum, Urbanisierung von prekären Ansiedlungen sowie öffentliche Einrichtungen, Schulen, Gesundheitszentren, Freizeit- und Kulturzentren und die

Verlegung von Gemeinden weg aus gefährdeten Gebieten zu fördern. Diese Prioritäten wurden mit ehrgeizigen sozialen Zielen wie dem Zugang zu wirtschaftlichen Möglichkeiten, der Stärkung von Gemeinschafts- und Umweltbewusstsein sowie dem Zugang zu den wichtigsten öffentlichen Diensten wie Schulen, Berufs- und Gesundheitszentren und kulturellen Aktivitäten kombiniert. Das PAC wurde mit weiteren vier Jahren (2015–2018) um einen dritten Zeitraum verlängert. Weltweit ist es eines der großen Slumsanierungsprogramme; es erreicht rund 2,5 Millionen Familien (UN-Habitat 2016).

Das Wohnungsprogramm *Mein Zuhause, Mein Leben (Minha Casa, Minha Vida, PMCMV)* wurde mit dem PAC Slumsanierungsprogramm 2009 ins Leben gerufen und von der brasilianischen Bundesregierung finanziert (ebd.). Das Programm bietet Familien mit niedrigem Einkommen mittels Zuteilung von öffentlichen Subventionen und günstigen Wohnungsbaudarlehen die Chance, ein Haus zu besitzen. Mehr Wohnraum wird dringend benötigt: laut dem XII demografischen Zensus (*CENSO 2010*) wurde ein Wohnungsdefizit von 6,49 Millionen Wohneinheiten ermittelt. Das PMCMV will Wirtschaftswachstum mit einer gerechteren Einkommensverteilung erreichen, die die Armut mindert und Millionen von Brasilianern Zugang zum offiziellen Arbeitsmarkt ermöglicht (UN ECOSOC 2014). Allerdings sind Zweifel hinsichtlich der Umsetzung dieses Programms zum Ausdruck gebracht worden. Öffentlich geförderter Wohnraum ist häufig in den äußersten Peripherien von Städten geschaffen worden, wo die Bodenpreise niedrig, aber der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Verkehrsmöglichkeiten und städtischen Ressourcen wie Jobs für die Menschen erschwert sind (Rioonwatch 2013; Selvanayagam 2014). Darüber hinaus besteht das Risiko, dass die effektive Um-

setzung und Koordination durch entgegengesetzte finanzielle und politische Interessen, z. B. zwischen Entwicklern und Bewohnern, unterminiert werden (Novacich 2011; Santos Junior/Montadon Todtmann 2011).

Trotz der Vorreiterrolle des Landes und erheblicher Fortschritte stellen städtebauliche Probleme in Brasilien weiterhin eine Herausforderung dar und sozialräumliche Ungleichheiten bestehen fort (UN-Habitat 2016). Progressive Gesetze zugunsten integrierter Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung bilden einen Anfang. Nachhaltige Veränderungen erfordern umfangreiche Investitionen, vollständige Umsetzungen sowie die institutionelle Unterstützung für Kommunalregierungen und eine robuste Planungs- und Koordinationsfähigkeit (Ministério do Planejamento 2014). Ebenso ist

ein starkes Mehrebenen-Governance-System unter Einbeziehung aller Interessenvertreter erforderlich. Die Bundesregierung erntete bei der Vorbereitung auf die FIFA Fußball-Weltmeisterschaft und auf die Olympischen Spiele scharfe Kritik, da sie den internationalen Sportturnieren umfangreiche Unterstützung zusicherte, während Bürger dringend benötigte Investitionen in Stadtentwicklung, Sozialwohnungen und Grunddienstleistungen fordern (Rioonwatch 2016). Als größte Herausforderung gilt weiterhin die Schaffung einer stabilen mehrstufigen Stadtverwaltung und eines soliden Finanzmanagements.

Mitwirkende

Paulo Alas, Experte zu Wohnungsfragen, Ministerium für Städte, Brasilien

Isabela Baião Dowsley, Stadtpolitische Beraterin

China

China gehört zu den Ländern, in denen Verstädterung am schnellsten stattfindet: Fünf der Städte mit dem größten Bevölkerungswachstum in absoluten Zahlen sind chinesische Städte; Shanghai und Peking gehören zu den Top Ten der größten Ballungszentren weltweit. Die Urbanisierungsrate 2014 wird auf rund 55 Prozent geschätzt, während das Urbanisierungsniveau voraussichtlich kontinuierlich ansteigen wird. Das Urbanisierungstempo stellt hohe Anforderungen an die Stadtplanung und -entwicklung, vor allem vor dem Hintergrund ernsthafter Herausforderungen aufgrund einer unausgewogenen Regionalentwicklung bezüglich des Stadt-Land-Gefälles, Umweltzerstörung, einer alternden Gesellschaft, sozialer Ungleichheit, Energie- und Nahrungsmittelsicherheit und einem langfristig zu erwartenden Rückgang des Wirtschaftswachstums (The World Bank/Development Research Center of the State Council, P.R. of China 2014).

In Anerkennung dieser Herausforderungen hat die chinesische Regierung einige Prioritäten der Stadtpolitik definiert: Stärkung der Beziehung zwischen Stadt und Land, Verbesserung der Stadtgestaltung, nachhaltige Stadtentwicklung, Schaffung von widerstandsfähigen und intelligenten Städten und Förderung der Stadterneuerung. Diese Prioritäten schlagen sich im neuen Urbanisierungsplan von 2014 nieder, der neuesten und umfassendsten Stadtentwicklungsstrategie Chinas (Chinese Government 2014). Der Plan beschreibt vier Hauptaufgaben:

- Ländliche Migranten zu Stadtbürgern zu machen und ihnen die gleichen Rechte wie Stadtbewohnern zu verschaffen, damit sie Zugang zu öffentlichen Einrichtungen wie Bildung, Kran-

kenversicherung, Wohnraum, Rente etc. erhalten;

- Verbesserung der Stadtplanung zur Förderung von Ballungsräumen und zur Schaffung einer ausgewogenen Stadt-Land-Entwicklung mit Schwerpunkt auf kleinen und mittelgroßen Städten;
- Förderung einer umweltverträglichen Stadtentwicklung;
- Beschleunigung der Entwicklung von ländlichen Gebieten, Diversifizierung wirtschaftlicher Entwicklung und landwirtschaftliche Modernisierung.

Der neue Urbanisierungsplan betont die Entwicklung der Metropolregionen Peking – Tianjin – Hebei, die Deltas der Flüsse Yangtze und Pearl River, womit so genannte Stadtcluster gebildet werden (Hu/Chen 2015). Es liegt in der Verantwortung der Zentralregierung, die Entwicklung dieser interprovinziellen Cluster zu fördern, während jede Landesregierung für die Entwicklung in ihrer eigenen Provinz verantwortlich ist (ebd.). Die chinesische Regierung betrachtet Urbanisierung als eine Möglichkeit, das Wirtschaftswachstum zu fördern. In diesem Sinne soll Stadtentwicklungspolitik das wirtschaftliche Potential der Urbanisierung freisetzen und Städte zugleich effizienter, integrativer und nachhaltiger machen. Innerhalb des Verwaltungssystems Chinas besitzen die subnationalen Regierungen keine eigene Macht, während die nationale Regierung als Autorität über den Gebietskörperschaften steht. Während seitens der Staatsregierung Mandate erteilt werden können, übernehmen die Städte eine Vielzahl von Verantwortlichkeiten. Von den lokalen Regierungen wird in der Regel er-

wartet, die zentral entworfenen Strategien zu finanzieren. Das chinesische Verwaltungssystem ist stark von Hierarchien geprägt und basiert auf Delegation. Größere Städte können autonomere Entscheidungen treffen und haben mehr Zugang zu öffentlichen Mitteln. Allerdings verfügen kleinere Städte und ländliche Gebiete nur über einen unzureichenden Zugang zu staatlichen Mitteln, z. B. für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen (OECD 2015b).

In China besteht das Raumplanungssystem aus der Stadtplanung, der Landnutzungsplanung und der wirtschaftlichen Entwicklungsplanung. Diese unterschiedlichen Planungsaufgaben gehören zu verschiedenen Regierungsstellen auf allen Regierungsebenen. Die Diskrepanz zwischen diesen drei Planungsbereichen führt zu einer Ineffizienz von Investitionen, Landnutzung und Planungsfähigkeit. Ein klarer interdisziplinärer Koordinationsmechanismus ist sowohl aus legislativer als auch aus administrativer Sicht erforderlich.

In Bezug auf die Ausgabenverantwortung ist China ein sehr dezentralisiertes Land (ebd.). Im Jahr 2011 stellten die lokalen Einkommenssteuereinnahmen 47 Prozent des Gesamtsteueraufkommens der öffentlichen Haushalte und 34 Prozent des Gesamtumsatzes der öffentlichen Haushalte dar (ebd.: 189). In einem solchermaßen dezentralisierten Fiskalsystem mit begrenzter finanzieller Unterstützung durch die nationale Regierung haben die Provinz- und Kommunalregierungen Schwierigkeiten bei der Erhaltung von Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Renten, Arbeitslosenversicherung und sozialer Fürsorge, für die sie innerhalb ihrer territorialen Grenzen voll verantwortlich sind (ebd.). Um mit

anderen Regionen konkurrieren zu können, eine hohe Urbanisierungsrate zu erreichen und die Investitions- und Ausgabenverantwortung zu erfüllen, nimmt die Kommunalverwaltung übermäßige Kredite auf, oft über staatliche Banken und durch Leasing von eigenen Grundstücken. Aufgrund der mangelnden Aufsicht der Behörden auf nationaler und lokaler Ebene sind die Ausgabenkontrolle und die Berichterstattung darüber sehr unzureichend (ebd.: 197). Alles in allem führt die hochzentralisierte und hierarchische Entscheidungsfindung zu einer übermäßigen Kreditaufnahme und einer Fehlallokation von Ressourcen und untergräbt die Wirksamkeit und Effizienz der Dienstleistungserbringung.

Unterprivilegierte Stadtviertel an sich stellen keine festen Einheiten oder Ziele für Interventionen dar. Städtebauliche Regeneration spielt in der chinesischen Stadtpolitik noch keine große Rolle, verglichen mit den entsprechenden Ansätzen in vielen europäischen Ländern. Allerdings wird das Thema in der aktuellen staatlichen Urbanisierungspolitik betont. Im Allgemeinen vergeben die kommunalen Regierungen Regenerationsprojekte an private Entwickler und staatliche Unternehmen. Wegen der hohen Grundstückspreise in den Innenstädten sind diese Projekte in der Regel für Investoren rentabel. Allerdings sollten die kulturellen und historischen Werte der sanierten Gebiete sowie die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Bewohner oftmals besser geschützt werden.

Die lokalen Regierungen müssen jährliche Ziele für die Durchführung von Stadterneuerungsprojekten in Übereinstimmung mit dem Plan der Zentralregierung erreichen. Vor kurzem hat die Zentralre-

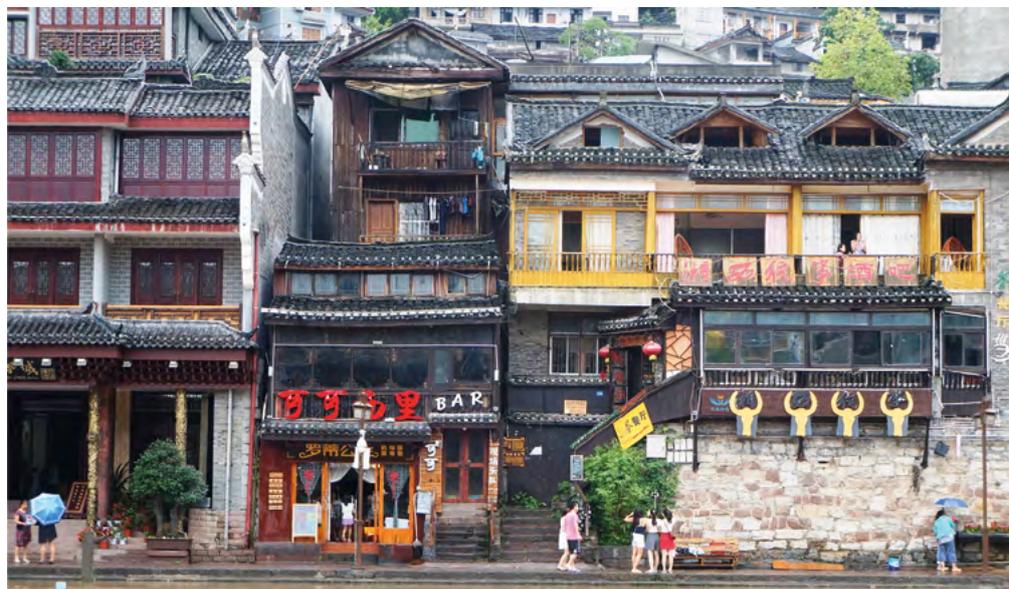


Bild: Pexels/@little boy

gierung alternative Programme entwickelt, um die Interessen aller beteiligten Akteure anzusprechen, wie im Fall der Sanierung und Verlagerung des sogenannten städtischen Dorfes in Shenzhen. Städtisches Dorf ist ein Ausdruck für ein informelles Stadtviertel oder Slum, oftmals durch Immigranten erbaut. Die Herangehensweise an solche informellen Siedlungen hat sich vom Abbruch hin zu

der allmählichen Sanierung und Verbesserung von Infrastruktur, Grünflächen, öffentlichem Raum und sozialen Einrichtungen verschoben.

Mitwirkende

Xiaocun Ruan, East & West Urban Consultancy, Den Haag, Niederlande

Indien

Mit einer Urbanisierungsrate von rund 33 Prozent (The World Bank 2013) ist Indien in erster Linie eine ländliche Gesellschaft. Das Land gehört jedoch zu den am schnellsten verstärkenden Nationen der Welt: Bis 2050 wird die Urbanisierungsrate Indiens voraussichtlich 60 Prozent übersteigen, was einem Wachstum der städtischen Bevölkerung von 373 Millionen auf 814 Millionen entsprechen würde (UN Population Division 2014). Die Zahl der Großstädte stieg von 35 im Jahr 2001 auf 52 im Jahr 2011 (MoHUPA 2016) und der städtische Anteil am BIP wird voraussichtlich von 52 Prozent im Jahr 2005 75 Prozent im Jahr 2031 (ebd.) steigen. Die Regierung hat ein ehrgeiziges 100-Intelligente-Städte-Projekt (*100 Smart Cities*) ins Leben gerufen, um die städtische Wissensökonomie zu stärken. Doch mit dem Wachstum der städtischen Bevölkerung steigen auch die städtische Ungleichheit und Armut (Padam/Singh 2004; UN-Habitat o.J.).

Indische Städte können als bevölkerungsreiche Gebiete mit unzureichendem Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen beschrieben werden. Indiens Urbanisierung ist vor allem von hohen Geburtenraten geprägt, was 55–60 Prozent des Nettoanstiegs der städtischen Bevölkerung und eine Umwandlung von ländlichen zu städtischen Gebieten ausmacht, während 20–22 Prozent auf die Land-Stadt-Migration zurückzuführen sind (MoHUPA 2016). Ein Viertel der indischen Stadtbevölkerung lebt in Slums (The World Bank 2016). Diese Gebiete zeichnen sich durch minderwertige Wohnungen aus, haben keinen Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Infrastruktur und sind besonders anfällig für die Auswirkungen von Klimawandel und Naturkatastrophen.

Da sie über keinen gesetzlichen Status bezüglich der Wohnungsbelegung verfügen, sind die Bewohner tendenziell durch die Androhung von Zwangsräumungen angreifbar. Darüber hinaus werden Maßnahmen zum Schutz der Bewohner vor den Folgen des Klimawandels in den meisten Städten als unzureichend kritisiert (Revi 2008; Sharma/Tomar 2010). Trotz partizipativer Ansätze zur Stadtplanung unter Einbeziehung von Nichtregierungsorga-

nisationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, indigenen Bevölkerungsgruppen, privaten Einrichtungen und der Regierung besteht die Kritik, dass arme Menschen in den Städten nicht von Stadt-sanierungen profitieren. Sie müssen weiterhin um grundlegende Infrastruktur kämpfen (Human Settlements Group 2015). Indiens Wohnungsmarkt ist für seine Intransparenz und die ungenügende Bereitstellung nachhaltiger Lebensbedingungen kritisiert worden (Kumar 2001).

In Indien sind das Ministerium für Stadtentwicklung und das Ministerium für Wohnungswesen und städtische Armutsbekämpfung für die Formulierung von politischen Rahmenbedingungen, die Implementierung von zentral geförderten Programmen und die Bereitstellung von technischer Unterstützung und Beratung zur Förderung einer ordnungsgemäßen Urbanisierung verantwortlich. Die Landesregierungen sind in erster Linie für die Umsetzung von Strategien und Projekten verantwortlich, während die Zentralregierung immer noch eine Rolle bei der Zuweisung von Mitteln und Ressourcen spielt. Die städtischen Kommunalbehörden werden als dritte Regierungsstufe betrachtet, mit eigenen politischen, funktionalen und fiskalischen Befugnissen. Allerdings werden diese Funktionen, Befugnisse und Verantwortlichkeiten durch staatliche Gremien vorgegeben (MoHUPA 2016). Im Allgemeinen charakterisiert die Überschneidung von Kompetenzen verschiedener Stellen, teils ohne klare Abgrenzung der Zuständigkeiten, die Governance-Struktur Indiens.

Das 74. Verfassungsänderungsgesetz wurde 1992 ins Leben gerufen, um den Gemeinden „mehr funktionale, finanzielle und politische Befugnisse zu verleihen“ (MoHUPA 2016: 24; Übers. d. A). Darauf folgte der im Jahr 2002 ins Leben gerufene Fondsfonds für Stadterneuerung (*Urban Reform Incentive Fund, URIF*), der „systemische Schwachstellen eliminieren sollte, um die kommunale Finanzierung und die Funktionsfähigkeit zu stärken“ (ebd.) und die Staaten bei der Beschleunigung von Reformprozessen, der Armutsbekämpfung und Verbesserungen im Wohnungsbau unterstützen sollte. Der



Bild: commons.wikimedia.org/Palava City – Palava City

URIF kann Staaten auf der Grundlage von Reformfortschritten zugewiesen werden. Wenn ein Staat bestimmte politische Bedingungen erfüllt, wird ein vorgegebener Betrag an diesen Staat ausbezahlt. Danach wurde im Jahr 2005 die Nationale Stadterneuerungsmission Jawaharlal Nehru (*Jawaharlal Nehru National Urban Renewal Mission, JNNURM*) für Infrastrukturentwicklung und die Bereitstellung von grundlegenden Dienstleistungen ins Leben gerufen. Gleichzeitig wurden städtische Gebietskörperschaften unterstützt (MoHUPA 2016). Die JNNURM ordnet die Vorbereitung des Stadtentwicklungsprogramms an und förderfähige Städte können auf eine Finanzierung aus diesem Programm zugreifen. Während die JNNURM in Bezug auf Stadtentwicklung und Finanzinvestitionen ihren Beitrag geleistet hat, wurde sie aber auch für „Misserfolge in der Etablierung von Stadtplanung, unvollständige Reformen und träge Fortschritte bei der Implementierung“ (Bhagat 2016: 7; Übers. d. A.) kritisiert.

Die Nationale Städtische Wohnungs- und Lebensraumpolitik wurde 2007 ins Leben gerufen und zielt darauf ab, gesellschaftlichen Risikogruppen erschwinglichen Wohnraum zu verschaffen. Darauf folgte der *Rajiv Awas Yojana (RAY)*, der im Jahr 2011 vom Ministerium für Wohnungswesen und Städtische Armutsbekämpfung ins Leben gerufen wurde und ein „Indien ohne Slums“ (MoHUPA 2016; Übers. d. A.) verwirklichen wollte. RAY legt den Schwerpunkt auf eine städtische Wohnungspolitik zur Ermöglichung von integrativen und gerechten Städten. Das Programm wird bis mindestens 2022 laufen. Ferner wurde 2013 die *National Ur-*

ban Livelihoods Mission vom Ministerium für Wohnungswesen und Städtische Armutsbekämpfung ins Leben gerufen, um die Armut von Bedürftigen in Städten durch die Schaffung von Arbeitsplätzen zu mindern (ebd.). Im Jahr 2015 bildete die Regierung den Nationalen Investitions- und Infrastrukturfonds (NIIF). Der NIIF wird durch inländische Investoren, multilaterale Institutionen, Staatsfonds, Pensionskassen und Politik- und Infrastrukturinstitute finanziert. Er kann für Investitionen in Infrastrukturprojekte verwendet werden. Ein weiteres städtisches Infrastrukturinvestitionsprojekt ist die Initiative *Public Private Partnership (PPP)*, die im Jahr 2005 vom Finanzministerium ins Leben gerufen wurde. Die durch die PPP durchgeführten städtischen Infrastrukturprojekte unterstützen die Markterschließung und können von der Expertise, Effizienz und kostengünstigen Lösungen des privaten Sektors profitieren. Die indische Regierung hat Leitlinien für die Formulierung, Bewertung, Genehmigung und Strukturierung von PPP-Projekten erstellt (Department of Economic Affairs 2013; MoHUPA 2016). Zuletzt wurde 2015 der Plan *Pradhan Mantri Awas Yojana* ins Leben gerufen; er baute auf dem Wohnraum-für-alle-Programm auf. Dieser Plan der Zentralregierung verfolgt in erster Linie das Ziel, 20 Millionen Wohneinheiten für die Armen in Städten über einen Zeitraum von sieben Jahren zu bauen (MoHUPA 2016).

Abgesehen von dem Projekt Intelligente Städte sind weitere wichtige Initiativen und Programme zur Finanzierung der städtischen Infrastruktur die *Swachh Bharat Mission*, das Programm *National Heritage City Development and Augmentation Yo-*

jana, die *Atal Mission for Rejuvenation and Urban Transformation* sowie öffentlich-private Partnerschaftsinitiativen, um nur einige zu nennen (UN ESCAP 2016).

Indien verfügt über ein großes Potenzial für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Das städtische Bevölkerungswachstum könnte das Wirtschaftswachstum steigern. Allerdings sind ganzheitliche

stadtpolitische Maßnahmen, unterstützt durch eine robuste mehrstufige und aus verschiedenen Interessenvertreter bestehende Governance dringend erforderlich, um die aktuellen städtischen Probleme zu bewältigen.

Mitwirkende

Charu Joshi, Ceeoedeccon

Südafrika

Mit 62 Prozent der in Städten lebenden 50 Millionen Einwohner ist Südafrika eines der am stärksten verstädterten und am schnellsten urbanisierenden Länder Afrikas. In den vergangenen 20 Jahren ist die Urbanisierungsrate um 10,3 Prozentpunkte gestiegen und man geht davon aus, dass die Urbanisierungsrate bis 2050 etwa 80 Prozent erreichen wird (OECD 2015a, UN-Habitat 2014).

Auch 23 Jahre nach dem Übergang Südafrikas zu einer nicht-rassistischen und demokratischen Politik ist die Nation noch immer durch das Erbe der Apartheid geprägt. Der historische Einfluss der gesetzlich auferlegten sozioökonomischen und räumlichen Ungleichheit ist in den modernen Städten Südafrikas besonders sichtbar (Harferburg/Huchzemeyer 2014). Während man anerkennt, dass die größten Städte Südafrikas die Antriebsmotoren der Volkswirtschaft sind und einen Beitrag von mehr als 70 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt des Landes leisten, sind diese Gebiete paradoxerweise auch räumlich stark fragmentiert und weisen unzureichenden Wohnraum,

unzureichende Infrastruktur und ein hohes Einkommensgefälle auf (CoGTA 2016; SACN 2016).

Es ist bemerkenswert, dass die offizielle Stadtpolitik in der demokratischen Ära relativ neu ist. Im Jahr 2016 veröffentlichte Südafrika nach mehr als einem Jahrzehnt der Vorbereitung den Integrierten Stadtentwicklungsrahmen (*Integrated Urban Development Framework, IUDF*). Dieser Rahmen baut auf Elementen des Nationalen Entwicklungsplans (*National Development Plan, NDP*) auf, der auf der in den 1990-Jahren formulierten Stadtentwicklungspolitik basiert und darauf abzielt, bis 2030 die Armut zu beseitigen und die Ungleichheit zu verringern (CoTGA 2016; NPC 2011; SACN 2016). Der IUDF erweitert speziell die Vision der NDP für das Südafrika der Städte und strebt nach „lebenswerten, sicheren und ressourceneffizienten (Groß-) Städten, die sozial und wirtschaftlich integriert und global wettbewerbsfähig sind und wo die Bewohner aktiv am urbanen Leben teilnehmen“ (CoGTA 2016; Übers. d. A.). Das Rahmenwerk hat vier stra-



Bild: commons.wikimedia.org/Andres de Wet – Kapstadt

tegische Ziele: 1) besserer Zugang zu sozialen und wirtschaftlichen Dienstleistungen, Möglichkeiten und Entscheidungen; 2) umfassendes, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und -entwicklung; 3) bessere Regierungsführung zur Stärkung der Kapazitäten des Staates und der Bürger, die soziale Integration voranzubringen; 4) räumliche Transformation in den Bereichen Siedlungswesen, Transport- und Sozialpolitik und Wirtschaft. Diese Ziele verankern die im Rahmenabkommen formulierten politischen Prioritäten wie Stadtplanung, Mobilität, menschliche Ansiedlungen, Governance, Lebensgrundlagen und nachhaltige Finanzen (ebd.).

Der IUDF ist eine politische Initiative der nationalen Regierung und wird von der Abteilung für Kooperative Regierungsführung und Traditionelle Angelegenheiten (CoGTA) koordiniert. Die Vision von CoGTA ist es, „ein funktionelles und entwicklungs-politisches Regierungssystem zu schaffen, das seine verfassungsrechtlichen und legislativen Mandate innerhalb eines Systems der kooperativen Governance erfüllt“ (ebd.; Übers. d. A.). Im Rahmen der Verfassung von 1996 (nach der Befreiung) wurde der südafrikanische Staat in drei autonome, aber voneinander abhängige Regierungsbereiche organisiert: Nation, Provinz, Kommune.

Die Kommunalverwaltung, die im Jahr 2000 neu organisiert wurde, wurde in die Kategorien Großstädte, Landkreise und Gemeinden unterteilt. Südafrika hat acht Großstadt-Gemeinden, die sich dadurch unterscheiden, dass sie jeweils höhere Kapazitäten und Einnahmen haben als andere Kommunalbehörden. Wie ihre kleineren Pendanten hängt auch deren Dienstleistungserbringung und Effizienz von Kooperation in der Formulierung, Umsetzung und entsprechenden Budgetzuweisung ab. Die Gemeinden spielen eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung nationaler Strategien und der Reaktion auf spezifische regionale Kontexte. Kommunen stehen vor der schwierigen Aufgabe, konstitutionelle Mandate des Staates und die Dienstleistungserwartungen der Gemeinschaften vor Ort im Rahmen begrenzter finanzieller Ressourcen miteinander zu vereinbaren.

Trotz der Anerkennung jeder einzelnen Regierungsebene besteht die große Herausforderung für die städtebauliche Entwicklung im südafrikanischen Kontext darin, dass durch Überlappung von Mandaten und ineffizienten zwischenstaatlichen Beziehungen die Effizienz der Governance untergraben werden kann (SACN 2016). Beispiel für diese Ineffizienz sind die Überschneidungen von Rollen auf lokaler und Provinzebene, das Fehlen systematischen Austauschs zwischen Kabinettsmitgliedern und Städten und schwache langfristige Planungs- und Finanzierungsansätze (CoGTA

2016: 84). Der IUDF verlangt auch, dass die nationale Aufsicht über die kommunalen Leistungen gestrafft wird.

Die Stadträte von Metropolen verfügen über eigene großstädtische Budgets, gemeinsame Immobilienbewertungen und Servicetarif-Systeme (Government Communications 2015). Die wichtigsten Einnahmequellen der südafrikanischen Städte bestehen in Dienstleistungsgebühren, Grundstückskosten, Zuschlägen und sonstigen Steuern, Abgaben und Gebühren (SACN 2015: 9). Darüber hinaus haben die Kommunalregierungen Anspruch auf einen angemessenen Anteil der staatlich erhobenen Einnahmen und können zusätzliche Einnahmen seitens der National- und Provinzregierung beziehen. Auch gibt es stadtbezogene, an bestimmte Bedingungen geknüpfte Zuschüsse, wie z. B. der *Urban Settlements Development Grant*, der *Public Transport Infrastructure and Systems Grant*, der *Neighbourhood Development Partnership Grant* sowie der *Integrated Cities Development Grant*.

Im Jahr 2004 entwickelte das Ministerium für menschliche Siedlungen, früher Wohnungsministerium, einen Leitfaden mit dem Titel „Neue Gebiete: Umfassender Plan für die Entwicklung nachhaltiger Siedlungen“, der weit über die reine Wohnraumbereitstellung hinausgehen sollte. Der Umfassende Plan und der darauffolgende IUDF formulieren eine Vision für menschliche Siedlungen, die die Raum-Geografie der Apartheid zum Thema hat und die Schaffung von integrierten Gemeinschaften ermöglichen will. Im Einzelnen thematisieren diese Dokumente die Notwendigkeit, der Verbreitung von informellem Wohnraum und Segregation entgegenzuwirken. Der Mangel an Integration, zwei Jahrzehnte nach dem Einzug der Demokratie in südafrikanischen Städten, stellt eine greifbare Erinnerung an die Vergangenheit dar. Derzeit gibt es mehrere Programme, die darauf abzielen, den Status Quo zu verbessern. Das Nationale Programm zur Unterstützung von Aufwertung (*National Upgrading Support Programme, NUSP*) befasst sich speziell mit informellen Siedlungen und wird durch *Human Settlements Development Grant* und *Urban Settlements Development Grant* finanziert. Das NUSP zielt darauf ab, die Lebensbedingungen schnell zu verbessern, indem es sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Kommune bei der Umsetzung nachhaltiger Lösungen einbezieht. Der IUDF betont, dass die Beteiligung und Integration nationaler und provinzieller (vor allem Planungskommissionen) Akteure sowie von Akteuren auf lokaler Ebene für eine Fortsetzung des NUSP entscheidend sind. Ebenso wird die Beteiligung von kommerziellen Finanzinstituten, Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen betont. Die

Städtische Netzwerkstrategie, die derzeit im Rahmen des Partnerschaftsprogramms zur Nachbarschaftsentwicklung entwickelt wird, ist ein Beispiel für einen integrativen Ansatz zur Verknüpfung von Gemeinden mit anderen Wirtschaftszentren und Infrastrukturprojekten (CoGTA 2016). Dieser integrierte Ansatz, der öffentliche Investitionen und sektorale Ansätze miteinander verbindet, könnte erweitert werden, um die öffentlichen Gesund-

heits- und Bildungseinrichtungen in den *Townships* zu verbessern.

Mitwirkende

Ntombini Marrengane, Projektkoordinatorin African Centre for Cities, University of Cape Town, Kapstadt, Südafrika

Tjaart Andries Goosen, Professioneller Stadt- und Regionalplaner, ECDOE/SAPI (Ostkap-Abteilung für Bildung/Südafrikanisches Planungsinstitut)

USA

Heute sind die Vereinigten Staaten von Amerika nach China und Indien das Land mit der weltweit drittgrößten Bevölkerung. Nach einer schnellen Land-Stadt-Migration leben 81 Prozent der US-Bevölkerung in städtischen Gebieten. Dieser Prozentsatz hat sich in den vergangenen Jahren stabilisiert: Die landesweite Urbanisierungsrates ist im Zeitraum 2010–2015 nur um 0,2 Prozentpunkte gestiegen. Auf lokaler Ebene gibt es jedoch bedeutende Unterschiede: Einige US-Städte wachsen weiter, andere Städte verzeichnen einen Bevölkerungsrückgang oder erholen sich von einer Periode des Rückgangs (Hill et al. 2012; UN Population Division 2014).

In den USA entscheidet die Regierung über nationale und zwischenstaatliche Interessen; die Bundesstaaten, Landkreise und Gemeinden wiederum entscheiden über lokale Anliegen. Die Aufgabe der Bundesregierung besteht darin, die Führung bei der Bewältigung großer Herausforderungen zu

übernehmen, die die rein geografischen Grenzen überschreiten. Darüber hinaus sollte die US-Regierung die Großstadregionen stärken und ihre Leistungsfähigkeit erhöhen (The White House o.J.; The White House 2009). Allerdings können sowohl der Kongress als auch die Regionen Richtlinien und Vorschriften über Stadtgebiete erlassen. Das Ministerium für Wohnungswesen und Stadtentwicklung (HUD) ist hauptsächlich verantwortlich für die Schaffung von starken und integrativen Gemeinschaften und erschwinglichem Wohnraum für alle Bürger. Im Jahr 2014 veröffentlichte das HUD einen strategischen Plan für 2014–2018, der vier Zielsetzungen vorstellt: 1) Konsolidierung des Wohnungsmarkts, um die Wirtschaft zu stärken und die Verbraucher zu schützen, 2) Deckung des Bedarfs an erschwinglichen Mietwohnungen, 3) Nutzung des Wohnungswesens als Plattform für die Verbesserung von Lebensqualität und 4) Aufbau von starken, belastbaren und integrativen Gemeinschaften (HUD o.J.a).



Bild: Mart Grisel – Bryant Park, New York City

Seit 2009 hat die US-Regierung mehrere lokale Initiativen zur Verminderung von wirtschaftlicher Ungleichheit und zur Anregung von lokalen Entwicklungen gestartet. Die wichtigsten Initiativen sind im Folgenden aufgeführt.

Die Partnerschaft für Nachhaltige Gemeinschaften (*Partnership for Sustainable Communities*), ein gemeinsames Programm des HUD, der Umweltschutzbehörde und des Verkehrsministeriums, koordiniert Strategien, Programme und Ressourcen, um Städte beim Aufbau von nachhaltigen Gemeinden, einschließlich Investitionen in Wohnraum, Verkehr, und Wasserinfrastruktur zu unterstützen.

Die im Jahr 2010 lancierte Initiative zur Sanierung von Stadtvierteln (*Neighborhood Revitalisation Initiative, NRI*), eine lokale Strategie, die benachteiligte Stadtgebiete durch eine ganzheitliche Unterstützung in so genannte Stadtviertel der Möglichkeiten zu verwandeln. Die NRI konzentriert sich auf vier Aktionspunkte: 1) Integration von lokalen Programmen in notleidenden Stadtvierteln, 2) Bereitstellung von flexiblen Beihilfen zur Sanierung von Stadtgebieten, 3) Steigerung von Kapazitäten in Stadtvierteln durch technische Unterstützung und 4) Austausch von bewährten Verfahren. Die NRI diene als Entstehungsmodell für die Programminitiativen *Choice Neighbourhoods* und *Promise Zones*.

Die Initiative Starke Städte, Starke Gemeinschaften (*Strong Cities, Strong Communities*) wurde im Jahr 2011 ins Leben gerufen, um Gemeinden zu helfen, ihre finanzielle Effektivität und Effizienz zu steigern, indem sie Regierungsressourcen und Fachwissen nutzen, Wirtschaftswachstum in Gang bringen und unterschiedliche Entscheidungsebenen integrieren.

Die Blockzuteilung für die Entwicklung von Gemeinden (*Community Development Block Grant*) unter der Aufsicht des HUD stellt Zuschüsse für Lokalverwaltungen bereit. Das Programm zielt darauf ab, erschwingliche Wohnungen, Dienstleistungen und Arbeitsplätze für Risikogemeinschaften zu schaffen. Die Höhe des Zuschusses richtet sich nach der Bedürftigkeit der lokalen Gemeinden, dem Armutsniveau, der Wohnqualität und dem Bevölkerungswachstum. Der Zuschuss besteht aus verschiedenen Programmen, die entweder für nicht berechnete oder berechnete Gemeinden bestimmt sind. Berechnete Gemeinschaften sind größere Städte und Stadtkreise, die jährliche Zuschüsse erhalten können. Darüber hinaus verteilen die

Staaten die Gelder auch an Gemeinden, die nicht offiziell als Berechtigungsgemeinschaften qualifiziert wurden (HUD o.J.b).

Das HOME-Investitionspartnerschaftsprogramm bietet einen weiteren Zuschuss, der sich auf die Schaffung von erschwinglichem Wohnraum für Haushalte mit niedrigem Einkommen konzentriert. Dieser Fonds wird für den Bau, den Kauf oder die Sanierung von Mietwohnungen oder Eigentumswohnungen verwendet und richtet sich speziell an einkommensschwache Personen. HOME-Mittel werden den förderungswürdigen Staaten zugewiesen, die eine unzureichende Wohnungsversorgung, Armut und fiskalischen Notlagen aufweisen (HUD o.J.c).

Promise Zones ist ein gebietsbezogenes Programm, das sowohl auf öffentlichen als auch auf privaten Fonds aufgebaut ist, um benachteiligte städtische, ländliche und Stammesgemeinschaften zu unterstützen. Das Programm schafft Arbeitsplätze, bietet Bildungsprogramme für junge Menschen, stärkt die lokale wirtschaftliche Entwicklung und verbessert die öffentliche Sicherheit.

Das Programm *Choice Neighborhoods* ist ein Förderprogramm, das Lokalpolitikern hilft, Stadtgebiete mit niedrigem Einkommen in Viertel mit gemischten Einkommensstrukturen zu verwandeln. Im Fokus steht auch die Schaffung von erschwinglichem Wohnraum, Bildung und verbesserte Sicherheit (HUD 2016).

Die Zukunft dieser und anderer Initiativen ist aufgrund der politischen Strukturveränderungen in den USA im Jahr 2017 mit der Wahl von Präsident Trump ungewiss. Bezüglich der Vorschriften zu Bauwesen und Stadtentwicklung verfügt die US-Regierung nur über einen begrenzten Handlungsspielraum im Vergleich zu Bürgermeistern und Stadträten. Sie kann jedoch Vorhaben der Verkehrsinfrastruktur wie Autobahnen und Nahverkehr beeinflussen. Angesichts der Präferenzen des amtierenden Präsidenten könnte die Finanzierung auf den Straßenbau konzentriert werden. Die US-amerikanische Stadtpolitik wird in den nächsten vier Jahren vielen Herausforderungen standhalten müssen, insbesondere bezüglich eines an menschlichem Maß ausgerichteten Städtebaus. Es ist anzunehmen, dass die Trump-Administration die von der Vorgängerregierung lancierten stadtpolitischen Programme radikal ändern könnte.

Zusammenfassung

Die Analysen zeigen, dass die Entwicklungen in den oben aufgeführten Ländern nicht direkt mit Europa verglichen werden können, u. a. aufgrund ihrer viel späteren und schnelleren Urbanisierungsprozesse. Die US-amerikanischen Bedingungen für Stadtentwicklung weisen in Teilen Ähnlichkeiten mit europäischen Städten auf. In den USA ist Stadt-Governance jedoch stärker mit dem privaten Sektor verbunden, während private Beteiligung an der Stadtentwicklung in europäischen Ländern weniger verbreitet ist.

In den analysierten Ländern lassen sich verschiedene Governance-Strukturen für die Stadtpolitik finden. In Brasilien, Indien, Südafrika und den USA legen die Bundes- sowie die Landesregierungen politische Leitlinien fest und stellen finanzielle Mittel zur Verfügung. Die lokale Regierungsebene spielt hingegen eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung und Umsetzung von Dienstleistungen, oftmals im Rahmen von privaten Partnerschaften. Die Regelung der Stadtpolitik in China ist aufgrund der starken fiskalischen Dezentralisierung, der starken Zentralisierung der politischen Macht und den uneinheitlichen Graden an Autonomie subnationaler Akteure einzigartig. Indien befindet sich in einem frühen Stadium des städtischen Wandels und lernt schnell aus den Erfahrungen anderer Länder. Schließlich ist Stadtpolitik und -Governance in den USA von einer starken Beteiligung des priva-

ten Sektors geprägt, während Bürgermeister in US-Städten eine beträchtliche Machtfülle genießen. Aufgrund der jüngsten politischen Veränderungen im Land ist die Zukunft der Stadtpolitik in den USA allerdings ungewiss.

Eine Zunahme der sozialen Ungleichheit und der Anzahl der in informellen Siedlungen lebenden Menschen, vor allem in Brasilien, China, Indien und Südafrika, hat die Urbanisierungsprozesse begleitet und verlangt nach Governance-Lösungen. Um die Lebensqualität der Menschen langfristig zu sichern, benötigen die Städte wirksame transformative Maßnahmen zugunsten sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Die bereits getroffenen Maßnahmen decken unter anderem die Themenbereiche städtische Sicherheit, Klimaschutz, Förderung erneuerbarer Energiequellen, nachhaltige Transportlösungen sowie die Verminderung von Armut und die Förderung benachteiligter Stadtviertel ab. In den kommenden Jahrzehnten müssen diese Bemühungen noch umfassender, stärker und energischer werden, um die komplexen städtischen Herausforderungen angemessen zu bewältigen. Integrierte Ansätze für eine globale städtische Governance, die unter anderem durch die Neue Städteagenda der Vereinten Nationen gefördert und gefordert wird, können eine Rahmen- und Kooperationsplattform für dieses anspruchsvolle Vorhaben schaffen.

8 Diskussion und Fazit

Im Mai 2007 wurde mit der Verabschiedung der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt eine neue Ära in der europäischen Stadtpolitik eingeläutet. Die Charta stellt zwei Grundprinzipien für politische Entscheidungsträger vor, um die nachhaltige Entwicklung von Städten voranzutreiben:

- 1) die stärkere Nutzung von integrierten Stadtentwicklungsansätzen und
- 2) die besondere Berücksichtigung von benachteiligten Stadtvierteln im gesamtstädtischen Kontext.

Diese Studie ermittelt, inwieweit die Grundsätze der Leipzig-Charta in allen EU-Mitgliedstaaten, den EU-Beitrittskandidaten sowie Norwegen und der Schweiz in den vergangenen fünf Jahren (2012–2016) angewandt wurden. Zu diesem Zweck wurden 35 Länder des europäischen Kontinents untersucht. Eine eigens für das Projekt durchgeführte Expertenbefragung diente als Hauptinstrument für die Datenerhebung. Zusätzliche Analysen wurden auf der Grundlage von Sekundärforschung durchgeführt. Darüber hinaus wurden drei Fallstudien erstellt, die die praktische Umsetzung eines integrierten Ansatzes für die Stadtentwicklung in den Städten Brunn (Tschechische Republik), Brüssel (Belgien) und Vantaa (Finnland) veranschaulichen. Zudem wurde der Blick ergänzend auf die nationale Stadtpolitik in fünf Ländern außerhalb Europas (Brasilien, China, Indien, Südafrika, Vereinigte Staaten von Amerika) gerichtet.

Um die zentrale Forschungsfrage zu beantworten, wurden für jedes Land mehrere Teilthemen angesprochen. Diese entsprechen den verschiedenen Komponenten integrierter Stadtentwicklung: Mehrebenen-Governance (inklusive der Rolle des Staates und substaatlicher Akteure in der Stadtpolitik), Einbeziehung von Interessenvertretern und öffentliche Beteiligung, gebietsbezogener Ansatz und Fokus auf benachteiligte Stadtviertel sowie die Mittelkonzentration für Stadtentwicklung.

Dieses abschließende Kapitel stellt die wesentlichen Ergebnisse aus den einzelnen Länderanalysen im Querschnitt und vor dem Hintergrund der Kernelemente eines integrierten Ansatzes vor. Es erörtert sowohl allgemeine Trends in europäischer Stadt-Governance als auch erkennbare regionale Cluster und gemeinsame Dynamiken. Im Anschluss illustriert die Betrachtung der fünf außereuropäischen Länder die globale Dimension von Stadtpolitik in Bezug auf wichtige globale Herausforderungen. Abschließend werden einige Lehren aus den Kernergebnissen gezogen und insbesondere dar-

auf eingegangen, was die Resultate für die Zukunft integrierter Stadtentwicklung in Europa bedeuten.

Die wesentlichen Ergebnisse im Überblick

Die Leipzig-Charta betont die Bedeutung gebietsbezogener Ansätze in der Stadtentwicklung. Die Länderanalysen in dieser Studie zeigen, dass trotz deutlicher Heterogenität nationaler stadtpolitischer Rahmenwerke die grundsätzliche Idee integrierter Stadtentwicklung mit einer starken gebietsbezogenen Logik den politischen Mainstream in Europa erreicht hat. Die Anerkennung dieses Ansatzes zeigt sich auch in EU-Strategien, unter anderem den EU-Strukturfonds, und wird durch diese wiederum beeinflusst.

Die Existenz benachteiligter Stadtviertel und deren Auswirkungen auf die Lebensqualität von Menschen stellen eine anhaltende Herausforderung dar. Benachteiligte Gebiete werden über verschiedene und äußerst kontextspezifische Indikatoren-Sets definiert. Generell beziehen sich diese meist auf sozioökonomische Aspekte wie Arbeitslosigkeit oder Einkommen, aber auch auf die Verfügbarkeit von Dienstleistungen oder die Qualität des Wohnraums bzw. des öffentlichen Raums. In Ländern Südosteuropas werden informelle Siedlungen als funktionale Äquivalente benachteiligter Gebiete gesehen. Länder dieser Region richten außerdem häufig mittels gesonderter Strategien einen ausdrücklichen Fokus auf Roma-Gemeinschaften und andere ethnische Minderheiten und deren Lebensbedingungen.

Kurz zusammengefasst bestehen in fast allen europäischen Ländern Politiken, Strategien und Maßnahmen, die auf benachteiligte Stadtviertel abzielen. Dabei variieren der Umfang, die Qualität und die generelle Ausrichtung dieser Ansätze deutlich. Spezifische umfangreiche nationale Finanzierungsinstrumente für benachteiligte Stadtquartiere wie in Frankreich oder Deutschland stellen eher die Ausnahme denn die Regel dar.

Umfassende, integrierte, überwiegend gebietsbezogene Stadtentwicklungsansätze mit dem Status einer nationalen Stadtpolitik finden sich in einer Reihe von Ländern, die traditionell solche Ansätze verfolgt haben, wie in Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Diese Politik – und die entsprechenden Finanzierungssysteme – bestehen seit Langem und haben unterschiedliche Reformen erfahren.

Polen hat im Jahr 2015 eine neue und explizite nationale Stadtpolitik verabschiedet. Irland, Serbien und die Slowakei arbeiten an nationalen Stadtpolitiken, die im Jahr 2017 angenommen werden sollen. Sowohl Umfang als auch Grad an Integration dieser Politiken können noch nicht festgestellt werden. Der allgemeine Trend weist auf einen Übergang von nationalen stadtpolitischen Ansätzen hin zu neuen Arten der Mehrebenen-Governance und hin zur Übertragung von Zuständigkeiten an regionale oder lokale Regierungsebenen hin. Dieser Trend geht oft mit staatlicher Dezentralisierung sowie der entsprechenden Verlagerung von Aufgaben und Budgets einher. Dementsprechend haben umfassende regionale und lokale Ansätze nationale Strategien und Finanzierungen teilweise ersetzt. Diese Entwicklung kann in Belgien, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich beobachtet werden, insbesondere im Hinblick auf die staatliche Strategie bezüglich benachteiligter Stadtviertel. Dezentralisierungsbemühungen gehen oft mit einem Aufgabenzuwachs für die lokale Ebene einher, können aber auch eine Belastung für Kommunalbudgets bedeuten. Daher sollten die laufenden Reformanstrengungen in Belgien, Zypern, Irland, Mazedonien, den Niederlanden, Portugal und dem Vereinigten Königreich in künftigen vergleichenden Studien weiterer Untersuchung unterzogen werden, um deren Effekte in der Rückschau systematisch einordnen zu können.

Der Stellenwert von Raumordnungsgesetzgebung wurde gestärkt. Dies wird darin deutlich, dass zahlreiche Länder, überwiegend in Südeuropa, Mittel- und Osteuropa sowie Südosteuropa legislative Reformen zur Erweiterung und Stärkung ihrer Planungssysteme verabschiedet haben. Eine offene Frage ist, inwieweit die Raumplanungsgesetzgebung umfassende und integrierte stadtpolitische Rahmenwerke ermöglichen und unterstützen kann. Die Entwicklungen in jüngeren EU-Mitgliedstaaten oder Beitrittskandidaten zeichnen sich durch sehr kontextspezifische sozioökonomische Bedingungen aus, die eng mit ihrem kulturellen und historischen Erbe zusammenhängen. Sie sollten daher vor diesem Hintergrund betrachtet werden.

Es gibt verschiedene Formen horizontaler und vertikaler Kooperationsmechanismen in den untersuchten europäischen Ländern. Diese Herangehensweisen werden oft durch spezifische Abkommen oder Verträge untermauert. Diese können vertikal, also zwischen der lokalen und nationalen oder regionalen Ebene, oder horizontal, also zwischen lokalen Behörden selbst, angelegt sein. In Belgien oder Frankreich führen diese vertikal angelegten Verträge zu gebietsbezogenen, sektorenübergreifenden Ansätzen, die sich auf benachteiligte Gebiete konzentrieren. Die französischen Stadtverträge,

vom Staat, Städten und anderen Interessenvertretern unterzeichnet, definieren maßgeschneiderte Strategien zur sozialen, wirtschaftlichen und städtischen Entwicklung benachteiligter Stadtquartiere. Stadtverträge in Belgien kennzeichneten bis zu ihrer Einstellung im Jahr 2014 das wichtigste nationale Programm zur Unterstützung eines Mehrebenenansatzes in der Stadtentwicklung. Sie wurden von regionalen Ansätzen wie den zwischen der Region Brüssel-Hauptstadt und Gemeinden in der Region geschlossenen Verträgen zu Nachhaltigen Stadtvierteln und Stadterneuerungsverträgen abgelöst. Eine weitere Form vertikaler Verträge zwischen Staat und Städten ist sektoraler Natur und konzentriert sich auf lokales und regionales Wirtschaftswachstum. Die *City Deals* und *Growth Deals* im Vereinigten Königreich übertragen Städten mehr Kompetenzen zur Förderung lokalen wirtschaftlichen Wachstums. Die finnischen Wachstumsabkommen sollen wirtschaftliches Wachstum auf Grundlage besonderer Stärken der Metropolregionen fördern. Zudem sind eher horizontal angelegte und sektorale Kooperationen und Abkommen entstanden. In den Niederlanden bilden lokale Behörden gemeinsam mit Interessenvertretern Partnerschaften in themenspezifischen *City Deals* zur Lösung städtischer Herausforderungen. Die niederländische Regierung fungiert hierbei als Moderatorin. Dieses Muster ähnelt der finnischen Sechs-Städte-Strategie, einer thematischen Partnerschaft zwischen den sechs größten finnischen Städten. Laut der Studie ist interkommunale Kooperation in vielen Ländern eine besonders bedeutsame Form der Zusammenarbeit (z. B. in Finnland, Mazedonien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, der Slowakei, Slowenien oder Zypern). Diese wird oftmals als Mittel für eine effizientere Ressourcennutzung und Kapazitätsauslastung auf lokaler Ebene hervorgehoben. Zudem besteht in einigen Ländern ein expliziter Fokus auf Metropolregionen, insbesondere Hauptstadtregionen, und auf funktionalen städtischen Gebieten.

Viele Länder pflegen besondere Foren, Plattformen, Beiräte oder Arbeitsgruppen, die dem Austausch zwischen den zahlreichen Akteuren und Interessenvertretern in der Stadtpolitik dienen. Die genaue Zusammensetzung solcher Gremien variiert von einer Besetzung durch staatliche Regierungsvertreter (z. B. in interministeriellen Ausschüssen) bis hin zu inklusiveren Plattformen, die eine breite Palette von Interessenvertretern einschließen. Dies können öffentliche Bedienstete verschiedener Regierungsebenen, Wissenschaftler und Experten, Unternehmer und zivilgesellschaftliche Organisationen sein. In dieser Hinsicht erkennen Länder die Bedeutung partizipativer Ansätze in der Stadt(teil)entwicklung an, was verdeutlicht, dass sich die-

ser Aspekt eines integrierten Ansatzes im europäischen politischen Mainstream etabliert hat. Selbst in Ländern ohne umfassende Stadtpolitik verlangen die grundlegenden rechtlichen Anforderungen innerhalb der Planungsgesetze eine Beteiligung der Interessenvertreter. Gleiches gilt für die Bedingungen der EU-Strukturfonds, die formal die Erfüllung des Partnerschaftsprinzips, Akteursbeteiligung sowie ganzheitliche Ansätze erfordern.

Es ist zu berücksichtigen, dass die jüngste Wirtschaftskrise und reduzierte öffentliche Ausgaben eine wichtige Rahmenbedingung für die Bewertung von integrierten städtebaulichen Ansätzen in europäischen Ländern darstellen. Eine Stagnation oder gar ein Rückgang der Bedeutung von Stadtentwicklungspolitik kann demnach eine politische Prioritätenänderung, den eingeschränkten finanziellen Spielraum von Ländern oder eine Kombination dieser Gründe widerspiegeln. So ergaben die Länderumfragen deutliche Kriseneffekte für Länder wie Zypern, Griechenland, Portugal und Spanien. Bestimmte Kriseneffekte sind allerdings in fast allen europäischen Ländern, Regionen und Städten zu finden.

Während sich die nationalen Etats für Stadtentwicklung stark unterscheiden und von den Befragten häufig nicht klar definiert werden konnten, spielt europäische Finanzierung in der Stadt(teil)entwicklung in vielen europäischen städtischen Gebieten eine große Rolle. Die Finanzierungslogik der EU-Kohäsionspolitik, einschließlich des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Kohäsionsfonds ist sowohl gebiets- als auch personenbezogen. Die jeweiligen gesetzlichen Rahmenwerke legen einen deutlichen Schwerpunkt auf integrierte Ansätze auf Grundlage der Mehrebenen-Governance, auf das Partnerschaftsprinzip, auf Subsidiarität und auf Verhältnismäßigkeit. Während des siebenjährigen Programmplanungszeitraums, abgestimmt mit dem mehrjährigen Finanzrahmen der EU, kommen verschiedene territoriale und andere Maßnahmen für eine Kofinanzierung in Betracht.

Insbesondere Länder in Süd-, Mittel- und Osteuropa haben in der Umfrage die Bedeutung der Strukturfonds für die Programmplanung und die Finanzierung der Stadtpolitik oder für Maßnahmen zugunsten benachteiligter Gebiete betont. Stadtspezifische Instrumente der Kohäsionspolitik, wie das *Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas (JESSICA)*-Programm (für die Schaffung revolvierender Fonds für Stadtentwicklung) und das Instrument der Integrierten Territorialen Investitionen (ITI) (für Programmplanung unter Nutzung verschiedener Fonds in bestimmten Stadtvierteln) wurden von verschiedenen Ländern auf-

gegriffen. Diese Nutzung unterscheidet sich jedoch in ihrem Umfang.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die erfolgreiche Umsetzung umfassender integrierter Politiken trotz des Einfließens der Leipzig-Charta-Prinzipien in den europäischen politischen Mainstream eine große Herausforderung für Länder darstellt. Dies bezieht sich insbesondere auf die folgenden Bereiche:

- Umsetzung einer funktionierenden Kombination von gebiets- und personenbezogenen Ansätzen, insbesondere in Bezug auf die Entwicklung benachteiligter Stadtviertel;
- Aufbau sektorenübergreifender Strukturen und Arbeitsmethoden zwischen und innerhalb Verwaltungen;
- Ermöglichen einer wirkungsvollen Beteiligung der Zivilgesellschaft und von Interessenvertretern in bedeutsamen Planungsphasen;
- Effektive Nutzung öffentlich-privater Partnerschaften in der Stadtentwicklung im gegenseitigen Interesse;
- Sicherstellung einer nachhaltigen, stabilen Finanzierungsgrundlage für Stadtentwicklung, die sich aus mehreren Quellen und Kofinanzierungsmöglichkeiten speist.

Governance-Trends

Die Ergebnisse illustrieren einige grundlegende Entwicklungen in der europäischen städtischen Mehrebenen-Governance. Diese beinhalten eine sich verändernde Rolle des Staates, sub-staatlicher Akteure (Städte, Regionen, Metropolregionen), der EU und Nichtregierungsakteuren wie der Zivilgesellschaft oder Privaten im Hinblick auf Stadtentwicklung. Je nach nationalem Kontext können sich diese Trends in ihrer Richtung und ihrem Umfang unterscheiden.

Vertikale Formen der Zusammenarbeit illustrieren den Trend zur Dezentralisierung, während horizontale Abkommen neue Formen interkommunaler Zusammenarbeit darstellen. Sowohl vertikale als auch horizontale Kooperation unterstreichen die wachsende Bedeutung von Städten und Regionen, während der Staat als Partner oder Moderator auftritt. Er zieht sich dabei von einer dominierenden Position zurück und stellt Rahmenwerke für Zusammenarbeit, Finanzierung und Strategien in der Stadtpolitik zur Verfügung. Die neuen Kooperationsformen betonen die Bedeutung des Partnerschaftsprinzips. Die Governance-Struktur der Städteagenda für die EU nutzt diese Kooperationsformen und bietet einen Rahmen für die grenzüberschreitende Mehrebenenzusammenarbeit unter Einbeziehung mehrerer Interessenvertreter.

Im Allgemeinen ist die EU eine Quelle bedeutender strategischer, regulatorischer und finanzieller Rahmenbedingungen in Europa. Im Lichte der Bedeutsamkeit der Strukturfonds für die territoriale Entwicklung wird das neue Rahmenwerk der Kohäsionspolitik nach 2020 eine wichtige Bedingung für nationale Stadtentwicklung darstellen. Synergien zwischen nationalen stadtpolitischen Ansätzen und der städtischen Dimension der künftigen Kohäsionspolitik sollten eine möglichst effiziente Mittelzuweisung für die Bearbeitung städtischer Herausforderungen unterstützen.

Städte zeigen sich als starke eigenständige Akteure, die an verschiedenen Governance-Arrangements und grenzüberschreitender Zusammenarbeit teilnehmen. Allerdings sind in manchen Ländern auch Entwicklungen in Richtung stärkerer Dezentralisierung zu beobachten, die häufig mittelbar den Handlungsspielraum von sub-staatlichen und oft auch Nichtregierungsakteuren einschränken. Die angemessene und effektive Einbeziehung von Unternehmen, privaten Akteuren und der Zivilgesellschaft in der Planung, der Gestaltung und in der Umsetzung territorialer und städtischer Politiken stellt weiterhin eine große Herausforderung für Entscheidungsträger in ganz Europa dar.

Globale Herausforderungen

Europäische Städte können von den Erfahrungen der in dieser Studie behandelten fünf außereuropäischen Länder in Bezug auf nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung lernen, da diese Länder unter komplexen und herausfordernden Bedingungen zu belastbaren Lösungen kommen müssen. Kreative soziale Innovationen und Initiativen haben in einigen brasilianischen Städten positive Veränderungen der städtischen Umwelt bewirkt. Beispiele sind die Stadt Porto Alegre und ihr partizipativer Planungsansatz oder die Stadt Curitiba mit ihrem innovativen *Bus Rapid Transit System*, einer effektiven und mit begrenzten Ressourcen erstellten Verkehrslösung. Chinesische Städte sind große urbane Labore und Testgebiete für die Umsetzung neuer Technologien, insbesondere auf dem Gebiet des Bauens, in einer Geschwindigkeit und einem Ausmaß, die in anderen Teilen der Welt unbekannt sind. Indien hat ein ehrgeiziges *100 Smart Cities*-Projekt ins Leben gerufen, um die städtische Wissensökonomie zu beleben. In Südafrika liegen zwei der grünsten und CO₂-neutralsten Städte der Welt, Kapstadt und Johannesburg. In den USA ist öffentliche Beteiligung stark, während die Partnerschaft mit privaten Akteuren stärker ausgebaut ist als in europäischen Governance- und Finanzierungsstrukturen. Da staatliche Finanzierung in vielen europäischen Ländern an Gewicht verliert, kann ein Blick

nach Übersee interessante Hinweise für gemischte Finanzierungsstrukturen ergeben.

Ungeachtet der verschiedenen Charakteristika dieser Länder unterstreichen ihre Erfahrungen die immense große Bedeutung effizienter und gerechter Wege, mit (schneller) Urbanisierung umzugehen. Sie verdeutlichen einmal mehr die Notwendigkeit proaktiver Planung und integrierter Strategien. Vor dem Hintergrund der komplexen Natur der aktuellen europäischen Herausforderungen ist eine neue städtische Governance auf der Basis von Mehrebenen- und Multi-Stakeholder-Zusammenarbeit vonnöten.

Das Referenzdokument für nachhaltige globale Stadtentwicklung, die *New Urban Agenda* der Vereinten Nationen, setzt sich für effektive nationale Stadtpolitik in Kombination mit Dezentralisierung politischer Macht und finanzieller Mittel ein. Im Einklang mit der Leipzig-Charta und der *New Urban Agenda* betont die vorliegende Studie die Notwendigkeit der Verankerung von Stadtpolitik auf übergeordneten staatlichen Ebenen, stellt jedoch zugleich fest, dass nationale Stadtpolitiken einen multidimensionalen Politikbereich markieren. Dieser ist von mindestens drei Achsen gekennzeichnet: zentralisiert/dezentralisiert, sektoral/integriert und top-down/bottom-up. Somit ergibt sich eine Palette an möglichen Mischformen.

Ausblick: die Zukunft der Prinzipien der Leipzig-Charta

Die massiven europäischen und globalen Herausforderungen wie soziale Ungleichheit, Umweltzerstörung, Klimawandel, Ressourcenknappheit, Migration, demografischer Wandel, Globalisierung und Digitalisierung erfordern ein starkes System der Mehrebenen-Governance in der Stadtpolitik. Trotz der allgemeinen Anerkennung der Relevanz integrierter Strukturen und Herangehensweisen in der Stadtentwicklung und erfolgreichen Initiativen zeigt sich, dass deren Umsetzung weiterhin eine große Herausforderung für Staaten in und außerhalb von Europa darstellt.

Neue Initiativen sollten an den Kernbotschaften der Leipzig-Charta gemessen werden. Die neu etablierte Governance-Struktur der Städteagenda für die EU mit ihren thematischen Partnerschaften zwischen verschiedenen Regierungsebenen und Interessenvertretern bietet einen vielversprechenden Ansatz zur Bearbeitung gesamtgesellschaftlicher und stadtbezogener Themen in einem europäischen Kontext. Allerdings ist eine stärkere Berücksichtigung der Querschnittsthemen wichtig, um eine monothematische Herangehensweise zu



Bild: Mart Grisel – Speicherstadt Hamburg

verhindern. Da viele der Schwerpunktthemen miteinander und darüber hinaus mit weiteren sozialen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Herausforderungen verknüpft sind, ist die Integration von

Lösungen und Zielkonflikten eine wichtige Aufgabe für alle Beteiligten. Auch die Einbindung einer breiten Basis von Interessenvertretern sollte im Prozess der Implementierung der Städteagenda für die EU sichergestellt und kontinuierlich überprüft werden. Die Berücksichtigung der Empfehlungen der Partnerschaften und die Etablierung eines integrativen mehrstufigen Governance-Ansatzes für eine nachhaltige integrierte Stadtentwicklung werden darüber entscheiden, ob die Städteagenda für die EU als der funktionale Rahmen zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele (*Sustainable Development Goals, SDGs*) betrachtet werden kann.

Die Kernprinzipien der Leipzig-Charta, die eine integrierte, gebietsbezogene Herangehensweise an Stadtentwicklung mit hochrangiger politischer Unterstützung und einer breiten Einbeziehung von Interessenvertretern beinhalten, sind heute so relevant wie vor zehn Jahren. Um die Grundidee der integrierten Stadtentwicklung noch deutlicher mit aktuellen gesellschaftlichen Themen und Herausforderungen zu verknüpfen und zugleich eine verstärkte Berücksichtigung stadtpolitischer Themen in europäischen Politiken zu erreichen, erscheint eine Weiterentwicklung der Leipzig-Charta geboten. Eine Weiterentwicklung sollte die Schwerpunktthemen und Governance-Strukturen der Städteagenda für die EU und der *New Urban Agenda* als wichtige Meilensteine in der europäischen Stadtentwicklungspolitik berücksichtigen. Aufbauend auf diesen Strukturen sollte eine Fortschreibung der Leipzig-Charta gemäß ihrer Kernaussagen aus dem Jahr 2007 eine nachhaltige vertikale und horizontale Vernetzung von Akteuren, Strukturen und Politiken befördern.

Literaturverzeichnis

- 6Aika, 2016: Open and Smart Services. Zugriff: <http://6aika.fi/in-english>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- ARE – Bundesamt für Raumentwicklung, o.J.a: Förderprogramm Nachhaltige Entwicklung 2016. Zugriff: <https://www.aren.admin.ch/are/de/home/nachhaltige-entwicklung/programme-und-projekte/foerderprogramm-nachhaltige-entwicklung/2016.html>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- ARE – Bundesamt für Raumentwicklung, o.J.b: Projets urbains – Gesellschaftliche Integration in Wohngebieten. Zugriff: <https://www.bwo.admin.ch/bwo/de/home/wie-wir-wohnen/integration/projets-urbains.html>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- ARE – Bundesamt für Raumentwicklung, 2016: Infobrief Programm Projets urbains. Zugriff: https://www.aren.admin.ch/dam/are/de/dokumente/agglomerationspolitik/dokumente/bericht/infobrief_programmprojetsurbainsjuni2016.pdf.download.pdf/infobrief_programmprojetsurbainsjuni2016.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Barros Bretas Fubrinio, Ana Maria; Carvalho Santos, Celso; Montandon Todtmann, Daniel, 2010: Commentary on the City Statute (Law N° 10. 257 of 10 July 2001). Zugriff: http://www.citiesalliance.org/sites/citiesalliance.org/files/CA_Images/CityStatuteofBrazil_English_Ch6.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2012: 5 Jahre LEIPZIG CHARTA – Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt. Integrierte Stadtentwicklung in den 27 Mitgliedstaaten der EU und ihren Beitrittskandidaten. Zugriff: http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSP/SharedDocs/Downloads/DE/_Anlagen/leipzigcharta_dt.pdf;jsessionid=55739D076CFC82C0B15F1A452E8E5D7.live11294?__blob=publicationFile&v=1. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Betsill, Michele M.; Bulkeley, Harriet, 2006: Cities and the Multilevel Governance of Global Climate Change. *Global Governance*, 12 Jg. (2), S. 141–159.
- Bhagat, B. R., 2014: Urban Policies and Programmes in India. Retrospect and Prospect. In: Ministry of Information and Broadcasting (Hrsg.): *Yojana*. New Delhi, S. 4–8. Zugriff: [http://yojana.gov.in/2014%20-9-%20September%202014%20\(including%20cover\)%20Yojana.pdf](http://yojana.gov.in/2014%20-9-%20September%202014%20(including%20cover)%20Yojana.pdf). [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Binek, Jan; Opravil, Zdenek; Chmelar, Roman; Svobodova, Hana, 2016: Cooperation and mutual relationships of cities and their hinterlands with regard to the operation of EU integrated development instruments. *Quaestiones Geographicae*, 35 Jg.(2), S. 59–69.
- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2007: Towards a National Urban Development Policy in Germany – A Prerequisite for Urban Sustainability in Europe. Zugriff: <http://d-nb.info/984960236/34>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Bouzarovski, Stephan; Salukvadze, Joseph; Gentileits, Michael, 2011: A Socially Resilient Urban Transition? The Contested Landscapes of Apartment Building Extensions in Two Post-communist Cities. *Urban Studies*, 48 Jg.(13), S. 2689–2714.
- Boverket, 2016: Riksinressen är nationellt betydelsefulla områden. Zugriff: <http://www.boverket.se/sv/samhallsplanering/sa-planeras-sverige/riksintressen-ar-betydelsefulla-omraden>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Boverket, 2017a: Cooperation for a better life in the cities. Zugriff: <http://www.boverket.se/en/start-in-english/planning/platform-for-sustainable-cities>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Boverket, 2017b: How Sweden is planned. Zugriff: <http://www.boverket.se/en/start-in-english/planning/how-sweden-is-planned>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Boverket, 2017c: Stadsmiljöavtal 2.0. Zugriff: <http://www.boverket.se/sv/samhallsplanering/sa-planeras-sverige/nationella-mal-for-planering/miljomalsarbete/regeringsuppdrag-att-na-miljomalen/stadsmiljoavtal-2.0>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Boverket, o.J.: Four focus areas, Platform for Sustainable Cities. Zugriff: <http://www.boverket.se/contentassets/b70dc5ef8b9f456fac54ad82fc135448/focus-areas.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Centre for Cities, 2016: Everything you need to know about metro mayors: an FAQ. Zugriff: <http://www.centreforcities.org/publication/everything-need-know-metro-mayors/#whois>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- CESS – Center for Economic and Social Studies, 2012: A Needs Assessment Study on Roma and Egyptian Communities in Albania. Zugriff: <http://www.undp.org/content/dam/albania/docs/Roma%20Needs%20Assessment.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Chinese Government, 2014: 国家新型城镇化规划(2014–2020年). Zugriff: http://www.gov.cn/zhengce/2014-03/16/content_2640075.htm. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- CoGTA – Department of Cooperative Governance and Traditional Affairs, 2016: Integrated Urban Development Framework: A New Deal for South African Cities and Towns. Zugriff: http://www.cogta.gov.za/cgta_2016/wp-content/uploads/2016/06/The-Integrated-Urban-Development-FrameworkIUDF.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- CoR – European Committee of the Regions, 2016: Opinion of the European Committee of the Regions – Concrete steps for implementing the EU Urban Agenda. Zugriff: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015IR5511&from=EN>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- CREAT-UCL – Centre de recherches et d'études pour l'action territoriale de l'Université catholique de Louvain, 2016: Quartiers Nouveaux. Zugriff: <https://www.ciu2016quartiersnouveaux.be/index.html#WINNER>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

- Department for Communities, o.J.: Introduction to Neighbourhood Renewal. Zugriff: <https://www.communities-ni.gov.uk/articles/introduction-neighbourhood-renewal>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Department for Communities and Local Government, 2015: The English Indices of Deprivation 2015. Zugriff: https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/465791/English_Indices_of_Deprivation_2015_-_Statistical_Release.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Department for Communities and Local Government, 2016: Neighbourhood planning in a nutshell. Zugriff: <http://www.neighbourhoodplanning.org>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Department for Social Development, 2013: Urban Regeneration and Community Development Policy Framework. Zugriff: <https://www.communities-ni.gov.uk/sites/default/files/publications/dsd/urcd-policy-framework.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Department of Economic Affairs, 2013: Guidelines for Formulation, Appraisal and Approval of Central Sector Public Private Partnership Projects. Zugriff: https://www.pppindia.gov.in/documents/2018121751/PPPAC_GuideLines_2013.pdf/d6232a0e-9776-4067-9c17-3778983d6cff. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Dias, Nuwan; Curwell, Steve; Bichard, Erik, 2014: The Current Approach of Urban Design and its Implications for Sustainable Urban Development. *Procedia Economics and Finance*, 18, S. 497–504.
- EC – European Commission, 2011: Cities of tomorrow. Challenges, visions, ways forward. Zugriff: http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/citiesoftomorrow/citiesoftomorrow_final.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- EC – European Commission, 2013: Neighbourhood renovation boosts community spirit in Magdolna. Zugriff: http://ec.europa.eu/regional_policy/en/projects/hungary/neighbourhood-renovation-boosts-community-spirit-in-magdolna. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- EC – European Commission, 2014: Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA II): Indicative Strategy Paper for Serbia (2014–2020). Zugriff: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2014/20140919-csp-serbia.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- EC – European Commission, 2016: European Structural and Investment Funds – Hungary. Zugriff: http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/policy/what/investment-policy/esif-country-factsheet/esi_funds_country_factsheet_hu_en.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- EC – European Commission, 2017a: Operational Programme for Cohesion Policy Funds 2014–2020. Zugriff: http://ec.europa.eu/regional_policy/en/atlas/programmes/2014-2020/estonia/2014ee16m3op001. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- EC – European Commission, 2017b: Territorial and settlement development OP. Zugriff: http://ec.europa.eu/regional_policy/en/atlas/programmes/2014-2020/hungary/2014hu16m2op001. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- EC – European Commission; UN-Habitat – United Nations Human Settlements Programme, 2016: The State of European Cities 2016. Cities leading the way to a better future. Zugriff: http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/policy/themes/cities-report/state_eu_cities2016_en.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- EK – Europäische Kommission, 2010: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Zugriff: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52010DC2020&from=en> [abgerufen am 21. 04. 2017].
- El-Asmar, Jean-Pierre; Ebohon, John O.; Taki, Ahmad, 2012: Bottom-up approach to sustainable urban development in Lebanon: The case of Zouk Mosbeh. *Sustainable Cities and Society*, 2 Jg.(1), S. 37–44.
- Eltges, Markus, 2009: Leipzig Charter on Sustainable European Cities – A Work in Progress. *European Spatial Research*, 16 Jg.(2), S. 63–78.
- Emberi Erőforrások Minisztériuma, 2014: Magyar Nemzeti Társadalmi Felzárkózási Stratégia II. Tartósan Rászoruló – Szegény Családban Élő Gyermek – Romák. Zugriff: <http://www.kormany.hu/download/1/9c/20000/Magyar%20NTFS%20II%20%20mell%20NTFS%20II.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- EUKN – European Urban Knowledge Network, 2011a: Urban Development in Europe: A Survey of National Approaches to Urban Policy in 15 EU Member States. Zugriff: <http://www.eukn.eu/fileadmin/Lib/files/EUKN/2012/EUKN%20key%20publication%20urban%20development%20in%20Europe.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- EUKN – European Urban Knowledge Network, 2011b: Cohesion Policy in Urban Practice. An Ambitious Urban Agenda? Zugriff: http://www.eukn.eu/fileadmin/Files/EUKN_Publications/EUKN_Cohesion_Policy_Interior_HR.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- EUKN – European Urban Knowledge Network, 2014: The inclusive city. Approaches to combat urban poverty and social exclusion in Europe. Zugriff: http://www.eukn.eu/fileadmin/Files/EUKN_Publications/EUKN_report_InclusiveCity_Final.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- EUKN – European Urban Knowledge Network, 2015: State of Play on urban development – EU Urban Agenda. Zugriff: http://www.eukn.eu/fileadmin/Files/EUKN_Documents/State_of_Play_Revised.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- EUROCITIES, 2004: The Pegasus files: A practical guide to integrated area-based urban planning. Brussels.
- Fischer, Susanne, 2014: Agglomerationsprogramm Schweiz: Integrierte Planung durch Balance zwischen Verkehr und Stadtentwicklung. IFHP Congress in Singapur. Zugriff: http://www.ifhp.org/sites/default/files/field/files_news/Susanne%20Fischer_0.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Greater London Authority, 2016: The London Plan. The Spatial Development Strategy for London Consolidated with Alterations Since 2011. Zugriff: <https://www.london.gov.uk/what-we-do/planning/london-plan/current-london-plan/london-plan-overview-and-introduction>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

- Government Communications, 2015: South Africa Yearbook 2014/2015. Zugriff: <http://www.gcis.gov.za/content/resourcecentre/sa-info/yearbook2014-15>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Government of Hungary, 2015: Convergence Programme of Hungary 2015–2018. Zugriff: http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/csr2015/cp2015_hungary_en.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Güzey, Özlem, 2016: The last round in restructuring the city: Urban regeneration becomes a state policy of disaster prevention in Turkey. *Cities*, 50 Jg.(1), S. 40–53.
- Haferburg; Christoph; Huchzermeyer, Marie, 2014: Urban Governance in Post-apartheid Cities. Modes of Engagement in South Africa's Metropolises. 1. Auflage. Stuttgart.
- Harding, Alan; Nevin, Brendan, 2015: Cities and public policy: a review paper. Zugriff: <http://eprints.gla.ac.uk/118170>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Hill, Edward W.; Wolman, Harold L.; Kowalczyk, Katherine; St. Clair, Travis, 2012: Forces Affecting City Population Growth or Decline: The Effects of Interregional and Inter-municipal Competition. In: Mallach, Allan (Hrsg.): *Rebuilding America's Legacy Cities: New Directions for the Industrial Heartland*. New York, S. 31–79.
- Hu, Biliang; Chen, Chunlai, 2015: New Urbanisation under Globalisation and the Social Implications in China. *Asia & the Pacific Policy Studies*, 2 Jg.(1), S. 34–43.
- HUD – U.S. Department of Housing and Urban Development, o.J.a: Mission. Zugriff: <http://portal.hud.gov/hudportal/HUD?src=/about/mission>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- HUD – U.S. Department of Housing and Urban Development, o.J.b: Community Development Block Grant Program. Zugriff: http://portal.hud.gov/hudportal/HUD?src=/program_offices/comm_planning/communitydevelopment/programs. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- HUD – U.S. Department of Housing and Urban Development, o.J.c: HOME Investment Partnerships Program. Zugriff: http://portal.hud.gov/hudportal/HUD?src=/program_offices/comm_planning/affordablehousing/programs/home. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- HUD – U.S. Department of Housing and Urban Development, 2016: The U.S. 20/20 Habitat III Report. Zugriff: <https://www.huduser.gov/portal/ipi/habitat-iii.html>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Human Settlements Group, 2015: Urbanisation, rural-urban migration and urban poverty. Zugriff: <http://pubs.iied.org/pdfs/10725IIED.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Kearns, Ade; Forrest, Ray, 2000: Social Cohesion and Multilevel Urban Governance. *Urban Studies*, 37. Jg.(5–6), S. 995–1017.
- Kumar, Sunil, 2001: Social Relations, Rental Housing Markets & the Poor in Urban India. Zugriff: http://www.lse.ac.uk/asiaResearchCentre/_files/summarySunil.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Kuyucu, Tuna; Ünsal, Özlem, 2010: 'Urban Transformation' as State-led Property Transfer: An Analysis of Two Cases of Urban Renewal in Istanbul. *Urban Studies*, 47 Jg.(7), S. 1479–1499.
- Latvian Presidency, 2015: Informal Meeting of EU Ministers Responsible for Territorial Cohesion and Urban Matters. Declaration of Ministers towards the EU Urban Agenda. Riga, 10 June 2015. Zugriff: http://www.eukn.eu/fileadmin/Files/News/2015/Ministerial_Declaration_26052015.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Leubolt, Bernhard; Novy, Andreas; Becker, Joachim, 2008: Changing patterns of participation in Porto Alegre. *International Social Science Journal*, 59 Jg.(193–194), S. 435–448.
- Local Government Association, 2016: Devolution deals. Zugriff: <http://www.local.gov.uk/devolution-deals>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Marques, Eduardo, 2013: Government, Political Actors and Governance in Urban Policies in Brazil and São Paulo: Concepts for a Future Research Agenda. *Brazilian Political Science Review*, 7 Jg.(3), S. 8–36.
- McEwen, Nicola; Swenden, Wilfried; Bolleyer, Nicole (Hrsg.), 2010: Multi-level Government & the Politics of Climate Change. Economic & Social Research Council. Zugriff: http://www.institute-of-governance.ed.ac.uk/_data/assets/pdf_file/0012/72120/MLG_and_Climate_Change_briefing.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Ministério do Planejamento, 2014: PAC2 – A Gente Faz Um Brasil De Oportunidades. Balanço 4 anos. Zugriff: <http://www.pac.gov.br/pub/up/relatorio/f9d3db229b483b35923b338906b022ce.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Ministry of Economic Affairs and Employment, 2016: Growth agreements. Zugriff: <http://tem.fi/en/growth-agreements>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Ministry of Local Self-Government, 2014: Citizens & the Municipality. Zugriff: <http://mls.gov.mk/en/publications/local-self-government/210-citizens-and-the-municipality>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Ministry of Local Self-Government, 2016: Inter-Municipal Cooperation in the Republic of Macedonia. From Norms to Practice. Zugriff: <http://mls.gov.mk/en/publications/local-self-government/774-inter-municipal-cooperation-in-the-republic-of-macedonia-from-norms-to-practice>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Ministry of National Development: National Development 2030, 2014: National Development and Territorial Development Concept. Zugriff: regionalispolitika.kormany.hu/download/b/c9/e0000/OFTK_vegleges_EN.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Ministry of Social Affairs and Health, 2016: Health, Social Services and Regional Government Reform. Zugriff: <http://alueuudistus.fi/en/frontpage>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

- Ministry of Social Welfare and Youth, 2015: National Action Plan for Integration of Roma and Egyptians in Albania. 2016–2020. Zugriff: <http://www.al.undp.org/content/dam/albania/docs/misc/Plani%20i%20Veprimi%20ENG.PDF?download>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Ministry of the Environment, 2016: Land use and building. Zugriff: <http://tem.fi/en/growth-agreements> [abgerufen am 21. 04. 2017].
- MoHUPA – Ministry of Housing and Urban Poverty Alleviation, 2016: India Habitat III National Report 2016. Zugriff: <http://mhupa.gov.in/writereaddata/1560.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Novacich, Samuel E., 2011: Minha Casa, Minha Vida Development. Zugriff: <http://riotimesonline.com/brazil-news/front-page/minha-casa-minha-vida-development>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- NPC – National Planning Commission, 2011: National Development Plan. Vision for 2030. Zugriff: http://www.gov.za/sites/www.gov.za/files/devplan_2.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2015a: South Africa Policy Brief: Regional, urban and rural development. Zugriff: <https://www.oecd.org/southafrica/south-africa-territorial-development-for-more-inclusive-growth.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2015b: OECD Urban Policy Reviews: China 2015. Zugriff: http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/urban-rural-and-regional-development/oecd-urban-policy-reviews-china-2015_9789264230040-en#page1. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Padam, Sudarsanam; Singh, Sanjay K., 2004: Urbanization and Urban Transport in India: The Search for a Policy. Zugriff: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=573181. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Regeringskansliet, 2015: New urban environment agreements for Swedish cities. Zugriff: <http://www.regeringen.se/debattartiklar/2015/10/nya-stadsmiljoavtal-lyfter-sveriges-stader>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Regional Cooperation Council, 2013: South East Europe 2020 strategy. Zugriff: <http://www.rcc.int/pubs/20/south-east-europe-2020-strategy>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Revi, Aromar, 2008: Climate change risk: an adaptation and mitigation agenda for Indian cities. *Environment and Urbanization*, 20 Jg.(1), S. 207–229.
- Rio Fernandes, José A., 2011: Area-based initiatives and urban dynamics. The case of the Porto city centre. *Urban Research & Practice*, 4 Jg.(3), S. 285–307.
- Rioonwatch, 2013: Minha Casa Minha Vida-Entidades: Federally-Funded Housing Solutions Through Self-Managed Cooperatives. Zugriff: <http://www.rioonwatch.org/?p=12707>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Rioonwatch, 2016: A Close Look at the International Awards and Recognition of the Olympic City. Zugriff: <http://www.rioonwatch.org/?p=28309>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- SACN – South African Cities Network, 2015: State of City Finances: Basics + Innovation. Zugriff: http://www.sacities.net/wp-content/uploads/2015/11/SACN_SOCF_FINAL.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- SACN – South African Cities Network, 2016: State of South African Cities Report. Zugriff: <http://www.sacities.net/wp-content/uploads/2016/SOCR/SoCR16%20Main%20Report%20online.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Santos Junior, Orlando A.; Montandon Todtmann, Daniel, 2011: Os planos diretores municipais pós-estado da cidade: balanço crítico e perspectivas. Zugriff: <http://bibspi.planejamento.gov.br/handle/iditem/302>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Scottish Government, 2011: Achieving a sustainable future: regeneration strategy. Zugriff: <https://beta.gov.scot/publications/achieving-sustainable-future-regeneration-strategy/pages/9>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Sejdini, Mirjana K., 2016: An Overview of the Reformed Local Government in Macedonia. *Macrothink Institute Business and Economic Research*, 6 Jg.(1), S. 440–463.
- Selvanayagam, Ruban, 26. 03. 2014: No better than the slums? What went wrong with Brazil's social housing? Zugriff: <http://www.theguardian.com/housing-network/2014/mar/26/brazil-social-housing-favelas-slums>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Sharma, Divya; Tomar, Sanjay, 2010: Mainstreaming climate change adaptation in Indian cities. *Environment and Urbanization*, 22 Jg.(2), S. 451–465.
- The Delegation for Sustainable Cities, o.J.: Take action now! The Delegation for Sustainable Cities. Conclusions from the government assignment September 2008 – December 2012. Zugriff: <http://www.hallbarastader.gov.se/Uploads/Files/806.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- The Netherlands Presidency, 2016: Urban Agenda for the EU: Pact of Amsterdam. Zugriff: http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/policy/themes/urban-development/agenda/pact-of-amsterdam.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- The White House, 2009: Executive Order 13503 – Establishment of the White House Office of Urban Affairs. Zugriff: <https://www.gpo.gov/fdsys/pkg/DCPD-200900097/content-detail.html>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- The White House, o.J.: Office of Urban Affairs Principles. Zugriff: <https://obamawhitehouse.archives.gov/administration/eop/oua/about/principles>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- The World Bank, 2013: Urbanization beyond Municipal Boundaries. Nurturing Metropolitan Economies and Connecting Peri-Urban Areas in India. Zugriff: <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/13105/757340PUB0EPI0001300pubdate02021013.pdf?sequence=1>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

- The World Bank, 2016: Population living in slums. Zugriff: <http://data.worldbank.org/indicator/EN.POP.SLUM.UR.ZS?locations=IN>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- The World Bank; the Development Research Center of the State Council, P.R. of China, 2014: Urban China: Towards Efficient, Inclusive and Sustainable Urbanisation. Zugriff: <http://www.iberchina.org/files/WEB-Urban-China.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Turkish Ministry of Environment and Urbanisation, 2014: Turkey Habitat III National Report. Zugriff: <https://unhabitat.org/wp-content/uploads/2014/07/Turkey-national-report.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- UK Presidency, 2005: Bristol Accord. Conclusions of Ministerial Informal on Sustainable Communities in Europe. UK Presidency. Zugriff: http://www.eib.org/attachments/jessica_bristol_accord_sustainable_communities.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- UN ECOSOC – United Nations Economic and Social Council, 2014: Brazil Contribution to the 2014 United Nations Economic and Social Council (ECOSOC) Integration Segment. Zugriff: <http://www.un.org/en/ecosoc/integration/pdf/Brazil.en.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- UN ESCAP – United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific, 2016: Financing urban infrastructure in India an overview of policy lessons. – Incheon. Zugriff: https://www.unescap.org/sites/default/files/4.Financing%20urban%20infrastructure_Mahesh%20Purohit.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- UN-Habitat – United Nations Human Settlements Programme, o.J.: India. Zugriff: <https://unhabitat.org/india>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- UN-Habitat – United Nations Human Settlements Programme, 2014: The State of African Cities. Re-imagining Sustainable Urban Transitions. Zugriff: <https://unhabitat.org/books/state-of-african-cities-2014-re-imagining-sustainable-urban-transitions>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- UN-Habitat – United Nations Human Settlements Programme, 2016: The Evolution of National Urban Policies. A Global Overview. Zugriff: <http://www.citiesalliance.org/sites/citiesalliance.org/files/National%20Urban%20Policies.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- UN Population Division, 2014: World Urbanization Prospects: The 2014 Revision, Highlights. Zugriff: <https://esa.un.org/unpd/wup/cd-rom>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- URBACT, 2015: Integrated regeneration of deprived areas and the new cohesion policy approach. An URBACT contribution to the European Urban Agenda. Zugriff: http://urbact.eu/sites/default/files/20150909_urbact_deprived-areas_gb_md_1.pdf. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- URBACT, 2017: URBACT in Sweden. Zugriff: <http://urbact.eu/sweden>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Varró, Krisztina; Faragó, László, 2015: The Politics of Spatial Policy and Governance in Post-1990 Hungary: The Interplay Between European and National Discourses of Space. *European Planning Studies*, 24 Jg.(1), S. 39–60.
- Ville de Bruxelles, o.J.: Contrats de quartier. Zugriff: <https://www.bruxelles.be/contrats-de-quartier>. [abgerufen am 10. 05. 2017].
- Ward, Matthew, 2016: City Deals. House of Commons Library Briefing Paper No. 7158. Zugriff: <http://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/SN07158/SN07158.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Welsh Government, 2012: Tackling Poverty Action Plan 2012–2016. Zugriff: <http://gov.wales/topics/people-and-communities/tackling-poverty/taking-forward-tackling-poverty-action-plan/?lang=en>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- Welsh Government, 2016: Vibrant and Viable Places. Zugriff: <http://gov.wales/topics/housing-and-regeneration/regeneration/vibrant-and-viable-places/?lang=en>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- World Bank – International Bank for Reconstruction and Development; IFC – International Finance Corporation; MIGA – Multilateral Investment Guarantee Agency, 2014: Country Partnership Strategy for the Former Yugoslav Republic of Macedonia for the Period of FY2015 – FY2018. Zugriff: <http://documents.worldbank.org/curated/en/870671468053680320/pdf/895560CPS0P147020Box385310B000U0090.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].
- World Bank Group, 2015: Republic of Serbia. Public Finance Review 2015: Toward a Sustainable and Efficient Fiscal Policy. Zugriff: <http://pubdocs.worldbank.org/pubdocs/publicdoc/2015/11/776271446462342355/PFR-eng-web-final.pdf>. [abgerufen am 21. 04. 2017].

